

**Stammrecht und Einzelansprüche
bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Harald Weber
aus Kaiserslautern

1978

Stammrecht und Einzelansprüche bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau



vorgelegt von
Harald Weber
aus Kaiserslautern

1978

Dekan: Prof. Dr. Rudolf Schmitt

Referent: Prof. Dr. Helmar Bley

Korreferent: Prof. Dr. Peter Arens

Tag der mündlichen Prüfung: 19./20./21. 6. 1978



Foreword

1

Die deutsche Kunst hat in der letzten Zeit einen
Hochstand erreicht, den sie seit Jahrhunderten
nicht gekannt hat. Die Kunst ist heute
nicht mehr nur ein Spielzeug der
Könige und Fürsten, sondern eine
Kraft, die das Leben des Volkes
umgestaltet.

gewidmet

Meinen Eltern



Vorwort

Die Arbeit geht auf eine Anregung von Herrn Professor Dr. Bley zurück, dem ich für die stets wohlwollende Betreuung der Arbeit sehr herzlich danke. Dank gebührt auch dem Institut für Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Gewährung eines Promotionsstipendiums.

Freiburg, im Juni 1978

H. W.

INHALTSVERZEICHNIS

Literaturverzeichnis

Abkürzungen

§ 1	<u>Einleitung</u>	1
	Die Problematik	

ERSTER TEIL

DIE ZIVILRECHTLICHEN GRUNDLAGEN DER UNTER- SCHEIDUNG ZWISCHEN STAMMRECHT UND EINZEL- ANSPRÜCHEN BEI WIEDERKEHRENDEN GELDLEISTUNGEN

§ 2	<u>Dauerschuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts</u>	4
I)	Die charakteristischen Merkmale der Dauer- schuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts	5
II)	Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen von Gesamtanspruch und Einzelansprüchen	11
III)	Die Erfüllung von Dauerschuldverhältnissen	14
§ 3	<u>Die Leibrente (§§ 759 ff BGB)</u>	19
I)	Die Entwicklung der Leibrente	19
II)	Die Begriffsbestimmung der Leibrente	20
	1. Die Stammrechtskonstruktion der h.M.	20
	2. Die Mindermeinung: Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungen	21
III)	Dauernde Obligationen im römischen Recht	23

IV)	Argumente für die Stammrechtskonstruktion der h.M.	25
V)	Die rechtliche Qualität des Stammrechts und seine Funktion	28
VI)	Entstehen, Übertragung und Ende des Stammrechts	38
VII)	Die Bedeutung der Einzelansprüche und deren Beziehungen zum Stammrecht	39
	1. Die Einzelansprüche als Teile des Gesamtanspruchs	40
	2. Der Entstehungszeitpunkt der Einzelansprüche	41
VIII)	Die Konsequenzen der Begriffsbestimmung der Leibrente	44
	1. Der Verzug des Rentenschuldners	44
	2. Die Beweislast des Rentengläubigers	47
	3. Die Behandlung der Leibrente im Konkurs	47
§ 4	<u>Weitere Rentenverpflichtungen des bürgerlichen Rechts</u>	50
I)	Gemeinsamkeiten der gesetzlichen Rentenverpflichtungen mit der Leibrente	50
II)	Unterschiede zwischen Leibrente und gesetzlichen Rentenverpflichtungen	55

ZWEITER TEIL

ANALYSE UND AUSWERTUNG DES EINSCHLÄGIGEN NORMEN-MATERIALS DES SOZIALRECHTS IM HINBLICK AUF DIE UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN STAMMRECHT UND EINZELANSPRÜCHEN

§ 5	<u>Das Entstehen von Ansprüchen auf wiederkehrende Geldleistungen des Sozialrechts</u>	58
I)	Rentenversicherung	59
1.	Das Entstehen des Stammrechts auf Rente	59
2.	Die Bedeutung des Antrags	60
3.	Das Entstehen der Einzelansprüche	67
a)	Das Entstehen des Anspruchs auf die erste Einzelleistung	67
b)	Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs	69
c)	Das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüche	74
d)	Mindermeinung in der Literatur	74
4.	Das Entstehen des Stammrechts und der Einzelansprüche bei einer Rente auf Zeit (§ 1276 RVO)	76
II)	Krankenversicherung	80
1.	Krankengeld	80
2.	Mutterschaftsgeld	86
III)	Unfallversicherung	89
1.	Übergangsgeld	89
2.	Verletztenrente	91
3.	Hinterbliebenenrenten	94
IV)	Die Leistungen der Kriegsopferversorgung	97
V)	Die Ausbildungsförderung	106
VI)	Die Leistungen des Arbeitsförderungsgesetzes	109
VII)	Das Kindergeld	118
VIII)	Das Wohngeld	121
IX)	Die Sozialhilfe	123

X)	Der Ausschluß des Entstehens von Sozialleistungen	128
XI)	Leistungsanspruch und Verwaltungsakt bei der Anspruchsentstehung	136
§ 6	<u>Die Fälligkeit von Sozialleistungen</u>	148
I)	Die Fälligkeit des Stammrechts	150
II)	Die Fälligkeit der Einzelansprüche	151
§ 7	<u>Die Verjährung von Sozialleistungsansprüchen</u>	155
I)	Der Meinungsstand	155
II)	Würdigung der Rechtsprechung des BSG und der h.M. zur Verjährbarkeit des Stammrechts im Sozialrecht	158
§ 8	<u>Die Verwirkung von Sozialleistungsansprüchen</u>	163
I)	Begriff der Verwirkung	163
II)	Die Verwirkung im Sozialrecht	164
III)	Die Reichweite der Verwirkung im Sozialrecht	165
§ 9	<u>Rechtsnachfolge in sozialrechtliche Ansprüche</u>	170
I)	Formen der Rechtsnachfolge	170
II)	Rechtsnachfolge unter Lebenden	171
	1. Übertragung und Verpfändung von wiederkehrenden Geldleistungen	171
	2. Pfändung von wiederkehrenden Geldleistungen	175
	3. Überleitung von Ansprüchen kraft Anzeige	178
	4. Cessio legis	181

III)	Rechtsnachfolge von Todes wegen	182
§ 10	<u>Der Verzicht auf Sozialleistungsansprüche</u>	190
I)	Die Zulässigkeit des Verzichts im öffentlichen Recht	190
II)	Folgerungen für die Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche im Sozialrecht	191
§ 11	<u>Das Ende von wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts</u>	200
I)	Der Wegfall von wiederkehrenden Geldleistungen	200
1.	Rentenversicherung	200
a)	Die Wegfallvorschriften	200
b)	Begriffliche Klärung des Instituts Wegfall	202
c)	Der Wegfall des Gesamtanspruchs	204
d)	Der Wegfall der Einzelansprüche	205
e)	Die mangelnde Kongruenz von Stammrecht und Einzelansprüchen	206
2.	Unfallversicherung	209
3.	Krankenversicherung	211
4.	Wegfall von Leistungen in anderen Bereichen des Sozialrechts	226
a)	Die Leistungen der Kriegsopferversorgung	226
b)	Die Ausbildungsförderung	226
c)	Das Kindergeld	228
d)	Das Wohngeld	229
e)	Die Leistungen des AFG	230

II)	Das Wiederaufleben von Ansprüchen	234
1.	Die Voraussetzungen für ein Wiederaufleben	235
2.	Der Zeitpunkt des Wiederauflebens von Stammrecht und Einzelanspruch	238
3.	Die Anrechnung von Ansprüchen, die durch die Auflösung der neuen Ehe erworben wurden	242
III)	Die Entziehung von Leistungen	243
1.	Die einschlägigen Vorschriften	244
2.	Das Ende des Stammrechts beim Entzug einer Leistung	245
3.	Das Ende der Einzelansprüche	247
4.	Leistungsanspruch und Verwaltungsakt bei Leistungsentzug	254
IV)	Die Umwandlung von Rentenansprüchen	256
1.	Die Rentenumwandlung als Folge der Systematik der Versicherungsfälle	257
2.	Begriffliche Klärung des Instituts Umwandlung	260
3.	Das Entstehen des umgewandelten Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs	262
V)	Das Ruhen von Sozialleistungen	267
1.	Die Entwicklung der Ruhensbestimmungen	267
2.	Die dogmatische Bedeutung des Ruhensbegriffs	270
3.	Die Konsequenzen für die Bindungswirkung eines Bescheides bzw. für die Rechtskraft einer Entscheidung	275
4.	Der Beginn des Ruhens	277
5.	Das Ende des Ruhens	278

VI)	Die Versagung von Leistungen des Sozialrechts	278
	1. Die Vorschriften	279
	2. Die Begriffsbestimmung	280
	3. Der Beginn und das Ende der Versagung	282
§ 12	<u>Schlußbetrachtung</u>	283

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

Lehrbücher

- Bley, Sozialrecht, 2. Auflage, 1977
- Blomeyer, Allgemeines Schuldrecht, 4. Auflage, Berlin und Frankfurt, 1969
- De Boor, Bürgerliches Recht, Bd I, 2. Auflage, 1954
- Dersch, Grundriß der gesetzlichen Rentenversicherung, 1952
- Enneccerus/Lehmann, Recht der Schuldverhältnisse, 15. Auflage, Tübingen, 1958
- Enneccerus/Nipperdey, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts,
1. Halbband, 15. Auflage, 1959
2. Halbband, 14. Auflage, 1955
- Esser, Schuldrecht, Bd II, 4. Auflage, 1971
- Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Bd II, 1965
- Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd I, 10. Auflage, 1973
- v. Gierke, Deutsches Privatrecht, Bd III, Schuldrecht, 1917
- Heck, Grundriß des Schuldrechts, Tübingen, 1929
- Jellinek, Verwaltungsrecht, 3. Auflage, 1948
- Kreß, Lehrbuch des Allgemeinen Schuldrechts, München, 1929
Lehrbuch des Besonderen Schuldrechts, München und Berlin, 1934
- Larenz, Allgemeiner Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts,
3. Auflage, München, 1975
Lehrbuch des Schuldrechts, Bd I, Allgem. Teil,
München, 1976
Bd II, Schuldrecht Besonderer Teil, 10. Auflage,
München, 1972

- Lehmann/Hübner, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, 16. Auflage, Berlin, 1966
- Leonhard, Besonderes Schuldrecht des BGB, Bd II, München und Leipzig, 1931
- Maschler, Das Kindergeldrecht, 1974
- v. Savigny, System des heutigen römischen Rechts, Bd II, Berlin, 1840
- Schröder/v. Künssberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 7. Auflage, Berlin und Leipzig, 1932
- Siber, Grundriß des Deutschen Bürgerlichen Rechts, Schuldrecht, Bd I, Leipzig, 1931
- Wannagat, Lehrbuch des Sozialversicherungsrechts, Bd I, Tübingen, 1965
- Windscheid, Lehrbuch des Pandektenrechts, Bd I, 9. Auflage, 1963 (bearbeitet von Kipp)
- Wolff/Bachof, Verwaltungsrecht I, 9. Auflage, 1974

Kommentare

- Aye/Bley/Göbelmann/Gurgel/Müller/Schroeter, Gesamtkommentar/ Sozialversicherung, Bd I, II, Stand: September 1977
(zitiert: Gesamtkommentar)
- Bauer/Bergner/Fehn/Liebing/Scheerer, Kommentar zur Reichsversicherungsordnung, 4. und 5. Buch, Bd I, II, Stand: Juli 1976, herausgegeben vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
(zitiert: Verbandskommentar)
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Kommentar zur Zivilprozeßordnung, 36. Auflage, München, 1978
- Bosse/v. Woedtke, Das Reichsgesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, Kommentar, Leipzig, 1891

- Brackmann, Handbuch der Sozialversicherung, Bd II, 1. und 2. Teil; Bd III, 1. und 2. Teil, 1. bis 8. Auflage, Stand: 1977
- Burdenski/v. Maydell/Schellhorn, Kommentar zum Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil, 1976
- Eicher/Haase/Rauschenbach, Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, 5. Auflage, München, 1973
- Elsholz/Theile, Synoptischer Kommentar zur gesetzlichen Rentenversicherung, 1963
- Erman, Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd I, 6. Auflage, 1975
- Etmer, Kommentar zur Rentenversicherung der Arbeiter, Bd II, Stand: 1969
- Eyermann/Fröhler, Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung, 6. Auflage, München, 1974
- Gottschick/Giese, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, 5. Auflage, 1974
- Hauck/Haines, Kommentar zum Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil, Stand: Frühjahr 1976
- Hennig/Kühl/Heuer, Kommentar zum Arbeitsförderungsgesetz, Stand: 1975
- Hoernigk/Jorks, Kommentar zur Rentenversicherung, Stand: August 1974
- Jäger, Kommentar zur Konkursordnung, Bd I, 8. Auflage, Berlin, 1958
- Jantz/Zweng, Kommentar zu den Gesetzen zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter und der Rentenversicherung der Angestellten, 1957
- Jehle, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, Erster Teil, 4. Auflage, Stand: 1976

Knopp/Fichtner, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz,
3. Auflage, 1974

Koch/Hartmann/Casselmann/Friederichs/Kaltenbach/Maier,
Die Rentenversicherung im Sozialgesetzbuch, Kommentar,
Bd I, Stand: Mai 1977

Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, herausgegeben von den
Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern,
Bd I, 1. Teil, 11. Auflage, Berlin, 1959
Bd II, 2. Teil, 11. Auflage, Berlin, 1960

Krebs, Kommentar zum Arbeitsförderungsgesetz, Bd I, II,
Stand: 1977

Lauterbach, Kommentar zur Gesetzlichen Unfallversicherung,
Bd I, II, III, 3. Auflage, Stand: August 1977

Luber, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, Bd I, II,
Stand: April 1976

Mergler/Zink, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz,
2. Auflage, 1975

Palandt, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 37. Auflage,
1978

Peters, Handbuch der Krankenversicherung, Teil II,
17. Auflage, Stand: Februar 1976

Peters/Sautter/Wolff, Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit,
Bd II, Stand: August 1977

Planck, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
Bd I, AT des BGB, 3. Auflage, 1908;
Bd II, Recht der Schuldverhältnisse (AT), 4. Auflage,
Berlin, 1914;
Bd II, 2. Hälfte, Recht der Schuldverhältnisse (BT),
4. Auflage, Berlin und Leipzig, 1928

Prölßs/Martin, Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz,
20. Auflage, 1975

- Rosenberg/Schwab, Kommentar zur Zivilprozeßordnung,
11. Auflage, München, 1974
- Schellhorn/Jirasek/Seipp, Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz, 8. Auflage, 1974
- Schlieckel, Kommentar zum Bundesausbildungsförderungsgesetz,
Bd I, Stand: April 1976
Kommentar zum Bundesversorgungsgesetz, Bd I, II,
5. Auflage, Stand: Februar 1977
- Schmatz/Fischwasser, Das Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle,
5. Auflage, 1961
- Schönefelder/Kranz/Wanka, Kommentar zum Arbeitsförderungsgesetz, Stand: Mai 1975
- Stadler/Gutekunst, Kommentar zum Zweiten Wohngeldgesetz,
Stand: Juni 1974
- Staub, Kommentar zum Handelsgesetzbuch, Bd III, 12. und 13. Auflage, Berlin und Leipzig, 1926
- Staudinger, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
Bd II, Recht der Schuldverhältnisse, Teil 1 a,
11. Auflage, Berlin, 1967
Bearbeiter: Weber
Bd II, Teil 1 b, 11. Auflage, Berlin, 1961
Bearbeiter: Weber
Bd II, Teil 1 c, 10./11. Auflage, Berlin, 1967
Bearbeiter: Werner/Kaduk
Bd II, 4. Teil, 10./11. Auflage, 1975
Bearbeiter: Brändl/Keßler/Müller/Seufert/Vogel
- Stein/Jonas, Kommentar zur Zivilprozeßordnung, Bd I,
13. Auflage, Tübingen, 1972
- Soergel/Siebert, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch,
Bd 1, BGB-AT, Stand: Frühjahr 1967
Bd 2, Schuldrecht I, Stand: Herbst 1967
Bd 3, Schuldrecht II, Stand: Frühjahr 1969

Wickenhagen/Krebs, Kommentar zum Bundeskindergeldgesetz,
Bd 2, Stand: Juli 1976

Wilke/Wunderlich, Handkommentar zum Bundesversorgungsgesetz,
Bd I, Stand: April 1976

Wieczorek, Kommentar zur Zivilprozeßordnung, Bd II,
Teil 1, Berlin, 1957

Aufsätze und Monographien

Albrecht, Die Abgrenzung zwischen Krankengeld und Renten
(Übergangsgeld) aus der Rentenversicherung,
WzS 68, 289

Allinger, Krankengeld und Rente im Rahmen des § 183 Abs. 3
bis 6 RVO, Die Arbeiterversorgung 63, 42

Baierl, Zur Auslegung des § 183 RVO, WzS 63, 140

Barnewitz, Zur Logik und Systematik des Rentenanspruchs in
der gesetzlichen Rentenversicherung, Der Kompaß 65, 301

Barth, Antrag und Anspruch im Recht der gesetzlichen Renten-
versicherung und der Kriegsopferversorgung, ein Problem
der Logik des Rechts, SGB 64, 5

ders., Kann der Antrag auf eine öffentlich-rechtliche Leistung
materielle Anspruchsvoraussetzung sein? Soz.Vers. 66, 1

ders., Die Verjährung von Ansprüchen auf Leistungen der Ver-
sicherungsträger (§ 29 Abs. 3 RVO), Soz.Vers. 62, 289

ders., Zweifelsfragen beim Wiederaufleben einer Witwenrente,
Soz.Vers. 60, 137

Bauer, Die Verjährung von Rentenansprüchen, DRV 65, 86

Beck, Der Beginn des Ruhens von Rentenleistungen, Soz.Vers.
63, 173

Bley, Die rechtsdogmatische Konzeption des Allgemeinen Teils
des Sozialgesetzbuches (AT-SGB), ZSR 76, 69

- Bogs W., Neue rechtliche Gestaltungen in den Rentenversicherungsgesetzen, SGB 57, 65
- Böhmer, Die Verwirkung im öffentlichen Recht, Bayr. VBl 56, 173
- Brüggemann, Antrag und Anspruch im Bundesversorgungsgesetz, ZfS 52, 203
- Buchwitz, Zur Verjährung des Rentenanspruchs, Die Arbeiterversorgung 1963, 174
- Bull, Besondere Pflichten aus dem Dauerverhältnis, JR 54, 256
- Bültmann, Der Verzicht in der Krankenversicherung, DOK 34, 353
- Bültmann H., Rechtsnachfolge in sozialrechtliche Ansprüche, Berlin, 1971
- Drahota, Die rechtliche Natur des Leibrentenrechts und insbesondere deren Wirkungen bei Verzug des Leibrentenschuldners, Diss. Jena, 1906
- Drefahl, Die Beweislast beim Selbstmord in der gesetzlichen Unfallversicherung, SGB 70, 484
- Drong, Der Beginn des Ruhens einer Versichertenrente aus der Rentenversicherung wegen des Bezuges einer Unfallrente, SGB 71, 82
- Eccius, Der Leibrentenvertrag des BGB, Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begründet von Gruchot, 6. Folge, 5. Jg., 1901, S. 11
- Enneccerus, Rechtsgeschäft, Bedingung und Anfangstermin, Marburg 1889
- Engel, Nochmals: Zweifelsfragen beim Wiederaufleben einer Witwenrente, Soz.Vers. 60, 281
- Flohr, Zur Ermittlung des Aussteuerungstages gem. § 183 Abs. 2 RVO, Soz.Vers. 63, 309
- Frank, Die Beschränkung des Krankengeldanspruchs nach § 183 RVO beim Zusammentreffen mit Rentenleistungen, Soz.Vers. 62, 15

- Frey, Beurteilung der Arbeitsunfähigkeit nach dem Bundesmantelvertrag, DOK 61, 297
- Fuisting, Zum Begriff und Wesen des Verzichts in der Sozialversicherung, Die Arbeiterversorgung 32, 433
- v. Gierke, Dauernde Schuldverhältnisse, Jherings Jb 64, 355
- Grünenwald, Zur Anwendung des § 183 RVO Abs. 3 bis 5, Soz.Vers. 65, 116
- Gschnitzer, Die Kündigung, Jherings Jb 76, 317
- Gutzler, Lösung von Dauerlieferungsverträgen durch Rücktritt und Kündigung, Diss. Heidelberg, 1938
- Hanisch, Der Verzicht auf Rentenansprüche, DRV 67, 23
- Hastler, Der Übergang von Leistungsansprüchen aus der Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung von Todes wegen, WzS 53, 65
- Hauelsen, Zur rechtlichen Qualifizierung des Rentenbescheids, NJW 58, 441
- ders., Änderungen einer "Grundlage" des Rentenbescheids, WzS 65, 97
- ders., Zur Frage der Verjährung von Ansprüchen auf öffentlich-rechtliche Leistungen, DOK 65, 201
- ders., Das Verhältnis von Norm und Verwaltungsakt und seine Bedeutung für Klage und Urteil, DVBl 59, 793
- Heinze, Rente auf Zeit, Soz.Vers. 61, 354
- ders., Der Rentenwegfall, SGB 58, 237
- ders., Der Einfluß von Rechtsgeschäften auf die Anrechnung nach § 1291 Abs. 2 RVO, SGB 62, 359
- ders., Die Rentenumwandlung, Soz.Vers. 61, 39
- Heldrich, Die verzinsliche Frauenhypothek (ein Beitrag zur Lehre vom Nießbrauch an verzinslichen Forderungen), Jherings Jb 78, 272

- Hellwig, Anspruch und Klagerecht, Leipzig, 1910
- Herholz, Das Schuldverhältnis als konstante Rahmenbeziehung,
AcP 130, 267
- Hoffmann, Der Kinderzuschuß und die §§ 1278 RVO, 55 AVG,
Soz.Vers. 62, 144
- Kiefer, Noch einmal: Wann entsteht der Versorgungsrentenan-
spruch, SGB 58, 39
- Klink, Zum Wiederaufleben einer Witwenrente, Soz.Vers. 61, 67
- Kögler, Zur Frage der Aussteuerung nach neuem Recht und deren
Berechnung, DOK 62, 410
- Krasney, Zur objektiven Beweislast im Bereich der §§ 542, 555,
556 RVO bei Selbstverstümmelungen, Soz.Vers. 60, 258
- Kreil, Ist ein Verzicht auf Leistungen der Sozialversicherung
zulässig? Die Arbeiterversorgung 36, 117
- Kreye, Die Anwendung der Ruhensvorschriften in der gesetz-
lichen Rentenversicherung bei teilweiser Versagung der
Unfallrente, Soz.Vers. 63, 175
- Kübler, Die Umwandlung von Renten, Soz.Vers. 58, 305
- Langheineken, Anspruch und Einrede, Leipzig, 1903
- Lehmann, Die Unterlassungspflicht im bürgerlichen Recht,
München, 1906
- ders., Zur Lehre der Verwirkung, JW 36, 2193
- Liebe, Die Einrede der Verjährung nach § 29 Abs. 3 RVO,
Soz.Vers. 63, 353
- ders., Verwirkung in der sozialen Rentenversicherung?
Soz.Sich. 68, 200
- Lohmann, Die Verwirkung eines Rentenanspruchs, Soz.Vers. 68, 167
- Ludwig, Der Rentner wider Willen, DVZ 62, 299
- ders., Die Erziehungsrente nach Scheidung, RentV 77, 21

- Maier, Das Sozialrecht in einem Gesetzbuch, DAng.Vers. 75, 373
- ders., Die Eherechtsreform als Zukunftsgesetz, DAng.Vers. 77, 5
- Malkewitz, Zur Systematik des Rentenanspruchs in den gesetzlichen Rentenversicherungen, DRV 63, 10
- ders., Der Versicherungsfall der Zeitrente in der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts, DRV 66, 6
- Martens, Zur Rechtsnachfolge in sozialversicherungs- und versorgungsrechtliche Ansprüche, WzS 68, 170
- Mauß, Die Entstehung des Anspruchs auf Leistungen in der Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung, ZfS 57, 236
- Mösch, Das Wiederaufleben der Witwenrente nach § 1291 Abs. 2 RVO und die hierauf anzurechnenden Bezüge, Soz.Vers. 69, 36
- Mühlbayer, Die Neufassung der Vorschriften über die Heil- und Krankenbehandlung nach dem 3. NOG, KOV 67, 1
- Nikisch, Grundformen des Arbeitsvertrages und der Anstellungsvertrag, Berlin, 1926
- Pickel, Die Entziehung und Herabsetzung von Renten in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung, SGB 73, 81
- ders., Die Umwandlung der BU-Rente in eine EU-Rente, SGB 66, 494
- Raiser, Wozu Rechtsdogmatik, DRiZ 68, 98
- Rauch, Die Verwirkung noch nicht fälliger Rentenansprüche gegen die Sozialversicherungsträger, SGB 68, 518
- Reifenberg, Leibrenten- und Pensionsvertrag, Diss. Göttingen, 1930
- Ricke, Absicht und Beweislast in der gesetzlichen Unfallversicherung, SGB 71, 344
- Riechels, Zur Dogmatik des Versicherungsfalles, Soz.Vers. 59, Sonderbeilage zu Heft 11

- Röss, Der Rentenantrag in der gesetzlichen Rentenversicherung als Willenserklärung, Soz.Vers. 66, 6
- Rossmann, Zur Frage des Wiederauflebens einer Witwenrente, SGB 59, 2
- Scheerer, Der Versicherungsfall der vorübergehenden Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, Soz.Vers. 65, 359
- ders., Zur Auslegung der §§ 1294, 1278 Abs. 4 RVO, Soz.Vers. 72, 171
- Schlachta, § 1291 Abs. 2 RVO - eine Sozialstaatsbestimmung? SGB 74, 5
- Schmidinger, Zum Beginn der Verjährung im Leistungsrecht der Rentenversicherung, Soz.Vers. 69, 203
- Schnorr v. Carolfeld, Zur Rechtsnachfolge in sozialversicherungs- und versorgungsrechtliche Ansprüche, ZfS 68, 97
- Schröter, Der Rücktritt vom Kartell, München, Berlin, Leipzig, 1927
- Speet/Zies, Das Änderungsgesetz zum Lohnfortzahlungsgesetz, WzS 61, 261
- Schwankhart, Entsteht der Leistungsanspruch aus einem feststellenden oder gestaltenden Verwaltungsakt? SGB 62, 193
- ders., Der Vertrauensschutz und seine Rechtsgrundlage in der Leistungsverwaltung, BABI 65, 287
- Sepp, Die Einheitlichkeit der Leibrente und ihre Wirkungen, Diss. Erlangen, 1903
- ders., Der Leibrentenvertrag, München, 1905
- Sieg, Die Vererblichkeit von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen, Festschrift für Ernst E. Hirsch, Berlin, 1968
- Söchting, Grund- und Bewirkungsanspruch, Soz.Vers. 63, 230
- ders., Der Rentenanspruch in der Rentenversicherung, Soz.Vers. 61, 131

- ders., Zum Versicherungsfall der Vollendung des 65. Lebensjahres, Soz.Vers. 59, 211
- ders., Beschneidung des Rentenanspruchs - Eine Entgegnung auf eine Kritik, Soz.Vers. 69, 35
- ders., Umwandlung und Wiedergewährung - Eine Entgegnung, Soz.Vers. 74, 31
- ders., Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit auf Zeit, Soz.Vers. 64, 356
- Stein, Reform der §§ 1278, 1279 RVO? Soz.Vers. 60, 156
- Stich, Die Verwirkung prozessualer Befugnisse im Streitverfahren, DVBl 56, 325
- ders., Die Verwirkung im Verwaltungsrecht, DVBl 59, 234
- Stutz, Der Rücktritt bei den Dauerverträgen des Bürgerlichen Gesetzbuches, Diss. Halle-Wittenberg, 1935
- Tannen, Der Wegfall von Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Rechtsstaatlichkeit des Grundgesetzes, SGB 74, 403
- Tietz, Das Gesetz zur Änderung der §§ 1274 ff der RVO, BABl 52, 526
- Trollenier, Das Wiederaufleben von Witwenrenten, Soz.Vers. 72, 145
- ders., Zum Wiederaufleben einer Witwenrente, DVZ 59, 64
- Vollmar, Die Wirkung der Unfallrenten auf den Leistungsbezug aus der Rentenversicherung, Soz.Vers. 52, 262
- Voskuhl/Pappai/Niemayer, Versorgungsausgleich in der Praxis, 1976
- Wiese, Dauernde Schuldverhältnisse, Festschrift für H. C. Nipperdey, Bd I, München und Berlin, 1965

Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, 1974

ders., Grundfragen theoretischer und praktischer sozialrechtlicher Arbeit, VSSR 76, 1

Zewe, Die Ruhensvorschriften nach den Rentenreformgesetzen, Soz.Sich. 57, 258

A B K Ü R Z U N G E N

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die zivilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AFuU	Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung
allg.	allgemein
a.M.	anderer Meinung
amtl.	amtliche
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsver- sicherungsamts
Anm.	Anmerkung
Arb.Vers.	Zeitschrift "Die Arbeiterversorgung"
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neregelungs- gesetz
AT	Allgemeiner Teil
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
BA	Bundesanstalt für Arbeit
BABl	Bundesarbeitsblatt
BaföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
Bayer. VBl	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd	Band
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGB-RGRK	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofes, Kommentar

BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BKK	Zeitschrift "Die Betriebskrankenkasse"
BMA	Bundesministerium für Arbeit
BR	Bundesrat
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BU	Berufsunfähigkeit
BVBl	Bundesversorgungsblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVG	Bundesversorgungsgesetz
DAng.Vers.	"Die Angestelltenversicherung", Zeitschrift der Bundesversicherungsanstalt für Ange- stellte
DOK	Zeitschrift "Die Ortskrankenkasse"
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRV	Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung"
DVB1	Zeitschrift "Deutsches Verwaltungsblatt"
DVZ	Deutsche Versicherungszeitschrift
EU	Erwerbsunfähigkeit
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen, heraus- gegeben von Mitgliedern des Reichsver- sicherungsamts
ff	folgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Gr.S.	Großer Senat
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
Jb	Jahrbuch
Jg.	Jahrgang
JR	Zeitschrift "Juristische Rundschau"
JW	Zeitschrift "Juristische Wochenschrift"
KK	Krankenkasse
KO	Konkursordnung
Komm.	Kommentar
KOV	Kriegsopferversorgung, Zeitschrift "Die Kriegsopferversorgung"
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
Mot.	Motive
NJW	Zeitschrift "Neue Juristische Wochenschrift"
NOG	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts
Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
OVA	Oberversicherungsamt
Prot.	Protokoll
Rechtspr.	Rechtsprechung
RehaG	Rehabilitationsangleichungsgesetz
RentV	Zeitschrift "Die Rentenversicherung"
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RVA	Reichsversicherungsamt
RVO	Reichsversicherungsordnung

SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
Sgb	Zeitschrift "Die Sozialgerichtsbarkeit"
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SozR	Sozialrecht, Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des Bundes- sozialgerichts
Soz.Sich.	Zeitschrift "Soziale Sicherheit"
Soz.Vers.	Zeitschrift "Die Sozialversicherung"
u.a.	unter anderem
UV	Unfallversicherung
UVNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
VersR	Zeitschrift "Versicherungsrecht"
vgl	vergleiche
VO	Verordnung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WoGG	Wohngeldgesetz
WzS	Zeitschrift "Wege zur Sozialversicherung"
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung und Versorgung
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform

§ 1 Einleitung

Die Problematik

Die wachsende Bedeutung des Sozialrechts, insbesondere des Sozialversicherungsrechts, für unsere Gesellschaft ist offenkundig. Probleme der sozialen Sicherheit sind ein zentrales Thema der gegenwärtigen politischen Diskussion. Im Gegensatz zur ständig zunehmenden praktischen Bedeutung des Sozialrechts ist jedoch in diesem Rechtsgebiet ein dogmatisches Defizit festzustellen¹. Vor allem wird auf eine "dogmatische Unterbilanz" in den "mittleren Ebenen" systematischer Dogmatik hingewiesen. Diese mittlere Ebene abstrahierender Dogmatik ist aber notwendig, um sozialrechtliche Rechtsprechung und Literatur aus größeren Zusammenhängen wachsen und in größeren Zusammenhängen wirken zu lassen. Die Ausbildung einer rechtsanwendungsorientierten Dogmatik ist unerlässlich, um auch im Sozialrecht die einzelnen Regelungen untereinander vergleichbar zu machen, den Ordnungsbedarf und die Möglichkeiten seiner Befriedigung zu ermitteln und die Konkretisierung allgemeiner Grundsätze daraufhin zu kontrollieren, ob das mit ihrer Hilfe erzielte, im Einzelfall naheliegende Ergebnis auch der Verallgemeinerung fähig ist, die durch die Gleichheit anderer Fälle sich aufdrängt². Mit der vorliegenden Arbeit wird daher das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur Verringerung des dogmatischen Nachholbedarfs zu leisten, ist es doch gerade Aufgabe der Rechtsdogmatik, den Normenbestand des geltenden Rechts in

1 vgl Bley, ZSR 76, 69 ff (70, 71)
Zacher, Materialien zum Sozialgesetzbuch, Teil A,
S. 34 ff; VSSR 76, 1 ff (13, 14)

2 vgl Zacher, a.a.O.

seinen verschiedenen Dimensionen verstehen zu lehren¹.

Die zu behandelnde Problemstellung wird bestimmt durch die dogmatische Untersuchung des Anspruchsbegriffs bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts. Die hierbei auftauchende Differenzierung im Anspruchsbereich zwischen dem sogenannten Stammrecht auf eine bestimmte Leistung und den Einzelansprüchen ist Gegenstand der Erörterungen. Bei Ansprüchen auf wiederkehrende Geldleistungen des Sozialrechts ist die dogmatische Besonderheit festzustellen, daß mit Erfüllung der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen zunächst ein Stammrecht auf eine konkrete Leistung entsteht. Durch die Ausbildung dieses Stammrechts kommt lediglich zum Ausdruck, daß ein Anspruch auf eine Leistung dem Grunde nach besteht. Das Stammrecht bildet die "Quelle" für das Hervorbringen von Einzelansprüchen auf bestimmte Leistungen des Sozialrechts. Erst mit Entstehen der Einzelansprüche ist gewährleistet, daß der Sozialleistungsberechtigte tatsächlich konkrete Beträge einer Sozialleistung erhält. Als synonyme Begriffe für das Stammrecht werden Gesamtanspruch, Grundanspruch, Anspruch als solcher, primärer Leistungsanspruch verwendet. Für die Einzelansprüche sind folgende Bezeichnungen gebräuchlich: Auszahlungsansprüche, Bewirkungsansprüche, sekundäre Leistungsansprüche. Im weiteren Verlauf soll nur von dem Stammrecht oder Gesamtanspruch bzw. von den Einzelansprüchen gesprochen werden.

Im ersten Teil der Arbeit sollen die zivilrechtlichen Grundlagen der Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche untersucht und dabei auf Ursprung und Notwendigkeit der Differenzierung eingegangen werden. Ferner wird versucht, die Rechtsnatur des Stammrechts zu klären. Im zweiten

¹ vgl Raiser, DRiZ 68, 98

Abschnitt soll durch eine Analyse und Auswertung des einschlägigen sozialrechtlichen Normenmaterials das Begriffspaar Gesamtanspruch - Einzelanspruch unter folgenden Kriterien dogmatisch erfaßt werden: Entstehen und Ende von Sozialleistungsansprüchen, Fälligkeit, Verjährung, Verwirkung, Rechtsnachfolge, Verzicht, Wiederaufleben, Umwandlung, Ruhen und Versagung von Ansprüchen. Dabei werden jeweils Bezüge zu den zivilrechtlichen Ausgangsthesen hergestellt. Schließlich werden die gefundenen Ergebnisse im Rahmen einer Schlußbetrachtung noch einmal herausgestellt und im Hinblick auf Funktion, Sinn und Zweck der Unterscheidung gewürdigt.

ERSTER TEIL

DIE ZIVILRECHTLICHEN GRUNDLAGEN DER UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN STAMMRECHT UND EINZELANSPRÜCHEN BEI WIEDER- KEHRENDEN GELDLLEISTUNGEN

§ 2 Dauerschuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts

Zunächst ist zu untersuchen, wo die Unterscheidung zwischen dem Gesamtanspruch und den Einzelansprüchen bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts ihren Ursprung hat. Hierzu muß zurückgegriffen werden auf die zivilrechtliche Dogmatik, insbesondere auf die Dauerschuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts.

Das BGB kennt den Begriff des Dauerschuldverhältnisses als solches nicht; wohl spricht es an verschiedenen Stellen von "dauernd", so in §§ 617, 627, 629, 630, 813, 886, 1181, 1264 BGB, jedoch in verschiedener Bedeutung. Der Begriff Dauerschuldverhältnis ist von Lehre und Rechtsprechung herausgebildet worden. Das Dauerschuldverhältnis ist wie jedes Schuldverhältnis eine Einheit, gleichgültig, ob man das Schuldverhältnis als einen "Organismus"¹, als "Gefüge und Prozeß"², als "konstante Rahmenbeziehung"³ oder als die "Gesamtheit der schuldrechtlichen Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner"⁴ bezeichnet. Dauerschuldverhältnisse sind die weitaus zahlreichsten Unterarten der Dauerrechtsverhältnisse.

1 Planck/Siber, Vorbem. I 1 vor § 241 BGB

2 Larenz, SchuldR I, S. 24 ff

3 Herholz, AcP 130, 267

4 BGHZ 10, 391 (395)

Nichtschuldrechtliche Dauerrechtsverhältnisse finden sich vornehmlich im Familienrecht (Verlöbniß, Ehe, Vormundschaft) und im Sachenrecht (Verhältnis zwischen Eigentümer und dinglich Berechtigten, Nutzungs-Sicherungsverhältnisse)¹. Vor allem im Schrifttum werden drei Arten von Dauerschuldverhältnissen unterschieden: das eigentliche Dauerschuldverhältnis, der Sukzessivlieferungsvertrag und das Wiederkehrschuldverhältnis². Ihre Grenzen gehen bisweilen ineinander über, auch weisen sie in sich wiederum verschiedene Spielarten auf.

I) Die charakteristischen Merkmale der Dauerschuldverhältnisse des bürgerlichen Rechts

Im folgenden soll untersucht werden, welche grundsätzlichen Besonderheiten dem Dauerschuldverhältnis eigen sind und dieses aus dem Kreis der übrigen Schuldverhältnisse herausheben.

Die erste, hervorstechendste Besonderheit eines Dauerschuldverhältnisses ist die **D a u e r d e r L e i - s t u n g**: die den Inhalt von Schuld und Forderung bildende Leistung ist bei dem Dauerschuldverhältnis nicht in einem Zeitpunkt, sondern während eines Zeitraumes zu bewirken³. In den grundlegenden Ausführungen Otto v. Gierkes⁴ kommt zum Ausdruck, daß man dann ein dauerndes Schuldverhältnis anzunehmen hat, wenn der Schuldinhalt in einer Leistungspflicht besteht, die sich auf einen

1 vgl. Staudinger/Weber, Vorbem. 01 vor § 241 BGB

2 Soergel/Siebert/Schmidt, Anm. 10 zu § 241 BGB;

Staudinger/Weber, Vorbem. 03 vor § 241 BGB

3 Gutzler: Lösung von Dauerlieferungsverträgen durch Rücktritt und Kündigung, S. 5

4 Otto v. Gierke, Dauernde Schuldverhältnisse, Jherings Jb 64, S. 355 (358, 359)

Zeitraum erstreckt. Die Dauerschuld als solche solle nicht bei Eintritt eines bestimmten Fälligkeitstermins, sondern während der ganzen Dauer ihres Bestandes erfüllt werden. Darum sei das dauernde Schuldverhältnis darauf angelegt, eine konstante Wirkungskraft zu äußern. Ihm sei eine in den Grenzen seiner Bestimmung unerschöpfliche Lebenskraft eigen.

Neben dieser Besonderheit der Dauer weist das Dauerschuldverhältnis noch eine zweite grundsätzliche Besonderheit auf: es ist dies die **b e s o n d e r e u n d s t ä r k e r e B i n d u n g**, die durch das Dauerschuldverhältnis zwischen den Beteiligten geschaffen wird¹. Dauer und Bindung stehen dabei in einem Zusammenhang. Weil das Schuldverhältnis "dauert", d.h. weil es nicht zu einer einmaligen, vorübergehenden Leistung, sondern zu einem während eines Zeitraumes von gewisser Dauer anhaltenden Tun oder Unterlassen verpflichtet, erzeugt es eine Bindung zwischen den Beteiligten, die nicht nur von vorübergehender Art ist². Der Schuldner der Dauerleistung wird auf lange Zeit festgelegt und ist in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit mehr als der Schuldner einer einmaligen Leistung gebunden. Der Gläubiger dagegen verläßt sich auf das vertragsmäßige Verhalten des Schuldners und disponiert oft auf lange Zeit im voraus im Vertrauen darauf, daß die während der Vertragszeit geschuldete Dauerleistung stets ordnungsgemäß bewirkt wird. So begründet das Dauerschuldverhältnis ein stärkeres Treupflicht- und Vertrauensverhältnis als sonstige Schuldverhältnisse.

1 vgl. Staudinger/Weber, Vorbem. 027 zu § 241 BGB;
Bull: Besondere Pflichten aus dem Dauerverhältnis,
JR 54, 256

2 Gutzler, a.a.O. S. 6

Die beiden grundsätzlichen Besonderheiten des Dauerschuldverhältnisses, Dauer der Leistung und stärkere Bindung der Beteiligten erscheinen daher als zusammengehörig, als nicht voneinander zu trennende Eigenschaften. Als einheitlich alle Dauerschuldverhältnisse kennzeichnendes Merkmal läßt sich somit die "besondere Bindung auf Dauer" feststellen. Eigenartig an diesem kennzeichnenden Merkmal ist, daß es sich aus zwei grundverschiedenen Begriffen zusammensetzt, nämlich einem tatsächlichen, zeitlichen - der Dauer - und einem juristischen - der Bindung¹.

Im Schrifttum finden sich für das Dauerschuldverhältnis noch andere Begriffsbestimmungen: Gschnitzer² bezeichnet Dauerschuldverhältnisse als unverbrauchbare Schuldverhältnisse. Damit ist statt des Begriffs bereits eine Wirkung, die für die Beendigung bedeutsam ist, gekennzeichnet. Nach Nikisch³ soll die Pflicht zur Herbeiführung eines Zustandes kennzeichnend für die Dauerschuldverhältnisse sein. Diese Pflicht ist jedoch für sich allein nicht kennzeichnend für das Dauerschuldverhältnis. Denn es gibt auch vorübergehende Schuldverhältnisse, die eine Pflicht zur Herbeiführung eines Zustandes begründen.

Bei der Begriffsbestimmung der Dauerschuldverhältnisse, die nur auf die beiden Merkmale der Dauer und der besonderen Bindung abstellt, kommt jedoch ein weiterer entscheidender Gesichtspunkt zu kurz, auf den besonders v. Gierke hingewiesen hat. Dieses Kriterium verdient eine gleichrangige Erwähnung und Beachtung wie die Kriterien der besonderen Bindung und der Dauer, da es ebenfalls für Dauerschuldverhältnisse charakteristisch ist. v. Gierke⁴,

1 vgl Schröter, Der Rücktritt vom Kartell, S. 27

2 Gschnitzer, Die Kündigung, Jhering Jb 76, 317 ff

3 Nikisch, Grundformen des Arbeitsvertrags, S. 148 ff

4 v. Gierke, a.a.O. S. 359 ff; vgl auch Langheineken, Anspruch und Einrede, S. 144 ff

der im Rahmen der Dauerschuldverhältnisse unterscheidet zwischen der Verpflichtung zu einem dauernden Unterlassen, zu einem fortgesetzten positiven Verhalten und zu wiederkehrenden Leistungen, kommt zu der Feststellung, daß der Struktur eines Dauerschuldverhältnisses offenbar die Anerkennung eines von allen ihm entspringenden Einzelansprüchen verschiedenen **Gesamtanspruchs** auf Unterlassen, positives Tun, wiederkehrende Leistungen entspricht. Man müsse daher das ständige Schuldverhältnis als Ganzes (den Gesamtanspruch) von den aus ihm entspringenden Einzelschuldverhältnissen unterscheiden. Dem Forderungsrecht auf dauernde Unterlassung entspreche ein einheitlicher Gesamtanspruch auf Unterlassen. Einzelansprüche kämen erst im Falle der Verletzung durch Zuwiderhandeln zur Ausbildung. Der Einzelanspruch sei ein im Falle der Nichterfüllung des Gesamtanspruches entspringender selbständiger Anspruch auf eine vorübergehende Leistung. Er richte sich auf die Beseitigung der Folgen der Rechtsverletzung durch Ersatz des entstandenen Schadens, Entrichtung der bedungenen Vertragsstrafe oder eine andere Art des Ausgleichs.

Auch das Forderungsrecht auf ein dauerndes Tun erzeuge einen einheitlichen Gesamtanspruch auf fortgesetzte Erfüllung. Werde es durch Unterlassen oder fehlerhaftes Tun verletzt, so entstünden Einzelansprüche auf Schadensersatz oder sonstige Ausgleichung der Folgen, die wiederum, einmal entstanden, ihren selbständigen Bestand hätten. Endlich entspreche auch dem Forderungsrecht auf wiederkehrende Leistungen ein einheitlicher Gesamtanspruch. Die Einzelansprüche, stoßweise erzeugt, gingen als besondere vorübergehende Schuldverhältnisse unter. Das zur bestimmten Zeit als "reife Frucht" sich vom Stammrecht lösende Forderungsrecht auf die Einzelleistung trete als selbständiges Forderungsrecht auf eine in sich abgeschlossene vorübergehende Leistung ins Leben.

Die dogmatische Unterscheidung zwischen einem Gesamtanspruch und Einzelansprüchen kommt auch an anderen Stellen in der Literatur zum Ausdruck. Nach Gutzler¹ bildet das gesamte Schuldverhältnis die "Quelle" der Einzelansprüche, die bei der Begründung des Schuldverhältnisses im einzelnen noch gar nicht bestimmt festgelegt zu sein brauchten. Das Dauerschuldverhältnis ist nach Ansicht von Kreß² für die dauernde Erzeugung von Einzelansprüchen bestimmt. Langheineken³ vertritt die Auffassung, daß bei wiederkehrenden Leistungen die Anerkennung eines von Einzelansprüchen verschiedenen Gesamtanspruchs mehrfach durch die Fassung des Gesetzes bestätigt werde. So erwähne § 1088 Abs. 1 S. 2 BGB den Fall, daß "die Forderung" auf wiederkehrende Leistungen vor der Bestellung des Nießbrauches, während dessen Dauer die einzelnen Leistungen fällig werden, entstanden sei. Ferner würden in § 843 Abs. 4 BGB der Rentenanspruch und in § 1607 Abs. 2 S. 2 BGB der familienrechtliche Unterhaltsanspruch als einheitliche Ansprüche ("der Anspruch") behandelt, und dasselbe gelte vom Real-lastanspruch (§ 1105 BGB).

Es fragt sich, welche rechtlichen Beziehungen zwischen dem Gesamtanspruch und den Einzelansprüchen bestehen. Nach Auffassung v. Gierkes⁴ kann das Verhältnis des einheitlichen Gesamtanspruchs zu den Einzelansprüchen, die dem dauernden Schuldverhältnis während seines Bestandes entspringen, mannigfach ungleich gestaltet sein. Die Einzelansprüche führten ein vom Gesamtanspruch unabhängiges Dasein, seien besonderer Rechtsschicksale fähig, für sich übertragbar, könnten vor ihm erlöschen oder ihn überdauern (zweifelloos könne der Einzelanspruch wegen früheren Zuwiderhandelns auch noch geltend gemacht werden, nachdem

1 Gutzler, a.a.O. S. 10

2 Kreß, Allgem. Schuldrecht, S. 34

3 Langheineken, a.a.O. S. 146

4 v. Gierke, a.a.O. S. 368 ff

die Unterlassungspflicht durch Zeitablauf erloschen sei) und unterlägen ein jeder für sich einer besonderen abgekürzten Verjährung.

Weiterhin kommt v. Gierke zu der Erkenntnis - und dies ist für die innere Beziehung von Gesamtanspruch und Einzelansprüchen eine wichtige Feststellung, auf die noch zurückzukommen sein wird - daß bei Dauerschuldverhältnissen des bürgerlichen Rechts der Einzelanspruch kein im Gesamtanspruch enthaltener Teilanspruch ist. Er begründet dies vor allem für die dauernde Unterlassungspflicht. Wäre hier der Einzelanspruch ein Teilanspruch des Gesamtanspruchs, so müßte der Einzelanspruch gleichfalls auf ein Unterlassen gehen. Dies sei aber ausgeschlossen, da das bisherige Nichtunterlassen nicht ungeschehen gemacht werden könne, das künftige Unterlassen aber den Gegenstand des Gesamtanspruchs bilde. Der Einzelanspruch sei vielmehr ein aus dem dauernden Forderungsrecht im Falle der Nichterfüllung des Gesamtanspruchs entspringender selbständiger Anspruch auf eine vorübergehende Leistung.

Wie Hellwig¹ hervorhebt, erscheinen die Einzelansprüche insofern als selbständig, als sie sukzessive entstünden und einer selbständigen Entwicklung durch Erfüllung, Zession, Verjährung usw. unterliegen könnten. Andererseits hätten sie in dem ursprünglichen Schuldgrund etwas gemeinsames; sie sämtlich entstünden aus ihm, teils durch bloßen Zeitablauf, teils durch den Hinzutritt weiterer Tatsachen. Somit seien die Einzelansprüche auch zu einer höheren Einheit zusammenzufassen, als deren Bestandteile sie erschienen. Dieses "Gesamtschuldverhältnis" sei keineswegs mit dem einzelnen Anspruch identisch, sondern es bilde

die Quelle von gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüchen.

¹ Hellwig, Anspruch und Klagerecht, S. 41

Nach Langheineken¹ darf die Zusammenfassung der mehreren Einzelansprüche zu einem einheitlichen Gesamtanspruch nur dann gerechtfertigt sein, wenn dieselben eine gemeinsame, einheitliche causa aufweisen; andernfalls fehle es an einem zureichenden Grund für die Annahme der Vorstellung von einem Gesamtanspruch. Die gemeinsame causa, die einheitliche Rechtsbeziehung, das "Gesamtschuldverhältnis" in diesem Sinne, bilde die Grundlage, das Substrat, die Quelle der (teils gegenwärtig bestehenden, teils bereits erloschenen, teils zukünftigen) Einzelansprüche wie des Gesamtanspruchs. Der konkrete Gesamtanspruch, d.h. der Gesamtanspruch in seinem jeweiligen Umfang, begreife natürlich nur die gerade bestehenden Einzelansprüche in sich; die Veränderung seines Umfangs durch das Erlöschen und durch das Hinzutreten von Einzelansprüchen berühre nicht seine Identität.

II) Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen von Gesamtanspruch und Einzelansprüchen

Nach v. Gierke² besteht vor jedem Einzelanspruch von vornherein der Gesamtanspruch. Der Gesamtanspruch entstehe, sobald das Dauerschuldverhältnis zur Entstehung gelange; mit Beendigung des Dauerschuldverhältnisses gehe auch der Gesamtanspruch unter.

Es leuchtet ein, daß ein Einzelanspruch nie vor dem Gesamtanspruch entstehen kann, der Gesamtanspruch bildet die "Quelle", die "Grundlage" für die Einzelansprüche. Fraglich ist jedoch der Zeitpunkt des Entstehens der Einzelansprüche.

¹ Langheineken, a.a.O. S. 145, 146

² v. Gierke, a.a.O. S. 369

Gutzler¹ ist der Auffassung, a l l e Einzelansprüche seien, auch wenn sie noch nicht nach Umfang und Zeit vollständig bestimmt sind, vom Beginn des gesamten Schuldverhältnisses und damit mit Entstehen des Gesamtanspruchs bereits vorhanden. Die noch nicht vollständige Bestimmtheit der Einzelansprüche stehe dem nicht entgegen. Genaue Bestimmtheit der Art der Leistung sei zur wirksamen Entstehung einer Schuldverpflichtung nicht erforderlich².

Diese Ansicht, wonach bei Dauerschuldverhältnissen bereits mit Entstehen des Gesamtanspruchs a l l e Einzelansprüche vorhanden sind, ist jedoch anzuzweifeln. Zumindest in dieser Allgemeinheit besitzt diese Auffassung keine Gültigkeit. Bei manchen Dauerschuldverhältnissen ist es zum Zeitpunkt des Entstehens des Gesamtanspruchs vielfach ungewiß, o b ü b e r h a u p t , in welcher Zahl und mit welchem Inhalt Einzelansprüche entstehen werden. Es kommt daher auf das einzelne Dauerschuldverhältnis an, ob bereits zum Zeitpunkt des Entstehens des Gesamtanspruchs alle Einzelansprüche vorhanden sind.

Nach der differenzierenden Meinung von Langheineken³ sind die Einzelansprüche bei Entstehen des Gesamtanspruchs entweder alle begründet (meist als nicht fällige) oder aber noch nicht entstanden. Die bereits bestehenden Einzelansprüche sind entweder von Anfang an fest und unverrückbar begründet oder aber sie können aus irgendwelchen Gründen vorzeitig (also vor ihrer Fälligkeit) wieder verschwinden oder wenigstens zusammenschrumpfen. Eine solche nachträgliche Aufhebung oder Schmälerung trete z.B. ein bei einem auf zehn Jahre fest geschlossenen Miet- oder

1 Gutzler a.a.O. S. 11

2 so auch Staub/Koenige, Vorbem. 23 vor § 373 HGB

3 Langheineken, a.a.O. S. 144, 145

Pachtverhältnis durch Nichtgewährung des Gebrauchs, bei dem Rentenanspruch aus § 843 BGB und dem familienrechtlichen Unterhaltsanspruch aus §§ 1601 ff BGB durch den Tod des Berechtigten bzw. auch durch den nachträglichen Wegfall der Bedürftigkeit der einen oder der Leistungsfähigkeit der anderen Seite. E n t s t a n d e n seien die verschiedenen Einzelansprüche jedoch bereits vorher, so die Pachtzinsansprüche (für die Dauer von zehn Jahren) mit dem Vertragsabschluß¹, die familienrechtlichen Unterhaltsansprüche mit dem Eintritt der Bedürftigkeit auf der einen und dem gleichzeitigen Vorhandensein der Leistungsfähigkeit auf der anderen Seite.

Als Beispiel dafür, daß bei einem Dauerschuldverhältnis zum Zeitpunkt des Entstehens des Gesamtanspruchs noch nicht alle Einzelansprüche vorhanden sind, führt Langheineken einen Einzelanspruch auf eine Pachtzinsrate an, die von der Fortsetzung eines auf u n b e s t i m m t e Zeit eingegangenen Pachtvertrages, d.h. vom Unterbleiben einer Kündigung, abhängig ist. In diesem Fall bestünde vor Eintritt des betreffenden Kündigungstermins noch kein Einzelanspruch, sondern dieser gelange erst mit dem unbe nutzten Verstreichen des Termins zur Entstehung (als vorläufig betagter). Auch Langheineken stellt somit für die Frage des Entstehungszeitpunktes der Einzelansprüche jeweils auf die besondere Art des Dauerschuldverhältnisses ab. Die Auffassung von Gutzler ist abzulehnen. Einzelansprüche können alle zusammen mit dem Gesamtanspruch entstehen, jedoch muß dies nicht so sein - Einzelansprüche können auch sukzessive zur Entstehung gelangen, jeweils zu Beginn des Zeitraumes, für den die betreffende Forderung bestimmt ist.

1 a.A. Hellwig, Anspruch und Klagerecht, S. 370, Fußnote 9, der die Auffassung vertritt, die einzelnen Pachtzinsansprüche entstünden sukzessive durch Fortgewährung des Gebrauchs

III) Die Erfüllung von Dauerschuldverhältnissen

Nach v. Gierke ist gemeinsames Merkmal der dauernden Schuldverhältnisse, daß sie als solche durch Erfüllung nicht erlöschen¹. Der normale Endigungsgrund sei vielmehr der Zeitablauf. Die Vorschrift des § 362 Abs. 1 BGB ("Das Schuldverhältnis erlischt, wenn die geschuldete Leistung an den Gläubiger bewirkt wird") sei in bezug auf Dauerschuldverhältnisse eine falsche Verallgemeinerung und bedürfe der Einschränkung. Wolle man § 362 BGB auf Dauerschuldverhältnisse anwenden, so seien zwei Wege für seine Anpassung logisch denkbar. Jeder dieser Wege sei aber praktisch ungangbar.

Der eine Weg bestehe in der Annahme, daß die Erfüllung einer Dauerschuld lediglich in dem Zeitpunkt ihrer endgültigen Erledigung erfolge. Alles vertragsmäßige Verhalten während der Dauer der Verpflichtung wäre danach nur Vorbereitung der Erfüllung. Es sei aber klar, daß eine derartige Konstruktion sich nicht nur mit den Anschauungen des Lebens, sondern auch mit dem wirklichen Recht in schroffen Widerspruch setze. Während bei einer vorübergehenden Schuld alles, was vor dem Zeitpunkt geschehe, in dem die Schuld durch Bewirkung der Leistung erlösche, als Vorbereitung der Erfüllung außerhalb des eigentlichen Schuldinhalts liege, bilde das dauernde Verhalten während des ganzen Zeitraumes der Verpflichtung gerade den Inhalt der Schuld.

Als zweiter Weg zur Anwendung des § 362 BGB auf Dauerschuldverhältnisse bleibt nach v. Gierke nur noch die Möglichkeit, jedes einzelne Element der fortdauernden Erfüllung als Teilerfüllung zu betrachten, d.h. in der Erfüllung eines Einzelanspruchs eine Teilerfüllung des

1 v. Gierke, a.a.O. S. 363 ff

Gesamtanspruchs zu sehen. Der Gesamtanspruch wäre also darauf angelegt, in jedem Augenblick, in dem er befriedigt wird, teilweise zu erlöschen, bis er schließlich an Erschöpfung zugrunde geht¹. Aber auch dieser Weg sei ungangbar. Dies trete am deutlichsten bei der dauernden Unterlassungspflicht zutage. Wie solle man denn hier die Zeitabschnitte, mit denen eine Teilerfüllung perfekt werde, bemessen? Vor allem aber: das Schuldverhältnis werde ja durch die Teilleistungen keineswegs teilweise zerstört. Vielmehr würde das Forderungsrecht auf Unterlassung bis zu seinem völligen Erlöschen denselben Inhalt und Umfang behalten. Plausibler erscheine auf den ersten Blick bei der Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen die Auffassung der einzelnen Leistung als Teilerfüllung. Eine solche Betrachtung würde jedoch übersehen, daß neben den einzelnen Ansprüchen auf die sich wiederholenden Einzelleistungen noch der von diesen zu unterscheidende Gesamtanspruch bestehe. Dieser Gesamtanspruch könne aber erst dann erfüllt sein, wenn alle Einzelleistungen bewirkt seien. Die Einzelleistung sei lediglich Erfüllung der Einzelansprüche. Im Hinblick auf den Gesamtanspruch handele es sich bei der Einzelleistung nur um eine unselbständige Einzelhandlung, die erst in Verbindung mit allen übrigen Erfüllungshandlungen, als Dauerleistung, die Erfüllung des Gesamtanspruchs ausmache. Für alle Dauerschuldverhältnisse bleibe daher festzustellen, daß die Erfüllung eines Einzelanspruchs keine Teilerfüllung des Gesamtanspruchs bedeute.

Vom Ausgangspunkt v. Gierkes, wonach die Einzelansprüche keine Teile des Gesamtanspruches bilden, ist die Auffassung in bezug auf die Erfüllung der Dauerschuldverhältnisse konsequent. Gutzler² hat sich ausdrücklich dieser Meinung angeschlossen.

1 v. Gierke, a.a.O. S. 365, 366

2 Gutzler, a.a.O. S. 28

Auch nach Ansicht von Gschnitzer¹ erlöschen die Dauerschuldverhältnisse durch Erfüllung nicht, sondern sie werden fortwährend erfüllt und dauern doch fort. Die Dauerschuldverhältnisse drängen nicht wie die vorübergehenden dem Ende zu. Für die vorübergehenden gebe die statische Elektrizität das Bild, bei der sich durch einen plötzlichen Schlag die beiden entgegengesetzten Potentiale ausgleichen, während vor und nachher Ruhe herrsche, für die dauernden die strömende Elektrizität, die fortwährend zwischen verschiedenen hohen Potentialen in Bewegung bleibe. Im Gegensatz hierzu wird von Lehmann², der die Anwendbarkeit des § 362 BGB auf Dauerschuldverhältnisse bejaht, ausdrücklich betont, daß das ganze Schuldverhältnis mit fortschreitender Zeit nach Maßgabe der andauernden Leistungsbewirkung allmählich absterbe.

Nach Auffassung von Wiese³ muß man im Zusammenhang mit dem Erlöschen eines Dauerschuldverhältnisses unterscheiden zwischen seiner Beendigung und seiner Erfüllung. Die Beendigung bezieht sich nach Wiese auf den Erfüllungszeitraum als ein Stadium, das jedes Dauerschuldverhältnis durchläuft. Die Beendigung soll ohne Rücksicht darauf eintreten, ob die Verpflichtung zur Dauerleistung erfüllt ist. Das Erlöschen der Dauerschuld setze dagegen deren Erfüllung voraus, auf die dann § 362 Abs. 1 BGB Anwendung finde. Wiese widerspricht ausdrücklich der Meinung v. Gierkes, wonach Dauerschuldverhältnisse nicht durch Erfüllung, sondern durch Zeitablauf erlöschen. Davon ausgehend kommt Wiese auch zu dem Ergebnis, daß bei Dauerschulden eine Teilerfüllung möglich und zulässig ist, d.h. daß mit Erfüllung eines Einzelanspruches auf eine bestimmte Leistung zugleich auch der Gesamtanspruch er-

1 Gschnitzer, a.a.O. S. 323, 324

2 Lehmann, Die Unterlassungspflicht im Bürgerlichen Recht, S. 207

3 Wiese, Festschrift für H.C. Nipperdey I, 837 ff (851)

füllt wird. Da die Dauerleistung nicht durch eine einmalige Handlung, sondern nur sukzessiv entsprechend dem Ablauf der Zeit bewirkt werden könne, werde sie - auf die Gesamtleistung bezogen - bis zum Zeitpunkt ihrer Beendigung immer nur unvollständig erbracht. Im Sinne des § 266 BGB handele es sich daher bis zur Beendigung des Dauerschuldverhältnisses um "Teilleistungen". Sie bestünden in den jeweiligen Zeitabschnitten. Da diese im Hinblick auf die zeitliche Dimension der Dauerschuld erbrachten "Teilleistungen" jedoch Sinn und Inhalt der geschuldeten Dauerleistung sind, finde § 266 BGB insoweit auf die Dauerleistung keine Anwendung¹. Es komme hinzu, daß die Dauerleistung während des gesamten Erfüllungszeitraumes ihrem Inhalt nach stets die gleiche bleibe, so daß jede Zeitspanne, während der erfüllt worden sei, der anderen gleichwertig sei. Deshalb sei es gerechtfertigt, bei gehöriger Erbringung der Dauerleistung für den jeweils vergangenen Zeitraum die teilweise Erfüllung der Dauerschuld zu bejahen². Denn für diesen Zeitraum habe sich die zeitliche Dimension des Anspruchs auf Erfüllung verringert.

Um das von v. Gierke angeführte Bild eines an Erschöpfung zugrunde gehenden Gesamtanspruchs wieder aufzugreifen, stirbt nach der Ansicht von Wiese das Dauerschuldverhältnis und damit auch der Gesamtanspruch mit fortschreitender Zeit nach Maßgabe der andauernden Leistungsbewirkung der Einzelansprüche nur in temporärer Hinsicht allmählich ab, nicht jedoch in qualitativer. Denn die Dauerleistung wird nicht ihrem Gegenstand nach, sondern nur im Hinblick auf ihre zeitliche Dimension geteilt, so daß sie qualitativ stets die gleiche bleibt.

1 vgl. auch Stutz, Der Rücktritt bei den Dauerverträgen des Bürgerl. Gesetzbuches, S. 3
Blomeyer, SchuldR, S. 31; De Boor, Bürgerl. Recht I, S. 155

2 Wiese, a.a.O. S. 847, 848

Dieser Ansicht, insbesondere dem Ergebnis, daß durch Erfüllung der sich wiederholenden Einzelleistungen gleichzeitig der von diesen zu unterscheidende Gesamtanspruch erfüllt wird, ist zuzustimmen. Besonders deutlich wird die Möglichkeit der Teilerfüllung des Gesamtanspruchs bei der Verpflichtung zu einem positiven Tun: wer z.B. für ein Jahr Dienste verspricht, hat am Ende des Jahres zwar dem Inhalt nach noch die gleiche, aber dem Umfang nach insgesamt gesehen eine geringere Leistung zu erbringen. Deshalb würde etwa - und dies scheint ein entscheidendes Argument von Wiese für die Teilerfüllung von Dauerschuldverhältnissen zu sein - die Höhe des festzusetzenden Schadensersatzes wegen Nichterfüllung je nach dem Zeitablauf verschieden bemessen werden müssen. Auch bei der Verpflichtung zu wiederkehrenden Leistungen bedeutet die Erfüllung der Einzelverpflichtung nicht nur die Vollerfüllung des aus der Gesamtverpflichtung entsprungenen Einzelanspruchs, sondern zugleich die teilweise Erfüllung des seinem Inhalt nach unveränderlichen Gesamtanspruchs.

§ 3 Die Leibrente (§§ 759 ff BGB)

Die dogmatische Differenzierung zwischen Gesamtanspruch und Einzelanspruch läßt sich durch die Entwicklung und Begriffsbestimmung der Leibrente (§ 759 BGB) weiter verdeutlichen. Die Leibrente wird als "Paradebeispiel" für die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Gesamtanspruch und Einzelansprüchen bei wiederkehrenden Geldleistungen angeführt.

I) Die Entwicklung der Leibrente

Im römischen und gemeinen Recht noch nicht entwickelt, im deutschen Privatrecht des Mittelalters nach dem Vorbild des Rentenkaufes¹ meist auch zunächst als dingliche Grundstücksbelastung ausgebildet, erscheint die Leibrente im modernen Recht fast allgemein als besonderes, zumeist auch gesetzlich geregeltes Gebilde des Schuldrechts². Etymologisch ist der Ausdruck Leibrente zurückzuführen auf die altdeutsche Wortform "lip" oder "lif" gleich Leben³.

Ganz im Gegensatz zu den dem BGB vorangegangenen zivilrechtlichen Gesetzgebungen hat die moderne Kodifikation davon abgesehen, für die Leibrente und das Rechtsverhältnis des Leibrentenvertrags Rechtsgrundsätze aufzustellen und damit ein dem Wesen und Inhalt nach bestimmtes Rechtsinstitut zu schaffen. Das Preuß. ALR in I 11 § 605 ff, Code civil Art. 1964 ff und 1968 ff, das Österr. BGB §§ 1269, 1284 ff und Sächs. BGB §§ 1150 ff behandelten die Leibrente und den Leibrentenvertrag. Das heutige BGB begnügt sich damit, in den §§ 759 - 761 einige knappe Aus-

¹ vgl. ALR I, 11 §§ 606 ff

² Bätge in Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das Zivil- und Handelsrecht, 5. Band, 1936, S. 276

³ vgl. Bovensiepen in Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, 3. Band, 1928, S. 944

legungsvorschriften über die Dauer und Fälligkeit der Leibrentenverpflichtung zu geben und diesen eine Formvorschrift anzuschließen. Es überläßt die Begriffsbestimmung der Leibrente Wissenschaft und Praxis und hält eine Definition des Leibrentenvertrags für überflüssig¹.

II) Die Begriffsbestimmung der Leibrente

1. Die Stammrechtskonstruktion der h.M.

Das Reichsgericht hat den Begriff der Leibrente in verschiedenen Entscheidungen herausgearbeitet und sich dabei vor allem auf die Wortbedeutung, die rechtsgeschichtliche Entwicklung und die Stellung im System des BGB unter den einzelnen Schuldverhältnissen gestützt. Leibrente ist hiernach ein einheitliches nutzbares Recht, das dem Berechtigten für die Lebenszeit eines Menschen eingeräumt ist und dessen Erträge aus regelmäßig wiederkehrenden, gleichmäßigen Leistungen in Geld oder anderen vertretbaren Sachen bestehen, und Leibrentenvertrag derjenige Vertrag, durch den jemand einem anderen gegenüber die selbständige Verpflichtung übernimmt, für dessen oder einer anderen Person Lebensdauer regelmäßig wiederkehrende festbegrenzte Leistungen der vorgenannten Art zu gewähren². Das RG verlangt ferner, daß das Rentengrundrecht lediglich nach Maßgabe des Vertrages, unabhängig und losgelöst von den sonstigen Beziehungen und Verhältnissen der Parteien, gewährt wird³. Es konstruiert deshalb das Leibrentenversprechen als ein abstraktes Schuldversprechen, durch dessen Erteilung eine zugrunde liegende kausale Verpflichtung in der Weise erfüllt wird, daß für

1 Mot. Bd II, S. 637 ff

2 RG seit der grundlegenden Entscheidung Bd 67, 204 in st. Rspr.: RGZ 68, 340; 137, 259; 150, 385

3 RGZ 80, 209; 94, 158

den Versprechensempfänger ein **R e n t e n s t a m m - r e c h t** begründet wird, aus dem zu den festgesetzten Terminen die einzelnen Rentenansprüche als Rechtsfrüchte (§ 99 Abs. 2 BGB) erwachsen.

Wesentlicher, typischer Inhalt des Leibrentenvertrages ist somit das Leibrentenversprechen, das einen in bestimmten Teilbeträgen fällig werdenden Gesamtanspruch erzeugt, ein in sich geschlossenes, einheitliches, nutzbares Forderungsrecht auf die Rente (Stammrecht), das zeit seines Bestehens in regelmäßig wiederkehrenden Fälligkeitsterminen aus sich heraus die einzelnen Rentenleistungen hervorbringt und in diesen sich auslebt: sog. Einheitstheorie (weil die Leibrente nicht aus einer Mehrzahl einzelner, selbständiger Ansprüche mit fortschreitend aufeinander folgenden Fälligkeitsterminen besteht, sondern ein in sich geschlossenes einheitliches Recht ist, dem die Eigenschaft der Nutzbarkeit im Sinne der §§ 99 Abs. 2 und 100 BGB zukommt) oder auch Isolierungstheorie genannt, weil bei entgeltlichen Rentenversprechen die einzelnen Rentenbezüge nicht im Austauschzusammenhang mit den Leistungen der anderen Seite im Sinne der §§ 326 ff BGB stehen und anders als das Stammrecht auch nicht von besonderen Bedingungen in der Person des Rentengebers oder des Rentennehmers abhängig gemacht werden können.

2. Die Mindermeinung: Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungen

Die Einheitstheorie (Stammrechtskonstruktion) ist herrschende Meinung¹. In der Rechtslehre hat sie jedoch Wider-

1 Sepp, Die Einheitlichkeit der Leibrente und ihre Wirkungen, S. 10 ff;
Reifenberg, Leibrenten- und Pensionsvertrag, S. 12 ff;
Drahota, Die rechtl. Natur des Leibrentenrechts und insbesondere deren Wirkungen bei Verzug des Leibrentenschuldners, S. 21 ff;
Esser II § 92 IV 2, S. 260; Enneccerus/Lehmann § 187 I 4, S. 772

spruch gefunden. Heck¹ lehnt diese Theorie mit der Begründung ab, daß solche ganz losgelösten Verträge, wie sie das RG sich denke, überhaupt nicht vorkämen; die ratio des § 761 BGB werde weder durch die Einheit des Grundrechts noch durch eine Loslösung von der causa bedingt. Die Bedenken von Larenz² gehen dahin, daß das Leibrentenversprechen, wenn es stets einen selbständig verpflichtenden Vertrag erfordern würde, bereits nach § 780 BGB formbedürftig, § 761 BGB daher überflüssig wäre. Warum die Verpflichtung zu fortdauernd wiederkehrenden Leistungen gerade im Falle einer Leibrente nur durch ein "abstraktes" Schuldversprechen und nicht auch in einem "kausalen", den Grund der Verpflichtung (im Sinne eines typischen Geschäftszwecks) in sich enthaltenden Verträge sollte eingegangen werden können, sei nicht einzusehen. Die Gegner der Einheitstheorie³ nehmen nur eine Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungsrechte oder ein bloßes Rechtsverhältnis an, aus dem die einzelnen Rentenansprüche entspringen. Über den juristischen Charakter des Leibrentenrechts, insbesondere über die Frage, ob die einzelnen Leibrentenbezüge gefordert werden können aufgrund einzelner Ansprüche, die zunächst aufschiebend bedingt entstehen durch Erleben und Zeitablauf, oder aber ob die einzelnen "Rentengefälle" aufgrund eines einheitlichen Rentenstammrechts zu leisten sind, das die Einzelansprüche hervorbringt, gingen schon unter der Herrschaft der Partikularrechte die Meinungen auseinander⁴. Für die Auffassung der Einheitstheorie (Stammrechtskonstruktion) sprechen maßgebliche Gründe. Wenn man die Problematik historisch beleuchtet, dann findet die h.M. eine Bestätigung im römischen Recht.

1 Heck, SchR. § 121 VI, S. 365, 366

2 Larenz, SchR II § 25 III, S. 372 ff

3 vgl. auch insbesondere Heldrich, Jherings Ib 78, 272; Leonhard, Bes. SchR, S. 301;

Planck/Oegg, Vorbem. II 2 und 6 vor § 759 BGB

4 vgl. Drahota, a.a.O. S. 21

III) Dauernde Obligationen im römischen Recht

Schon das römische Recht bezeichnet die durch stipulatio in annos singulos erzeugte Forderung als "una et incerta et perpetua obligatio", die auch durch die Hinzufügung von "quoad vivam" als unbedingte (pure facta) und nur durch den Tod beendete Obligation zu behandeln sei¹. Die Figur der stipulatio in annos singulos entsprach in manchem dem heutigen Leibrentenrecht. Gegen dieses Prinzip spricht weder die Sondervorschrift Justinians², wonach, wenn die Gültigkeit der gerichtlich insinuierten Schenkung in Frage steht, eine auf Jahresleistung gerichtete, zugleich aber vom Leben des Schenkers oder Beschenkten abhängige Schenkung als Mehrheit selbständiger Schenkungen angesehen werden soll, noch die abweichende Behandlung des legatum in annos singulos, das eine Mehrheit durch Erleben des Bedachten bedingter einzelner Forderungen begründete. Denn in beiden Fällen liegen besondere Gründe vor, welche den Gesetzgeber zu einer Abweichung vom Prinzip im einzelnen Falle veranlaßt haben.

Die Regel bezüglich der Rentenschenkungen hängt damit zusammen, daß nach dem Justinianischen Recht eine Schenkung der Form der gerichtlichen Insinuation bedurfte, wenn der Betrag der Schenkung 500 Solidi überstieg. Bei Schenkungen von jährlich wiederkehrenden Leistungen, insbesondere von solchen auf Lebenszeit, deren Gesamtbetrag von vornherein nicht festgestellt werden kann, konnte man nun im Zweifel sein, ob für die Berechnung dieser Maximalsumme die Höhe der einzelnen Rente oder die Summe sämtlicher Jahresbeträge ausschlaggebend sei. Diese Frage löst die angeführte Kodexstelle dahin, daß es bezüglich der Form

1 lex 16 §§ 1 und 4, D.XLV 1 und § 3 J. III 15,
Eccius, Der Leibrentenvertrag des BGB, Gruchot 45,
11 (20, 21)

2 lex 34 § 8 C.VIII, 54

nur auf die einzelne Jahresleistung ankomme. Wir haben es hier also nur mit einer Fiktion zu tun, welche nicht das Prinzip, sondern nur seine Wirkungen alteriert. Denn nach der Auffassung der Rente als "una obligatio" müßte die Summe der sämtlichen Leistungen entscheidend sein.

Was nun das "legatum in annos singulos" betrifft, so war es wohl die Rücksicht auf den gewöhnlichen Unterhaltungszweck, welche die römischen Juristen bestimmte, diese Figur abweichend von der allgemeinen Regel als eine Mehrheit einzelner Legate zu behandeln. Es hat damit folgende Bewandnis¹: Ein Sklave und ein Haussohn waren nicht fähig, wie überhaupt so auch durch Vermächtnis ein Vermögensrecht zu erwerben. Vielmehr machte an ihrer Statt der Herr bzw. der Hausvater den ihnen zugedachten Erwerb und dieser verblieb ihren Gewalthabern auch nach der Freilassung bzw. Emanzipation. Wurde nun einem Haussohn oder Sklaven vor der Freilassung oder Emanzipation eine Rente vermacht, so wäre diese nach dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Rente sofort als Ganzes dem Gewalthaber zugefallen, ohne auf den Bedachten nach der Aufhebung des Gewaltverhältnisses überzugehen. Dieser Erfolg war aber in den meisten Fällen im Widerspruch mit dem Willen des Testators, welcher eine lebenslängliche Versorgung des Bedachten durch das Rentenvermächtnis im Auge hatte. Durch die positive Bestimmung der erwähnten Digestenstelle, daß ein solches Vermächtnis als eine Mehrheit selbständiger Vermächtnisse aufzufassen sei, wurde das römische Recht, ohne mit den Bestimmungen über den Vermögenserwerb von Personen, die unter fremder Gewalt stehen, in Widerspruch zu geraten, dem Zwecke des Rentenvermächtnisses gerecht: Denn nunmehr fiel jeder einzelne ver-

¹ vgl. Savigny, System des heutigen römischen Rechts Bd II, S. 105 ff

machte Rentenbezug nicht sofort, sondern erst am Fälligkeitstermin an und nur die während der Dauer des Gewaltverhältnisses fällig werdenden Raten flossen in das Vermögen des Herrn bzw. Hausvaters, während nach der Aufhebung des Gewaltverhältnisses der Bedachte die nach diesem Zeitpunkte fällig werdenden Bezüge als erst in diesem Zeitpunkt selbständige Vermächtnisse erwarb.

Diese beiden aus den genannten Gründen abweichend geregelten Fälle können im Ergebnis somit nicht angeführt werden gegen das auch bereits im römischen Recht zu findende Prinzip, daß dauernde Obligationen, die auf das Leben eines Menschen gestellt sind, in der Weise begründet wurden, daß dabei eine einheitliche, durch den Tod nur in ihrer Dauer begrenzte Verbindlichkeit in Frage kam¹. Zwar läßt sich eine genaue begriffliche Differenzierung zwischen einem Gesamtanspruch (Stammrecht) und Einzelansprüchen im römischen Recht noch nicht feststellen. Dies mag daran liegen, daß sich im römischen Recht nur geringe Spuren einer Emporhebung dauernder Schuldverhältnisse über das Niveau der vorübergehenden Verkehrsobligation finden lassen². Immerhin lassen die wenigen dauernden Schuldverhältnisse des römischen Rechts das Prinzip eines einheitlichen Rechts erkennen und sprechen gegen die Konstruktion einer Mehrheit aufschiebend bedingter Rechte.

IV) Weitere Gründe für die Stammrechtskonstruktion der h.M.

Die Konstruktion der Einheitlichkeit des durch den Rentenvertrag begründeten Leibrentenrechts entspricht auch der h i s t o r i s c h e n E n t w i c k l u n g der Leibrente im deutschen Recht. Wie bereits festge-

¹ vgl. Eccius, a.a.O. S. 21

² Gierke, a.a.O. S. 411

stellt, führt die Leibrente ihren Ursprung auf den Rentenkauf zurück. Dort hatte die Rente ebenso wie die Leibrente in den ersten Anfängen ihrer eigenen Ausbildung als Recht am Grundstück, und zwar als ideelles Miteigentum gegolten¹. Sie konnte anfangs nur im Wege der Auflassung begründet werden. Der Anspruch auf sie war also ein dem Eigentum gleichgestelltes dingliches Recht und als solches naturgemäß ein einheitliches Ganzes. Das hat sich auch weiterhin, als das dingliche Moment wegfiel und das Leibrentenrecht rein obligatorischer Natur wurde, erhalten².

Die Einheitlichkeit der Leibrente beweist auch der Sprachgebrauch, der von der Leibrente immer nur im Singular spricht, wie die Ausdrücke Leibgut, Leibrecht, vitalitium zeigen. Wohl in historischer Reminiszenz nennt Code Art. 1983, obwohl im französischen Recht durch die Bestimmung des Art. 1980 die Einheitlichkeit der Leibrente verleugnet wird, den Rentenberechtigten propriétaire d'une rente.

Die Einheitstheorie und Stammrechtskonstruktion ermöglichen es ferner, den Leibrentenvertrag im Hinblick auf die Formvorschrift des § 761 BGB vernünftig abzugrenzen: Die selbständige Übernahme einer isolierten Leibrentenverpflichtung erscheint gefährlicher als die Übernahme wiederkehrender Leistungen im Austausch oder zur Abgeltung einer anders gearteten Verpflichtung³. Es hat daher guten Sinn, je nachdem, ob der Zusammenhang mit dem Kausalverhältnis schwächer oder stärker betont erscheint, die Wahrung der Schriftform zu verlangen oder sie für entbehrlich zu erklären.

1 Schröder/v. Künssberg, S. 797

2 Sepp, Der Leibrentenvertrag nach dem BGB, S. 60

3 vgl. Enneccerus/Lehmann, § 187 I 4, S. 772

Schließlich behandelt das BGB das Leibrentenrecht als ein Stammrecht, dessen Zivilfrüchte die einzelnen Rentenleistungen sind. Es ist § 1073 BGB, welcher bestimmt, daß

dem Nießbraucher einer Leibrente, eines Auszugs oder eines ähnlichen Rechtes die einzelnen Leistungen gebühren, die aufgrund des Rechtes gefordert werden können.

Der Nießbrauch an einem Recht besteht, wie sich der an einer Sache als ein "uti frui salva rei substantia" darstellt, in der Befugnis des Berechtigten, die Erträge, welche das Recht gewährt, sich zu eigen zu machen, ohne jedoch das Recht selbst zu konsumieren¹. Demnach setzt das BGB, indem es beim Nießbrauch an einer Leibrente die einzelnen Rentenraten in das Eigentum des Berechtigten übergehen läßt, noch ein Recht voraus, das vom Nießbrauch in seinem Stamm unberührt bleibt und konstruiert somit die Leibrente als ein Recht, welches seiner Bestimmung gemäß die einzelnen Raten als Erträge gleich den Früchten einer Sache abwirft².

Diese Argumente sprechen alle für die Einheitlichkeit (Stammrechtskonstruktion) der h.M. Die Auffassung der Leibrente als eine Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungen ist aus historischen, sprachlichen und praktischen Gründen, schließlich durch das Bürgerliche Gesetzbuch selbst, widerlegt und daher abzulehnen.

Im folgenden soll auf die dogmatischen Besonderheiten der Leibrente im einzelnen eingegangen werden. Es soll insbesondere untersucht werden die rechtliche Qualität des Gesamtanspruchs (Stammrechts), seine Bedeutung und Funktion, das Verhältnis des Gesamtanspruchs zu den Ein-

1 Sepp, a.a.O. S. 65

2 vgl. RGZ 67, 204 (212); Drahota, a.a.O. S. 26, 27

zelansprüchen und schließlich die wesentlichen Merkmale der Einzelansprüche.

V) Die rechtliche Qualität des Stammrechts und seine

Funktion

Die Art des "in sich geschlossenen einheitlichen Leibrentenrechts", des Stammrechts, wird bei der Begriffsbestimmung der Leibrente durch das RG¹ kaum genügend geklärt. Enneccerus/Lehmann² halten das Leibrentenstammrecht für eine unverjährbare Erwerbsberechtigung. Der Rentenberechtigte habe eine Anwartschaft darauf, mit dem Eintritt der einzelnen Rententermine ipso iure die einzelnen Rentenforderungen zu erwerben, ähnlich wie etwa ein Nießbraucher an einer Forderung ein Recht (eine Anwartschaft) darauf habe, daß die einzelnen bei seinen Lebzeiten fällig werdenden Zinsforderungen in seiner Person zur Entstehung gelangen.

Dem Stammrecht ein solches juristisches Gepräge zu geben, ist nicht erforderlich, erscheint aber auch nach dem Inhalt, den Enneccerus/Lehmann selbst diesen Erwerbsberechtigungen gegeben haben bedenklich. Enneccerus teilt im Hinblick auf den Hauptinhalt der dem einzelnen eingeräumten Rechtsmacht subjektive Rechte in folgende drei Kategorien ein³: **B e h e r r s c h u n g s r e c h t e**, d.h. die Rechtsmacht, auf ein bestimmtes Objekt (Sache, Person, Geistesprodukt, Recht, Vermögen) unmittelbar einzuwirken oder fremde Einwirkung auszuschließen; **A n s p r ü c h e**, d.h. Rechte, von einem bestimmten anderen ein Tun oder ein Unterlassen zu fordern und **G e -**

1 vgl. RGZ 67, 204

2 Enneccerus/Lehmann, § 188 II 3, S. 775

3 vgl. Enneccerus/Nipperdey, BGB-AT, § 73, S. 440, 441

s t a l t u n g s r e c h t e oder R e c h t e a u f
R e c h t s ä n d e r u n g , d.h. die Rechtsmacht, vermöge deren eine Rechtsänderung, also die Entstehung, Aufhebung oder Veränderung subjektiver Rechte, entweder vom Berechtigten (allein) bewirkt werden kann oder zu seinen Gunsten auch ohne seinen Willen eintritt, jedenfalls aber ohne Mitwirkung des andern.

Zu der dritten Gruppe von Rechten (den Rechten auf Rechtsänderung) zählt Enneccerus die Erwerbsberechtigungen¹. Darunter werden Rechte auf Erwerb eines Rechts durch eigene Handlung oder ohne eine solche verstanden. Hierhin gehörten z.B. die Aneignungsrechte (§ 958 Abs. 2 BGB). Häufig bildeten Erwerbsberechtigungen die Vorstufe eines Rechts, das sich aus ihnen durch das Hinzutreten bestimmter Erfordernisse entwickelte, ohne daß noch eine Erwerbshandlung erforderlich sei. Für Erwerbsberechtigungen dieser Art empfehle sich der Name Anwartschaftsrechte oder kurzweg Anwartschaften. Nach Ansicht von Enneccerus² können diese Erwerbsberechtigungen in das Schema der Sachenrechte und Obligationen nicht eingeordnet werden. Es handele sich zwar stets um Rechte absoluter Natur (nicht nur gegen eine bestimmte Person, sondern gegen jedermann gerichtet), also darin den dinglichen gleich, dagegen darin von den dinglichen verschieden, daß die Berechtigung, die sie gewährten, nicht in einem Herrschen über die Sache, sondern in dem Erwerbenkönnen eines Rechtes bestehe. Die Annahme einer Obligation treffe nicht zu, teils weil es häufig an einem Schuldner völlig fehle, teils weil selbst in den Fällen, wo neben der Erwerbsberechtigung eine Obligation wirklich bestehe, diese Obligation

¹ vgl. Enneccerus/Nipperdey, a.a.O. S. 462

² Enneccerus, Rechtsgeschäft, Bedingung und Anfangstermin, S. 600, 601

nicht erkläre, wie die Erwerbsberechtigung den Eigentumserwerb ohne den Willen des neuen Eigentümers zur Folge haben könne.

Das Verständnis des Stammrechts als absolutes Recht wird von Enneccerus/Lehmann verstärkt durch die Annahme der Unverjährbarkeit des Stammrechts. Nach der Konzeption des BGB sind nur absolute Rechte unverjährbar¹.

Zwar ist das Leibrentenrecht aus dem dinglichen Rentenkauf entstanden, das dingliche Element ist jedoch weggefallen, so daß sich das Leibrentenrecht in seiner heutigen Form als rein schuldrechtliches Recht darstellt und keine Gemeinsamkeiten mit absoluten Rechten besitzt. Dingliche Rentenrechte (z.B. Reallasten, §§ 1105 ff BGB) sind keine Leibrenten, auch dann nicht, wenn sie im übrigen dem Leibrentenbegriff entsprechen². Das Leibrentenstammrecht kann daher nur schuldrechtlicher Art sein; die Auffassung von Enneccerus/Lehmann als Erwerbsberechtigung (absolutes Recht) ist abzulehnen.

Zur Ermittlung des rechtlichen Gehalts des Stammrechts gibt die Ausdrucksweise des RG einen Hinweis. In der Zentralentscheidung³ spricht das RG davon, daß das in sich geschlossene einheitliche Stamm- oder Grundrecht den jedesmaligen Anspruch des Leibrentenempfängers auf die Einzelgefälle durch sein Bestehen allein hervorbringe. Auch an anderen Stellen kommt zum Ausdruck, daß die Einzelansprüche vom Stammrecht "erzeugt", daß sie aus dem Grundrecht "fließen" würden. Nach Ansicht von Reifenberg, der sich der Terminologie des RG anschließt⁴, ist über-

1 BGB-RGRK - Oegg Anm. 2 zu § 194 BGB
Soergel/Siebert/Augustin Anm. 16 zu § 194 BGB

2 vgl. RGZ 104, 273

3 RGZ 67, 204 (210, 211)

4 vgl. Reifenberg a.a.O. S. 15

haupt regelmäßig die einzige Funktion des Stammrechts, Einzelansprüche hervorzubringen.

Wenn jedoch die einzige Funktion des Stammrechts darin bestünde, in regelmäßigen Zeitabständen einen Anspruch auf eine bestimmte Geldleistung zur Entstehung zu bringen, dann müßte dieses Stamm- oder Grundrecht in der Tat nur als Erwerbsrecht (Anwartschaftsrecht) in dem von Enneccerus/Lehmann gebrauchten Sinn aufgefaßt werden. Dann ist aber der vielfach synonym gebrauchte Ausdruck "Gesamt a n s p r u c h" fehl am Platze¹. Denn der Anspruch ist das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen (§ 194 BGB). Die Vorstellung eines "Anspruchs" mit dem einzigen Inhalt, in regelmäßigen Zeitabständen Ansprüche zu erzeugen, ist demnach begriffswidrig. Es gibt nur das eine oder das andere. Entweder ist das Stammrecht ein Erwerbsrecht oder es ist ein Anspruch. Ist es ein Erwerbsrecht, dann ist konsequenterweise mit Enneccerus/Lehmann eine Verjährung zu verneinen. Ebensowenig wäre eine Aufrechnung des so verstandenen Stammrechts gegen eine Forderung möglich. Denn gemäß § 387 BGB können nur Forderungen, d.h. Ansprüche gegeneinander aufgerechnet werden.

Eine klare Entscheidung über die Rechtsnatur des Stammrechts wird durch die Rechtsprechung zur Verjährung von wiederkehrenden Geldleistungen getroffen. Diese Rechtsprechung geht zurück auf ein Urteil des Reichsgerichts². In dieser Entscheidung ist dargelegt, daß Dauerschuldverhältnisse einer Verjährung des Gesamtanspruchs, des sogenannten Stammrechts, zugänglich sind. Damit hat das RG die Verjährung auf den "Organismus" der Dauerschuldverhältnisse ausgedehnt, Es hat daraus weiter abgeleitet, daß mit

1 so auch Barnewitz, Kompaß 65, 301

2 RGZ 136, 427

der Fälligkeit der Einzelleistung auch die Verjährung des Dauerschuldverhältnisses zu laufen beginnt und daß Verjährungsunterbrechung einer Einzelleistung auch die Verjährung des zugrundeliegenden Dauerschuldverhältnisses unterbricht.

Der zentrale Punkt für die Frage, ob auch der Gesamtanspruch der Verjährung unterliegt, besteht jedoch darin, ob diesem Gesamtanspruch ein Anspruch im Sinne von §§ 194 Abs. 1, 198 S. 1 BGB entspricht, da die Geltendmachung des Gesamtrechts, von der Feststellungsklage abgesehen¹, in der Regel nur durch Einforderung der einzelnen fälligen Leistungen zum Ausdruck kommen wird². Nach bürgerlichem Recht können nur Ansprüche verjähren; das BGB hat unter dem Einfluß von Windscheid an die Stelle der in der gemeinrechtlichen Doktrin von den meisten angenommenen Klagenverjährung die Anspruchsverjährung gesetzt³. Für den Bereich der Verjährung bringt die angeführte Entscheidung des RG eine Klärung dahingehend, daß das RG dem Gesamtanspruch die Qualität eines Anspruchs i.S. von § 194 BGB zubilligt. Zur Begründung führt das RG aus, der erste Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches habe dieser Problematik gerade für die Verjährungsfrage dadurch Rechnung getragen, daß er in § 160 bestimmte:

"Hängen wiederkehrende Leistungen von einem Hauptrecht nicht ab, so beginnt die Verjährung des Anspruchs im ganzen mit dem Zeitpunkt, in welchem die Verjährung des Anspruchs auf eine Leistung begonnen hat."

Entsprechend wurde in § 184 des Entwurfs (jetzt § 224 BGB)⁴ als Abs. 2 angefügt:

"Bei selbständigen wiederkehrenden Leistungen ist mit der Verjährung des Anspruchs im ganzen auch der Anspruch auf die bis dahin verfallenen Leistungen verjährt."

1 vgl. RGZ 83, 354

2 vgl. RGZ 136, 27 (431)

3 Staudinger/Coing Anm. 1 zu § 194 BGB

Soergel/Siebert/Augustin Anm. 1 zu § 194 BGB

4 vgl. Mot. Bd I, S. 310

Beide Bestimmungen sind von der Kommission zur zweiten Beratung des Entwurfs gestrichen worden, weil dafür kein Bedürfnis vorhanden war. Die Unterstellung eines Gesamtanspruchs fließe nicht aus der Natur der Sache, beruhe vielmehr auf künstlicher Fiktion; praktische Nachteile würden aus der Beseitigung der Vorschriften nicht erwachsen¹. Nach Ansicht des RG wird jedoch nicht erkennbar, welche praktische Entscheidung die Kommission für richtig gehalten habe. Insbesondere ergebe sich aber **n i c h t**, daß die Zulassung der Verjährung des Gesamtrechts überhaupt als unverträglich mit Sinn und Zweck der Anspruchsverjährung angesehen worden wäre. Es könne nicht im Sinn des Gesetzgebers gelegen haben, die "wirtschaftliche und staatliche Aufgabe der Verjährungseinrichtung" aus Erwägungen rechtsbegrifflicher Art weitgehend einzuschränken und seit langen Jahren in Vergessenheit geratene, der Bestimmung nach laufend wiederkehrende Rentenrechte niemals erlöschen zu lassen. Der Gesetzgeber des bürgerlichen Rechts habe dieser Rechtseinrichtung vielmehr weitgehenden Spielraum geben wollen. Das zeige die Übergangsvorschrift des Art. 169 Abs. 2 EG BGB, die Ablehnung von Abreden, welche die Verjährung erschweren, und die Zulassung von solchen, die sie erleichtern, in § 225 BGB sowie die besondere Bestimmung von Ausnahmen der Verjährbarkeit in §§ 194 Abs. 2, 758, 902 Abs. 1 S. 2, 898, 924 BGB u.a.m. Mit dieser Gesamteinrichtung des deutschen Rechts wäre es nicht vereinbar, der Verjährungseinrede keine Folge zu geben gegenüber dem Gesamtanspruch auf wiederkehrende Geldleistungen². Nicht klar zum Ausdruck kommt in der Entscheidung des RG, welche Verjährungsfrist für den Gesamtanspruch gelten soll. Man wird annehmen müssen, daß mangels einer besonderen Vorschrift die Verjährbarkeit für den Gesamtanspruch die dreißigjährige ist³.

1 Protokolle Bd I, S. 212

2 vgl. auch RGZ 130, 427 (432, 433)

3 Staudinger/Coing, Anm. 4 zu § 194 BGB
BGB-RGRK/Johannsen, Anm. 5 zu § 194 BGB

Nach Ansicht von Planck¹ ist durch die Streichung der Vorschriften des ersten Entwurfs des BGB eine positive Entscheidung darüber, ob in den Fällen der gedachten Art ein Gesamtanspruch besteht, nicht erfolgt, die rechtliche Beurteilung des in Frage kommenden Verhältnisses vielmehr offen gelassen. Nehme man einen Gesamtanspruch an, so könne derselbe auch verjähren. Allerdings meint Planck, daß sich aus der juristischen Natur eines Verhältnisses der fraglichen Art, sofern nicht besondere Umstände eine abweichende Beurteilung rechtfertigen, ein Gesamtanspruch nicht ableiten lassen dürfe; es erscheine vielmehr natürlicher, so viele Ansprüche anzunehmen, als wiederkehrende Leistungen zu entrichten seien.

Die Rechtsprechung des RG wird fortgesetzt in Entscheidungen des BGH. In einem Urteil² führt der BGH aus, mit der Geltendmachung von Einzelansprüchen, d.h. einzelnen Raten bzw. Monatsrenten, werde gleichzeitig neben dem Einzelanspruch auch immer der Gesamtanspruch geltend gemacht mit der Folge, daß durch die Zahlung einzelner Monatsrenten immer auch die Wirksamkeit des Gesamtanspruchs anerkannt und somit die Verjährung hinsichtlich des Gesamtanspruchs gemäß § 208 BGB unterbrochen werde. Anders sei dagegen das Verhältnis zwischen den Einzelansprüchen zu beurteilen. Wenn der Kläger lediglich eine Klage wegen einer einzelnen Monatsrente erhebe, so unterbreche er damit nicht die Verjährung wegen anderer rückständiger Monatsrenten. Er gebe vielmehr durch diese Klageerhebung gerade zu erkennen, daß er sich zunächst auf die Geltendmachung nur dieser einen Monatsrente beschränken wolle. Das gleiche gelte, wenn der Schuldner nur eine Monatsrate bezahle, von der Anerkenntniswirkung gemäß § 208 BGB. In allen Fällen werde aber die Verjährung hinsichtlich des Gesamtanspruchs unterbrochen.

1 Planck, 1. Band AT, Anm. 2 zu § 224 BGB

2 BGH in VersR 60, 949

In einer weiteren Entscheidung zu §§ 1, 3 RHG¹ kommt der BGH zum Ergebnis, daß zwar unter Umständen in der Zahlung einzelner Renten auf einen vom Gläubiger geltend gemachten Rentenanspruch aus §§ 843, 844 BGB (entsprechend § 3 RHG) eine Anerkennung des Gesamtanspruchs durch den Schuldner gesehen werden könne, die geeignet sei, die Verjährung des Gesamtanspruchs zu unterbinden². Wolle der Gläubiger aber den einheitlichen, mit dem Schadenereignis entstehenden Gesamtanspruch durch eine Klageerhebung unterbrechen, so reiche hierzu eine nur einzelne Rentenleistungen umfassende Teilklage jedenfalls dann nicht aus, wenn der Gläubiger die Möglichkeit habe, hinsichtlich des ganzen vorhersehbaren Schadens eine Klage auf künftige Leistung oder eine Feststellungsklage zu erheben. Grundsätzlich könne nämlich die Klageerhebung die Verjährung nur in dem Umfang unterbrechen, in dem der Anspruch rechtshängig gemacht sei. Soweit aus der Entscheidung RGZ 136, 427 abgeleitet werden sollte, daß die gerichtliche Geltendmachung des einzelnen "Gefälls" einer Rentenforderung die Verjährung der Gesamtforderung unterbreche, vermöge sich der Senat dem nicht anzuschließen. Diese Auffassung sei mit der übrigen Rechtsprechung über die Unterbrechungswirkung bei Teilklagen nicht in Einklang zu bringen, sie widerstreite auch der Haftpflichtpraxis, in der es Übung sei, den gesamten Schadenersatzanspruch rechtshängig zu machen, wenn der Verjährungsgefahr begegnet werden solle³.

Schließlich ist noch eine letzte Entscheidung des BGH⁴ anzuführen, wonach es bei der Verjährung eines Anspruchs

1 BGH, VersR 63, 1160 (1161)

2 insoweit Übereinstimmung mit dem Urteil des BGH in VersR 60, 949

3 BGH, VersR 63, 1161

4 BGH in NJW 73, 1684 (1685)

auf Zahlung rückständiger Rentenleistungen entscheidend darauf ankommt, ob das Stammrecht verjährt ist. Ist der Gesamtanspruch bereits verjährt, so sind auch die Einzelansprüche verjährt. Eine andere Auslegung würde zu dem seltsamen Ergebnis führen, daß der Geschädigte die kürzere Frist des Stammrechts (z.B. die zwei- bzw. dreijährige der §§ 14 StVG, 852 BGB) dadurch umgehen könnte, daß er jeweils vor Ablauf von 4 Jahren (Frist des § 197 BGB) nur die Rückstände einklagt. (Die zwei- bzw. dreijährige Frist in § 14 StVG, 852 BGB sind Ausnahmen von der grundsätzlichen 30-jährigen Verjährungsdauer des Stammrechts.) Nur dann, wenn der Gesamtanspruch noch nicht verjährt ist, könnten somit rückständige Einzelleistungen nach § 197 BGB in 4 Jahren seit Entstehung der Einzelansprüche verjähren.

In den genannten Urteilen des BGH kommt zum Ausdruck, daß teilweise Abweichungen von der Entscheidung des RG (RGZ 136, 427) bestehen¹, in der Verjährbarkeit des Gesamtanspruchs jedoch Einigkeit besteht. Alle Urteile des BGH gehen von der Voraussetzung aus, daß auch das Stammrecht der Verjährung unterliegt. Auch in der zivilrechtlichen Literatur wird dieser Auffassung gefolgt². Dabei wird meistens auf die Entscheidung des RG verwiesen.

Unter gleichzeitiger ausdrücklicher Bestätigung der Definition der Leibrente in RGZ 67, 204 hat das RG³ ferner die Aufrechnung eines Leibrentenrechts (gemeint war nur der Gesamtanspruch) gegen eine vom Konkursverwalter geltend gemachte Geldforderung zugelassen. Dabei ist die in

¹ vgl. besonders BGH, VersR 63, 1161

² Erman/Hefermehl, Anm. 9 zu § 198 BGB

Staudinger/Coing, Anm. 4 zu § 194 BGB

Soergel/Siebert/Augustin, Anm. 3 zu § 194 BGB

³ RGZ 68, 340

diesem Urteil verwendete Terminologie interessant. Das RG spricht von einem Leibrentenanspruch als einem "einheitlichen Forderungsrecht auf die Rente im ganzen mit Endtermin" oder von einem "einheitlichen betagten Forderungsrecht auf die laufenden Raten" oder von einem "Forderungsrecht unter auflösender Bedingung".

Es ist somit festzustellen, daß die h.M. das Stammrecht der Sache nach als einen Anspruch im Sinne von § 194 BGB konstruiert, obwohl zum Teil von der Terminologie her der Schluß gerechtfertigt ist, daß es sich um eine Erwerbsberechtigung handelt, d.h. eine Anwartschaft des Berechtigten darauf, mit dem Eintritt regelmäßig aufeinanderfolgender Fälligkeitstermine Einzelansprüche unter der Bedingung zu erwerben, daß er zu diesen Zeitpunkten noch lebt¹. Die Definition des Rentenrechts als eines in sich geschlossenen einheitlichen Stammrechts, das den jedesmaligen Anspruch des Berechtigten auf die Einzelleistungen durch sein Bestehen allein hervorbringt, erweist sich als ein etwas mißglückter Versuch, genau und unmißverständlich auszudrücken, was der Sache nach gemeint ist.

Als Ergebnis bleibt daher festzuhalten, daß unter dem Stammrecht nichts anderes zu verstehen ist als ein Anspruch im Sinne von § 194 BGB, so wie es von der h.M. der Sache nach aufgefaßt wird. Der Gesamtanspruch ist nicht auf eine einzige Leistung gerichtet, sondern auf eine Vielheit von gleichartigen und gleichmäßigen Einzelleistungen, die zu verschiedenen, in ungefähr gleichen Abständen aufeinanderfolgenden Terminen fällig werden. Der Gesamtanspruch geht auf sämtliche Leistungen, die Einzelansprüche gehen auf die einzelnen Leistungen. Der Gesamtanspruch ist das Umfassende.

¹ vgl. Barnewitz, a.a.O. S. 302

Mit der Qualifizierung des Stammrechts als Anspruch im Sinne von § 194 BGB ist gleichzeitig deutlich gemacht, daß man im Gesamtanspruch mehr sehen muß als nur eine zusammenfassende Bezeichnung für eine unbestimmte Vielheit voneinander unabhängiger Einzelansprüche. Der Gesamtanspruch ist mehr als die bloße Summe, die konstruktive Zusammenfassung¹ der einzelnen Rentenansprüche, ihm kommt eine eigene, selbständige Anspruchsqualität zu. In diesem Zusammenhang kann auf die Feststellung Windscheids² hingewiesen werden: "Die Gesamtheit, das Ganze ist etwas anderes als die Summe seiner Teile." Für das Leibrentenstammrecht ergibt sich jedoch, daß der Gesamtanspruch nicht deshalb etwas anderes ist, weil das Ganze anders ist als die Summe seiner Teile, sondern weil er eigene Anspruchsqualität besitzt. Wenn man im Gesamtanspruch nichts anderes sehen würde als die Summe der Ansprüche auf die einzelnen Leistungen, dann wäre in der Tat kein Grund vorhanden, neben den Einzelansprüchen noch ein Stammrecht anzunehmen. Der Gesamtanspruch hätte in diesem Fall keine Berechtigung, wäre nur eine künstliche Fiktion. Es mag vielleicht etwas "wenig" erscheinen, daß der Gesamtanspruch "nur" auf eine Vielheit von Einzelansprüchen gerichtet ist und demzufolge der Gesamtanspruchsinhaber vom Verpflichteten "nur" die Erfüllung einer Vielheit von Einzelleistungen verlangen kann, aber es ist kein Grund ersichtlich, warum dies nicht alleiniger Inhalt eines Anspruchs sein kann.

VI) Entstehen, Übertragung und Ende des Stammrechts

Das Leibrentenstammrecht entsteht mit der Erteilung und Annahme des Leibrentenversprechens³. Die Entstehung des

¹ vgl. Kreß, Bes. SchR, S. 74

² Windscheid, Pandekten I § 42 Anm. 2, S. 179

³ Staudinger/Brändl, Vorbem. 13 vor § 759 BGB

Rentenstammrechts in seiner Gesamtheit kann befristet (aufgeschobene Leibrente) oder von einer Bedingung sowie von einer Gegenleistung abhängig gemacht werden, nicht aber die Ansprüche auf die einzelnen Rentenleistungen, die einseitige Schuldverpflichtungen des Leibrentenschuldners darstellen¹.

Das Leibrentenstammrecht ist wegen seines vom Gesetz vermuteten Unterhaltscharakters (vgl. § 759 Abs. 1 BGB) im Zweifel unübertragbar, § 399 BGB². Die normale Beendigung der Leibrentenverpflichtung als eines Dauerschuldverhältnisses und damit auch des Gesamtanspruches ist der Tod desjenigen, auf dessen Leben die Rente gestellt ist, also ein dem Eintritt nach gewisses, dem Zeitpunkt des Eintritts nach ungewisses Ereignis³.

VII) Die Bedeutung der Einzelansprüche und deren Beziehungen zum Stammrecht

Soweit der Leibrentenanspruch sich lediglich auf die einzelne Leistung richtet, ist es schon wegen der Einheit des Leistungsgegenstandes und der besonderen Fälligkeit der Leistung gerechtfertigt, von Einzelansprüchen als einer besonderen rechtlichen Einheit, einem besonderen Recht zu sprechen. Das gewichtigste Argument für eine solche Konstruktion ist jedoch darin zu finden, daß der Anspruch auf die einzelne Leistung seine besondere Verjährungsfrist hat⁴. Gemäß § 197 BGB verjähren die Ansprüche auf die einzelnen Rentenleistungen in vier Jahren.

1 RGZ 67, 211; 91, 8

2 Staudinger/Brändl, Vorbem. 19 vor § 759 BGB;
BGB-RGRK - Fischer, Anm. 10 zu § 759 BGB

3 BGB-RGRK - Fischer, Anm. 11 zu § 759 BGB

4 Barnewitz, a.a.O. S. 303

1. Die Einzelansprüche als Teile des Gesamtanspruchs

Auch bei der Leibrente als Dauerschuldverhältnis stellt sich die Frage, ob die Einzelansprüche Teile des Gesamtanspruches sind. Von Gierke hatte für Dauerschuldverhältnisse generell behauptet, daß Einzelansprüche nicht Teile des Stammrechts sein könnten¹.

Hierzu ist eine Entscheidung des RG² anzuführen, in der es um die Frage ging, ob der Dienstherr mit seiner Forderung an den Beamten auch gegen die erst künftig fällig werdenden Teile seines Gehalts oder Ruhegehalts aufrechnen kann. Das RG hat diese Frage unter Hinweis auf § 387 BGB bejaht und bei der Begründung u.a. folgendes ausgeführt: Es unterliege keinem Zweifel, daß es sich bei den künftigen Gehaltsbeträgen um T e i l e eines schon entstandenen Anspruchs handele. Mit der Begründung des Beamtenverhältnisses werde ein der Leibrente ähnliches einheitliches Rentenrecht auf alle, auch die künftig fällig werdenden gesetzlichen Gebührennisse hervorgerufen. Der Gehaltsanspruch sei seiner Natur nach ein einheitliches Gebilde, das von vornherein auch die zukünftigen Teile umfasse. Das RG faßt die Einzelansprüche auf Gehalt oder Ruhegehalt in dieser Entscheidung als Teile des einheitlichen Rentenrechts (des Gesamtanspruchs) auf. Für die Leibrente - der Vergleich mit der Leibrente wird ja gezogen - kann nichts anderes gelten. Auch in der Literatur wird diese Ansicht bestätigt. Nach Drahota³ muß man im Auge behalten, daß die einzelnen Leibrenten gleichzeitig Teile der als Gesamtäquivalent für die Gewährung

¹ v. Gierke, a.a.O. S. 368 ff

² RGZ 171, 215 (220 ff)

³ Drahota, a.a.O. S. 29

des Rentenkapitals übernommenen Rentenpflicht darstellen und in ihrer Gesamtheit diese bilden. Auch Siber¹ sieht in den einzelnen "Zielern" (gemeint sind damit die Einzelleistungen) bloße Teile des Rentenrechts.

In gewissen Beziehungen sind die Einzelansprüche jedoch als selbständige Einzelforderungen zu behandeln. Die gewisse Selbständigkeit der Einzelansprüche gegenüber dem Gesamtanspruch dokumentiert sich z.B. in der unterschiedlichen Verjährungsfrist. Wie bereits festgestellt, verjähren die einzelnen Ansprüche gemäß § 197 BGB in vier Jahren, für das Stammrecht gilt grundsätzlich die 30-jährige Verjährungsfrist. Ferner ist Zahlungsanrechnung auf bestimmte Einzelansprüche und Aufrechnung dagegen möglich². Grundsätzlich bedingt jedoch das Prinzip der Einheitlichkeit (Stammrechtskonstruktion) der Leibrente, daß die Einzelansprüche unselbständiger Natur sind. Um in jeder Beziehung selbständige Forderungen würde es sich nur dann handeln, wenn man die Leibrente entgegen der h.M. als eine Mehrheit aufschiebend bedingter Verbindlichkeiten auffassen würde³.

2. Der Entstehungszeitpunkt der Einzelansprüche

Zur Erfassung der dogmatischen Besonderheiten der Einzelansprüche gehört auch die Frage nach ihrem Entstehungszeitpunkt. Es kommen dabei grundsätzlich zwei Möglichkeiten in Betracht: Als erste Möglichkeit bietet sich an, daß jede einzelne Rentenforderung zu Beginn des Zeitraums, für den die betreffende Forderung zu entrichten ist, entsteht. Die einzelnen Leibrentenansprüche würden danach sukzessive (pro rata temporis) zur Entstehung gelangen.

¹ Siber, SchR I, S. 383

² Siber, SchR I, S. 383

³ vgl. Sepp, a.a.O. S. 68; Drahota, a.a.O. S. 21

Die zweite Alternative ist die, daß alle Einzelansprüche gleichzeitig mit dem Stammrecht entstehen. Anzahl und Umfang der einzelnen Leibrentenansprüche sind hiernach zunächst noch unbestimmt.

Nach h.M. kommt für die Leibrente nur die zweite Auffassung in Frage, d.h. alle Einzelansprüche entstehen gleichzeitig mit dem Gesamtanspruch.

Nach Ansicht von Sepp¹ ergibt sich aus dem Begriff der Rente als einer Reihe gleichmäßig wiederkehrender Leistungen, daß die einzelne Rate nicht selbständig, sondern in ihrem Zusammenhang mit den übrigen Raten begründet werde. Durch den einen Leibrentenvertrag würden sämtliche Rentenansprüche auf einmal begründet. Auch Drahota² kommt zu dem Ergebnis, daß durch das Wesen der wiederkehrenden Leistungen den einzelnen Leistungen jede Selbständigkeit in ihrer Entstehung genommen sei. Insbesondere sei es für die konkrete Frage begrifflich ausgeschlossen, daß sie immer erst entstünden, wenn die betreffende Person, auf deren Leben die Rente gestellt sei, einen gewissen vereinbarten Zeitpunkt erlebt habe. Vielmehr entstehe der Anspruch auf jede einzelne künftige Leistung bereits mit und durch Begründung des Rechtsverhältnisses, seine Fälligkeit sei nur noch nicht eingetreten.

Ein weiteres stichhaltiges Argument dafür, daß bei der Leibrente alle Einzelansprüche zusammen mit dem Stammrecht entstehen, läßt sich nach Ansicht der h.M. § 258 ZPO entnehmen³. Gemäß § 258 ZPO kann bei wiederkehrenden Leistungen auch wegen der erst nach Erlaß des Urteils fällig werdenden Leistungen Klage auf künftige Entrichtung erhoben werden. Voraussetzung für eine Klage nach § 258 ZPO ist jedoch, daß der Anspruch bereits zur Ent-

¹ Sepp, a.a.O. S. 60, 61

² Drahota, a.a.O. S. 24

³ darauf macht Drahota, a.a.O. S. 24, 25 aufmerksam

stehung gelangt sein muß, und seine Fälligkeit darf nur vom Zeitablauf abhängig sein¹. Kein anderes Ereignis als der Zeitablauf darf also bei den wiederkehrenden Leistungen im Sinne des § 258 ZPO die Fälligkeit herbeiführen. Stein/Jonas² und Rosenberg/Schwab³ betonen, für die Anwendung des § 258 ZPO sei erforderlich, daß der Anspruch als ganzer bereits entstanden und die "Entstehung" der einzelnen Leistungen nur noch vom Zeitablauf abhängig sei. Jedoch ergibt der Zusammenhang der Ausführungen im ganzen, daß bei dem gebrauchten Wort "Entstehung" nicht die Begründung des Anspruchs, sondern dessen Verfolgbarkeit gemeint ist⁴. Die Ausnahmebestimmung des § 258 ZPO findet somit Anwendung nur auf solche künftigen Ansprüche, die zwar noch nicht fällig, aber bereits vorhanden (entstanden) sind.

Nach einhelliger Meinung wird unter wiederkehrenden Leistungen des § 258 ZPO auch die Leibrente mitverstanden⁵. Daraus folgert u.a. die h.M., daß bei der Leibrente alle Einzelansprüche zusammen mit dem Stammrecht entstehen; wenn dies nämlich nicht so wäre, könnte nicht auf die künftige Leistung der einzelnen Rentenbeträge nach § 258 ZPO geklagt werden.

Die Tatsache, daß alle einzelnen Leibrentenforderungen mit Begründung des Stammrechts entstehen, widerlegt nach h.M. auch eindeutig die Auffassung von Enneccerus/Lehmann, wonach das Stammrecht als ein Anwartschaftsrecht

1 Wieczorek, Bd II, Anm. B I zu § 258 ZPO

2 Stein/Jonas/Schumann/Leipold, Anm. I 1 zu § 258 ZPO

3 Rosenberg/Schwab, § 93 II 2b, S. 464

4 vgl. Drahota, a.a.O. S. 25

5 Stein/Jonas/Schumann/Leipold, Anm. I 2 zu § 258 ZPO; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Anm. 1 zu § 258 ZPO; Materialien zur ZPO, Bd 8, S. 100; Eccius, a.a.O. S. 22, 23

des Rentengläubigers darauf qualifiziert wird, daß er mit dem Eintritt der einzelnen Rententermine ipso iure die einzelnen Rentenforderungen erwerbe.

Bedenken gegen diese h.M. lassen sich insofern geltend machen, als die Zahl der Einzelansprüche zum Zeitpunkt des Entstehens des Stammrechts noch völlig offen ist. Die Anzahl der Einzelansprüche ist vom Erlöschen des Stammrechts (z.B. durch Tod des Rentenberechtigten) abhängig. Dies ließe sich gegen die These der h.M., daß alle Einzelansprüche zusammen mit dem Stammrecht entstehen, anführen. Auf diesen Aspekt ist die h.M. jedoch nicht eingegangen.

Nach Ansicht von Soergel/Siebert¹ enthält die Bestimmung des § 760 BGB ergänzendes (dispositives) Recht über die Entstehung der Ansprüche auf die einzelnen Rentenleistungen. Insbesondere Abs. 3 des § 760 BGB sei zu entnehmen, daß der einzelne Rentenanspruch mit dem Beginn des Zeitabschnitts entstehe, für den die Rente im voraus zu entrichten sei. Dieser betrage nach Abs. 2 des § 760 BGB für die Geldrente drei Monate.

VIII) Die Konsequenzen der Begriffsbestimmung der Leibrente als einheitliches Recht (Stammrechtskonstruktion) bzw. als Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungen

1. Der Verzug des Rentenschuldners

Das Prinzip der Einheitlichkeit (Stammrechtskonstruktion) der Leibrente hat Auswirkungen auf den Verzug des Rentenschuldners mit einzelnen Raten. Nach h.M. wird bei einem Verzug des Leibrentenschuldners mit einzelnen Raten

¹ Soergel/Siebert/Mormann, § 760 BGB, Anm. 1
vgl. auch v. Gierke, Deutsches Privatrecht, § 207,
S. 804

die Anwendbarkeit des § 326 BGB abgelehnt¹. § 326 beziehe sich nur auf gegenseitige und nicht erfüllte Verträge. Bei der Leibrente als einheitlichem Recht gehe die Verpflichtung des Leibrentenbestellers nur mittelbar auf die Leistung der einzelnen Rentenraten, die unmittelbar zufolge des Leibrentenvertrages geschuldete Leistung sei aber die Bestellung des Gesamtrechts. Mit dieser sei der Leibrentenvertrag auf Seiten des Schuldners bereits erfüllt, die einzelnen Renten schulde dieser unmittelbar nicht mehr aus dem Vertrag, sondern aus dem in Erfüllung des Vertrages bestellten Rechte. Indem der Leibrentenvertrag seitens des Rentenschuldners bereits erfüllt gelte mit der Bestellung des Rentenstammrechts, seien die einzelnen Rentenzieler nicht die vertraglich geschuldete Gegenleistung, sondern nur noch eine einseitige Schuldverpflichtung des Leibrentenpflichtigen, ähnlich wie der Altenteilsvertrag durch die Bestellung einer den übernommenen Leistungen entsprechenden Reallast erfüllt sei². Die gewährte Gegenleistung könne höchstens nach § 812 Abs. 1 S. 2 BGB zurückgefordert werden, wenn nach dem Inhalt des gegenseitigen Vertrags über die Gegenleistung ein gewisser Erfolg (Altersversorgung durch pünktliche Zahlung der einzelnen Rentenleistungen) bezweckt sei und als vereinbart gelten könne³.

§ 326 BGB passe aber auch deswegen nicht auf den Leibrentenvertrag, weil die Entstehung dieser Bestimmung aus Art. 354 des alten HGB ergebe, daß sie nur für rechtliche Verhältnisse zugeschnitten sei, die nach Art der Handelsgeschäfte zu möglichst raschem Abschluß und daher zu

1 Sepp, a.a.O. S. 87 ff; Drahota, a.a.O. S. 35; Reifenberg, a.a.O. S. 17; Soergel/Siebert/Mormann, Anm. 4 vor § 759 BGB; Erman/Wagner, § 759 BGB Anm. 2 a.A. Eccius, a.a.O. S. 26, 27

2 RGZ 104, 274

3 RGZ 106, 93

schleuniger Lösung im Fall des Verzugs drängten, weil bei solchen Geschäften ein besonderes Interesse beider Kontrahenten bestehe, möglichst bald Gewißheit zu haben, ob das Geschäft zur Ausführung gelange oder nicht. Dies treffe aber für den Leibrentenvertrag nicht zu. Ihm sei vielmehr durch seinen Inhalt eine gewisse Stetigkeit eigen¹. Schließlich sprechen auch praktische Gesichtspunkte gegen die Anwendung des § 326 BGB auf den Leibrentenvertrag. Es widerspricht dem durch den Leibrentenvertrag begründeten wirtschaftlichen Verhältnis der Kontrahenten zueinander, daß der Leibrentengläubiger infolge des bloßen Verzugs mit einer Leistung die Möglichkeit haben soll, zurückzutreten und vom Rentenschuldner, der vielleicht lange Jahre hindurch seiner Verpflichtung nachgekommen ist, die Rückübertragung des Rentenkapitals zu verlangen. Wollte man dem Gläubiger dieses Recht zubilligen, so wäre darin eine Härte und Unbilligkeit dem Schuldner gegenüber zu sehen. Bei der Zubilligung eines Rücktrittsrechts aus § 326 BGB läge die Gefahr nahe, daß es zu pekuniären Zügen und Spekulationen mißbraucht würde². Mit der h.M. ist daher die Anwendbarkeit des § 326 BGB bei Verzug des Leibrentenschuldners abzulehnen. Dem Gläubiger stehen vielmehr nur die allgemeinen Bestimmungen der §§ 284 ff BGB über Leistungsverzug zur Verfügung.

Faßt man mit der Mindermeinung die Leibrente als eine Mehrheit suspensiv bedingter Forderungen auf und sieht man demzufolge die vertragsmäßig geschuldete Leistung in den einzelnen Renten, dann muß beim Verzug des Rentenschuldners mit auch nur einer einzigen Rate dem Rentengläubiger wahlweise das Recht des § 326 BGB zugestanden werden, nämlich entweder nach Setzung einer Nachfrist Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen oder vom Verträge zurückzutreten.

1 vgl. Sepp, a.a.O. S. 89; Drahota, a.a.O. S. 37

2 Sepp, a.a.O. S. 91; Drahota, a.a.O. S. 36

2. Die Beweislast des Rentengläubigers

Ein weiterer Ausfluß der Konstruktion eines Stammrechts bei der Leibrente ist die Regelung der Beweislast des Rentengläubigers. Nach dem allgemeinen Grundsatz¹, daß derjenige, welcher ein Recht für sich in Anspruch nimmt, nur die Entstehung dieses Rechts beweisen, nicht aber auch dartun muß, daß es nicht erloschen ist, braucht der aus dem Leibrentenrecht Klagende nur das Vorliegen des Vertrages zu beweisen, nicht aber erstreckt sich seine Beweispflicht auch darauf, daß die Person, auf deren Leben die Rente gestellt ist, noch am Leben ist. Ist ein Recht erloschen, so hat dies der Verpflichtete, welcher sich darauf beruft, durch den Nachweis des Erlöschungsgrundes darzutun. Es ist also Sache des Rentenschuldners, sich durch den Nachweis, daß infolge des Todes des Gläubigers der Endtermin der Leibrente eingetreten sei, von der Klage aus dem Leibrentenrecht zu befreien².

Die gegnerische Meinung, welche in der Leibrente suspensiv bedingte Forderungen sieht, kommt dazu, dem Leibrentenberechtigten den Beweis des Erlebens aufzubürden, da der Kläger aus einer suspensiv bedingten Forderung den Eintritt der Bedingung nachweisen muß³.

3. Die Behandlung der Leibrente im Konkurs

Aus der gewonnenen Erkenntnis, daß alle einzelnen Leibrentenansprüche bereits zusammen mit dem Rentenstammrecht entstehen, ergeben sich Konsequenzen für die Behandlung der Leibrente im Konkurs. Von Bedeutung sind dabei vor

¹ vgl. Stein/Jonas/Schumann/Leipold, § 282 ZPO, Anm. IV, 4 a; Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, § 282 ZPO (Anhang), Anm. 2

² Staudinger/Brändl, Vorbem. 18 vor § 759 BGB; Eccius, a.a.O. S. 22; BGB-RGRK-Fischer, Anm. 10 zu § 759 BGB

³ Sepp, a.a.O. S. 69

allem die §§ 1, 3 KO. Gem. § 1 Abs. 1 KO umfaßt das Konkursverfahren das gesamte, einer Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen des Gemeinschuldners, welches ihm zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehört (Konkursmasse). Nach § 3 Abs. 1 KO dient die Konkursmasse zur gemeinschaftlichen Befriedigung aller persönlichen Gläubiger, welche einen zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens begründeten Vermögensanspruch an den Gemeinschuldner haben (Konkursgläubiger).

Für die Entscheidung, ob ein Anspruch im Sinne des § 3 KO zur Zeit der Konkurseröffnung begründet ist, sind dieselben Grundsätze verwertbar, welche für die Feststellung, ob ein Recht dem Gemeinschuldner zur Zeit der Konkurseröffnung gehört, verwendet werden. Denn was der Konkursmasse recht ist und die Zugehörigkeit zu ihr begründet, muß den Gläubigern recht sein und umgekehrt eine Konkursforderung begründen¹. Bei der Frage, ob Ansprüche auf wiederkehrende, nach Konkurseröffnung verfallende Leistungen Konkursforderungen bilden, kommt es darauf an, ob die Einzelansprüche fort und fort neu entstehen, oder ob sie "Ausflüsse" eines ein für allemal begründeten Stammrechts darstellen². Da das Leibrentenrecht nach h.M. ein einheitliches durch Endtermin begrenztes Recht darstellt, nicht eine Reihe von aufeinanderfolgenden selbständigen Ansprüchen und alle Einzelansprüche gleichzeitig mit dem Stammrecht entstehen, gewährt es eine Konkursforderung bei Konkurs des Rentengläubigers nicht nur auf die bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Konkursverfahrens fälligen Bezüge, sondern auch auf die erst nach Konkursbeginn fällig werdenden Einzelansprüche³.

1 vgl. Jäger/Lent, Anm. 15 zu § 3 KO

2 Jäger/Lent, Anm. 18 zu § 3 KO

3 Sepp, a.a.O. S. 52, 55

Im Konkurs des Rentenschuldners ist das Leibrentenrecht als Ganzes mit dem Kapitalwert der Rente, geschätzt nach der mutmaßlichen Lebensdauer desjenigen, auf dessen Leben die Rente gestellt ist, als Konkursforderung anzumelden und es kann sofort mit diesem Werte gegen Forderungen der Konkursmasse aufgerechnet werden (§§ 69, 54 I, IV KO)¹.

Bei der Begriffsbestimmung und dogmatischen Erfassung der Leibrente als Rechtsinstitut hat sich somit ergeben, daß die bei Dauerschuldverhältnissen charakteristische Unterscheidung im Anspruchsbereich zwischen einem Gesamtanspruch (Stammrecht) und bestimmten Einzelansprüchen hier besonders ausgeprägt ist. Zwar wurde von der Literatur mehrfach auf diese Unterteilung bei Dauerschuldverhältnissen hingewiesen². Die Rechtsprechung hat jedoch eine genaue begriffliche Differenzierung zwischen Gesamtanspruch und Einzelanspruch bei wiederkehrenden Leistungen erst durch die Begriffsbestimmung der Leibrente herausgearbeitet. Nicht zuletzt deswegen wird die Leibrente oft als "Kronzeugin", als "Paradebeispiel" dafür angeführt, daß man bei wiederkehrenden Leistungen im Anspruchsbereich unterscheiden muß zwischen einem Gesamtanspruch und Einzelansprüchen.

1 Staudinger/Brändl, Vorbem. 19 vor § 759 BGB

2 vgl. v. Gierke, a.a.O. S. 355 ff; Langheineken, a.a.O.

§ 4 Weitere Rentenverpflichtungen des bürgerlichen Rechts

Das bürgerliche Recht kennt ferner Rentenverpflichtungen, die auf Gesetz beruhen. Es sind dies:

- (1) Der Ersatzanspruch wegen einer Körper- und Gesundheitsverletzung, welche die Erwerbsfähigkeit mindert oder die Bedürfnisse des Verletzten erhöht (§ 843 BGB). Ebenso der Anspruch der Personen, denen ein Getöteter unterhaltspflichtig war oder geworden wäre (§ 844 BGB) und der Ersatzanspruch wegen entgangener Dienste (§ 845 BGB).
- (2) Die durch Entrichtung einer Geldrente zu befriedigenden Unterhaltsansprüche des Ehegatten, wenn die Ehegatten getrennt leben (§ 1361 BGB) oder geschieden sind (§ 1585 Abs. 1 BGB), ferner der Verwandten (§ 1612 BGB) sowie des nichtehelichen Kindes (§§ 1615 a i.V.m. § 1612 BGB).
- (3) Auch bildet die Gewährung einer Leibrente in einem Fall den Inhalt einer facultas alternativa: Das Rückforderungsrecht des Schenkers (falls er seinen standesmäßigen Unterhalt nicht zu bestreiten oder die Unterhaltspflichten gegen seine Verwandten, seinen Ehegatten, seinen früheren Ehegatten nicht zu erfüllen vermag) kann durch Leistung einer Leibrente abgewendet werden (§ 528 BGB).

I) Gemeinsamkeiten der gesetzlichen Rentenverpflichtungen mit der Leibrente

In Anlehnung an die Leibrente ist auch bei den gesetzlichen Rentenverpflichtungen zwischen dem Stammrecht und den Einzelansprüchen zu differenzieren. Insbesondere

kommt dies in Entscheidungen betreffend Schadensersatzrenten nach §§ 843, 844, 845 BGB zum Ausdruck. In einer Entscheidung zu § 843 BGB hatte das RG¹ keinen Zweifel, daß es sich bei dieser Geldrente um einen einheitlichen Gesamtanspruch handelt. Nach Ansicht des Reichsgerichtskommentars² ist die Rentenentschädigung des § 843 BGB eine einheitliche. Zwar seien die Entschädigung wegen Verlustes oder Minderung der Erwerbsfähigkeit und die wegen Vermehrung der Bedürfnisse in ihren sachlichen Voraussetzungen verschieden, sie beruhten jedoch auf einem rechtlich einheitlichen Anspruch und bildeten nur verschiedene unselbständige Rechnungsposten dieses einheitlichen Anspruchs. Aus der Einheitlichkeit der Rente folge, daß keine spätere Herabsetzung der Rente nach § 323 ZPO gefordert werden könne, wenn die Erwerbsverhältnisse sich verbessert, wie umgekehrt keine Erhöhung der Rente, wenn die Bedürfnisse sich entsprechend vermehrt hätten. Der BGH³ betonte in einer Entscheidung zu § 845 BGB, die Anerkennung eines einheitlichen Anspruchs für die Entschädigung aus § 843 BGB müsse um so mehr gelten, wenn es sich, wie bei den Rentenbeträgen des § 845 BGB, um völlig gleichartige Teile desselben Schadens handle. Sie seien ebenfalls unselbständige Berechnungsgrundlagen eines einheitlichen Leistungsanspruchs.

Der einheitliche Rentenanspruch des § 843 BGB entsteht bereits mit der Erwerbsbeeinträchtigung oder Bedürfnisvermehrung⁴. Es ist nicht erforderlich, daß die vermehrten Bedürfnisse befriedigt worden sind⁵. § 843 BGB wird

1 RGZ 87, 82 (84)

2 BGB/RGRK/Kreft; vgl. auch Staudinger/Schäfer.

Anm. 35 zu § 843 BGB

3 BGH, VersR 60, 810 (811)

4 RGZ 148, 68 (70, 71); 151, 298 (300); BGH, VersR 58, 887 (889)

5 RGZ 151, 298 (300)

also dahin ausgelegt, daß nicht nur die tatsächlichen Aufwendungen für die Befriedigung der durch eine Körperverletzung verursachten besonderen Bedürfnisse zu ersetzen sind, sondern daß Ersatz für vermehrte Bedürfnisse auch insoweit zu leisten ist, als der Verletzte sie aus Mangel an eigenen Mitteln nicht befriedigen konnte. Nach Auffassung des RG ist der auf Ersatz des in der Bedarfsmehrung liegenden Schadens gerichtete Anspruch ein mit dem schädigenden Ereignis unmittelbar entstehender Schadensersatzanspruch, kein bloßer Erstattungsanspruch, dessen Bestand und Umfang von der Höhe des zur Befriedigung der erhöhten Bedürfnisse ausgegebenen Geldbetrages abhängt.

Sachlich ist mit dem einheitlichen, ziffernmäßig und quantitativ nicht teilbaren Ganzen das Stammrecht auf Rente nach §§ 843, 844, 845 BGB gemeint. Zwar wollte die Rechtsprechung in den angeführten Entscheidungen in erster Linie verdeutlichen, daß bei den Schadensersatzrenten kein "Bündel" von Ansprüchen entsteht (bei § 843 BGB entsteht nicht ein Anspruch auf Schadensersatz wegen Erwerbsminderung und daneben ein selbständiger Anspruch auf Schadensersatz wegen Vermehrung der Bedürfnisse, bei § 845 entstehen nicht jeweils selbständige Ansprüche wegen entgangener Dienste, sondern in allen Fällen handelt es sich um einen rechtlich einheitlichen Anspruch mit nur verschiedenen Rechnungsposten). In diesem Sinne wird also der Begriff "Gesamtanspruch" verstanden. Dieses Verständnis ändert jedoch nichts daran, daß der selbständige Schadensersatzansprüche ausschließende "Gesamtanspruch" auch den Gesamtanspruch im Sinne einer Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche darstellt. Wie bei allen Dauerschuldverhältnissen gibt es auch hier ein Stammrecht, das die Grundlage für die jeweiligen auf einen bestimmten Zeitabschnitt bezogenen Einzelansprüche bildet.

Dieses Stammrecht entsteht, sobald die materiell-rechtlichen Voraussetzungen der Anspruchsnorm erfüllt sind. (Das Stammrecht auf Entschädigung nach § 843 BGB entsteht z.B., sobald infolge einer Verletzung des Körpers oder der Gesundheit die Erwerbsfähigkeit des Verletzten aufgehoben bzw. gemindert oder eine Vermehrung seiner Bedürfnisse eingetreten ist.) Der Entstehungszeitpunkt des Stammrechts ist also identisch mit dem des von der Rechtsprechung im Rahmen der Schadenersatzrenten verstandenen "Gesamtanspruchs". Daß wie bei der Leibrente unterschieden werden muß zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen, wird bestätigt durch weitere Entscheidungen¹ des RG, die zugleich Antwort geben auf die Frage, wann die Einzelansprüche entstehen. In einem der Entscheidung zugrunde liegenden Fall, bei dem es darum ging, ob die pfändbaren Beträge der nach Konkurseröffnung fällig werdenden Unfallrenten im Konkurs des Geschädigten zur Konkursmasse gehören, wies das RG darauf hin, daß nach § 1 KO die Konkursmasse das gesamte einer Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen des Gemeinschuldners umfasse, welches ihm zur Zeit der Eröffnung des Verfahrens gehöre. Der Zwangsvollstreckung unterliege auch die dem Gemeinschuldner nach § 843 BGB zustehende Geldrente, soweit sie nicht der Pfändung durch Bestimmungen der ZPO entzogen sei. Für die Konkurszugehörigkeit der der Pfändung unterworfenen Rentenbeträge sei es aber ohne Bedeutung, ob sie vor oder nach der Konkurseröffnung fällig würden. Entstanden sei der Rentenanspruch aus § 843 BGB bereits mit der Aufhebung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten. Die später fällig werdenden einzelnen Rentenansprüche entstünden nicht jeweils von neuem. Sie seien vielmehr nur

1 RGZ 87, 82 (84, 85); 142, 291 (295)

befristet, so daß nicht ihre Entstehung, sondern nur ihre Fälligkeit hinausgeschoben sei¹. Daher fielen auch die nach Konkurseröffnung fällig werdenden Rentenbeträge in die Masse.

An dieser Entscheidung fällt auf, daß zwischen dem Rentenanspruch als Ganzem und einzelnen fällig werdenden Rentenansprüchen unterschieden wird. Mit letzteren können nur die jeweils auf einen konkreten Zeitabschnitt bezogenen Einzelansprüche gemeint sein. Dabei geht das RG wie die h.M. bei der Leibrente davon aus, daß die einzelnen Rentenansprüche bereits alle zusammen mit dem Stammrecht entstehen. Sonst wäre es nicht verständlich, daß auch erst nach der Konkurseröffnung fällig werdende Einzelansprüche beim Konkurs des Geschädigten zur Konkursmasse gehören².

Die Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche ist nicht auf die Schadensersatzrenten beschränkt, sondern gilt auch für Unterhaltsrenten. Die aufgrund der gesetzlichen Unterhaltungspflicht geschuldeten Leistungen stellen als in gewissen Teilabschnitten aus dem einen die Unterhaltspflicht begründenden familienrechtlichen Verwandtschaftsverhältnis fällig werdende Leistungen und damit "wiederkehrende Leistungen" i.S. des Gesetzes dar³. Wenn auch Literatur und Rechtsprechung im Bereich der Unterhaltsrenten nicht sauber zwischen dem Stammrecht und den Einzelansprüchen trennen, so weisen diese Renten im Verhältnis zu Leibrente und Schadensersatzrenten keine konstruktionellen Besonderheiten auf. Das Stammrecht auf eine

1 ebenso BGB/RGRK/Kreft, Anm. 5 zu § 843 BGB;
Palandt/Thomas, Anm. 4 zu § 843 BGB

2 vgl. S. 41 ff

3 so Staudinger/Gotthardt, Vorbem. 51 vor § 1601 BGB
für Unterhaltsleistungen der Verwandten

bestimmte Unterhaltsrente entsteht, sobald die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen der betreffenden Rente erfüllt sind. Zum gleichen Zeitpunkt entstehen alle Einzelansprüche. Dies folgt daraus, daß nach § 258 ZPO auch wegen der erst nach Erlaß des Urteils fällig werdenden Leistungen Klage auf künftige Entrichtung erhoben werden kann¹. Wie bei Behandlung der Leibrente festgestellt wurde, ist Voraussetzung für eine Klage nach § 258 ZPO, daß der Anspruch bereits zur Entstehung gelangt sein muß und nur seine Fälligkeit vom Zeitablauf abhängig sein darf. Wenn alle Einzelansprüche nicht zusammen mit dem Stammrecht entstünden, könnte keine Klage nach § 258 ZPO auf die künftige Leistung der einzelnen Rentenbeträge erhoben werden².

II) Unterschiede zwischen Leibrente und gesetzlichen Rentenverpflichtungen

Wie bereits bei der Begriffsbestimmung der Leibrente erwähnt wurde, müssen die einzelnen Leistungen regelmäßig wiederkehren und gleichmäßig, also fest bestimmt sein³. Mit diesem Erfordernis ist es zwar noch vereinbar, wenn der Verpflichtete sich vorbehält, unter gewissen Voraussetzungen die an sich festbestimmte Leibrente zeitweise um wiederum festbestimmte Beträge zu kürzen⁴. Auch steht der Leibrentenvertrag trotz des Erfordernisses der Bestimmtheit der Leistungen - ebenso wie Unterhaltsverträge mit vereinbarter Unabänderlichkeit des zu leistenden Unterhaltssatzes - unter dem von Vernunft und Billigkeit geforderten und durch § 242 BGB gedeckten Gesichtspunkt der Existenzsicherung des Verpflichteten⁵. Dies alles

1 vgl. Staudinger/Gotthard, Vorbem. 51 vor § 759 BGB

2 vgl. S. 42, 43

3 vgl. S. 20, 21

4 vgl. RGZ 137, 259

5 vgl. Staudinger/Brändl, Vorbem. 20 vor § 759 BGB

ändert jedoch nichts an dem Grundsatz, daß als Leibrenten solche Dauerleistungen ausscheiden, deren Maß von den Bedürfnissen des Berechtigten, der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten oder sonstigen Bedingungen abhängig gemacht ist, also Rentenversprechen, die unter dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Vorbehalt gleichbleibender Verhältnisse stehen¹. Das Besondere der Leibrente besteht also darin, daß Existenz und Umfang des Anspruchs ausschließlich vom Vertrag abhängen und daß ohne Rücksicht auf eine Änderung der Verhältnisse stets gleichbleibende Geldbeträge zu zahlen sind. Nur wegen dieser starren Bindung ist es schon sinnvoll, durch das Formerfordernis der Schriftlichkeit des Versprechens (§ 761 BGB) vor Über-eilung zu schützen.

Im Gegensatz zur Leibrente sind dagegen die Schadensersatzrenten und Unterhaltsrenten in mannigfacher Weise von der Gestaltung der zukünftigen Verhältnisse abhängig, wie z.B. der Erwerbsfähigkeit und des Körperzustandes des Verletzten², den Bedürfnissen des Berechtigten, der Leistungsfähigkeit des Verpflichteten (vgl. auch § 1612 a BGB). Wenn bei Verurteilung zur Entrichtung einer Schadensersatz- oder Unterhaltsrente eine Veränderung der maßgeblichen Verhältnisse eintritt, so kann gemäß § 323 ZPO Abänderungsklage erhoben werden³.

Die Leibrente erweist sich somit als die "härteste" Rente, weil Existenz und Umfang des Anspruchs ausschließlich von dem einmal geschlossenen Vertrag bestimmt werden. Die Schadensersatzrenten und Unterhaltsrenten sind wegen der Abhängigkeit von der Gestaltung der zukünftigen Verhältnisse die "weichsten" Renten.

1 vgl. RGZ 111, 286; 137, 259; 150, 385;

2 RGZ 87, 82 (84, 85)

3 Staudinger/Schäfer, Anm. 188 zu § 843 BGB

Staudinger/Gotthardt, Vorbem. 53 ff vor § 1601 BGB

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß es sich bei den gesetzlichen Rentenverpflichtungen nicht um Leibrenten im engeren Sinn handelt. Zwar wird vielfach auf § 760 BGB verwiesen, aber diese Tatsache läßt diese Renten noch nicht zu spezifischen Leibrenten werden. Es fehlen ihnen einige der festgestellten wesentlichen Merkmale der Leibrente. Neben dem beweglichen Maßstab für die Berechnung der Höhe der gesetzlichen Renten läßt sich anführen, daß sich hier die Dauer der Zahlungsverpflichtung häufig nach anderen Ereignissen richtet als dem Tod eines Menschen (so z.B. nach der Dauer der Bedürftigkeit). Die Verweisung auf § 760 BGB will nur anordnen, daß sich bei derartigen Renten der Leistungsmodus nach dem der Leibrente richten soll, weil Zweckmäßigkeitsgründe dieses geboten erscheinen lassen¹. Wie bei der Leibrente ist jedoch auch bei den gesetzlichen Rentenverpflichtungen zwischen dem Stammrecht und den Einzelansprüchen zu unterscheiden. Insofern weisen die Renten des bürgerlichen Rechts Übereinstimmung auf.

¹ Planck II, 2, S. 1352, Anm. 6
Drahota, a.a.O. S. 17; Eccius, a.a.O. S. 19

ZWEITER TEIL

ANALYSE UND AUSWERTUNG DES EINSCHLÄGIGEN NORMEN- MATERIALS DES SOZIALRECHTS IM HINBLICK AUF DIE UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN STAMMRECHT UND EINZEL- ANSPRÜCHEN

§ 5 Das Entstehen von Ansprüchen auf wieder- kehrende Geldleistungen des Sozialrechts

Nachdem die zivilrechtlichen Grundlagen der Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch erörtert wurden, soll im folgenden für das **S o z i a l r e c h t** diese Differenzierung im Anspruchsbereich bei wiederkehrenden Geldleistungen untersucht werden, und zwar zunächst unter dem Gesichtspunkt **" E n t s t e h e n v o n A n - s p r ü c h e n "** .

Im Sozialrecht entstehen gemäß § 40 Abs. 1 SGB-AT Ansprüche auf Sozialleistungen, sobald ihre im Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes bestimmten Voraussetzungen vorliegen. Für Ermessensleistungen ist gemäß § 40 Abs. 2 SGB-AT der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Entscheidung über die Leistung bekanntgegeben wird, es sei denn, daß in der Entscheidung ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist.

Die Frage des Entstehens von Ansprüchen erlangt im Sozialrecht in mehrfacher Hinsicht auch praktische Bedeutung, so z.B. in Zusammenhange mit der Fälligkeit von Sozialleistungen (§ 41 SGB-AT), der Zahlung von Vorschüssen und vorläufigen Leistungen, die das Bestehen eines Anspruchs voraussetzen (§§ 42, 43 SGB-AT), für den Beginn der Verjährungsfrist (§ 45 SGB-AT) sowie für Verzinsung und Rechtsnachfolge bei Tod des Berechtigten (§§ 44, 56 bis 58 SGB-AT).

Generell ist unter dem Entstehen eines Anspruchs auf Sozialleistungen das Zustandekommen eines subjektiven, öffentlichen Rechts in der Person eines Rechtsträgers (der hierdurch zum Sozialleistungsberechtigten wird) zu verstehen, dessen Inhalt in der Rechtsmacht besteht, vom Leistungsträger ein gesetzlich näher bestimmtes Verhalten (die Erbringung einer Sozialleistung) zu verlangen¹.

I) Das Entstehen von Ansprüchen der Rentenversicherung

Die Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch unter dem Kriterium der Anspruchsentstehung soll zuerst auf dem Gebiet der Rentenversicherung geprüft werden. Von den bestehenden gesetzlichen Vorschriften kann dabei Bezug genommen werden auf die Bestimmungen der Arbeiterrentenversicherung, da RVO, AVG und RKG wortgleiche Vorschriften enthalten.

1. Das Entstehen des Stammrechts auf Rente

Der Gesamtanspruch auf Rente, der lediglich besagt, welcher Rentenanspruch dem Grunde nach besteht, entsteht kraft Gesetzes in dem Augenblick, in dem sämtliche materiell-rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, an die der Gesetzgeber das Bestehen eines bestimmten Anspruchs knüpft². Diese materiell-rechtlichen Voraussetzungen sind als Tatbestandsmerkmale im Tatbestand der anspruchsbegründenden Norm enthalten. So entsteht z.B. das Stammrecht auf Berufsunfähigkeitsrente gemäß § 1246 RVO, wenn

1 Gesamtkommentar § 40 SGB-AT Anm. 3

2 vgl. Malkewitz, DRV 63, S. 10 (14);

Söchting, Soz.Vers. 63, 230 (231);

Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm., § 40 SGB-AT Anm. 4d

Hauck/Haines, Komm. zum SGB-AT § 40 Anm. 3

die Wartezeit erfüllt und der Versicherungsfall der Berufsunfähigkeit eingetreten ist. Werden die gesetzlichen Voraussetzungen zeitlich nacheinander erfüllt, so ist der Zeitpunkt des Eintritts der letzten Voraussetzung entscheidend¹.

Im Rahmen der materiell-rechtlichen Voraussetzungen, deren Erfüllung Bedingung für das Entstehen des Stammrechts ist, stellt sich die Frage, ob dazu auch der Rentenantrag zu zählen ist, d.h. ob der Antrag materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung ist oder ob ihm nur formell-rechtliche Bedeutung zur Auslösung der Verwaltungstätigkeit des Versicherungsträgers zukommt. Es kann nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, diesen Fragenkomplex erschöpfend zu erörtern, jedoch läßt es sich nicht vermeiden, ihn zu streifen, da es sich zeigen wird, daß sich dabei unterschiedliche Auswirkungen im Hinblick auf das Entstehen des Stammrechts ergeben. Außerdem spielt diese Problematik auch beim Entstehen des Stammrechts auf andere Leistungen des Sozialrechts eine Rolle. Der Meinungsstand soll daher kurz dargelegt werden.

Der Streit, ob dem Antrag im Sozialrecht materiell-rechtliche Bedeutung zukommt, geht auf die ältere Rechtsprechung zur Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung zurück.

2. Die Bedeutung des Antrags

a) Die Rechtsprechung des RVA

Das RVA hatte unter der Geltung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vom 22. 6. 1889 in der Revisionsentscheidung Nr. 155² zunächst ausgesprochen, daß

¹ vgl. Malkewitz, a.a.O. S. 10 (14)

² RVA in AN 1892, S. 107

der Anspruch auf Rente mit der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen und nicht mit dem etwaigen späteren Zeitpunkt der Anmeldung des Anspruchs zur Entstehung gelange.

In der Revisionsentscheidung Nr. 289¹ wich das RVA jedoch von dieser Ansicht ab und hielt die Anmeldung des Anspruchs für ein "wenngleich formales, doch aber selbständiges und wesentliches Erfordernis für die Rentenbewilligung". Das RVA wählte hier die Konstruktion des materiell-rechtlich wirkenden Antrags, um eine Lücke im damaligen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz auszufüllen. Die in diesem Gesetz nicht geregelte Frage der Vererblichkeit des Anspruchs wird in dieser Entscheidung dahin beantwortet, daß ein Rechtsübergang nur im Falle der Antragstellung durch den Berechtigten erfolgen kann. Zu diesem Zweck hat das RVA den Antragsbegriff von der üblichen Bedeutung als rein verfahrensrechtliches Element abgewandelt und die These aufgestellt: "Erworben ist der Rentenanspruch erst dann, wenn sämtliche gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Zu diesen Voraussetzungen gehört aber auch die Anmeldung des Anspruchs durch den Rentenbewerber." An dieser Auffassung hat das RVA auch später nach dem Inkrafttreten der RVO festgehalten. Die Entscheidung Nr. 1895², die Kiefer³ die "Kronzeugin" der materiell-rechtlichen Theorie nennt, enthält noch einmal den Satz: "Der Rentenanspruch selbst entsteht erst, wenn seine sämtlichen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, und zu diesen gehört auch die Anmeldung des Anspruchs, die untrennbar mit der Person des Berechtigten verknüpft ist."

1 RVA in AN IuAV 1893, 142

2 RVA in AN 1914, 694

3 Kiefer, SGB 1958, 40

b) Heutige Auffassung der Rechtsprechung und h.M.

Die heute h.M. spricht dem Antrag für die Anspruchsentstehung dann eine materiell-rechtliche Bedeutung zu, wenn er in der anspruchsbegründenden Gesetzesnorm ausdrücklich genannt ist. Es wurde deshalb für die Anspruchsbegründungen nach § 1248 Abs. 2 und 3 RVO allgemein anerkannt, daß der Antrag für die Geltendmachung des vorgezogenen Altersruhegeldes eine zwingend erforderliche Voraussetzung sei¹. Die materielle Bedeutung des Antrags erschöpfe sich dabei nicht in einem "kein Anspruch, wenn kein Antrag", sondern sie umfasse auch den Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs i.S. des "Anspruch erst dann, wenn auch Antrag"².

Diese h.M. besitzt auch nach Aufhebung des § 1290 Abs. 5 RVO durch das Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972 weiterhin Gültigkeit. Aus § 1290 Abs. 5 RVO hatte man u.a. ursprünglich den materiell-rechtlichen Charakter des Antrags bei diesen Arten des Altersruhegeldes (damals nur die Absätze 2 und 3 von § 1248 RVO) gefolgert³. Die Streichung des § 1290 Abs. 5 RVO besagt aber gar nichts, war diese Vorschrift doch von Anfang an überflüssig: Daß der Antrag zu den Voraussetzungen des Altersruhegeldes der betreffenden Art gehört, ergab sich immer schon aus dem

1 BSGE 13, 79 (81); 20, 48; 23, 62 (64); 30, 288 (289); 34, 1 (19); Brackmann, Bd III S. 666 v; Eichler/Haase, § 1248 Anm. 4 d; Sieg in Festschrift für Ernst E. Hirsch 187 (190, 191); Söchting, Soz.Vers. 61, 131 (135); Soz.Vers. 59, 275 (277); Malkewitz, DRV 63, 10 (14); Lohmann, SGB 64, 128 Hauck/Haines, Anm. 3 zu § 40 SGB-AT; Verbandskomm., Anm. 3 zu § 1248 RVO

2 vgl. Söchting, Soz.Vers. 61, 135

3 § 1290 Abs. 5 RVO a.F. lautete: Für das Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 2 und 3 RVO ist der Antrag Voraussetzung für die Rentengewährung im Sinne des Absatzes 1 S. 1

betreffenden Absatz des § 1248 RVO. Der Antrag ist im materiellen Teil der Vorschrift des § 1248 Abs. 2 und 3 RVO weiterhin, bei dem flexiblen Altersruhegeld des § 1248 Abs. 1 RVO neu, ausdrücklich genannt. Das Rentenreformgesetz kann somit am Standpunkt der h.M. nichts geändert haben.

Die Vertreter der h.M. heben hervor, nur mit dieser Ansicht werde genügend berücksichtigt, daß § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO die Anspruchsvoraussetzungen regelten und damit materiellen Gehalt hätten. Hiervon zu trennen sei die in § 1290 RVO enthaltene Regelung des Beginns der Rente. Diese Vorschrift sei rechtssystematisch, wie auch aus ihrem Wortlaut hervorgehe, nur anwendbar, wenn die Anspruchsvoraussetzungen für die betreffende Rente erfüllt seien.

Die materiell-rechtliche Bedeutung des Antrags bei den Rentenarten des § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO wird bestätigt durch die Begründung der Regierungsvorlage zum Entwurf eines Rentenreformgesetzes¹.

Eine differenzierende Auffassung wird im Gesamtkommentar vertreten². Der Gesetzgeber habe § 1290 Abs. 1 S. 2 durch das Rentenreformgesetz vom 16. 10. 1972 neu gefaßt. Danach beginne der Anspruch regelmäßig mit Ablauf des Monats, in dem seine Voraussetzungen erfüllt sind. Nur wenn der Antrag später als drei Monate nach Eintritt der Anspruchsvoraussetzungen gestellt werde, beginne das Altersruhegeld mit Beginn des Antragsmonats. Daraus wird gefolgert, daß der Antrag nur dann materielle Anspruchsvoraussetzung sei, wenn er mehr als drei Monate nach Eintritt der übrigen Voraussetzungen gestellt werde.

¹ vgl. BT-Drucks. VI/2916, S. 42

² Gesamtkommentar, § 1248 Anm. 2 a

c) Mindermeinung in der Literatur

Vielschichtig sind die Lösungsversuche der Gegner der h.M., die dem Antrag in jedem Fall nur eine formell-rechtliche Bedeutung (formell-rechtliche Theorie) zu-messen¹. Barth kommt zu dem Ergebnis, daß der Antrag nicht zu den anspruchsbegründenden Voraussetzungen ge-zählt werden dürfe, da dies denkgesetzlich nicht möglich sei. Nur wenn die materiell-rechtlichen Voraussetzungen vorliegen würden, der Anspruch also schon gegeben sei, könne der Berechtigte die Leistung durch die Stellung des Rentenanspruchs verlangen. Es könne somit der Antrag kein Integral des Anspruchs sein, sondern sei eine logische Größe für sich, die erst den vorhandenen An-spruch realisiere². Im Ergebnis sieht Barth die von der h.M. vertretene Ansicht für verfassungswidrig an. Diese von Barth gezogene Folgerung der Verfassungswidrigkeit "einer vertretenen Meinung" dürfte doch bedenklich sein³.

Ein interessantes Wortlautargument erscheint in den Aus-führungen von Mauss⁴. Wenn auch der Antrag in der Be-stimmung des § 1248 RVO zusammen mit den materiell-recht-lichen Voraussetzungen in einem Satz genannt werde, so zeige doch der Wortlaut dieser Vorschrift, daß der Antrag den übrigen sachlich-rechtlichen Voraussetzungen nicht gleichwertig gegenübergestellt sei. Nur ein gleichgewich-tig verbindender Begriff, ein - nach der Sprache der Logik - "apperzeptiver Funktionsbegriff" könne nämlich den Antrag gedanklich mit den genannten Anspruchsvoraus-

1 vgl. Mauss, ZfS 57, 236 ff; Kiefer SGB 58, 10ff;
Barth SGB 64, 5 ff; Soz.Vers. 66, 1 ff

2 Barth, a.a.O. S. 6, 7

3 vgl. auch Schmidinger, Soz.Vers. 69, 203 (206)

4 Mauss, a.a.O. 236 (264)

setzungen in der Weise verknüpfen, "daß die verbundenen Gegenstände gleichgewichtig, wie gleiche Perlen aneinandergereiht würden". Solche apperzeptiven Funktionsbegriffe seien "und", "ferner", "sowie", nicht aber der im Gesetz verwandte Begriff "auf".

Die angeführten Argumente der Kritiker der h.M. sind durchaus beachtenswert und in der Gedankenführung konsequent. Dennoch ist der Auffassung der h.M., dem Antrag bei den Altersruhegeldern des § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO materiell-rechtliche Bedeutung zukommen zu lassen, im Ergebnis zu folgen. Allerdings ist die Begründung der h.M. im wesentlichen nur von der Struktur des Satzes geprägt, also sprachlich-formal bestimmt. In Ergänzung zur h.M. läßt sich anführen, daß die Altersruhegelder des § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO im Verhältnis zum normalen Altersruhegeld des § 1248 Abs. 5 etwas "Besonderes" darstellen. Dies wird bestätigt durch die Entwicklung der Altersruhegelder. Das normale Altersruhegeld ab dem 65. Lebensjahr existierte schon vor der Rentenreform des Jahres 1957 und war normiert im § 1253 Abs. 1 Nr. 3 RVO a.F. unter der Überschrift Invalidenrente. Die vorgezogenen Altersruhegelder des § 1248 Abs. 2 und 3 RVO wurden erst durch die Rentenreform von 1957 und das Altersruhegeld des § 1248 Abs. 1 (flexible Altersgrenze) durch die Reform von 1972 eingeführt. Die gesetzgeberische Entwicklung deutet darauf hin, daß das Altersruhegeld ab dem 65. Lebensjahr offenbar den Grundtatbestand, den Normalfall bildet, während die Altersruhegelder des § 1248 Abs. 1 bis 3 Sondersituationen regeln. Daher erscheint es gerechtfertigt, dem Antrag bei den vorzeitigen Altersruhegeldern materiell-rechtliche Bedeutung zuzusprechen. Hier kommt dem Antrag eine besondere Gestaltungswirkung zu; er ist Ausdruck eines gesteigerten Selbstbestimmungsrechts des Versicherten. Mit der Gewährung des vorzeitigen Alters-

ruhegeldes besteht gemäß §§ 1229 Abs. 1 Nr. 1, 1233 Abs. 2 a RVO eine Versicherungspflicht bzw. die Möglichkeit zur Entrichtung weiterer Beiträge nicht mehr. Die Gesichtspunkte der nicht mehr bestehenden Versicherungspflicht oder Versicherungsberechtigung sind für den Berechtigten insoweit erheblich, als er mit der Antragstellung zugleich zum Ausdruck bringt, daß er auf eine weitere Beitragsleistung verzichten und insoweit die Höhe seiner vorzeitigen Rente nicht mehr verbessern will. Für den jeweiligen Antragsteller ist es also stets wichtig, die Folgen der Antragstellung zu sehen und zu bedenken.

d) Konsequenzen des Meinungsstreits für das Entstehen des Stammrechts

Aus dem angeführten Meinungsstreit ergeben sich unterschiedliche Auswirkungen in Bezug auf die Entstehung des Gesamtanspruchs. Da - wie bereits festgestellt - das Stammrecht auf eine Rente mit dem Eintritt der letzten materiellen Anspruchsvoraussetzung entsteht, kann es vom Standpunkt der h.M. nur zu diesem Entstehen kommen, wenn auch der Antrag, sofern er in einer anspruchsbegründenden Norm genannt ist, als materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung gegeben ist¹. Ist der Antrag in einer anspruchsbegründenden Norm nicht aufgeführt, dann kann es auch zum Entstehen des Stammrechts kommen, wenn kein Antrag vorliegt. Es müssen dann nur die materiellen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sein.

Der Gesamtanspruch kann somit nach h.M. entstehen auch ohne Mitwirkung des Berechtigten, ja sogar ohne daß der Berechtigte von seinem Rentenanspruch wissen muß. Dies ist in der Rentenversicherung sogar die Regel und erfolgt

¹ vgl. statt vieler Sieg, a.a.O. S. 192

bei Renten, deren anspruchsbegründende Norm keinen Rentenantrag erfordern (z.B. Berufsunfähigkeitsrente, § 1246 RVO und Erwerbsunfähigkeitsrente, § 1247 RVO). In diesen Fällen entsteht bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen automatisch das Stammrecht auf Rente, ohne daß der Berechtigte von der Erfüllung der materiell-rechtlichen Voraussetzungen zu wissen braucht.

Nach Ansicht der Mindermeinung in der Literatur, nach der in jedem Fall (gleichgültig ob der Antrag in einer anspruchsbegründenden Norm genannt wird oder nicht) der Antrag nur formell-rechtliche Bedeutung zur Auslösung der Verwaltungstätigkeit des Versicherungsträgers besitzt, kann das Stammrecht immer dann bereits entstehen, wenn die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Das Vorliegen eines Antrags, der ja nicht zu diesen Voraussetzungen zählt, ist nicht erforderlich.

3. Das Entstehen der Einzelansprüche

Für eine genaue systematische Betrachtung des Entstehens der Einzelansprüche ist das Entstehen des Anspruchs auf die e r s t e Einzelleistung von dem auf die f o l - g e n d e n periodisch wiederkehrenden Einzelleistungen zu trennen¹.

a) Das Entstehen des Anspruchs auf die erste Einzel- leistung

Der Entstehungszeitpunkt des Anspruchs auf die erste Einzelleistung (des ersten Auszahlungsanspruchs) hängt von der Rentenbeginnvorschrift des § 1290 RVO ab². Nach Ansicht von Malkewitz³ gibt § 1290 RVO Auskunft darüber,

1 vgl. Malkewitz, a.a.O. S. 15

2 vgl. Söchting, Soz.Vers. 69, 35 (36)

3 Malkewitz, a.a.O. S. 15

wann der erste Einzelanspruch vom Gesamtanspruch "erzeugt" werde, wann der erste Auszahlungsanspruch als erste "Frucht" des Stammrechts entstanden sei.

Die Vorschriften über den Beginn der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind im Laufe der Geschichte der deutschen Rentenversicherung mehrfach zugunsten oder zuungunsten der Versicherten geändert worden. Gegenüber dem Stand in der Fassung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes (ArVNG) aus dem Jahre 1957 bedeutet die Regelung nach dem Finanzänderungsgesetz (FinÄG) vom 21. 12. 1967 (in Kraft seit 1. 1. 1968) fast durchweg eine Verschlechterung.

Gemäß § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO in der Fassung des FinÄG ist die Rente, vorbehaltlich der Vorschriften des § 1268 Abs. 4 RVO und des § 1276 Abs. 1 RVO, vom A b l a u f des Monats an zu gewähren, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt sind. Nach § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO in der Fassung vor dem FinÄG begann die Rente bereits mit B e g i n n des Monats, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt waren. Mit dem Hinausschieben des Rentenbeginns durch das FinÄG vom 21. 12. 1967 um einen Monat sollte mit den eingesparten Beträgen die finanzielle Situation der Versicherungsträger, oder richtiger die des Bundes, mit aufgebessert werden. Es sollten finanzielle Einsparungen zum Ausgleich der auf 2 % verminderten Beteiligung an den Aufwendungen der RV-Versicherungsträger für die KVdR erzielt werden¹.

¹ vgl. den schriftl. Bericht des Haushaltsausschusses des BT zu Art. 1 § 1 Nr. 11 e - BT-Drucks. V/2341 - und Bericht des Abg. Schoettle zu Art. 1 § 1 Nr. 11 c und 11 e - zu BT-Drucks. V/2346

b) Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des
Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs

Der Wortlaut des § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO (§ 1290 Abs. 1 S. 1 RVO ist die Grundregel für den Beginn jeder Rente; alle anderen in § 1290 RVO enthaltenen Regelungen sind Ausnahmenvorschriften¹⁾) macht deutlich, daß der erste aus dem Gesamtanspruch "fließende" Einzelanspruch i.d.R. nicht gleichzeitig mit dem Stammrecht entsteht. Wie bereits festgestellt, entsteht bei Vorliegen der gesetzlichen (materiell-rechtlichen) Voraussetzungen automatisch das Stammrecht auf Rente. Nach § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO kommt jedoch der erste Auszahlungsanspruch erst mit Ablauf des Monats, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen der Rente erfüllt sind, zur Entstehung. Nach der Grundregel des § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO ist der Gesamtanspruch immer vor dem ersten Einzelanspruch entstanden. Zwischen Entstehen des Stammrechts und dem Entstehen des ersten Auszahlungsanspruchs klafft ein Intervall. Der Gesamtanspruch bildet zwar die Grundlage für den ersten Einzelanspruch, denn dieser kann nur entstehen, wenn das Stammrecht besteht, jedoch setzt das nicht die gleichzeitige Entstehung beider Ansprüche voraus.

§ 1290 Abs. 1 S. 1 RVO bringt somit zum Ausdruck, daß Leistungsbeginn (Entstehen des ersten Einzelanspruchs) und Anspruchsentstehung (Entstehen des Stammrechts) nicht zusammenfallen (koinzidieren). Der Leistungsbeginn ist in dieser Vorschrift auf einen Zeitpunkt festgesetzt, der nach Eintritt der letzten Anspruchsvoraussetzung liegt, so daß Leistungsansprüche für die Zeit zwischen dem letztgenannten Zeitpunkt und dem Leistungsbeginn aus-

1 vgl. Söchting, Soz.Vers. 74, 31 (33)

geschlossen werden. Dieser Anspruchsausschluß hindert nicht die Entstehung des Stammrechts, wohl aber die Entstehung des ersten hieraus "fließenden" Einzelanspruchs¹.

Dieses zeitliche Auseinanderklaffen bei Entstehen des Gesamtanspruchs und des ersten Einzelanspruchs läßt sich nicht nur an der Grundregel für den Beginn einer Rente, dem § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO aufzeigen, sondern auch an anderen Bestimmungen des § 1290 RVO. Es wird deutlich, wenn beispielsweise ein Antrag auf BU-Rente "verspätet", d.h. nach Ablauf der Dreimonatsfrist des § 1290 Abs. 2 RVO gestellt wird. Das Stammrecht ist bereits mit Erfüllung der Voraussetzungen des § 1246 Abs 1 RVO entstanden, also - jedenfalls im Regelfalle - mit Eintritt der BU (soweit die Wartezeit erfüllt ist) z.B. am 10. Januar. Weil der Antrag aber erst im Mai gestellt worden ist, kann der erste Einzelanspruch erst gemäß § 1290 Abs. 2 am 1. Mai entstehen; der Berechtigte kann nicht verlangen, daß ihm der Auszahlungsanspruch bereits von einem früheren Zeitpunkt an zuerkannt wird. Auch an diesem Beispiel wird deutlich, daß es Zeiträume gibt, in denen zwar der Gesamtanspruch besteht, jedoch nicht der korrespondierende Einzelanspruch.

Noch deutlicher wird das mögliche zeitliche Auseinanderklaffen von Stammrecht und Einzelanspruch bei den Leistungen, deren Beginn vom Zeitpunkt der Antragstellung abhängig ist, ohne daß dabei der Antrag materiell-rechtliche Bedeutung hat, also bei der Erhöhung, bei der Wiedergewährung von Leistungen (§ 1290 Abs. 3 S. 1 RVO) und bei den Hinterbliebenenrenten an die früheren Ehegatten (§ 1290 Abs. 4 RVO). Aus praktischen Erwägungen, u.a. um

¹ vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm., § 40 SGB-AT, Anm. 4d, bb

Beweisschwierigkeiten für länger zurückliegende Zeiten auszuräumen, hat der Antrag bei diesen Vorschriften Auswirkungen auf den Rentenbeginn¹. Der Gesamtanspruch auf Hinterbliebenenrente an den früheren Ehegatten ist bereits entstanden mit dem Tode des Versicherten, soweit alle materiell-rechtlichen Voraussetzungen (z.B. Wartezeit) erfüllt sind. Der erste Einzelanspruch kann aber erst von einem späteren Zeitpunkt an wirksam werden (gemäß § 1290 Abs. 4 RVO erst mit Ablauf des Antragsmonats), weil darauf der Antrag Einfluß hat. Trotz Vorliegens aller materiell-rechtlichen Voraussetzungen gelangen daher für die Zeit vor Antragstellung keine Einzelansprüche zur Entstehung. Es ist bloß das Stammrecht entstanden².

Es ist zu beachten, daß im Rahmen der Neuregelung des Ehe- und Familienrechts durch das 1. EheRG vom 14. 6. 1976, dessen Kernpunkt im Scheidungsrecht die Ersetzung des Schuldprinzips durch das Zerrüttungsprinzip ist, an die Stelle der bisherigen Geschiedenenwitwen- (-witwer) -rente nach § 1265 RVO, die Hinterbliebenenrente ist und Unterhaltersatzfunktion hat, ein allgemeiner Versorgungsausgleich mit im wesentlichen rentenrechtlichen Auswirkungen getreten ist (§§ 1304 bis 1304 c RVO)³. Mit dem Versorgungsausgleich, der losgelöst von der Schuldfrage der Ehescheidung erwächst, wird der berechtigte Ehegatte für die in der Ehe erworbenen Invaliditäts- und Alterssicherung abgefunden. Daher und wegen der Ersetzung der Schuldfrage durch das Zerrüttungsprinzip sowie der Loslösung des Unterhaltsanspruchs von der Scheidungsschuldklausel ist für die Gewährung der Geschiedenenwitwen- (-witwer) -rente kein

1 vgl. Brackmann, Bd III, S. 712 c

2 vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm. § 40 SGB-AT, Anm. 4d, bb

3 vgl. Voskuhl/Pappai/Niemeyer, § 1265 a RVO, Anm. I

Raum mehr¹. Sie ist mithin für alle Scheidungen nach dem 30. 6. 1977 entfallen. Entsprechend dem Leitmotiv des neuen Ehescheidungs- und Scheidungsfolgenrechts, daß Mann und Frau gleichberechtigt, zugleich aber auch gleich verpflichtet sind, die Unterhaltsberechtigung sich nunmehr ausschließlich an der Vermögenssituation und der Zumutbarkeit der Erwerbstätigkeit orientiert und nach der Scheidung die früheren Ehegatten ihre im Versorgungsausgleich erworbene erhöhte oder auch dezimierte Rentenanwartschaft nach Kräften weiter ausbauen, hat der Gesetzgeber für Scheidungsfälle nach dem 30. 6. 1977 die sogenannte Erziehungsrente (§ 1265 a RVO) als eigene Versichertenrente neu eingeführt. Sie soll eine Versorgungslücke schließen, die einerseits durch den Wegfall eines möglichen Unterhaltsanspruchs wegen des Todes eines früheren Ehegatten entsteht und die andererseits im Hinblick auf die Erziehung waisenrentenberechtigter Kinder nicht zumutbar durch eine eigene Erwerbstätigkeit im Wege der Einkommensergänzung seitens des anderen überlebenden Ehegatten ausgefüllt werden kann, mit der weiteren Folge, daß auch der Wiederaufbau der eigenständigen Rentenversicherung dieser Versicherten stagniert². Obwohl diese neue Vorschrift bei den Bestimmungen über "Renten an Hinterbliebene" eingefügt ist, handelt es sich um eine Rente aus eigener Versicherung³.

Zum zeitlichen Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs ist festzustellen, daß auch bei dieser Rente die Entstehenszeitpunkte des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs

1 Maier, DAngVers 77 S. 5 ff (14)

2 vgl. Voskuhl/Pappai/Niemeyer, § 1265 a RVO, Anm. I; Maier, a.a.O. S. 14

3 Ludwig, RentV 77, 21

auseinanderfallen. Das Stammrecht auf Erziehungsrente entsteht, sobald die in § 1265 a Abs. 1 RVO genannten materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen (der Antrag gehört nicht dazu). Über den Beginn der Erziehungsrente und damit über das Entstehen des ersten Einzelanspruchs enthält § 1265 a RVO keine Regelung. Es ist daher auf § 1290 Abs. 1 und 2 RVO zurückzugreifen, soweit darin der Beginn einer Rente wegen BU oder wegen EU geregelt wird. Denn wenn die Erziehungsrente als Rente wegen BU oder wegen EU gilt (vgl. § 1265 a Abs. 1 S. 4 RVO), müssen auch die entsprechenden Bestimmungen über den Beginn der Rente Gültigkeit haben¹. Der erste Einzelanspruch auf Erziehungsrente entsteht folglich bei rechtzeitigem Antragstellung mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzungen erfüllt sind, bei Antragstellung später als drei Zeitmonate nach der Erfüllung der Voraussetzungen mit dem Ersten des Antragsmonats².

Eine Ausnahme von dem Grundsatz, daß in der Rentenversicherung zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs eine Lücke besteht, bilden die Hinterbliebenenrenten, deren Beginn sich nach § 1290 Abs. 1 S. 3 RVO richtet. Gemäß § 1290 Abs. 1 S. 3 RVO ist Hinterbliebenenrente vom Zeitpunkt des Todes des Versicherten an zu gewähren, wenn für den Versicherten im Sterbemonat keine Rente zu zahlen war. § 1290 Abs. 1 S. 3 beruht auf der Erwägung, den Hinterbliebenen, deren Unterhalt in der Regel bis zum Todestag des Versicherten von dessen Arbeitsverdienst bestritten worden ist, durch die Gewährung der Hinterbliebenenrente, beginnend mit dem Todestag, Mittel für ihren Unterhalt nahtlos sicherzustellen. Wurde also

¹ vgl. Ludwig, a.a.O. S. 26

² vgl. Voskuhl/Pappal/Niemeyer, § 1265 a, Anm. IV

im Sterbemonat keine Rente gezahlt, entstehen Stammrecht auf Hinterbliebenenrente und erster Einzelanspruch gleichzeitig, da für beider Entstehen der Zeitpunkt des Todes des Versicherten maßgebend ist.

Ist jedoch für den Sterbemonat Versichertenrente gezahlt worden, entsteht der erste Einzelanspruch auf Hinterbliebenenrente mit Beginn des dem Sterbemonat folgenden Monats, da in diesem Fall eine Versorgungslücke während des Sterbemonats nicht eintritt. Damit kommt es wieder zu einem Auseinanderfallen der Entstehungszeitpunkte von Stammrecht und erstem Einzelanspruch.

c) Das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüche

Ist der erste aus dem Gesamtanspruch "fließende" Einzelanspruch entstanden, hat die Rente also begonnen, dann ergibt sich das Entstehen der periodisch folgenden Einzelansprüche aus § 1297 RVO. Gemäß § 1297 RVO wird jede Rente in monatlichen Beträgen im voraus gezahlt. Die dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüche entstehen also mit jedem Monatsersten neu. Dieses in periodischer Wiederkehr an jedem Monatsersten eintretende Entstehen der Einzelansprüche ist die Regel und kann deswegen als Grundsatz aufgestellt werden¹.

Es ist zu beachten, daß sich aus § 1297 RVO lediglich die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche ergeben. Der Entstehungszeitpunkt des ersten Einzelanspruchs folgt ausschließlich aus § 1290 RVO. § 1297 RVO stellt in Bezug auf den ersten Einzelanspruch nur eine Fälligkeitsvorschrift dar. Darauf wird bei Erörterung der Fälligkeit von Ansprüchen noch eingegangen.

d) Mindermeinung in der Literatur

Barnewitz² vertritt beim systematischen Erfassen des Ent-

¹ vgl. Malkewitz, a.a.O. S. 16

² Barnewitz, Der Kompaß 65, 301 (303,304)

stehens des Rentenanspruchs eine abweichende Auffassung. Nach seiner Ansicht entsteht gewöhnlich der Gesamtanspruch, d.h. der Anspruch auf alle, auch die künftig fällig werdenden Leistungen, mit dem Eintritt des Versicherungsfalles nach Erfüllung der Wartezeit. Zugleich entstünden sämtliche Einzelansprüche, da sie nichts anderes seien als Teile des Gesamtanspruchs mit nur beschränkter, relativer Selbständigkeit. Der Beginn der Rente sei nicht mit der Entstehung des Einzelanspruchs auf die erste Einzelleistung identisch. Was zu laufen "beginne", sei nicht die Rente im Sinne des Gesamtanspruchs oder der Einzelansprüche. Der Gesamtanspruch und mit ihm die Einzelansprüche stünden vielmehr mit Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen fest. Zu laufen "begännen" lediglich diejenigen Zeitabschnitte, für die jeweils der Rentenbetrag zu zahlen sei, und die Fälligkeitstermine der Leistungen sowie - nach Feststellung des Rentenanspruchs durch den Versicherungsträger - die zugebilligten Leistungen selbst.

Dieser Betrachtungsweise kann jedoch nicht gefolgt werden. Die dogmatische Konstruktion von Barnewitz gibt insofern zu Zweifeln Anlaß, als der Eindruck entsteht, daß zugebilligte "Leistungen" unabhängig vom Anspruch zu laufen beginnen. Es wird nicht deutlich, wie man diese "Leistungen" dogmatisch einzuordnen hat, welche Beziehung zum Stammrecht oder den Einzelansprüchen bestehen soll. Außerdem scheint Barnewitz die bei der Leibrente vertretenen Ansichten auf die Struktur des Rentenanspruchs bei dessen Entstehung übertragen zu wollen. Zwar wird von der h.M. bei der Leibrente angenommen¹, daß zum Zeitpunkt des Entstehens des Stammrechts gleichzeitig alle Einzelansprüche entstehen. Gegen diese h.M. wurden jedoch Bedenken geltend gemacht. Dieselben Argumente sind der Ansicht von Barnewitz entgegenzuhalten. Es erscheint unzu-

1 vgl. S. 41 ff

treffend, anzunehmen, daß mit dem Entstehen des Gesamtanspruchs gleichzeitig alle Einzelansprüche zur Ausbildung kommen. Zum Zeitpunkt der Entstehung eines Stammrechts auf eine wiederkehrende Geldleistung für unbestimmte Zeit kann die Summe der Einzelansprüche noch gar nicht feststellbar sein, weil sie vom Erlöschen des Stammrechts (z.B. durch Entzug der Rente oder Tod des Sozialleistungsberechtigten) abhängt¹. Einzelansprüche können ruhen, versagt werden. Dies bedeutet - darauf wird noch einzugehen sein -, daß für die Dauer des Ruhens bzw. Versagens keine Auszahlungsansprüche entstehen können, das Stammrecht bleibt jedoch unberührt. Alle Einzelansprüche können somit nicht gleichzeitig mit dem Stammrecht entstanden sein, weil ihre Zahl zum Entstehungszeitpunkt des Gesamtanspruchs noch völlig offen ist. Einem sukzessiven Entstehen der Einzelansprüche ist daher der Vorzug zu geben. Die hier beim Entstehen des Rentenanspruchs vertretene systematische Dreiteilung: Entstehen des Stammrechts, Entstehen des ersten Einzelanspruchs sowie Entstehen der periodisch folgenden Einzelansprüche findet eine Stütze in den gesetzlichen Vorschriften der §§ 1290 und 1297 RVO. Es wird sich zeigen, daß diese Dreiteilung nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung festzustellen ist, sondern auch in anderen Gebieten des Sozialrechts vorzufinden ist. Die Auffassung von Barnewitz ist abzulehnen.

4. Das Entstehen des Stammrechts und der Einzelansprüche bei einer Rente auf Zeit (§ 1276 RVO)

Gemäß § 1276 Abs. 1 RVO beginnt die Rente auf Zeit erst mit dem Beginn der 27. Woche nach Eintritt der Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit. Für die Regelung in

¹ vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm. § 40 SGB-AT, Anm. 4d

§ 1276 Abs. 1 RVO war die Erwägung maßgebend, daß bei Krankheit i.d.R. für mindestens 26 Wochen Krankengeld gewährt wird, also ein anderweitiger Schutz bestand¹.

Im Rahmen des Beginns einer Rente auf Zeit taucht die Streitfrage auf, ob der Eintritt der BU bzw. EU oder aber erst der Ablauf der 26. Woche als Versicherungsfall anzusehen ist, d.h. ob der Ablauf der 26 Wochen ebenso zu den Anspruchsvoraussetzungen gehört wie der Eintritt der BU oder der EU².

Nach Ansicht einer Mindermeinung in der Literatur³ gehört der Ablauf der 26 Wochen ebenso zu den Anspruchsvoraussetzungen wie der Eintritt der BU oder EU. Es sei nicht einzusehen, aus welchen Gründen im § 1276 RVO der Versicherungsfall im Gegensatz zu § 1253 Abs. 1 Nr. 2 RVO a.F. vorverlegt werden sollte⁴. Nach dieser Mindermeinung tritt der Versicherungsfall des § 1276 RVO erst mit Ablauf der 26. Woche nach Eintritt der BU oder EU ein.

Nach Auffassung der Rechtsprechung⁵ und h.M. in der Literatur⁶ ist dem geltenden Recht die Unterscheidung zwischen vorübergehender und dauernder BU bzw. EU fremd, im Gegensatz zu dem bis zum 1. 1. 1957 geltenden Recht, wonach

1 vgl. BSGE 27, 52 (53)

2 vgl. Gesamtkommentar § 1276 Anm. 3

3 Malkewitz, DRV 66, 6 (8); Scheerer, Soz.Vers. 65, 359; Hoernigk/Jorks Anm. 2 zu § 1276; Elsholz/Theille Anm. 2 zu Nr. 60

4 Nach § 1253 Abs. 1 Nr. 2 RVO a.F. erhielt Invalidenrente der Versicherte, der vorübergehend invalide war, wenn die Invalidität ununterbrochen 26 Wochen gedauert hat oder nach Wegfall des Krankengeldes noch bestand.

5 vgl. BSGE 22, 278; BSG Urteil vom 6. 4. 1965 in SozR RVO § 1276 Nr. 3; BSG Urteil vom 30. 9. 1965 in SGB 65, 335 Nr. 14; LSG Nds in Breith. 50. Jg., 830 SG Konstanz in Breithaupt 50. Jg., 638 (639)

6 Heinze, Soz.Vers. 61, 354 (355); Riechels, Soz.Vers. 59, Sonderbeilage zu Heft 11; Söchting, Soz.Vers. 61, 131 (134); Soz.Vers. 64, 356; Jantz/Zweng Anm. II zu § 1276

zwischen dauernder und vorübergehender Invalidität unterschieden wurde (vgl. § 1253 I Nr. 1 und 2 a.F.). Durch § 1276 RVO sei kein Versicherungsfall der vorübergehenden BU oder EU geschaffen worden, so daß auch bei einer Rente auf Zeit Versicherungsfall der Eintritt der BU oder EU sei. Die Voraussetzungen i.S. des § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO seien also bereits erfüllt, wenn die in § 1246 Abs. 2 oder § 1247 Abs. 2 RVO bezeichneten Merkmale vorlägen und nicht erst 26 Wochen später. Die Wirkungen der Sondervorschrift des § 1276 RVO in Bezug auf den Rentenbeginn erschöpften sich vielmehr darin, den Beginn der Renten nach § 1290 RVO zu modifizieren.

Vom Standpunkt der h.M., der zuzustimmen ist (die Tatsache, daß das geltende Recht die alte Unterscheidung zwischen dauernder und vorübergehender Invalidität nicht mehr enthält, kann nicht übersehen werden), ergibt sich in Bezug auf das Entstehen des Rentenanspruchs auf Zeit gemäß § 1276 Abs. 1 RVO folgendes: Das Stammrecht entsteht bereits mit Eintritt der BU bzw. EU, vorausgesetzt, daß die Wartezeit erfüllt ist und begründete Aussicht besteht, daß die BU oder EU in absehbarer Zeit behoben sein wird. Da nach der h.M. der Ablauf der 26 Wochen nach Eintritt der BU oder EU nicht mehr zum Versicherungsfall gehört (keine materielle Anspruchsvoraussetzung ist), entsteht der Gesamtanspruch bereits zu dem genannten Zeitpunkt.

Der erste aus dem Stammrecht sich ergebende Einzelanspruch entsteht nach dem Wortlaut des § 1276 Abs. 1 RVO mit Beginn der 27. Woche nach Eintritt der BU oder EU. § 1276 Abs. 1 RVO wird im Verhältnis zu § 1290 Abs. 1 RVO als *lex specialis* angesehen¹. Es muß jedoch darauf hingewie-

¹ vgl. BSG in SozR RVO § 1276 Nr. 3; BSG in Mitt.Ruhr.kn 68, 115

sen werden, daß, falls sich aus § 1290 Abs. 2 RVO ein späterer Rentenbeginn (d.h. ein späteres Entstehen des ersten Einzelanspruchs) ergeben sollte, dieser maßgebend ist. Es besteht kein Anlaß, § 1290 Abs. 2 RVO auf Zeitrenten nicht anzuwenden. Trotz der Auffassung der h.M., wonach der Versicherungsfall nicht erst mit dem Beginn der 27. Woche nach Eintritt der BU oder EU gegeben ist, sondern bereits mit dem Eintritt der BU oder EU zusammenfällt, rechnet die h.M. die nach § 1290 Abs. 2 für den Rentenbeginn (d.h. die Entstehung des ersten Einzelanspruchs) maßgebende Dreimonatsfrist erst vom Ablauf der 26. Woche an nach dem Eintritt der BU oder EU¹. Der erkennende Senat des BSG ging in dem angeführten Urteil davon aus, daß im Zusammenhang mit der Rente auf Zeit die zwingende Anwendung des § 1290 Abs. 2 RVO nur so ausgelegt werden könne, daß der Rentenantrag hier nicht später als 3 Monate nach dem Beginn der 27. Woche nach dem Eintritt der voraussichtlich in absehbarer Zeit behobenen BU oder EU gestellt sein dürfe. Andernfalls müßte in vielen Fällen die Rente bereits zu einer Zeit beantragt werden, zu der noch nicht zu erkennen sei, ob es jemals zu einer Rentenleistung kommen werde. Vor allem aber würde andernfalls die Dreimonatsfrist schon laufen, bevor eine Rente zu zahlen sei.

Für das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Ansprüche gilt wieder die Vorschrift des § 1297 RVO. Danach entstehen in periodischer Wiederkehr die folgenden Einzelansprüche mit jedem Monatsersten neu.

1 Urteil des 12. Senats des BSG vom 14. 12. 1966 in Mitt.Ruhr.kn 68, 115
Bayer. LSG im Amtsbl. 63, S. B 22
Verbandskommentar, § 1290 RVO Anm. 6 II

Auch bei der Rente auf Zeit (§ 1276 RVO) ist somit ein zeitliches Auseinanderklaffen zwischen dem Entstehen des Stammrechts und dem Leistungsbeginn (Entstehen des ersten Einzelanspruchs) festzustellen, die mangelnde Koinzidenz wird sogar besonders deutlich.

II) Das Entstehen des Stammrechts und der Einzelansprüche bei wiederkehrenden Geldleistungen der Krankenversicherung

1. Krankengeld

a) Das Entstehen des Stammrechts auf Krankengeld

Für das Entstehen des Stammrechts auf Krankengeld besitzt der schon in der gesetzlichen RV festgestellte Grundsatz, daß der Gesamtanspruch in dem Augenblick zum Entstehen kommt, in dem alle materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, in gleicher Weise Gültigkeit. Gemäß § 182 Abs. 1 Nr. 2 RVO wird Krankengeld gewährt, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht. Mit Eintritt von Arbeitsunfähigkeit des Versicherten - vorausgesetzt, daß sie auf einer Krankheit beruht - entsteht das Stammrecht auf Krankengeld, da damit alle materiellen Anspruchsvoraussetzungen i.S. des § 182 Abs. 1 Nr. 2 RVO erfüllt sind¹.

b) Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs

Die in der RV angewandte systematische Trennung zwischen dem e r s t e n Einzelanspruch und den dem ersten Anspruch f o l g e n d e n Auszahlungsansprüchen ist

¹ vgl. Grünenwald, Soz.Vers. 65, 116

auch bei den wiederkehrenden Geldleistungen der KV beizubehalten.

Der Entstehungszeitpunkt des **e r s t e n** Einzelanspruchs auf Krankengeld richtet sich nach der Beginnvorschrift des § 182 Abs. 3 RVO¹. Zum genauen Verständnis des Entstehens des ersten Auszahlungsanspruchs, insbesondere des zeitlichen Verhältnisses von Entstehen des Stammrechts auf Krankengeld und des ersten Einzelanspruchs, ist es notwendig, auf Wortlaut und Entstehungsgeschichte des § 182 Abs. 3 RVO einzugehen. Nach dieser Vorschrift wird bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit i.S. der gesetzlichen UV Krankengeld von dem Tage an gewährt, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird, im übrigen von dem darauffolgenden Tage an.

Die Regelung in § 182 Abs. 3 RVO unterscheidet sich von dem früheren Recht (durch Gesetz vom 12. 7. 1961 wurde § 182 Abs. 3 RVO neu gefaßt) dadurch, daß es für den Beginn des Krankengeldes und damit für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs nicht auf den Tag des Eintritts der Arbeitsunfähigkeit, sondern auf den Tag ankommt, an dem die Arbeitsunfähigkeit durch einen Arzt festgestellt ist, und daß es, abgesehen von den Fällen, in denen ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit vorliegt, nur noch einen Karenztag gibt². Diese Regelung war umstritten. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, den Beginn der Krankengeldzahlung nicht von der ärztlichen Feststellung, sondern wie bisher vom Eintritt der Arbeitsunfähigkeit abhängig zu machen³. Der u.a. wegen dieser Frage angerufene Vermittlungsausschuß ist dem nicht gefolgt⁴. Das Wort "ärzt-

1 vgl. Grönenwald, a.a.O.

2 vgl. Brackmann, Bd 2/1, S. 394 t

3 vgl. BR-Drucks. 212/61 - Beschluß

4 BR-Drucks. 324/61

lich" vor dem Wort "festgestellt" ist erst auf Vorschlag des Ausschusses für Sozialpolitik des Bundestages eingefügt worden, um klarzulegen, daß hier die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit durch den behandelnden Arzt gemeint ist¹.

Aus dem Wortlaut der Vorschrift des § 182 Abs. 3 RVO und ihrer Entstehungsgeschichte ergibt sich somit, daß der Tag, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt ist, für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Krankengeld grundsätzlich entscheidend ist und nicht der Eintritt der Arbeitsunfähigkeit². § 182 Abs. 3 stellt jedoch die Ausnahmen voran und erweckt durch diese asystematische Fassung den Eindruck, als ob in der Regel kein Karenztag vor die Krankengeldzahlung vorgeschaltet bleibt. In Wirklichkeit ist der Normalfall, daß ein Karenztag besteht. Die Worte "im übrigen" beziehen sich nämlich nur auf Arbeitsunfall und Berufskrankheit und bilden dadurch nicht den Übergang zu Ausnahmen, worauf die allgemeine Bedeutung der Worte "im übrigen" hinweisen könnte, sondern zu dem Regelfall³. Der Karenztag bedeutet, daß der Tag, an dem die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit erfolgt, krankengeldfrei bleibt. Der nächste Tag ist dann schon mit Krankengeld zu belegen. Daher entsteht in der Regel der erste Einzelanspruch auf Krankengeld nach dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit. Ausnahmsweise (bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit i.S. der Unfallversicherung) entsteht der erste Auszahlungsanspruch schon an dem Tage, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird.

1 vgl. den schriftl. Bericht des Ausschusses für Sozialpolitik, BT-Drucks. III/2748

2 BSGE 24, 278; 25, 76; 26, 111; LSG Hamburg in Breith. 53. Jg., 362;
LSG NRW in Breith. 56. Jg., 364

3 vgl. Peters Anm. 13 C zu § 182 RVO

Es stellt sich die Frage, ob für den Beginn der Krankengeldzahlung und damit für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs eine Rückdatierung des Beginns der Arbeitsunfähigkeit Einfluß hat. Eine Rückdatierung des Beginns der Arbeitsunfähigkeit auf einen vor dem Behandlungstermin liegenden Tag ist nach § 12 Abs. 3 des Bundesmantelvertrages nur ausnahmsweise und nur nach gewissenhafter Prüfung und in der Regel nur bis zu 2 Tagen zulässig¹. Mit der Regelung in § 182 Abs. 3 hatte der Gesetzgeber gerade beabsichtigt, Rückdatierungen von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auszuschließen². Eine solche ausnahmsweise zulässige Rückdatierung wirkt sich aber nach § 182 Abs. 3 RVO nicht auf die Entstehung des ersten Einzelanspruchs aus; sie kann nicht zu einer Vorverlegung des Beginns der Krankengeldzahlung führen³. Entscheidend für den Beginn des Krankengeldes bleibt auch bei einer Rückdatierung der Tag, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird bzw. der darauffolgende Tag.

In Zusammenhang mit dem Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Krankengeld bleibt noch zu untersuchen, ob auch dann der Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit bzw. der darauffolgende Tag maßgebend ist, wenn dem Versicherten ein Handeln objektiv unmöglich war.

Das BSG hat in einer Entscheidung⁴ daraufhin erkannt, daß für einen Versicherten, der geschäftsunfähig und ohne gesetzlichen Vertreter war und deshalb trotz Vorliegens

1 vgl. Brackmann, S. 390 k I

2 Schmatz/Fischwasser, S. 174; Frey, DOK 61, S. 297

3 BSGE 24, 278

4 BSGE 25, 76

einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Erkrankung die Arbeitsunfähigkeit nicht bereits am Tage ihres Eintritts ärztlich feststellen lassen konnte, nicht der Tag der ärztlichen Feststellung, sondern der Beginn der Arbeitsunfähigkeit der nach § 182 Abs. 3 S. 1 RVO maßgebende Zeitpunkt sei.

In einer weiteren Entscheidung¹ hat der 5. Senat des BSG zwar ausgesprochen, daß das Krankengeld bei Arbeitsunfällen auch dann erst vom Tage der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an zu gewähren ist, wenn der Versicherte den Arzt erst zu Anfang des Tages nach dem Unfall aufsuchen konnte, weil dieser sich gegen Ende des vorhergehenden Tages ereignet hatte. Das BSG hat aber in dieser Entscheidung ausdrücklich offen gelassen, ob es nicht außergewöhnliche Fälle geben könne, die der Gesetzgeber nicht in seinem Blickfeld gehabt habe und in denen ausnahmsweise anders zu entscheiden sei.

Es bleibt daher festzuhalten, daß nach Ansicht des BSG nur bei ganz außerordentlich gelagerten Fallkonstellationen für den Beginn des Krankengeldes und damit für die Entstehung des ersten Auszahlungsanspruchs nicht der Tag der ärztlichen Feststellung oder der darauffolgende Tag, sondern bereits der Beginn der Arbeitsunfähigkeit von Bedeutung ist.

Sofern eine Lohnfortzahlung z.B. nach § 1 Lohnfortzahlungsgesetz erfolgt, wird das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Krankengeld um 6 Wochen hinausgeschoben. Gemäß § 189 RVO ruht der Anspruch auf Krankengeld, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Für die Dauer des "Ruhens" - dies ist noch zu erörtern - entstehen keine Einzelansprüche. Findet § 1 LFZG Anwendung, dann entsteht der erste Einzelanspruch auf Krankengeld somit erst nach Ablauf der 6-wöchigen Frist des § 1 LFZG.

1 BSGE 26, 111

c) Das Entstehen der dem ersten Auszahlungsanspruch
periodisch folgenden Ansprüche

Die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch nachfolgenden Auszahlungsansprüche folgen aus § 210 RVO. § 210 RVO ist eine Parallelvorschrift zu der bereits in der RV aufgeführten Bestimmung des § 1297 RVO. Gemäß § 210 RVO werden Barleistungen mit Ausnahme des Sterbegeldes mit Ablauf jeder Woche ausgezahlt. Daraus ergibt sich, daß jeweils mit Ablauf jeder Woche in periodischer Wiederkehr die folgenden Einzelansprüche auf Krankengeld zum Entstehen kommen.

Wie bereits beim Entstehen von Einzelansprüchen in der RV darauf hingewiesen wurde, gilt auch für die Einzelansprüche auf Krankengeld entsprechend, daß § 210 RVO lediglich die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche regelt. Der Entstehungszeitpunkt des ersten Einzelanspruchs richtet sich ausschließlich nach § 182 Abs. 2 RVO. § 210 RVO enthält jedoch für den ersten Einzelanspruch eine Fälligkeitsregelung.

d) Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des
Stammrechts auf Krankengeld und Entstehen des ersten
Einzelanspruchs

Zum zeitlichen Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts und Leistungsbeginn ist auch hier festzustellen, daß grundsätzlich zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs eine Lücke besteht. Auch in den Ausnahmefällen des § 182 Abs. 3 RVO, für die kein Karenztag gilt (Gewährung des Krankengeldes bei Arbeitsunfall oder Berufskrankheit), ist grundsätzlich zuerst das Stammrecht entstanden (mit Eintritt der Arbeitsunfähigkeit) bevor es zur Ausbildung des ersten Einzelanspruchs kommt (am Tage der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit). Die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit kann logischerweise nur n a c h deren Eintritt erfol-

gen. Es kann jedoch vorkommen, daß Stammrecht und erster Einzelanspruch am selben Tag entstehen und zwar dann, wenn eine durch Arbeitsunfall bedingte Arbeitsunfähigkeit bereits am Tage ihres Eintritts ärztlich festgestellt wird. In diesem Fall kommt es nicht zu einer zeitlichen Verschiebung zwischen Entstehen des Stammrechts und Leistungsbeginn.

Das zeitliche Auseinanderfallen von Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs wird besonders deutlich bei den Regelfällen des § 182 Abs. 3 RVO, für die ein Karenztag gilt. Durch den Karenztag wird das Entstehen des ersten Einzelanspruchs hinausgeschoben. Das Stammrecht ist jedoch schon zu einem früheren Zeitpunkt entstanden, nämlich mit Eintritt der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit. Auch in den Fällen der Lohnfortzahlung kommen die unterschiedlichen Entstehungszeitpunkte von Stammrecht und erstem Auszahlungsanspruch zum Ausdruck.

Bei den krassen Ausnahmekonstellationen, für die nach Ansicht des BSG für den Beginn des Krankengeldes nicht der Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit oder der darauffolgende Tag entscheidend ist, sondern bereits der Beginn der Arbeitsunfähigkeit, fallen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Auszahlungsanspruchs zeitlich zusammen, da in diesen Ausnahmefällen für beider Entstehen der Eintritt der Arbeitsunfähigkeit der maßgebliche Zeitpunkt ist. Es bleibt jedoch auch hier bei dem bisher festgestellten Ergebnis, daß Einzelansprüche nie vor Entstehen des Stammrechts zur Ausbildung kommen können.

2. Mutterschaftsgeld

a) Das Entstehen des Gesamtanspruchs auf Mutterschaftsgeld

Die Voraussetzungen für das Entstehen des Gesamtanspruchs auf Mutterschaftsgeld ergeben sich aus § 200 Abs. 1 RVO. Erforderlich ist danach, daß die Frau

- 1) bei Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 2 des MuSchG in einem Arbeitsverhältnis steht oder in Heimarbeit

beschäftigt ist oder ihr Arbeitsverhältnis während ihrer Schwangerschaft vom Arbeitgeber zulässig aufgelöst worden ist

und

- 2) zwischen dem zehnten und dem vierten Monat (einschließlich dieser Monate) vor der Entbindung für mindestens 12 Wochen versicherungspflichtig war oder in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat.

Liegen diese materiell-rechtlichen Bedingungen vor, dann entsteht automatisch das Stammrecht auf Mutterschaftsgeld mit Beginn der Schutzfrist.

b) Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Mutterschaftsgeld

Für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Mutterschaftsgeld ist die Vorschrift des § 200 Abs. 3 RVO einschlägig. Danach wird das Mutterschaftsgeld sechs Wochen vor der Entbindung gewährt (außerdem acht Wochen bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung). § 200 Abs. 3 S. 1 RVO geht davon aus, daß das Mutterschaftsgeld für die Zeit vor der Entbindung für sechs Wochen zu zahlen ist. Diese sechs Wochen kommen immer dann in Betracht, wenn der Zeitpunkt der Entbindung tatsächlich feststeht, m.a.W. wenn die Zahlung des Mutterschaftsgeldes für die Zeit vor der Entbindung erst nach der Entbindung nachgesucht wird.

§ 200 Abs. 3 S. 2 RVO regelt den Fall, daß das Mutterschaftsgeld bereits für die Zeit vor der Entbindung in Anspruch genommen wird. Voraussetzung für das Entstehen des ersten Auszahlungsanspruchs ist dann jedoch gemäß § 200 Abs. 3 S. 2 RVO ("für die Zahlung maßgebend"), daß ein Zeugnis eines Arztes oder einer Hebame vorliegt,

in dem der mutmaßliche Tag der Entbindung angegeben ist, wobei das Zeugnis nicht früher als eine Woche vor Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 2 des MuSchG ausgestellt sein darf. Ohne ein Zeugnis nach § 200 Abs. 3 RVO überhaupt und ohne ein Zeugnis, das innerhalb der bezeichneten Frist ausgestellt ist, kann ein Mutterschaftsgeld vor der Entbindung nicht gezahlt werden, d.h. der erste Einzelanspruch kann nicht entstehen. Es kommt nicht darauf an, warum die Bescheinigung nicht oder nicht zeitgerecht eingeholt worden ist¹. Liegt sie nicht vor, dann können Auszahlungsansprüche nicht entstehen.

c) Das Entstehen der periodisch folgenden Einzelansprüche

Wie beim Krankengeld gilt auch hier wieder die Vorschrift des § 210 RVO². Danach entstehen mit Ablauf jeder Woche die dem ersten Einzelanspruch auf Mutterschaftsgeld folgenden Ansprüche jeweils neu.

d) Das Entstehen des Stammrechts und Leistungsbeginn

Liegt zum Zeitpunkt der Erfüllung der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen i.S. des § 200 Abs. 1 RVO das für die Entstehung des ersten Einzelanspruchs erforderliche Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme bereits vor, dann kommen Stammrecht und erster Auszahlungsanspruch - soweit Mutterschaftsgeld schon vor der Entbindung in Anspruch genommen wird - gleichzeitig zum Entstehen. Das Stammrecht entsteht, soweit alle Anspruchsvoraussetzungen des § 200 Abs. 1 RVO vorliegen, bei Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 2 MuSchG (also sechs Wochen vor der mutmaßlichen Entbindung). Der erste Einzelanspruch entsteht ebenfalls gemäß § 200 Abs. 3 RVO sechs Wochen vor der mutmaßlichen Entbindung, sofern das erforderliche Zeugnis vorhanden ist.

¹ vgl. Peters § 200 RVO Anm. 9

² vgl. Peters § 200 RVO Anm. 9

Wird das Mutterschaftsgeld erst nach der Entbindung in Anspruch genommen, dann entstehen Stammrecht und erster Auszahlungsanspruch ebenfalls zum gleichen Zeitpunkt, nämlich sechs Wochen vor der tatsächlichen Entbindung.

III) Die Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche beim Entstehen von wiederkehrenden Geldleistungen in der Unfallversicherung

In der UV sollen erörtert werden das Übergangsgeld (§§ 560 ff RVO), die Verletztenrente (§§ 580 ff RVO) und die Hinterbliebenenrenten (§§ 590 ff RVO).

1. Übergangsgeld

a) Das Entstehen des Stammrechts auf Übergangsgeld

Entsprechend dem Grundsatz, daß das Stammrecht in dem Augenblick entsteht, in dem sämtliche materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, ergibt sich für das Übergangsgeld: Voraussetzung für das Entstehen des Gesamtanspruchs ist gemäß § 560 Abs. 1 S. 1 RVO, daß der Verletzte arbeitsunfähig i.S. der Krankenversicherung ist, und zwar infolge des Arbeitsunfalles.

b) Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs

Der Entstehungszeitpunkt des ersten Auszahlungsanspruchs auf Übergangsgeld folgt aus § 560 Abs. 1 S. 2 RVO. Danach wird das Übergangsgeld von dem Tage an gewährt, an dem die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird. Für die Entstehung des ersten aus dem Stammrecht sich ergebenden Einzelanspruchs kommt es somit (abweichend vom früheren Recht - vgl. § 559 Abs. 2 a.F. RVO) nicht darauf an, von welchem Tage an die Arbeitsunfähigkeit tatsäch-

lich besteht, sondern darauf, an welchem Tage die Arbeitsunfähigkeit ärztlich festgestellt wird. Die Regelung entspricht der für die KV geltenden Regelung des § 182 Abs. 3 RVO. Für die Frage, ob § 560 Abs. 1 S. 2 RVO im Falle objektiver Unmöglichkeit, die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit rechtzeitig zu erreichen, erweiternd auszulegen ist, kann auf die Ausführungen zum Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Krankengeld, § 182 Abs. 3 RVO, verwiesen werden.

Auch für das zeitliche Verhältnis von Entstehen des Stammrechts auf Übergangsgeld und Entstehen des Ersten Einzelanspruchs besteht kein Unterschied zum Krankengeld. Grundsätzlich liegt zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs eine Zeitspanne, in den krassen Ausnahmefällen (Eintritt der Arbeitsunfähigkeit ist bereits maßgebend für den Beginn des Übergangsgeldes) entstehen Stammrecht und erster Einzelanspruch gleichzeitig.

Wie beim Krankengeld wird auch beim Übergangsgeld das Entstehen des ersten Einzelanspruchs um sechs Wochen hinausgeschoben, sofern eine Lohnfortzahlung z.B. nach § 1 LFZG erfolgt (vgl. § 560 Abs. 1 S. 1 RVO "soweit er Arbeitsentgelt nicht erhält").

c) Das Entstehen der periodisch folgenden Auszahlungsansprüche

Das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche richtet sich nach § 619 I S. 2 RVO. Danach wird das Übergangsgeld mit Ablauf jeder Woche ausgezahlt. Die weiteren Einzelansprüche entstehen daher jeweils mit Ablauf jeder Woche neu.

§ 619 Abs. 1 S. 2 ist eine Parallelvorschrift zu §§ 1297, 210 RVO und regelt somit das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche. § 619 Abs. 1 S. 2 ist im Bezug auf den ersten Einzelanspruch auf Übergangsgeld eine Fälligkeitsbestimmung.

2. Verletztenrente

a) Das Entstehen des Stammrechts

Der Gesamtanspruch auf Verletztenrente entsteht - die materiell-rechtlichen Voraussetzungen sind in § 580 Abs. 1 RVO normiert -, wenn ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eine Minderung der Erwerbsfähigkeit verursacht hat und diese über die 13. Woche nach dem Arbeitsunfall oder dem Beginn der Berufskrankheit hinaus andauert. Das Stammrecht kommt also rückwirkend im Zeitpunkt des Eintritts der Minderung der Erwerbsfähigkeit infolge des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit zum Entstehen, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit über die 13-Wochenfrist hinaus andauert. Die durch den Arbeitsunfall oder Berufskrankheit verursachte MdE muß ferner eine gewisse Mindesthöhe erreicht haben (vgl. § 581 Abs. 1 Nr. 2 RVO).

b) Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs

Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Verletztenrente ist normiert in den "Beginnvorschriften" der Absätze 2 bis 4 des § 580 RVO.

Gemäß § 580 Abs. 2 RVO beginnt die Rente mit dem Tage nach dem Wegfall der Arbeitsunfähigkeit im Sinne der Krankenversicherung. Gegenüber dem bis zum Inkrafttreten des RehaG (1. 10. 1974) geltenden Recht ist insofern eine wesentliche Änderung eingetreten, als der Beginn der Erwerbsunfähigkeit 1. S. der RV als Kriterium für den Beginn der Verletztenrente und damit für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs weggefallen ist. Diese weitere Alternative nach altem Recht sollte verhindern, daß Rente wegen EU aus der RV und Verletztengeld aus der UV in vollem Umfange nebeneinander gezahlt wurden. Die Rente aus der RV konnte

nach § 1278 RVO nicht gekürzt werden, wenn sie mit Verletztengeld zusammentraf¹. Nachdem jetzt Renten, auch solche der Rentenversicherungen, grundsätzlich erst nach Abschluß der Rehabilitationsmaßnahmen, während deren Übergangsgeld gezahlt wird, gewährt werden, konnte auf die bisherige Regelung des Beginns der Verletztenrente und damit des Endes der Zahlung von Verletztengeld, jetzt Übergangsgeld, verzichtet werden².

§ 580 Abs. 3 RVO regelt den Rentenbeginn, wenn mit dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit nicht zu rechnen ist. Der Gesetzgeber will alle Tatbestände nach diesem Absatz behandelt wissen, in denen ein Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit durch Wiederaufnahme der früheren Tätigkeit nicht in Betracht kommt. Der Grundsatz "Rehabilitation vor Rente" erlangt hier seine volle Bedeutung³.

Nach § 580 Abs. 3 Nr. 1 entsteht der erste Einzelanspruch nach dem Tage, an dem die Heilbehandlung oder die Berufshilfe soweit abgeschlossen ist, daß der Verletzte eine geeignete Berufs- oder Erwerbstätigkeit aufnehmen kann, jedoch nicht, solange die Voraussetzungen für die Zahlung von Übergangsgeld nach § 568 a RVO vorliegen, gemäß § 580 Abs. 3 Nr. 2 nach dem Tage, an dem zu übersehen ist, daß der Verletzte insbesondere wegen der Art oder Schwere der Verletzung auch durch weitere Maßnahmen der Heilbehandlung oder Berufshilfe beruflich nicht eingegliedert werden kann, jedoch nicht vor dem Ende der stationären Behandlung.

§ 580 Abs. 4, 1. Alt. RVO betrifft die Fälle, in denen der Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit zwar eine

¹ vgl. den Bericht des soz.polit. Ausschusses des BT, BT-Drucks. IV/938, S. 12

² vgl. Lauterbach, § 580 Anm. 3 m

³ Lauterbach, § 580 Anm. 4

MdE von wenigstens 20 % verursacht hat, die auch über die 13. Woche hinaus andauert, in denen aber Arbeitsunfähigkeit i.S. der KV nicht vorgelegen hat. In diesen Fällen kann dem Verletzten kein Übergangsgeld gewährt werden, weil diese Leistung Arbeitsunfähigkeit voraussetzt. Der erste Einzelanspruch auf Verletztenrente entsteht daher nach § 580 Abs. 4, 1. Alt. RVO mit dem Tag nach dem Arbeitsunfall.

Ist der Verletzte später arbeitsunfähig geworden, hat er jedoch bei Beginn der Arbeitsunfähigkeit Arbeitseinkommen nicht erzielt, so erhält er kein Übergangsgeld (vgl. § 561 Abs. 3 RVO). In diesem Fall beginnt gemäß § 580 Abs. 4, 2. Alt. RVO die Verletztenrente ebenfalls mit dem Tage nach dem Arbeitsunfall.

c) Das Entstehen des Stammrechts auf Verletztenrente und des ersten Einzelanspruchs

Auch bei der Verletztenrente wird die bisher bei den meisten wiederkehrenden Geldleistungen festgestellte Regel, daß zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs eine Zeitspanne besteht, bestätigt. Besonders deutlich wird das zeitliche Auseinanderfallen durch die Regelungen des Rentenbeginns und damit des Entstehens des ersten Einzelanspruchs in § 580 Abs. 2 und 3 RVO. Nach § 580 Abs. 2 RVO entsteht der erste Einzelanspruch erst nach dem Wegfall der Arbeitsunfähigkeit, das Stammrecht ist jedoch rückwirkend schon zum Zeitpunkt der Minderung der Erwerbsfähigkeit entstanden. Auch gemäß § 580 Abs. 3 RVO können die Heilbehandlung oder die Berufshilfe die Entstehung des ersten Einzelanspruchs mehr oder minder weit hinausschieben, so daß das Stammrecht schon längere Zeit besteht, bevor es zur Ausbildung des ersten Einzelanspruchs kommt. Auch in den Fällen des § 580 Abs. 4 RVO ent-

steht der erste Einzelanspruch erst nach dem Stammrecht, die zeitliche Verschiebung kommt hier jedoch nicht so stark zum Ausdruck wie bei § 580 Abs 2 und 3 RVO. Nach § 580 Abs. 4 RVO entsteht der erste Einzelanspruch mit dem Tage *n a c h* dem Arbeitsunfall. Das Stammrecht entsteht - wie bereits festgestellt - rückwirkend zum Zeitpunkt der Minderung der Erwerbsfähigkeit. Die Minderung der Erwerbsfähigkeit tritt mit dem Arbeitsunfall oder der Berufskrankheit ein. Der erste Einzelanspruch auf Verletztenrente entsteht somit im Falle des § 580 Abs. 4 RVO einen Tag später als das Stammrecht.

d) Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche

Für die dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche gilt wieder die Vorschrift des § 619 RVO, d.h. gemäß § 619 Abs. 1 S. 1 RVO entstehen in periodischer Wiederkehr diese weiteren Auszahlungsansprüche jeweils am Monatsersten neu, da die Verletztenrente im voraus in Monatsbeträgen zu zahlen ist.

3. Hinterbliebenenrenten (§§ 590, 592, 593, 595, 596 RVO)

a) Das Entstehen des Stammrechts

Voraussetzung für die Entstehung des Stammrechts auf Hinterbliebenenrente ist der Tod des Versicherten durch Arbeitsunfall oder durch die Folgen einer Berufskrankheit. Weitere Bedingungen ergeben sich aus den Tatbeständen der einzelnen anspruchsbegründenden Normen (z.B. bei der Elternrente mußte der Verstorbene die Verwandten aus seinem Arbeitsverdienst wesentlich unterhalten haben vgl. § 596 Abs. 1 RVO).

Bei der Witwenrente an die frühere Ehefrau (§ 592 RVO) taucht insofern eine Besonderheit auf, als hier die Gewährung der Rente von einem Antrag abhängig ist ("auf Antrag"). Dies bedeutet zugleich eine Abweichung von der Officialmaxime, die grundsätzlich in der gesetzlichen Unfallversicherung besteht (§ 1545 Abs. 1 Nr. 1 RVO)¹. Da der Antrag in der anspruchsbegründenden Norm des § 592 RVO ausdrücklich genannt ist und damit der Grundsatz, daß die Leistungen in der UV von Amts wegen festgestellt werden, durchbrochen wird, kommt dem Antrag i.S. von § 592 RVO materiell-rechtliche Bedeutung zu². Damit muß für das Entstehen des Stammrechts auf Witwenrente an die frühere Ehefrau auch der Antrag als materiell-rechtliche Voraussetzung gegeben sein.

b) Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs

Der Entstehungszeitpunkt des ersten aus dem Stammrecht "fließenden" Einzelanspruchs auf Hinterbliebenenrente folgt aus § 589 Abs. 1 Nr. 3 RVO. Danach ist v o m T o d e s t a g a n den Hinterbliebenen eine Rente nach den §§ 592 bis 599 RVO zu gewähren. Vom Todestag des Versicherten an, wobei der Todestag mitzuzählen ist, entsteht somit der erste Einzelanspruch.

Eine Modifikation weist die Rente an die frühere Ehefrau, § 592 RVO, auf. Gemäß § 592 Abs. 1 S. 2 RVO beginnt die Rente - der Antrag ist ja hier materielle Anspruchsvoraussetzung - mit dem Tage des Antrags. Die Witwenrente an die frühere Ehefrau wird nur für die Zeit nach dem Antrag gewährt, da sonst von weiteren Berechtigten Rente, möglicherweise für einen längeren Zeitraum, zurückverlangt werden könnte³. Für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs ist

¹ vgl. Lauterbach, § 592 Anm. 7

² Lauterbach, § 592 Anm. 11

³ vgl. Begründung zu dem Gesetzentwurf, BT-Drucks.
IV/120 zu § 590

also bei dieser Hinterbliebenenrente der Tag des Antrags maßgebend.

Eine Rente an den früheren Ehegatten ist nach § 592 Abs. 2 RVO zu kürzen, wenn nach Feststellung der Rente einem weiteren früheren Ehegatten oder einer Witwe Rente zu gewährt ist (§ 592 Abs. 3 S. 1 RVO). Die Kürzung wird wirksam mit Ablauf des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Kürzungsbescheid zugestellt wird (§ 592 Abs. 3 S. 2 RVO). Der Unfallversicherungsträger muß somit unter Umständen für eine gewisse Zeit neben den bereits festgestellten Renten die neue Rente zahlen¹, da die Kürzung der bereits anderen Berechtigten gezahlten Witwenrente oder Rente an einen früheren Ehegatten erst mit Ablauf des folgenden Monats wirksam wird.

c) Das Entstehen der weiteren Einzelansprüche

Das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch folgenden Auszahlungsansprüche richtet sich wieder nach § 619 Abs. 1 S. 1 RVO. Danach entstehen sie an jedem Monatsersten neu, da die Renten im voraus in Monatsbeträgen zu zahlen sind.

d) Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts auf Hinterbliebenenrente und des ersten Einzelanspruchs

Bei den Hinterbliebenenrenten der UV ist festzustellen, daß zwischen Entstehen des Stammrechts und Leistungsbeginn keine zeitliche Lücke klafft, daß der Leistungsbeginn im Verhältnis zum Entstehungszeitpunkt des Stammrechts nicht hinausgeschoben ist. Vielmehr entstehen

¹ vgl. BSGE 33, 267; Lauterbach, § 592 RVO Anm. 18

sowohl das Stammrecht (zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten, sofern alle weiteren materiell-rechtlichen Voraussetzungen vorliegen) als auch der erste Einzelanspruch (vom Todestag an) am selben Tag. Auch bei der Rente an die frühere Ehefrau, § 592 RVO, bestehen keine Abweichungen. Das Stammrecht kommt hier nur dann zum Entstehen, wenn u.a. der Antrag vorliegt. Mit dem Tage des Antrags entsteht aber auch schon der erste Auszahlungsanspruch. Diese Koinzidenz zwischen Entstehen des Stammrechts und Leistungsbeginn wurde auch schon bei den Hinterbliebenenrenten der RV beobachtet (Ausnahme: Rente an den früheren Ehegatten, § 1290 Abs. 4 RVO). Es bleibt jedoch auch in der UV dabei, daß nie ein Einzelanspruch vor Entstehen des Stammrechts vorhanden sein kann.

IV) Kriegsofferversorgung

Zu den wiederkehrenden Geldleistungen der Kriegsofferversorgung gehören Übergangsgeld (§§ 16 ff BVG), Berufsschadensausgleich (§ 30 Abs. 3, 4 BVG), Beschädigtenrente (Grundrente und Ausgleichsrente, §§ 29 ff BVG), die Pflegezulage (§ 35 BVG) sowie die Hinterbliebenenrenten (§§ 38 ff BVG).

1. Das Entstehen des Stammrechts auf Versorgung

Die Voraussetzungen für das Entstehen des Versorgungsanspruchs als Stammrecht auf Versorgung schlechthin sind normiert in § 1 BVG. In § 1 BVG sind die verbindlichen Rechtsgrundlagen, die allgemeinen Voraussetzungen eines jeden Versorgungsanspruchs enthalten¹.

¹ vgl. BSGE 2, 289 (292)

Unerläßliche Voraussetzung ist der Eintritt des Versorgungsfalls. Der Grundtatbestand des Versorgungsfalls wird in § 1 BVG dahin umschrieben¹, daß jemand

- durch eine militärische (oder militärähnliche) Dienstverrichtung, einen Unfall während der Dienstausübung oder durch die diesem Dienst eigentümlichen Verhältnisse
- eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat,
- die zu gesundheitlichen Folgen (Schädigungsfolgen im Sinne von Primärschäden) geführt hat. Schädigungsfolge kann auch der Tod des Beschädigten sein (§ 1 Abs. 5 BVG; gleichgestellt die Verschollenheit, § 52 BVG).

In § 1 BVG ist weiterhin normiert, daß der Berechtigte "auf Antrag" Versorgung erhält. Es stellt sich somit auch hier die Frage, ob dem Antrag materiell-rechtliche Bedeutung zukommt oder ob er nur eine prozessuale Willenserklärung ist, die lediglich das Versorgungsverfahren in Gang setzt.

Nach einer Mindermeinung in der Literatur² hat der Antrag im BVG nur formell-rechtliche Bedeutung. Die Argumente dieser Auffassung sind bereits im wesentlichen bei Behandlung der Streitfrage in der gesetzlichen Rentenversicherung aufgeführt worden³. Ergänzend soll noch auf die Meinung von Schieckel⁴ hingewiesen werden, wonach aus § 60 BVG der Schluß abgeleitet wird, daß der Anspruch vor dem Antrag bestanden haben kann. Dort heiße es nämlich, daß die Beschädigtenrente mit dem Monat beginne, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt seien, f r ü h e s t e n s

1 vgl. Bley, S. 246

2 Mauss, ZfS 57, 236 ff; Brüggemann, ZfS 52, 203; Schieckel, Anm. 12 zu § 1 BVG

3 vgl. S. 64 ff

4 Schieckel, Anm. 12 zu § 1 BVG

mit dem Monat, in dem der Anspruch angemeldet worden sei. Danach setze das Gesetz voraus, daß der Anspruch materiell sowohl früher, als der Antrag gestellt werde, als auch später entstehen könne. Er sei eben nicht vom Antrag, sondern von der Erfüllung der materiellen Voraussetzungen abhängig.

Nach Ansicht der h.M.¹ ist der Antrag materielle Anspruchsvoraussetzung. Das BSG führt in der ersten angegebenen Entscheidung (BSGE 2, 289 ff) aus, dem Antrag komme die Bedeutung zu, daß der Anspruch auf Versorgung nicht mehr allein mit der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes, soweit er vom Willen des Berechtigten unabhängig sei, entstehe, sondern der Antrag müsse als weiterer rechtsbegründender Faktor hinzukommen. Dies ergebe sich aus der Fassung des § 1 Abs. 1 BVG, in der der Antrag gleichwertig mit den übrigen sachlich-rechtlichen Voraussetzungen erwähnt werde, wofür auch die geschichtliche Entwicklung und die gesetzgeberischen Motive sprächen. Das BSG weist darauf hin, daß auch nach dem RVG, das Versorgungsleistungen nur auf Antrag gewährte, diesem Antrag nach ständiger Rechtsprechung und Rechtsübung sachlich-rechtliche Bedeutung beigelegt worden sei und das BVG diesen Grundsatz bewußt und in voller Kenntnis seiner Tragweite übernommen habe, wie sich aus der Begründung zu § 1 Abs. 1 des Entwurfes eines BVG, der dann wörtlich als § 1 in das BVG übernommen worden sei, ergäbe.

Der Auffassung der h.M. ist zuzustimmen. Die grundlegende Vorschrift des Versorgungsrechts, § 1 BVG, normiert einerseits das Antragsrecht als ein materiell-rechtliches, subjektives öffentliches Gestaltungsrecht und andererseits das durch die Ausübung dieses Rechtes entstehende Versor-

¹ BSGE 2, 289 ff; 7, 187; LSG Bremen, SGB 55, 73 ff; Hauelsen, NJW 58, 441 ff; Wilke/Wunderlich, Anm. VII zu § 1 BVG

gungsrechtsverhältnis mit den in den nachfolgenden Vorschriften des BVG näher umrissenen Rechten und Pflichten des Versorgungsberechtigten. Da der Antrag im Versorgungsrecht die rechtliche Möglichkeit des Antragstellers enthält, durch den Antrag ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis mit Rechten und Pflichten entstehen zu lassen, das der Versorgungsträger durch den zu erlassenden Bescheid dann nur noch anzuerkennen hat¹, ist es zutreffend, dem Antrag eine über die verfahrensrechtliche Bedeutung hinausgehende materiell-rechtliche Wirkung zukommen zu lassen. Nach Ansicht der h.M. muß daher für das Entstehen des Stammrechts auf Versorgung auch der Antrag als materiell-rechtliche Voraussetzung vorliegen.

2. Das Entstehen des Stammrechts auf eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung des Versorgungsrechts

Im Versorgungsrecht muß differenziert werden zwischen dem Stammrecht auf Versorgung und dem Stammrecht auf eine ganz bestimmte wiederkehrende Versorgungsleistung. Die in § 1 BVG normierten Voraussetzungen des Stammrechts auf Versorgung (Eintritt des Versorgungsfalls und Antrag) müssen grundsätzlich immer gegeben sein, wenn ein Stammrecht auf eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung (etwa das Stammrecht auf Beschädigtenrente oder Hinterbliebenenrente) entstehen soll. Ohne Bestehen des Stammrechts auf Versorgung kann es kein Stammrecht auf eine bestimmte Geldleistung geben. Dem Stammrecht auf Versorgung kommt daher die Bedeutung eines "Mutterstammrechts" zu, das Voraussetzung ist für die Entstehung des Stammrechts auf eine bestimmte wiederkehrende Versorgungsleistung. Die zusätzlichen, neben den in § 1 BVG genannten Voraussetzungen für das Entstehen des Stammrechts auf

¹ vgl. LSG Bremen, Breithaupt 1955, S. 1206

eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung des BVG ergeben sich aus den jeweiligen Tatbeständen der anspruchsbegründenden Normen. So muß z.B. für das Entstehen des Stammrechts auf Beschädigtenrente (Grundrente) eine Minderung der Erwerbsfähigkeit vorliegen, für das Stammrecht auf Pflegezulage Hilflosigkeit i.S. von § 35 Abs. 1 BVG.

Eine Ausnahme von dem Grundsatz, daß die in § 1 BVG aufgeführten Voraussetzungen und damit auch der Antrag für das Entstehen des Stammrechts auf eine bestimmte Versorgungsleistung vorliegen müssen, ist nach richtiger Ansicht nur für das Entstehen des Stammrechts auf Übergangsgeld zu machen (§§ 16 ff BVG). Das 3. NOG schreibt ausdrücklich die Antragstellung für die in den §§ 10 bis 24 a BVG vorgesehenen Leistungen vor, läßt jedoch auch die Gewährung von Amts wegen zu (vgl. § 18 a Abs. 1 BVG), woraus sich ergibt, daß der Antrag hier ausnahmsweise nicht materiell-rechtliche Voraussetzung für die Gewährung der Leistungen ist. Nach BMA¹ wird durch die Vorschrift des § 18 a BVG für den Bereich der Heil- und Krankenbehandlung das für die übrigen Leistungen geltende materiell-rechtliche Antragsprinzip durchbrochen².

Zwar bleibt auch hier der Grundsatz bestehen, daß für das Entstehen des Stammrechts auf Versorgung der Versorgungsfall eintreten und ein Antrag vorliegen muß (§ 1 BVG). Daran wird durch § 18 a Abs. 1 BVG nichts geändert. Auch das Stammrecht auf Übergangsgeld setzt voraus, daß ein Stammrecht auf Versorgung überhaupt entstanden ist. Eine Sondersituation besteht nur insofern, als für das Stammrecht auf die konkrete Leistung des Übergangsgeldes ein hierauf gerichteter Antrag nicht Entstehungsvoraussetzung ist.

¹ BMA in BVB1 67, S. 48 Nr. 23

² vgl. Wilke/Wunderlich, Anm. I zu § 18 a BVG
Schieckel, Anm. 1 zu § 18 a BVG
Mühlbayer, KOV 67, 1 ff (4)

3. Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung des BVG

Die Beginnvorschrift für die Beschädigtenversorgung, § 60 Abs. 1 BVG, gibt Auskunft darüber, wann der erste Einzelanspruch auf eine wiederkehrende Geldleistung des BVG entsteht. Gemäß § 60 Abs. 1 BVG beginnt die Beschädigtenversorgung mit dem Monat, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt sind, frühestens mit dem Antragsmonat, jedoch nicht vor dem Monat der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft oder aus ausländischem Gewahrsam.

Im Gegensatz zu der bisherigen Fassung des § 60 Abs. 1 BVG, nach der die Beschädigten r e n t e mit dem Monat begann, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt waren, spricht die neue Fassung von der Beschädigten v e r s o r - g u n g. Damit erstreckt sich die Vorschrift des § 60 BVG nicht mehr nur auf die Bestimmungen der §§ 30 bis 34 BVG, sondern auf sämtliche in § 9 BVG genannten Ansprüche. Nur für die Leistungen nach den §§ 10 bis 24 a BVG gilt die Sonderbeginnvorschrift des § 18 a BVG, der Beginn des Übergangsgeldes ist somit speziell geregelt, außerdem gilt für die Hinterbliebenenrenten § 60 BVG mit Modifikationen, vgl. § 61 BVG.

Bei der Vorschrift des § 60 Abs. 1 BVG handelt es sich um eine ähnliche Bestimmung wie § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO. Ebenso wie § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO die Grundregel für den Beginn jeder Rente enthält, kommt § 60 Abs. 1 BVG grundsätzliche Bedeutung zu für den Beginn der Beschädigtenversorgung. § 60 Abs. 1 BVG regelt wie § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO das Entstehen des ersten Auszahlungsanspruchs auf eine wiederkehrende Geldleistung.

4. Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche

Das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüche folgt aus § 66 Abs. 1 BVG. Danach werden die Versorgungsbezüge in Monatsbeträgen zuerkannt und im voraus bezahlt. Gemäß § 66 Abs. 1 BVG entstehen somit die dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüche mit jedem Monatsersten neu.

Der erste Einzelanspruch als auch die diesem folgenden Ansprüche beziehen sich immer auf eine ganz bestimmte wiederkehrende Versorgungsleistung und werden von dem Stammrecht auf eine bestimmte Geldleistung "hervorgebracht". Das Stammrecht auf Versorgung "erzeugt" keine Einzelansprüche, sondern ist nur die Grundlage für die Stammrechte auf bestimmte Versorgungsleistungen; Einzelansprüche auf Versorgung, "hervorgebracht" vom Stammrecht auf Versorgung, gibt es daher nicht.

5. Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts auf Versorgung und dem Stammrecht auf eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung

Aus dem bereits festgestellten Ergebnis, wonach auch für das Entstehen des Stammrechts auf eine bestimmte wiederkehrende Leistung des Versorgungsrechts die in § 1 BVG normierten Grundvoraussetzungen gegeben sein müssen, folgt, daß das Stammrecht auf eine bestimmte Leistung nicht vor dem Stammrecht auf Versorgung entstehen kann. Das Stammrecht auf Versorgung bildet die Grundlage für die Stammrechte auf bestimmte Versorgungsleistungen und entsteht mit Eintritt der in § 1 BVG aufgeführten Tatbestandsmerkmale. Ein Stammrecht auf eine bestimmte Leistung kann frühestens gleichzeitig mit dem Stammrecht auf Versorgung entstehen und zwar dann, wenn die für diese be-

stimmte Leistung zusätzlichen Erfordernisse (z.B. Minderung der Erwerbsfähigkeit für Beschädigtenrente) zum Zeitpunkt der Erfüllung der in § 1 BVG genannten Voraussetzungen ebenfalls schon vorhanden sind. Treten die für jede wiederkehrende Versorgungsleistung spezifischen Anspruchsvoraussetzungen später ein, dann entsteht das Stammrecht auf eine bestimmte Leistung später als das Stammrecht auf Versorgung.

6. Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts auf eine bestimmte wiederkehrende Versorgungsleistung und des ersten Einzelanspruchs auf eine solche Leistung

Problematisch gestaltet sich das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs auf eine bestimmte wiederkehrende Geldleistung des Versorgungsrechts. Vorausgesetzt, man bezieht § 60 Abs. 1 BVG auf den ersten Einzelanspruch einer bestimmten Versorgungsleistung, könnte man nach dem Wortlaut dieser Vorschrift den Schluß ziehen, daß der erste Einzelanspruch bereits vor dem Stammrecht entstehen kann, da die Beschädigtenversorgung bereits am Ersten des Monats beginnt, in dem die gesetzlichen Voraussetzungen der Versorgung erfüllt werden bzw. frühestens am Ersten des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde. Liegen z.B. die gesetzlichen Voraussetzungen einer Leistung (einschließlich Antrag) am 15. Mai vor, dann ergibt sich, daß am 15. Mai das Stammrecht auf diese Leistung entsteht, da zu diesem Zeitpunkt alle materiell-rechtlichen Voraussetzungen (einschließlich Antrag) erfüllt sind. Die Leistung "beginnt", d.h. der erste Einzelanspruch würde gemäß § 60 Abs. 1 BVG bereits am 1. Mai entstehen.

Dieses Ergebnis, wonach der erste Einzelanspruch auf eine bestimmte Versorgungsleistung bereits vor dem Stammrecht zum Entstehen kommt, ist jedoch dogmatisch nicht haltbar. Ein Leistungsbeginn vor der Anspruchsentstehung ist ausgeschlossen. Das Stammrecht bildet die Grundlage für die Einzelansprüche, bringt diese hervor. Wie sollen Einzelansprüche entstehen können, ohne daß die materiell-rechtlichen Voraussetzungen der anspruchsbegründenden Norm erfüllt sind und damit das Stammrecht entstanden ist? Der Leistungsbeginn (das Entstehen von Einzelansprüchen) ist doch gerade die Folge der Erfüllung der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen, die Leistungsgewährung schließt sich der Anspruchsentstehung an. Ließe man einen Einzelanspruch vor dem Stammrecht entstehen, dann würde die Folge praktisch vor die Voraussetzung treten. Das Entstehen von Einzelansprüchen setzt somit voraus, daß bereits ein Stammrecht besteht, frühestens kann ein Einzelanspruch gleichzeitig mit dem Stammrecht entstehen.

Für das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts auf eine bestimmte Versorgungsleistung und des ersten Einzelanspruchs kann nichts anderes gelten. Auch bei der Kriegsopferversorgung bleibt der Grundsatz bestehen, daß das Stammrecht auf eine bestimmte wiederkehrende Leistung des Versorgungsrechts in dem Augenblick entsteht, in dem alle materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen entstehen, z.B. am 15. Mai. Die Beginnvorschrift des § 60 Abs. 1 BVG darf nun nicht dahingehend verstanden werden, daß - worauf der Wortlaut hindeutet - der erste Einzelanspruch bereits am 1. Mai entsteht. Vielmehr entsteht auch der erste Einzelanspruch am 15. Mai, also zum gleichen Zeitpunkt wie das Stammrecht. Bei diesem Einzelanspruch besteht nur insofern eine Besonderheit, als er bereits am 1. Mai seine Wirkung entfaltet, d.h. er entsteht rückwirkend für einen Bestimmungszeitraum, der vor

dem Entstehenszeitpunkt liegt. Bei den bisher untersuchten Leistungen wurde festgestellt, daß die Einzelansprüche grundsätzlich zu Beginn des Zeitraumes entstehen, für den sie bestimmt sind. Bei der Kriegsopferversorgung muß dies nicht so sein. Hier kann der erste Einzelanspruch mitten im Bestimmungszeitraum entstehen, wirkt jedoch bereits am Ersten des Bestimmungsmonats. Auch bei den Leistungen der Kriegsopferversorgung entsteht somit der erste Einzelanspruch nie vor dem Stammrecht, sondern frühestens zusammen mit dem Gesamtanspruch.

V) Ausbildungsförderung

1. Das Entstehen des Stammrechts auf Ausbildungsförderung

Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für das Entstehen des Förderungsanspruchs als Stammrecht sind in verschiedenen Vorschriften enthalten. Wichtigste Voraussetzung ist der Eintritt des Förderungsfalls. Der Förderungsfall wiederum setzt sich aus mehreren Elementen zusammen; er läßt sich unterteilen in **F ö r d e r u n g s - f ä h i g k e i t** und **F ö r d e r u n g s b e d ü r f t i g k e i t**¹.

Für die **F ö r d e r u n g s f ä h i g k e i t** müssen als erstes bestimmte persönliche Anforderungen erfüllt sein. Gemäß § 9 BAföG wird die Ausbildung gefördert, wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, daß er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht.

Sachliches Kriterium der Förderungsfähigkeit ist die Begrenzung der Ausbildungsförderung auf den Besuch bestimmter Schularten (§ 2 Abs. 1, § 3 BAföG). Förderungsfähig ist eine Ausbildung außerdem nur, wenn der Ausbildungsabschnitt mindestens ein Schul- oder Studienhalbjahr

¹ vgl. Bley, S. 259

dauert und die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden im allgemeinen voll in Anspruch nimmt.

Die **F ö r d e r u n g s b e d ü r f t i g k e i t** wird in der Weise ermittelt, daß dem nach Gruppen gesetzlich fixierten Monatsbedarf das anzurechnende Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, seines Ehegatten und seiner Eltern gegenübergestellt wird. Unterschreitet letzteres den Bedarf, so liegt Förderungsbedürftigkeit in Höhe des nicht gedeckten Bedarfsteils vor.

Dem Förderungsfall gleichgestellt ist der Vorausleistungsfall (§ 36 BAföG). Beim Vorausleistungsfall besteht an sich keine Förderungsbedürftigkeit oder nur in geringem Umfang, weil aus dem Einkommen der Eltern ein entsprechender Betrag auf den Bedarf des Auszubildenden anzurechnen ist. Tatsächlich aber besteht Förderungsbedürftigkeit deshalb, weil die Eltern den anzurechnenden Unterhaltsbetrag dem Auszubildenden nicht erbringen. Macht der Auszubildende glaubhaft, daß seine Eltern den angerechneten Unterhaltsbetrag nicht leisten und ist dadurch die Ausbildung gefährdet, so wird nach Anhörung der Eltern, von der aus wichtigem Grund abgesehen werden kann, Ausbildungsförderung ohne Anrechnung dieses Betrages geleistet (§ 36 Abs. 1 und 3 BAföG).

Neben dem Eintritt des Förderungsfalls oder des Vorausleistungsfalls müssen die vom Förderungsfall unabhängigen persönlichen Eigenschaften des § 8 BAföG vorliegen. Außerdem darf keine Leistungspflicht eines anderen Sozialleistungsträgers bestehen, da diese vorrangig wäre (§ 2 Abs. 6 BAföG).

Keine materielle Anspruchsvoraussetzung ist die Antragstellung. Dies folgt daraus, daß der Antrag bei den materiell-rechtlichen Voraussetzungen nicht genannt wird. Der

Antrag wird nur erwähnt in § 46 BAföG im Abschnitt IX "Verfahren". Weiterhin spricht § 15 Abs. 1 S. 2 BAföG gegen den materiell-rechtlichen Charakter des Antrags. Nach dieser Bestimmung wird rückwirkend Ausbildungsförderung für die letzten drei Monate vor dem Antragsmonat geleistet. Der Antrag besitzt daher bei der Ausbildungsförderung nur formell-rechtliche Bedeutung zur Einleitung der Verwaltungstätigkeit des Sozialleistungsträgers¹.

2. Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Ausbildungsförderung

Der Entstehungszeitpunkt des ersten Auszahlungsanspruchs auf Ausbildungsförderung folgt aus den "Beginnvorschriften" der §§ 15 Abs. 1 S. 1, 15 a Abs. 1 BAföG. Gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 BAföG wird Ausbildungsförderung vom Beginn des Monats an geleistet, in dem die Ausbildung aufgenommen wird. Nach § 15 a Abs. 1 BAföG gilt die Ausbildung im Sinne von § 15 Abs. 1 S. 1 BAföG mit dem Anfang des Monats aufgenommen, in dem das Schuljahr, Studienjahr oder Studienhalbjahr verwaltungsmäßig beginnt, im übrigen mit Anfang des Monats, in dem der Unterricht tatsächlich aufgenommen wird.

Mit Beginn des Monats der Ausbildungsaufnahme i.S. von § 15 a Abs. 1 BAföG entsteht somit der erste Auszahlungsanspruch auf Ausbildungsförderung.

3. Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche

Die dem ersten Einzelanspruch folgenden Einzelansprüche entstehen jeweils am Monatsersten neu, da gemäß § 51 Abs. 1 BAföG der Förderungsbetrag unbearbeitet monatlich im voraus zu zahlen ist.

¹ Schieckel, Anm. 1 zu § 46 BAföG

4. Das zeitliche Verhältnis zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs

Auch bei der Ausbildungsförderung ist von dem Grundsatz auszugehen, daß ein Einzelanspruch nicht vor dem Stammrecht entstehen kann. Die Beginnvorschriften der §§ 15 Abs. 1 S. 1, 15 a Abs. 1 BAföG müssen daher dahingehend ausgelegt werden, daß der erste Einzelanspruch auf Ausbildungsförderung frühestens gleichzeitig mit dem Stammrecht entsteht, jedoch der erste Einzelanspruch rückwirkend für einen Bestimmungszeitraum entstehen kann, der vor dem Entstehungszeitpunkt liegt. Die bei der Kriegsopferversorgung zu dieser Problematik getroffenen Feststellungen gelten in gleicher Weise für die Ausbildungsförderung.

VI) Die Leistungen des AFG

Das Arbeitsförderungsgesetz (AFG) sieht folgende wiederkehrende Geldleistungen vor: Unterhaltsgeld (§ 44 AFG), Übergangsgeld (§§ 59 ff AFG), Kurzarbeitergeld (§§ 63 ff AFG), Wintergeld (§ 80 AFG), Schlechtwettergeld (§§ 83 ff AFG), Arbeitslosengeld (§§ 100 ff AFG), Arbeitslosenhilfe (§§ 134 ff AFG). Beim Konkursausfallgeld (§§ 141 a ff AFG) handelt es sich nicht um eine wiederkehrende Geldleistung, weil Konkursausfallgeld einmalig ausgezahlt wird.

1. Das Entstehen des Stammrechts auf eine wiederkehrende Geldleistung des AFG

Das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung des AFG entsteht - wie bei allen wiederkehrenden Leistungen des Sozialrechts - in dem Augenblick, in dem alle materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

So entsteht z.B. das Stammrecht auf Kurzarbeitergeld, sobald die allgemeinen Voraussetzungen des § 63 AFG (Negativvoraussetzung § 63 Abs. 2 AFG), die betrieblichen Voraussetzungen des § 64 AFG (Negativvoraussetzung § 64 Abs. 3 AFG) und die persönlichen Voraussetzungen des § 65 AFG (Negativvoraussetzung § 65 Abs. 2 und 3 AFG) vorliegen.

Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für das Arbeitslosengeld sind abschließend geregelt in § 100 Abs. 1 AFG. Ist Arbeitslosigkeit gegeben, steht der Berechtigte der Arbeitsvermittlung zur Verfügung, ist die Anwartschaftszeit erfüllt, erfolgte beim Arbeitsamt eine Meldung der Arbeitslosigkeit und liegt ein Antrag auf Arbeitslosengeld vor, dann entsteht das Stammrecht auf Arbeitslosengeld.

Auch bei den Leistungen des AFG erhebt sich die Frage, ob der Antrag zu den materiell-rechtlichen Voraussetzungen zu zählen und damit Entstehensvoraussetzung für das Stammrecht ist. Nach einhelliger Auffassung hat der Antrag beim Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld und Übergangsgeld materiell-rechtliche Bedeutung¹.

Das BSG brachte in der genannten Entscheidung zum Ausdruck, daß der in § 21 der Anordnung des Verwaltungsrats der BA über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung (AFuU) vom 18.12.69 geforderte Antrag materiell-rechtliche Bedeutung für die Entstehung des Förderungsanspruchs auf Leistungen nach § 41 AFG (und damit auch für das Unterhaltsgeld nach § 44 AFG) habe.

¹ vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, § 128 AFG a.F., Anm. 2; § 100 AFG, Anm. 17; Hennig/Kühl/Heuer, § 100 AFG, Anm. 6; BSGE 35, 262

Zwar befinde sich § 21 AFuU im 3. Abschnitt der AFuU unter der Überschrift "Verfahren". Allein die gesetzestechnische Stellung des § 21 AFuU im Verfahrensabschnitt sage jedoch nichts über die Bedeutung des Antrages aus. Das in § 21 AFuU geregelte Antragserfordernis werde als materielle Anspruchsvoraussetzung in § 10 AFuU ausdrücklich erwähnt; danach würden für die Dauer der Teilnahme an einer Maßnahme die näher bestimmten Leistungen "nach Maßgabe der §§ 11 bis 21" gewährt. Diese Vorschrift des 2. Abschnitts der AFuU, in welcher "Art und Umfang der Förderung" bestimmt seien, regele die materiellen Voraussetzungen der Leistungen, wobei durch die Einbeziehung des § 21 verdeutlicht werden solle, daß der Antrag selbst eine Anspruchsvoraussetzung darstelle. Mittlerweile gilt die AFuU in der Fassung vom 23.3.76. Dem § 21 a.F. entspricht nun § 20, sachlich hat sich jedoch nichts geändert.

Bezüglich der Bedeutung des Antrags auf Übergangsgeld kann nichts anderes gelten; auch hier kommt dem Antrag materiell-rechtliche Wirkung zu¹. Das Übergangsgeld nach §§ 59 ff AFG ist im Rahmen der berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation lediglich an die Stelle des Übergangsgeldes getreten².

Keine materiell-rechtliche Bedeutung besitzt der Antrag bei Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Wintergeld. Für diese Leistungen wird der Antrag nicht von dem einzelnen Arbeitnehmer gestellt, sondern vom Arbeitgeber bzw. von der Betriebsvertretung (vgl. §§ 72 Abs. 2 S. 2,

¹ vgl. § 56 der Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter, AReha, vom 31.7.75

² Hennig/Kühl/Heuer § 56 AFG, Anm. 7

88 Abs. 2 S. 2, 81 Abs. 3 S. 2 AFG). Obwohl der Arbeitnehmer der alleinige Anspruchsinhaber ist, steht das Recht und die Pflicht zur Geltendmachung des Anspruchs nur dem Arbeitgeber bzw. der Betriebsvertretung zu¹. Das BSG² hat in Entscheidungen betreffend das Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld betont - für das Wintergeld kann nichts anderes gelten, vgl. §§ 80, 81 Abs. 3 AFG -, daß diese Leistungen weitgehend von den betrieblichen Verhältnissen abhängig seien. Dementsprechend habe das Verfahren bei der Bewilligung und Feststellung des Schlechtwettergeldes und Kurzarbeitergeldes eine besondere Ausgestaltung erhalten. Abweichend von der üblichen Leistungsgewährung, bei der der Anspruchsberechtigte die Voraussetzungen für die Gewährung nachzuweisen oder sonst dabei mitzuwirken habe, seien beim Schlechtwettergeld und Kurzarbeitergeld in Anpassung an die besonderen Verhältnisse diese Nachweis- und Mitwirkungspflichten dem Arbeitgeber auferlegt (Anzeige der Kurzarbeit bzw. des Arbeitsausfalls, Stellung der Anträge, Arbeitgeber als Adressat des Bewilligungsbescheids, vgl. §§ 72 Abs. 1 bis 3, 88 Abs. 1 bis 3 AFG). Aus alledem müsse entnommen werden, daß das Arbeitsamt bei dem Verfahren zur Gewährung des Kurzarbeitergeldes bzw. Schlechtwettergeldes grundsätzlich mit dem Arbeitgeber zu tun haben solle, während sich der einzelne Arbeitnehmer wegen dieser Leistungen nur an seinen Arbeitgeber zu halten habe. Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß diese Regelung allein den Erfordernissen der praktischen Durchführbarkeit entspreche. Der einzelne Arbeitnehmer wäre überfordert, wenn er die Anzeige, Anträge und Nachweise selbst einreichen müßte, zumal er die betrieblichen Voraussetzungen regelmäßig kaum erkennen und nachweisen könnte. Im Ergebnis wäre dabei eine un-

1 BSGE 22, 181 (183); Schönefelder/Kranz/Wanka, § 65 AFG, Anm. 7

2 BSGE 33, 64 (66f); 38, 94 (95)

gleiche Behandlung gleichliegender Fälle unvermeidbar, wenn es von der Initiative, den Informationsmöglichkeiten und der Geschäftsgewandtheit des einzelnen Arbeitnehmers abhinge, ob und wie der Anspruch geltend gemacht würde. Durch die hiernach gebotene Regelung sei daher das Leistungsverfahren in das Arbeitsverhältnis eingeordnet und der Arbeitgeber verpflichtet worden, den Anspruch als Treuhänder seiner Arbeitnehmer geltend zu machen und notfalls durchzusetzen.

Der Antrag hat somit bei diesen Leistungen lediglich formell-rechtliche Wirkung zur Einleitung des Verwaltungsverfahrens und ist daher keine Entstehungsvoraussetzung für das Stammrecht.

2. Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf eine wiederkehrende Geldleistung des AFG

Beim Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf eine wiederkehrende Geldleistung ist im AFG eine systematische Besonderheit festzustellen. In den bisher untersuchten Gebieten des Sozialrechts richtet sich das Entstehen des ersten Einzelanspruchs i.d.R. nach ganz bestimmten "Beginnvorschriften", in denen normiert ist, von welchem Zeitpunkt an eine Leistung "gewährt" wird. Solche Vorschriften sind u.a. § 1290 RVO, § 182 Abs. 3 RVO, § 580 Abs. 2 bis 4 RVO, § 60 Abs. 1 BVG, § 15 Abs. 1 BaföG. Diese Bestimmungen geben Aufschluß darüber, wann der erste Einzelanspruch vom Stammrecht hervorgebracht wird. In diesen Rechtsgebieten besteht folgende Systematik: Zunächst legen bestimmte Vorschriften die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen für eine Leistung fest. I.d.R. folgt diesen Bestimmungen, die die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen enthalten, eine "Beginnvorschrift" nach, die den Leistungsbeginn

regelt. Aus dem Zusammenwirken von materiell-rechtlicher Anspruchsvorschrift und Leistungsbeginnvorschrift läßt sich ermitteln, ob zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs möglicherweise eine Lücke klafft oder ob der erste Auszahlungsanspruch gleichzeitig mit dem Stammrecht entsteht.

Bei den Leistungen des AFG besteht nun die systematische Besonderheit, daß mit Ausnahme des § 66 AFG (Beginn der Gewährung des Kurzarbeitergeldes) solche "Beginnvorschriften", die sich an die materiell-rechtlichen Vorschriften anschließen, nicht vorhanden sind. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß der erste Einzelanspruch auf eine Leistung zum gleichen Zeitpunkt wie das Stammrecht entsteht. Mangels einer "Beginnvorschrift" müssen auch für den Entstehenszeitpunkt des ersten Einzelanspruchs die Vorschriften gelten, die die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen enthalten, d.h. auch der erste Einzelanspruch entsteht in dem Zeitpunkt, in dem die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind und damit gleichzeitig mit dem Stammrecht. Anspruchsentstehung und Leistungsbeginn fallen bei den Leistungen des AFG zeitlich zusammen.

Auch die einzige "Beginnvorschrift" des § 66 AFG, wonach Kurzarbeitergeld in dem Betriebe frühestens von dem Tage an gewährt wird, an dem die Anzeige über den Arbeitsausfall beim Arbeitsamt eingegangen ist, bringt zum Ausdruck, daß i.d.R. zwischen Entstehen des Stammrechts auf Kurzarbeitergeld und Entstehen des ersten Einzelanspruchs keine Zeitspanne liegt. Gemäß § 64 Abs. 1 Nr. 4 AFG ist die Anzeige des Arbeitsausfalls an das Arbeitsamt materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung. Vor dieser Anzeige kann der Gesamtanspruch auf Kurzarbeitergeld nicht entstehen. Aus § 64 Abs. 1 Nr. 4 AFG ergibt sich somit

bereits, daß für den Beginn der Gewährung des Kurzarbeitergeldes die Anzeige maßgeblich ist und daß Kurzarbeitergeld nicht für eine Zeit gewährt werden darf, die vor Eingang der Anzeige über die Einführung von Kurzarbeit beim Arbeitsamt liegt. § 66 AFG hat daher nur klarstellende Funktion¹. Liegen zum Zeitpunkt der Anzeige an das Arbeitsamt alle weiteren in §§ 63, 64, 65 AFG aufgeführten Voraussetzungen vor, entsteht das Stammrecht. Der erste Einzelanspruch entsteht gemäß § 66 AFG ebenfalls frühestens von dem Tage an, an dem die Anzeige erfolgte. Auch beim Kurzarbeitergeld entstehen daher i.d.R. Stammrecht und erster Einzelanspruch gleichzeitig.

Auch bei den anderen Leistungen, für die eine Anzeige materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung ist (Schlechtwettergeld, Wintergeld, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe) besteht zwischen Entstehen des Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs keine zeitliche Verschiebung; der erste Einzelanspruch kann nicht vor der Anzeige bzw. Arbeitslosenmeldung Bestand haben, da das den ersten Einzelanspruch "erzeugende" Stammrecht frühestens zum Zeitpunkt des Eingangs der Anzeige oder Arbeitslosenmeldung - sofern die anderen materiell-rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind - entsteht. Mangels einer "Beginnvorschrift", die das Entstehen des ersten Einzelanspruchs hinauschiebt, entstehen Stammrecht und erster Einzelanspruch gleichzeitig. Dies gilt auch für Unterhaltsgeld und Übergangsgeld, wo eine Anzeige keine Anspruchsvoraussetzung ist.

3. Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche

Die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Auszahlungsansprüche richten sich danach, in

1 vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, § 66 AFG, Anm. 1

welchen Zahlungszeiträumen die wiederkehrenden Geldleistungen des AFG ausgezahlt werden. Das Kurzarbeitergeld wird gemäß § 72 Abs. 4 AFG nachträglich für den Zeitraum ausgezahlt, für den es beantragt worden ist. Die Bestimmung des § 72 Abs. 4 AFG gilt entsprechend auch für Wintergeld und Schlechtwettergeld (vgl. §§ 81 Abs. 3 S. 4, 88 Abs. 4 AFG).

Gemäß § 72 Abs. 2 S. 3 AFG muß Kurzarbeitergeld jeweils für den nach § 64 Abs. 1 Nr. 3 AFG maßgebenden Kurzarbeiterzeitraum gewährt werden. Dieser Gewährungszeitraum beträgt nach § 64 Abs. 1 Nr. 3 AFG mindestens vier Wochen. In der Praxis ist es üblich, daß aus technischen Gründen Gewährungszeitraum und Lohnabrechnungszeitraum gleichlaufend sind, daß diese Zeiträume sich decken¹. In den meisten Tarifverträgen ist bestimmt, daß nunmehr i.d.R. ein Lohnabrechnungszeitraum einen Kalendermonat beträgt. Das Kurzarbeitergeld wird daher i.d.R. monatsweise ausgezahlt. Auch Wintergeld und Schlechtwettergeld werden nach Lohnabrechnungszeiträumen und damit monatlich ausgezahlt. In Abständen von je einem Monat entstehen somit die dem ersten Einzelanspruch folgenden Auszahlungsansprüche auf Kurzarbeitergeld, Wintergeld oder Schlechtwettergeld jeweils neu. Wird Kurzarbeitergeld ausgezahlt am 30. April, dann entsteht zu diesem Zeitpunkt der Einzelanspruch für den Monat April (vgl. § 72 Abs. 4 AFG "nachträglich für den Zeitraum ausgezahlt"), wird ausgezahlt am 31. Mai, dann entsteht der Einzelanspruch für den Monat Mai.

Nach § 122 S. 1 AFG wird das Arbeitslosengeld i.d.R. nach Ablauf des Zahlungszeitraumes gezahlt. § 122 AFG gilt über § 134 Abs. 2 AFG in der Arbeitslosenhilfe und gemäß § 44 Abs. 7 AFG auch für das Unterhaltsgeld entsprechend. Anders

1 vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, § 72 Anm. 15

als in § 181 Abs. 1 AVAVG¹ legt § 122 S. 1 AFG keinen Zahlungszeitraum fest. Wie dem schriftlichen Bericht des BTAusschfA zu entnehmen ist², ist dieser dem Vorschlag des Bundesrates, die Dauer der Zahlungszeiträume gesetzlich auf höchstens 2 Wochen zu begrenzen, nicht gefolgt. Vielmehr wurde mit S. 2 des § 122 AFG der BA zur Auflage gemacht, eine Anordnung über Grundsätze für die Festsetzung der Zahlungszeiträume zu erlassen. Hierdurch wird eine größere Beweglichkeit der Regelung der Arbeitslosengeldzahlung erreicht, insbesondere was die Anpassung an veränderte Verhältnisse betrifft (vgl. insoweit auch § 191 Abs. 3 S. 2 AFG). Zur Zeit steht eine Anordnung noch aus³. Die BA hat jedoch im Verwaltungswege angeordnet⁴, daß der Zahlungszeitraum regelmäßig zwei Wochen umfassen soll.

Bei dieser Maßnahme handelt es sich um eine Verwaltungsvorschrift i.S.v. § 191 Abs. 3 S. 1 AFG, die der Verwaltungsrat der BA erlassen hat. § 191 Abs. 3 AFG unterscheidet zwischen Anordnungen und Verwaltungsvorschriften. Anordnungen sind autonome Satzungen und mit Rechtswirkung ausgestattet. Sie wirken sowohl nach außen gegenüber Dritten, stellen aber auch eine Selbstbindung der BA dar. Demgegenüber binden Verwaltungsvorschriften nur die BA nach innen. Ihr Zweck ist, eine einheitliche Handhabung gesetzlicher Vorschriften, insbesondere auch für Dienste und Leistungen der BA, zu ermöglichen⁵.

In Abständen von zwei Wochen entstehen daher die dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld jeweils

1 Nach § 181 AVAVG wurde das Arbeitslosengeld in der Regel nachträglich wöchentlich ausgezahlt.

2 vgl. BT-Drucks. V/4110 zu § 111 a

3 vgl. Krebs, § 122 AFG, Anm. 3

4 vgl. Runderlaß Nr. 176/69 im Dienstblatt der BA

5 vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, § 191 AFG, Anm. 13

neu, wobei auch diese Leistungen nachträglich ausgezahlt werden für den Zeitraum, für den sie bestimmt sind.

Gemäß § 58 Abs. 2 der Anordnung des Verwaltungsrats der BA über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter wird das Übergangsgeld (§§ 59 ff AFG) zweiwöchentlich schon im voraus ausgezahlt.

VII) Das Kindergeld

1. Das Entstehen des Stammrechts auf Kindergeld

Die materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Anspruchs auf Kindergeld sind geregelt in den §§ 1, 2, 3 und 8 BKGG. Der Rechtsanspruch auf Kindergeld nach § 1 BKGG steht nur Personen zu, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- (1) Sie müssen Kinder im Sinne des § 2 BKGG haben.
- (2) Sie müssen im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. unter § 2 Nr. 2 BKGG fallen.
- (3) Die in den übrigen Vorschriften des Gesetzes aufgeführten Voraussetzungen müssen erfüllt sein. Das bedeutet insbesondere: Der Anspruch darf nicht ausgeschlossen sein (§§ 3, 8 BKGG).

Wichtigste Anspruchsvoraussetzung ist das Bestehen eines Zählkindschaftsverhältnisses (§ 2 BKGG). Zählkindschaft bedeutet, daß ein Kind beim Berechtigten i.S. von § 1 BKGG "berücksichtigt" wird. Zählkindschaft bedeutet jedoch nicht, daß für dieses Kind auch Kindergeld gezahlt wird, daß es also auch Zahlkind ist. Zum Zahlkind wird ein Zählkind erst dann, wenn die Kindergeldzahlung an den nach § 1 BKGG Berechtigten nicht durch Vorschriften zur Vermeidung von Doppelleistungen ausgeschlossen ist (§§ 3, 8

BKGG). Erst das Zahlkindschaftsverhältnis, das ein Zählkindschaftsverhältnis voraussetzt, bewirkt, daß für ein Kind Kindergeld gezahlt wird¹.

Der Antrag ist keine materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung, sondern nur ein formales Erfordernis für die Gewährung von Kindergeld². Er ist notwendig, um das Verwaltungsverfahren beim Arbeitsamt in Gang zu setzen. Die bloße formale Bedeutung des Antrags ergibt sich nicht nur aus der Stellung des den Antrag vorschreibenden § 17 BKGG im Abschnitt "Verfahren", sondern auch aus der Gegenüberstellung von "Anspruchsvoraussetzungen" und "Antragstellung" in § 9 Abs. 1 und Abs. 2 S. 1 BKGG, indem nur die Kindergeldgewährung, nicht die Entstehung des Anspruchs an die Tatsache der Antragstellung geknüpft wird³.

Das Stammrecht auf Kindergeld entsteht somit automatisch in dem Augenblick, in dem ein Zahlkindschaftsverhältnis besteht (§ 2 i.V.m. §§ 3 und 8 BKGG) sowie die Voraussetzungen des § 1 BKGG vorliegen.

2. Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs

Nach der "Beginnvorschrift" des § 9 Abs. 1, Halbs. 1, BKGG, die den Entstehungszeitpunkt des ersten Einzelanspruchs auf Kindergeld bestimmt, wird das Kindergeld vom Beginn des Monats an gewährt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß der erste Einzelanspruch bereits vor dem Stammrecht zum Entstehen kommen kann. In diesem Zusammenhang ist auf die Erörterungen zum zeitlichen Verhältnis zwischen Entstehen

1 vgl. Bley, S. 285

2 Wickenhagen/Krebs, Anm. 2 zu § 1 BKGG;
Maschler § 18 I 1, S. 209

3 vgl. BSG in Breithaupt 1965, 865

des ersten Einzelanspruchs und des Stammrechts bei Kriegso-pferversorgung und Ausbildungsförderung zu verweisen.

3. Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche

Nach § 20 Abs. 1 BKGG wird das Kindergeld zweimonatlich im Laufe der zwei Monate, für die es bestimmt ist, gezahlt. Das Kindergeld muß also im Laufe dieser zwei Monate aus-gezahlt werden, wobei es gleichgültig ist, ob dies zu An-fang, im Laufe der Monate oder zu Ende geschieht. Diese Regelung erklärt sich aus Gründen der Vereinfachung und der Kostenersparnis¹. Die Wahl des Auszahlungszeitraumes hat nur die Kindergeldkasse, nicht aber der einzelne Be-rechtigte. Der einzelne Auszahlungstag richtet sich nach den internen Zweckmäßigkeitsmaßnahmen der BA, so daß diese die Auszahlung über den gesamten Zeitraum der zwei Monate verteilen kann. In der Praxis wird sich dies dahin aus-wirken, daß ein Teil der Empfänger das Kindergeld prak-tisch im voraus, ein Teil nachträglich erhält, während die meisten es im Laufe der zwei Monate und damit ent-weder vorher oder nachträglich erhalten.

In Bezug auf die Einzelanspruchsentstehung haben diese Zahlungsmodalitäten jedoch keinen Einfluß. Das Entstehen der Einzelansprüche kann nicht davon abhängen, wann die BA im Laufe der zwei Monate die Kindergeldbeträge aus-zahlt. Aus § 20 Abs. 1 BKGG ergibt sich lediglich, daß die BA verpflichtet ist, am Ende des Zweimonatszeitraums den Kindergeldbetrag zu zahlen. Jeweils zu diesem Zeit-punkt werden daher die Beträge fällig. Davon zu unter-scheiden sind die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche. Die Tatsache, daß das Kindergeld in Monatsbeträgen ausgezahlt wird, deutet

¹ Wickenhagen/Krebs, Anm. 2 § 20 BKGG

auf das Entstehen der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche zu Beginn jeden Monats hin. Es ist auch nicht ersichtlich, was gegen ein Entstehen am jeweiligen Monatsanfang spricht, sofern alle Anspruchsvoraussetzungen vorliegen. Die Gesichtspunkte der Vereinfachung und Kostenersparnis, die der Regel in § 20 Abs. 1 BKGG zugrunde liegen, können jedenfalls auf die Entstehungszeitpunkte der Einzelansprüche keine Auswirkungen haben. Die Fälligkeitstermine und die Entstehungszeitpunkte von Ansprüchen brauchen nicht übereinzustimmen.

VIII) Das Wohngeld

1. Das Entstehen des Stammrechts auf Wohngeld

Voraussetzung für das Entstehen des Stammrechts auf Wohngeld ist eine Antragsberechtigung i.S. von § 3 WoGG. Antragsberechtigt sind Mieter und mieterähnliche Nutzungsberechtigte von Wohnraum sowie Eigentümer und "Fasteigentümer" für eigengenutzten Wohnraum. Durch § 3 Abs. 4 WoGG wird eine Antragskonkurrenz mehrerer Familienmitglieder nach § 3 Abs. 1 - 3 WoGG verhindert, § 3 Abs. 4 WoGG sieht für den Haushaltsvorstand ein vorrangiges Antragsrecht vor und bestimmt die Person zum Haushaltsvorstand, die bei Antragstellung den größten Teil der Unterhaltskosten für die zum Haushalt zählenden Familienmitglieder trägt.

Weitere materiell-rechtliche Voraussetzung ist das Vorliegen von bezuschußbaren Aufwendungen für Wohnraum, die zuschußfähig und zuschußbedürftig sind¹. Zuschußfähig sind nur Mieten und Belastungen, die die tabellarischen Höchstbeträge des § 8 Abs. 1 WoGG nicht übersteigen. Die Zuschußbedürftigkeit bestimmt sich nach der Höhe der zu-

¹ vgl. Bley, S. 290

zuschußfähigen Aufwendungen und des Familieneinkommens. Zuschußbedürftig sind nur diejenigen zuschußfähigen Aufwendungen, die oberhalb der bei Berücksichtigung des Familieneinkommens und der Familiengröße tabellarisch festgesetzten Untergrenzen liegen (vgl. die Anlagen 1 bis 8 WoGG). Der am Familieneinkommen orientierte Aspekt der Zuschußbedürftigkeit ist im Gesetz allerdings nicht als Anspruchsvoraussetzung, sondern als Versagungsgrund formuliert (§§ 19, 20 WoGG). Dieser Versagungsgrund ist jedoch Teil des für den Wohngeldanspruch maßgeblichen Ausgleichstatbestandes, denn nur das Fehlen dieses Versagungsgrundes macht den Ausgleich der Aufwendungen notwendig¹.

Für das Entstehen des Stammrechts auf Wohngeld dürfen ferner nicht die Versagungsgründe der §§ 18, 21 und 22 WoGG gegeben sein.

Materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung ist im Wohngeldrecht auch der Antrag.

2. Das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf Wohngeld

Gemäß § 27 Abs. 2 WoGG beginnt die Gewährung des Wohngeldes mit Beginn des Antragsmonats, wenn die sonstigen Voraussetzungen spätestens im Laufe dieses Monats eintreten, sonst mit Beginn des Monats, in dem die letzte Voraussetzung eintritt. Danach sind drei Fälle zu unterscheiden:

- (1) Die Voraussetzungen für die Wohngeldgewährung sind schon am Ersten des Monats erfüllt, in dem der Antrag gestellt wurde

¹ vgl. Bley, S. 289

- (2) Die Voraussetzungen für die Wohngeldgewährung sind erst an einem späteren als dem ersten Tag des Monats erfüllt, in dem der Antrag gestellt wurde.
- (3) Die Voraussetzungen für die Wohngeldgewährung sind erst in einem späteren Monat als dem der Antragstellung erfüllt.

Aus § 27 Abs. 2 WoGG folgt, daß in den beiden ersten Fällen das Wohngeld mit Beginn des Antragsmonats gewährt wird, im letzten Fall mit Beginn des Monats, in dem die letzte Voraussetzung eintritt. Wie beim Kindergeld, der Ausbildungsförderung und Kriegsopferversorgung kann in den drei aufgeführten Fällen ebenfalls der erste Einzelanspruch nicht vor dem Stammrecht entstehen, sondern frühestens gleichzeitig mit diesem. Allerdings kann der erste Einzelanspruch bereits am Ersten des Bestimmungsmonats seine Wirkung entfalten.

3. Das Entstehen der folgenden Einzelansprüche auf Wohngeld

§ 28 Abs. 2 WoGG sieht vor, daß das Wohngeld in der Regel im voraus gezahlt wird. Wohngeldbeträge bis zu DM 20 sollen vierteljährlich, höhere Wohngeldbeträge monatlich gezahlt werden.

Bei Wohngeldbeträgen bis zu DM 20 entstehen jeweils vierteljährlich die Einzelansprüche für den Bestimmungszeitraum, bei höheren Beträgen jeweils zu Beginn des Monats.

IX) Die Sozialhilfe

Bei einem Anspruch auf eine wiederkehrende Geldleistung der Sozialhilfe - das BSHG sieht an solchen Leistungen vor:

- Arbeitsentgelt bei Leistung von gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit (§ 19 Abs. 2)
- Entschädigung für Mehraufwendungen bei Leistungen von gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit (§ 19 Abs. 2; § 20 Abs. 2 S. 1)
- Taschengeld (§ 21 Abs. 3)
- Geldleistungen nach Regelsätzen (laufende Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen - Regelbedarf und Mehrbedarf, §§ 22 bis 24)
- Ausbildungshilfe (§ 33 Abs. 2)
- Behindertenhilfe (§ 40 Abs. 4, §§ 41 ff)
- Tuberkulosenhilfe (§§ 52 ff)
- Ernährungszulagen (§ 53 Abs. 2 S. 2)
- Blindenhilfe (§ 67 Abs. 2 und 3)
- Pflegegeld (§ 69 Abs. 3) -

stellt sich generell die Frage, ob man bei diesen laufenden Geldleistungen eine dogmatische Differenzierung zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen vornehmen kann.

Das BVerwG hat in einer Entscheidung¹ ausgesprochen, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG keine renten- gleiche wirtschaftliche Dauerleistung darstelle. Sie sei Hilfe für eine bestimmte Person in einer bestimmten Not- situation. Zwar werde die Hilfe zum Lebensunterhalt zum Teil in der Form von Regelleistungen erbracht. Dies ändere jedoch rechtlich nichts daran, daß das BSHG den einzelnen Hilfesuchenden mit seinen wechselnden Bedürfnissen und Wünschen in einer konkreten Notsituation sehe und daß die Hilfe auf diese sich ständig wandelnde Lage auszurichten sei. Wegen der sich ständig wandelnden Lage des Hilfe- suchenden und der dieser Lage anzupassenden Hilfe werde

1 BVerwGE 25, 307 (308, 309)

der Sozialhilfefall gleichsam täglich erneut regelungsbedürftig, oder anders ausgedrückt: Dem Träger der Sozialhilfe biete sich gleichsam täglich ein neuer Sozialhilfefall zur Regelung.

In einer zweiten Entscheidung¹ hat das BVerwG diese Ansicht bestätigt und zur wiederkehrenden Geldleistung der Blindenhilfe ausgeführt: "Die Leistungen nach dem BSHG sind i.d.R. keine rentengleichen Dauerleistungen, sondern Hilfen zur Überwindung einer bestimmten Notsituation. Das gilt auch für die Blindenhilfe. Zwar wird sie in monatlichen Beträgen gezahlt, dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Anknüpfungspunkt für die Bewilligung die jeweilige Notlage des Hilfesuchenden ist."

Auch in der Literatur² besteht einhellige Auffassung, daß die Leistungen nach dem BSHG keinen rentenähnlichen Charakter haben, wobei auf die Entscheidungen des BVerwG Bezug genommen wird.

Die Anpassung der Sozialhilfe an die sich ständig wandelnde Lage des Hilfesuchenden ist gesetzlich verankert in § 3 BSHG, der den Grundsatz der individuellen Hilfe, d.h. das Erfordernis der Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalles enthält³. Nach § 3 Abs. 1 BSHG richten sich Art, Form und Maß der Sozialhilfe nach der Besonderheit des Einzelfalles, vor allem nach der Person des Hilfeempfängers, der Art seines Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen. In der engen Anlehnung der Sozialhilfe an den Bedarf des Hilfeempfängers, wobei unter Bedarf die Summe der Bedürfnisse des Hilfeempfängers zu

1 BVerwGE 28, 216 (217)

2 vgl. Knopp/Fichtner, Anm. 2 zu § 5 BSHG; Gottschick/Giese, Anm. 3 zu § 1 BSHG, Anm. 8 zu § 4 BSHG; Schellhorn/Jirasek/Seipp, Anm. 27 zu § 4 BSHG

3 vgl. Luben, Anm. I zu § 3 BSHG

verstehen ist¹, kommt besonders zum Ausdruck, daß "Individualisierung" auch Abstellen auf den täglichen Wandel der Bedürftigkeit des Hilfeempfängers bedeutet. Der Begriff Bedarf als Summe der jeweiligen Bedürfnisse taucht vielfach in Bestimmungen des BSHG auf. So spricht von der "Art des Bedarfs" wie in § 3 Abs. 1 auch § 84 Abs. 1 S. 2 bei dem in angemessenem Umfang zumutbaren Einsatz des Einkommens über der Einkommensgrenze. Einen "Bedarf von kurzer Dauer" erwähnt § 84 Abs. 2 bei zumutbarer Mittelaufbringung aus nachträglich erworbenem Einkommen, während die allgemeine Einkommensgrenze des § 79 auf das Einkommen "während der Dauer des Bedarfs" abstellt. Von einem "höheren Bedarf" spricht § 23 Abs. 1 und 2 im Rahmen des Mehrbedarfs und von "mehrfachem Bedarf" bei Einsatz des Einkommens handelt die Kollisionsnorm des § 87. Schließlich erscheint der Ausdruck "Bedarf" auch in der Wortbildung "Regelbedarf" in § 22 und "Mehrbedarf" in § 23. Einen Mehrbedarf für Blinde behandelt § 24, für den laufenden Lebensunterhalt bei Ausbildungshilfe § 33 Abs. 2, bei Eingliederungshilfe § 41 Abs. 2 und bei Tuberkulosenhilfe § 53 Abs. 2.

Der Individualisierungsgrundsatz zieht sich wie ein roter Faden fast durch alle Hilfevorschriften des Gesetzes. Sein Hauptanwendungsgebiet hat dieser Grundsatz in Verbindung mit dem pflichtmäßigen Ermessen bei Form und Maß der Sozialhilfe nach § 4 Abs. 2 und bei allen Soll- und Kannleistungen². Das Individualprinzip bildet ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Sozialhilfe gegenüber Versicherung und Versorgung, bei denen die Leistungen im Hinblick auf erbrachte Beiträge (Sozialversicherung) oder erlittene

1 vgl. Mergler/Zink, Anm. 26 zu § 3 BSHG

2 vgl. Jehle, Anm. 3 b zu § 3 BSHG

Opfer durch Krieg und Kriegsfolgen (Versorgung) bereits im Gesetz selbst bestimmt und abgegrenzt werden¹.

Dieser wesentliche Unterschied zwischen Sozialhilfe und Sozialversicherung bzw. Versorgung schlägt sich auch beim dogmatischen Erfassen des Anspruchsbegriffs nieder. Wegen der sich ständig wandelnden Lage des Hilfesuchenden entsteht der Anspruch auf eine Leistung des BSHG täglich neu. Dieser Umstand spricht gegen eine Unterteilung in Stammrecht und Einzelansprüche bei den wiederkehrenden Leistungen des BSHG. Die bisher untersuchten laufenden Geldleistungen haben alle mehr oder minder rentenähnlichen Charakter und Gemeinsamkeiten mit den Dauerschuldverhältnissen des bürgerlichen Rechts. Bei Vorliegen der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen entstand automatisch ein Stammrecht, das die Grundlage für die Einzelansprüche bildete. Wollte man die Differenzierung zwischen Gesamtanspruch und Einzelanspruch auf die wiederkehrenden Geldleistungen des BSHG übertragen, so müßte man zu dem Ergebnis kommen, daß wegen der laufend wechselnden Situation des Hilfesuchenden jeden Tag ein neues Stammrecht auf eine Leistung entstehen müßte, sofern die materiell-rechtlichen Voraussetzungen erfüllt wären. Wie soll das Verhältnis der Einzelansprüche zu der Vielzahl der Stammrechte sein? Welches der täglich neu entstehenden Stammrechte soll nun die Grundlage bilden für die Einzelansprüche? Von welchem Stammrecht sollen die Einzelansprüche Teile sein? Welcher der Gesamtansprüche soll durch die Erfüllung der Einzelansprüche sukzessive erfüllt werden? Alle diese aufgeworfenen Gesichtspunkte zwingen zu der Ansicht, daß sich die dogmatische Unterteilung im Anspruchsbereich zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen wegen der ständigen Anpassung der Leistungen des BSHG an die konkrete Notlage des Hilfesuchenden auf wiederkehrende Geldleistungen des BSHG nicht übertragen läßt. Die Leistungen der Sozialhilfe können

1 Jehle, Anm. 2 zu § 3 BSHG; Knopp/Fichtner, Einleitung S. 1

daher bei den folgenden Untersuchungen unberücksichtigt bleiben.

X) Ausschluß des Entstehens von Sozialleistungen

Ansprüche auf Sozialleistungen können aufgrund bestimmter Vorschriften ausgeschlossen sein. Dabei stellt sich die Frage, ob die Entstehung des Stammrechts oder der Einzelansprüche verhindert wird.

Gemäß § 553 RVO haben der Verletzte und seine Hinterbliebenen keinen Anspruch, wenn der Verletzte den Arbeitsunfall absichtlich verursacht hat. Gleiches gilt für den Angehörigen und den Hinterbliebenen, der den Arbeitsunfall vorsätzlich verursacht hat.

Nach der zwar umstrittenen, aber nunmehr doch überwiegenden Auffassung gehört zum Begriff des Unfallereignisses die Unfreiwilligkeit¹. Zwar bestimmt § 548 Abs. 1 RVO, daß Arbeitsunfall ein Unfall ist, den ein Versicherter bei einer der in §§ 539, 540 und 543 bis 545 RVO genannten Tätigkeiten erleidet, jedoch wird der Begriff des Unfalls in der RVO nicht definiert. Nach der in Rechtsprechung und Schrifttum seit langem im wesentlichen einhellig vertretenen Auffassung ist Unfall ein körperlich schädigendes, zeitlich begrenztes Ereignis². Ein Ereignis in diesem Sinne setzt jedoch voraus, daß es durch den Betroffenen nicht planmäßig, d.h. mit seinem darauf gerichteten Willen herbeigeführt worden ist. Eine Verletzung, die man sich selbst absichtlich zufügt, ist dann schon begrifflich nicht die Folge eines Betriebsunfalles; absichtliches Handeln ist kein "Ereignis"³.

1 vgl. RVA, AN 1895, 151; Ricke, SGB 71, 344 (345); Krasney, Soz.Vers. 60, 258 (260); Brackmann, S. 480 a.A. Drefahl, SGB 70, 484

2 BSGE 23, 139 (141); Gesamtkommentar, Anm. 2 zu § 548 RVO; Brackmann, S. 480 ff

3 Krasney, a.a.O.

Auch aus § 553 S. 1 RVO ist entgegen der Auffassung von Drefahl nicht herzuleiten, daß die Unfreiwilligkeit nicht zum Begriff des Unfallereignisses gehört. Aus der Wortfassung dieser Vorschrift ("...den Arbeitsunfall absichtlich verursacht...") kann ebensogut auf eine insoweit unbedachte Formulierung des Gesetzgebers geschlossen werden¹. Wie unzutreffend insoweit der Gesetzeswortlaut ist, zeigt sich schon darin, daß selbst dann, wenn man die Unfreiwilligkeit nicht zum Begriff des Unfallereignisses zählt, das absichtliche Handeln zwar keinen Unfall, wohl aber wegen des fehlenden Kausalzusammenhanges zwischen Unfall und versicherter Tätigkeit stets einen "Arbeits"-Unfall ausschließen würde² und schon deshalb § 553 S. 1 RVO nicht notwendig ist, um bei der absichtlichen Verursachung des "Unfalls" einen Anspruch aus der gesetzlichen Unfallversicherung zu verneinen. In diesen Fällen kann also niemals ein "Arbeits"-Unfall gegeben sein. Es fehlt stets schon die haftungsbegründende Kausalität. Zieht man einen Vergleich mit der privaten Unfallversicherung, so ist festzustellen, daß gem. § 2 Abs. 1 der Allgemeinen Unfallversicherungs-Bedingungen die Unfreiwilligkeit der Gesundheitsstörung in die Definition des Unfallbegriffs aufgenommen ist. Die Unfreiwilligkeit wird somit auch in der privaten Unfallversicherung als ein Merkmal des Unfallereignisses angesehen³.

Fordert man richtigerweise mit der h.M., daß zum Begriff des Unfallereignisses die Unfreiwilligkeit gehört, dann ergibt sich, daß in den Fällen des § 553 RVO ("haben keinen Anspruch") die Entstehung des Stammrechts auf eine bestimmte Leistung der Unfallversicherung ausge-

1 vgl. Ricke, a.a.O.

2 BSGE 30, 2 78

3 vgl. Prölß/Martin, Anm. 1 b zu § 180 a VVG

geschlossen ist. Denn bei absichtlichem Handeln ist schon das Vorliegen eines Unfallereignisses zu verneinen; damit fehlt es an einer materiellen Anspruchsvoraussetzung für die Leistungen der Unfallversicherung; das Stammrecht kann nicht entstehen.

Eine dem § 553 RVO entsprechende Vorschrift stellt für die Rentenversicherung § 1277 Abs. 1 RVO dar. Nach dieser Bestimmung hat derjenige keinen Anspruch auf die Rente wegen BU oder EU, der sich absichtlich berufsunfähig oder erwerbsunfähig macht. Hinterbliebene haben keinen Anspruch auf die Rente, wenn sie den Tod des Versicherten vorsätzlich herbeigeführt haben.

Zwar kommt es grundsätzlich nicht auf den Grund der BU oder EU an. Das Vorliegen dieses Zustands allein begründet in aller Regel den Anspruch auf Rente. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur in § 1277 RVO festgelegt¹. Ebenso wie bei § 553 RVO ist - sofern die Voraussetzungen des § 1277 RVO vorliegen - die Entstehung des Stammrechts auf die betreffende Rente ausgeschlossen. Dies ergibt auch ein Vergleich mit § 1277 Abs. 2 RVO. Danach ist als Sanktion eine Versagung der Rente vorgesehen. Von einer Versagung - dies ist noch zu erörtern - wird jedoch das Stammrecht nicht berührt. Die unterschiedliche Fassung der Absätze 1 und 2 des § 1277 RVO läßt sich ebenfalls für einen Ausschluß des Stammrechts aufgrund § 1277 Abs. 1 RVO anführen.

§ 594 RVO bestimmt, daß die Witwe oder der Witwer keinen Anspruch hat, wenn die Ehe erst nach dem Arbeitsunfall geschlossen und der Tod innerhalb des ersten Jahres der Ehe eingetreten ist, es sei denn, daß nach den besonderen

¹ vgl. Brackmann, S. 668 a, 670 g

Umständen des Falles die Ausnahme nicht gerechtfertigt ist, daß es der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe oder dem Witwer eine Versorgung zu verschaffen.

Der erste Teil des § 594 RVO stellt die - widerlegbare - Vermutung auf, daß es unter den dort genannten Voraussetzungen der alleinige oder überwiegende Zweck der Heirat war, der Witwe (Witwer) eine Versorgung zu verschaffen¹. Diese gesetzliche Regelung verstößt nicht gegen Art. 6 Abs. 1, Art. 1 oder Art. 3 GG². Wird die Vermutung nicht nach dem zweiten Teil der Vorschrift widerlegt, so gelangt ein Anspruch nicht zur Entstehung. Dabei ist unter "Anspruch" das Stammrecht auf Witwen- (Witwer) -rente gemeint. Dies läßt sich aus dem Zweck, den der Gesetzgeber mit Schaffung des § 594 RVO verfolgte, herleiten. Nach der Lebenserfahrung wird eine mit einem Verletzten kurz vor seinem Tod geschlossene Ehe, die nicht länger als ein Jahr dauert, meist aus Versorgungsgründen geschlossen. Deshalb muß grundsätzlich der Anspruch "versagt" werden, wenn nicht zugunsten des Hinterbliebenen diese Vermutung entkräftet wird³. Dem Gesetzgeber kam es darauf an, mit § 594 RVO einem Mißbrauch der Ehe vorzubeugen und "manipulierte Folgen" einer eben nur um dieser Folgen willen geschlossenen Ehe nicht eintreten zu lassen. Indem § 594 RVO diese Folgen verhindern will, soll - sofern die Vermutung des zweiten Teiles des § 594 RVO nicht widerlegt wird - erst gar kein Stammrecht auf Hinterbliebenenrente entstehen. Das Gesetz knüpft

1 Lauterbach, Anm. 4 zu § 594 RVO

2 vgl. BSG, NJW 73, 1996

3 vgl. amtl. Begründung zu § 592 des Entwurfs zum UVNG, BT-Drucks. IV/120, S. 59

somit an das vermutete Motiv der Versorgung infolge Heirat die Rechtsfolge, daß das Stammrecht auf Hinterbliebenenrente nicht entsteht.

Nach § 1290 Abs. 2 RVO ist die Rente wegen BU oder wegen EU vom Beginn des Antragsmonats an zu gewähren, wenn der Antrag später als drei Monate nach dem Eintritt der BU oder EU gestellt wird.

Ebenso wie in Abs. 1 S. 2 des § 1290 RVO für die Altersruhegelder des § 1248 Abs. 1 bis 3 vorgeschrieben, hat abweichend vom Grundsatz des § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO der Leistungsantrag auch für den Beginn der Rente wegen BU oder EU Auswirkungen. Zwar kommt dem Leistungsantrag hier anders als bei den Ausnahmefällen des § 1248 Abs. 1 bis 3 keine materiell-rechtliche Bedeutung zu, jedoch werden die Renten wegen BU und EU erst vom Beginn des Antragsmonats an gewährt, wenn der Antrag später als drei Monate nach dem Eintritt der BU oder EU gestellt wird.

Bei Prüfung der Frage, ob durch Ablauf der Antragsfrist des § 1290 Abs. 2 RVO die Entstehung des Stammrechts oder nur der Einzelansprüche ausgeschlossen wird, ist auf die Bedeutung der Antragsfrist sowie auf den Zweck, dem § 1290 Abs. 2 RVO dient, einzugehen. Das BSG¹ hat in einer Entscheidung zu § 1286 RVO a.F.² festgestellt, die in dieser Vorschrift bestimmte Antragsfrist sei keine "echte" Ausschußfrist. Echte Ausschußfristen hätten z.B. § 57 Abs. 1 Nr. 3 BVG a.F. und § 1547 RVO a.F. enthalten, nach deren Ablauf ein Anspruch auf Rente über-

¹ BSG, SozR Nr. 14 zu § 1286 RVO a.F.

² § 1286 a.F. lautete: "Die Rente beginnt mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem ihre Voraussetzungen erfüllt sind; wird sie jedoch nach dem Ende des folgenden Kalendermonats beantragt, so beginnt sie erst mit dem Ablauf des Antragsmonats."

haupt nicht mehr habe geltend gemacht werden können. Diese Ausschlußfristen verfolgten in erster Linie den Zweck, die Versicherungsträger wegen der Schwierigkeit der Aufklärung länger zurückliegender Vorgänge vor unbegründeten Ansprüchen zu schützen. Wenn in der Rentenversicherung der Antrag später gestellt werde, als dies nach dem Gesetz ohne Nachteil für den Beginn der Rente möglich sei, so führe dies nicht - wie nach dem früheren Recht der Kriegsopferversorgung und der Unfallversicherung - zum Verlust des Stammrechts, sondern nur zu einem späteren Beginn der Einzelleistungen aus dem Stammrecht.

Der Auffassung des BSG, daß bei verspäteter Antragsstellung nur das Entstehen der Einzelansprüche hinausgeschoben wird, das Stammrecht davon jedoch nicht betroffen wird, ist zuzustimmen. Die Vorschrift des § 1290 Abs. 2 RVO hat im wesentlichen "Ordnungscharakter"; sie soll der Verwaltung den Überblick über die Leistungen, die sie zu erbringen hat, erleichtern und beruht auf der Erwägung, daß ebenso, wie Unterhalt nicht für die Vergangenheit gefordert werden kann (§ 1613 BGB), auch die Rente nicht ausgezahlt wird für eine Zeit, für die sie nicht durch den Antrag geltend gemacht ist. Dem Versicherten wird vom Gesetz "zugemutet", selbst an der Ordnung seines Versichertenverhältnisses insoweit mitzuwirken, als er seinen Anspruch "anzumelden" hat. Wenn er dies unterläßt oder die "Anmeldung" verspätet erfolgt, so muß er zeitlich begrenzte Rechtsnachteile hinnehmen, die im Falle des § 1290 Abs. 2 RVO darin liegen, daß erst vom Beginn des Antragsmonats Einzelansprüche zum Entstehen gelangen. Das Stammrecht wird durch § 1290 Abs. 2 RVO nicht ausgeschlossen.

Wird die Unfallentschädigung nicht von Amts wegen festgestellt, so ist der Anspruch spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger anzumelden; wird der Anspruch später angemeldet, so beginnen die Leistungen gem. § 1546 Abs. 1 RVO mit dem Ersten des Antragsmonats, es sei denn, daß die verspätete Anmeldung durch Verhältnisse begründet ist, die außerhalb des Willens des Antragstellers lagen.

Auch nach dieser Vorschrift können Ansprüche auf Leistungen der Unfallversicherung für die Vergangenheit ausgeschlossen werden. Ein Vergleich des § 1546 RVO mit der Fassung dieser Vorschrift vor dem Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz (UVNG) vom 30.4.1963 macht deutlich, daß durch § 1546 in der jetzigen Form ebenfalls nicht das Stammrecht ausgeschlossen wird, sondern nur bestimmte Einzelansprüche. § 1546 RVO a.F. enthielt eine "echte" Ausschußfrist ("...der Anspruch ist zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger anzumelden..."). Nach altem Recht ging nach Ablauf dieser Frist der Anspruch völlig unter, d.h. das Stammrecht und mit ihm die Einzelansprüche erloschen. Zwar wurde der Vorschrift des § 1546 a.F. bereits seit langem der strenge Charakter einer Ausschußfrist genommen und den Versicherungsträgern das Recht bestritten, einen materiell berechtigten Entschädigungsanspruch lediglich wegen verspäteter Anmeldung abzulehnen. Dieser Praxis der früheren Versicherungsbehörden¹ hatte sich das BSG angeschlossen. Es war dem pflichtgemäßen Ermessen der Versicherungsträger überlassen, sich auf den Ausschluß des Entschädigungsanspruchs durch Versäumnis der Anmeldefrist zu berufen².

1 vgl. schon RVA-Rundschreiben vom 28.9.1928, AN 1928, 330
2 vgl. BSGE 10, 88

Der Große Senat des BSG hat zu § 58 BVG a.F., der - ebenso wie bisher § 1546 RVO - für die Geltendmachung des Versorgungsanspruchs der Hinterbliebenen eine Frist von zwei Jahren vorschrieb, bemerkt, die Fristvorschrift gelte nicht für die Fälle, in denen die Voraussetzungen des verspätet angemeldeten Anspruchs zweifelsfrei gegeben seien; die Frist habe lediglich die Funktion, Ansprüche auszuschließen, wenn wegen des Ablaufs der Frist der Sachverhalt nach allgemeiner Erfahrung nicht oder nur unter unzumutbarer Mühe festgestellt werden könne; sei der Anspruch aber einwandfrei gegeben, so führe die Anwendung der Fristvorschrift zu einem sozial unangemessenen und nicht gewollten Ergebnis¹. Alle diese Abmilderungsversuche der Rechtsprechung können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Grundsatz Ansprüche (d.h. Stammrecht und mit ihm Einzelansprüche) gem. § 1546 RVO a.F. untergingen, sofern die Ausschußfrist nicht eingehalten wurde. In Abänderung des bisherigen Rechts hat die unterlassene oder verspätet durchgeführte Anmeldung keinen Ausschluß des Stammrechts zur Folge. Die unterlassene oder verspätete Anmeldung hat lediglich die Konsequenz, daß die Leistungen erst mit dem Ersten des Monats beginnen, in dem der Anspruch angemeldet ist. Das ist offensichtlich trotz des wohl der Kürze wegen gewählten Wortes "Antragsmonat" gemeint, da die Leistungen der Unfallversicherung von Amts wegen zu gewähren sind (§ 1545 Abs. 1 Nr. 1 RVO). Ebenso wie bei § 1290 Abs. 2 RVO sind somit für die Vergangenheit nur Einzelansprüche ausgeschlossen; das Entstehen der Einzelansprüche wird zeitlich bis zum Ersten des Monats hinausgeschoben, in dem eine Anmeldung erfolgt².

1 BSGE 14, 246 (250,251)

2 vgl. Brackmann, S. 602 f

XI) Leistungsanspruch und Verwaltungsakt bei der Anspruchsentstehung

Im Rahmen der Erörterungen des Entstehens von Ansprüchen soll abschließend untersucht werden, ob ein am Ende eines Feststellungsverfahrens ergehender Verwaltungsakt Einfluß nehmen kann auf das Entstehen von Stammrecht und Einzelansprüchen. An dieser Stelle wird der Problemkreis Leistungsanspruch und Verwaltungsakt erreicht, der jedoch nicht erschöpfend erörtert werden kann. Zwei Fallkonstellationen sollen vor allem näher geprüft werden: Zum einen stellt sich die Frage, ob Stammrecht und Einzelansprüche zum Entstehen kommen, wenn zwar alle materiell-rechtlichen Voraussetzungen einer bestimmten Anspruchsnorm erfüllt sind, jedoch ein fehlerhafter ablehnender Bescheid ergeht. Zum anderen bleibt im umgekehrten Fall zu untersuchen, welche Auswirkungen sich für das Entstehen von Stammrecht und Einzelansprüchen ergeben, wenn die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen nicht gegeben sind, vom Versicherungsträger aber in Verkennung der wirklichen Verhältnisse ein positiver Verwaltungsakt erlassen wird.

Das Verfahren zur Feststellung von Ansprüchen auf Sozialleistungen wird im Regelfall durch einen Antrag des Versicherten eingeleitet, der nur ausnahmsweise gleichzeitig materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung, im übrigen lediglich "das auslösende Moment" für das Tätigwerden des Versicherungsträgers ist (§ 1545 Abs. 1 Nr. 2 RVO). Von Amts wegen werden die Leistungen nur in der Unfallversicherung festgestellt (§ 1545 Abs. 1 Nr. 1 RVO). Das Verwaltungsverfahren verläuft teils formlos, teils justizförmig. Am wenigsten förmlich ist das Verfahren der Krankenversicherung ausgestaltet. Wie das BSG¹ hervorhebt, unterbleibt wegen der unabdingbaren Forderung nach rascher

1 BSGE 32, 52, 54

Hilfe im Bedarfsfall meist eine erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts. Am stärksten justizförmig ausgeformt sind die Feststellungsverfahren der Rentenversicherung und der Unfallversicherung. Hier ist nicht nur die Einholung von Gutachten, sondern auch die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen durch den Versicherungsträger, das Versicherungsamt oder - falls eidlich - durch das hierum zu ersuchende Sozialgericht vorgesehen (vgl. §§ 1571 ff, 1613 RVO i.V.m. § 5 Abs. 2 SGG). Die weitgehend historisch bedingten Unterschiede zwischen den Verfahrensarten lassen sich auch heute noch damit rechtfertigen, daß es in der Krankenversicherung (ebenso Arbeitslosenversicherung) meist um kurzfristige, in der Renten- und Unfallversicherung hingegen meist um langfristige Leistungen von entsprechender wirtschaftlicher Bedeutung geht¹. Am Ende des Feststellungsverfahrens steht regelmäßig ein förmlicher, schriftlicher Verwaltungsakt (vgl. z.B. §§ 1631, 1583 RVO, § 146 AFG). Eine Ausnahme gilt für die Krankenversicherung. Nach Auffassung des BSG² werden Leistungen der Krankenversicherung in der Regel nicht durch Verwaltungsakt, sondern "schlicht" gewährt. Verwaltungsakte setzt die Krankenkasse nach dieser Auffassung im Leistungsrecht nur bei einer Leistungsversagung, gegen die sich der Versicherte zur Wehr setzt. Das BSG begründet seine Auffassung mit dem eine erschöpfende Sachaufklärung ausschließenden Zeitdruck, unter dem die Gewährung der meisten Leistungen erfolge.

Die Erörterung der beiden aufgezeigten Fallkonstellationen hängt entscheidend davon ab, welche Qualität den das Feststellungsverfahren abschließenden Verwaltungsakten zu-

1 vgl. Bley, S. 216

2 BSGE 25, 280; 32, 52, 54

kommt. Es ist daher zunächst deren Rechtsnatur zu klären.

1. Rechtsnatur der von den Leistungsträgern erlassenen Bescheide

Eine Übersicht über Rechtsprechung und Literatur zeigt, daß es sich nach h.M. bei den Bescheiden der Leistungsverwaltung um Verwaltungsakte feststellender Natur handelt. So qualifizierte das BVerfG¹ die Haftentschädigungsbeschlüsse der Haftentschädigungskammern nach dem nordrhein-westfälischen Haftentschädigungsgesetz als feststellende Verwaltungsakte, die das Bestehen oder Nichtbestehen eines subjektiv-öffentlichen Rechts oder einer Verpflichtung feststellen, da sie "aufgrund eines abgeschlossenen, fest umrissenen Tatbestandes über einen öffentlich-rechtlichen Entschädigungsanspruch befinden". Ein derartig ausgestalteter Anspruch bedürfe zwar noch der Feststellung und Realisierung durch die Verwaltung, nicht aber eines rechtsgestaltenden (konstitutiven) Verwaltungsakts für seine Entstehung; denn ein öffentlich-rechtlicher Anspruch, der sich unmittelbar aus dem Gesetz ergebe, werde durch die verwaltungsmäßige Feststellung in seinem Wesen nicht verändert.

Nach Auffassung des BVerwG² verleiht die Festsetzung von Versorgungsbezügen jedenfalls insoweit kein subjektiv-öffentliches Recht im eigentlichen Sinne, als es sich lediglich um den Vollzug des Gesetzes ohne Ermessensspielraum handelt. Deshalb rechne der entsprechende Festsetzungsbescheid auch nicht zu den rechtsbegründenden, sondern zu den feststellenden Verwaltungsakten.

1 BVerfGE 2, 380, 390 ff

2 BVerwG, JZ 1959, 641

Die Frage nach der Rechtsnatur des Leistungsbescheids hat auch die Zivilgerichte beschäftigt. Bei der Prüfung des Rechtsübergangs von Schadensersatzansprüchen auf Sozialversicherungsträger in der Unfallversicherung stellte der BGH¹ als Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs auf Leistung gegen den Versicherungsträger den Unfallzeitpunkt fest. Der Rentenbescheid habe demgegenüber rein feststellende Wirkung. Damit folgte der BGH dem RG², welches ebenfalls zu der Erkenntnis gekommen war, daß die Rentenfeststellung nur eine notwendige Folge des Vorhandenseins eines bereits bestehenden Rentenanspruchs sei und demgemäß eines rechtsschaffenden und rechtsverändernden Charakters entbehre.

Vornehmlich in Bezug auf den Rentenbescheid hat auch das BSG in einer Reihe von Entscheidungen³ den rein feststellenden Charakter jenes Verwaltungsaktes herausgestellt, der eine nach dem Gesetz in ihren Tatbestandsmerkmalen abschließend gekennzeichnete Leistung "bewillige". Hierbei wird ausdrücklich betont, daß es nicht der Bescheid sei, der den Anspruch auf die Leistung begründe, sondern daß sich dieser unmittelbar aus dem Gesetz ergebe, so daß der Bescheid in Vollzug des Gesetzes den Anspruch lediglich feststelle, ohne damit dessen Wesen zu verändern.

Auch in der Literatur finden sich zahlreiche Stimmen, die dem Bescheid der Leistungsverwaltung, namentlich im Bereich der Sozialversicherung, den Charakter des konstitutiven Verwaltungsakts absprechen. In mehreren Beiträgen speziell zur Rechtsnatur des Rentenbescheids und des ihm

1 BGH, LM Nr. 23 zu § 1542 RVO; BGHZ 28, 68, 71

2 RGZ 60, 200, 206; 76, 215

3 BSG in Breithaupt 1958, 42, 44; BSGE 5, 66, 68;
8, 3, 5; 9, 80, 83; 11, 161, 162 f; 20, 161, 163

beizulegenden Rechtswertes steht vor allem Hauelsen¹ auf dem Standpunkt, daß insoweit ein feststellender Verwaltungsakt vorliege. Von Gestaltungswirkung eines Verwaltungsakts könne nämlich nur dort gesprochen werden, wo Rechte oder Rechtsstellungen geschaffen oder verändert würden. Zum gleichen Ergebnis kommen Brackmann² und Bettermann³. Letzterer bezieht sich zur Begründung seiner Auffassung vor allem auf den Gesetzeswortlaut von Bestimmungen der RVO (z.B. §§ 622, 623, 1300, 1311 u.a.), in denen immer wieder von der "Feststellung" oder "Neufeststellung" der Leistung die Rede ist.

Nach einhelliger Auffassung ist somit der Verwaltungsakt, der einen in allen seinen Voraussetzungen im Gesetz enthaltenen Anspruch "bewilligt", rein feststellender Art. Seine Bedeutung liegt materiell in dem Anerkenntnis einer öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Leistung in einem bestimmten Einzelfall. Soweit diese Leistung nach Art, Höhe und Umfang "festgesetzt" wird, stellt er das Ergebnis einer Subsumtion des Einzelsachverhalts unter die gesetzlichen Merkmale dar, d.h. der Verwaltungsakt fixiert nur den bereits vom Gesetz bewilligten Anspruch. Verfahrensrechtlich findet der Bescheid seinen Zweck in dem dem Bürger eingeräumten Vertrauensschutz im Hinblick auf erfolgte staatliche Maßnahmen, welcher sich in der Bindungswirkung des Verwaltungsakts äußert.

Diese h.M. hat ihren gesetzlichen Niederschlag in § 40 Abs. 1 SGB-AT gefunden. Zweck der Vorschrift ist es klarzustellen, ob Ansprüche auf Sozialleistungen erst mit der sie feststellenden Verwaltungsentscheidung oder schon vor-

1 Hauelsen, JZ 59, 644; DVBl 59, 793; NJW 58, 441

2 Brackmann, S. 232 f; ebenso Gesamtkommentar, § 1631 RVO, Anm. 1

3 Bettermann, NJW 59, 66, Anm. zum Urteil des BSG vom 17. 7. 58

her, etwa mit Antragstellung oder bereits bei Vorliegen aller Anspruchsvoraussetzungen, entstehen. § 40 Abs. 1 SGB-AT zieht aus dem Grundsatz des Rechtsanspruches auf Sozialleistungen (vgl. § 38 SGB-AT) die Folgerung, daß der Anspruch unabhängig davon, wann die Verwaltung tätig wird, entsteht, sobald seine im Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes bestimmten Voraussetzungen vorliegen¹. Nach der gesetzgeberischen Entscheidung des § 40 Abs. 1 SGB-AT gehört somit die Feststellung des Anspruchs durch Verwaltungsakt nicht zu den Anspruchsvoraussetzungen. Diese Auffassung wird für die nach § 51 SGG zur Sozialgerichtsbarkeit "ressortierenden" Sozialleistungsbereiche durch § 54 Abs. 4 SGG bestätigt, wonach mit der Klage auf Aufhebung eines Verwaltungsakts, der Leistungen betrifft, auf die ein Rechtsanspruch besteht, gleichzeitig die Leistung verlangt werden kann und nicht ein neuer feststellender Verwaltungsakt verlangt werden muß, was erforderlich wäre, wenn dem Verwaltungsakt konstitutive Bedeutung zukäme².

2. Konsequenzen für die beiden zu behandelnden Fallkonstellationen

Erster Fall: alle materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen gegeben, jedoch ablehnender Bescheid

Bei allen bisher untersuchten Sozialleistungen wurde herausgefunden, daß das Stammrecht in dem Augenblick entsteht, in dem die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen für eine bestimmte Leistung erfüllt sind. Nicht

1 vgl. amtliche Begründung zu § 40 Abs. 1 SGB-AT, BT-Drucks. 7/868, S. 29

2 vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm., § 40 SGB-AT, Anm. 4c

mehr und nicht weniger ist erforderlich, damit das Stammrecht entsteht. Entscheidend für das Entstehen des Stammrechts sind somit ausschließlich die tatsächlichen Verhältnisse. Oft hat der Versicherte gar keine Kenntnis vom Bestand des Stammrechts¹. Somit ergibt sich, daß ein das Verwaltungsverfahren abschließender Bescheid eines Versicherungsträgers in keinem Fall Einfluß nehmen kann auf das Entstehen eines Stammrechts. Wenn - wie im vorliegenden Fall - alle Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind, dann entsteht das Stammrecht auf die betreffende Leistung, unabhängig davon, daß der Versicherungsträger einen ablehnenden Bescheid erläßt. Es stellt sich daher nur die Frage, ob der ablehnende Verwaltungsakt verhindert, daß Einzelansprüche entstehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich auch bei einem ablehnenden Bescheid um einen nur feststellenden Verwaltungsakt handelt, allerdings mit negativem Ergebnis. Auch hier wird die Position des Antragstellers hinsichtlich des Bestehens oder Nichtbestehens des materiellen Anspruchs in keiner Weise verändert. Es liegt in dem Ablehnungsbescheid lediglich die Aussage des Versicherungsträgers, daß die von ihm vorgenommene Subsumtion der vom Antragsteller vorgebrachten bzw. vom Versicherungsträger ermittelten Umstände unter die gesetzlichen Merkmale das Bestehen eines Anspruchs nicht erweise. Der Versicherungsträger gestaltet nicht, wenn er einen geltend gemachten Anspruch ablehnt; er stellt nur fest, daß der Anspruch seiner Meinung nach nicht besteht.

Nach Auffassung von Söchting² tritt der Bewirkungsanspruch (sachlich gemeint ist damit der Einzelanspruch) erst mit der Bescheiderteilung in Erscheinung, weil erst durch den

1 vgl. Seite 66, 67

2 Söchting, Soz.Vers. 63, 230, 231

Rentenbescheid der Berechtigte in die Lage versetzt werde, das Bestehen und den Umfang (Beginn und Höhe) seines festgestellten Rentenanspruchs zu erkennen und dementsprechend die Zahlung zu verlangen. Das Feststellungserfordernis, das wie überall im öffentlichen Recht auch in der gesetzlichen Rentenversicherung Ausfluß hoheitlichen Handelns sei, habe zur Folge, daß erst mit der erfolgten Feststellung. d.h. also mit der Zustellung des Bescheides, der Berechtigte Gläubiger geworden sei. Damit erwerbe er tatsächlich erst mit der Bescheiderteilung den Bewirkungsanspruch.

Diese Auffassung ist jedoch unter der Geltung des § 40 Abs. 1 SGB-AT nicht mehr haltbar. Wegen des Erfordernisses der Konkretisierung von Einzelansprüchen hat der Gesetzgeber - wie bereits festgestellt - sich in § 40 Abs. 1 SGB-AT entschieden, daß der "Anspruch" unabhängig vom Tätigwerden der Verwaltung entsteht, sobald seine gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Mit "Anspruch" im Sinne des § 40 Abs. 1 SGB-AT ist der Einzelanspruch auf eine bestimmte Leistung gemeint¹. Dies wird bestätigt durch den Zusammenhang des § 40 SGB-AT mit den §§ 41, 45, 46 SGB-AT. Ohne den noch folgenden Erörterungen vorgreifen zu wollen, sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, daß sich die §§ 41, 46 und nach h.M. auch § 45 SGB-AT ebenfalls auf Einzelansprüche beziehen. Der ablehnende Bescheid feststellender Natur kann somit im vorliegenden Fall das Entstehen von Einzelansprüchen nicht verhindern. Diese werden unabhängig von der Verwaltungstätigkeit vom Stammrecht hervorgebracht, da die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind. Wenn jedoch der Versicherungsträger trotz

¹ vgl. Maier, DAngVers 75, 373 ff (381)
Burdenski in Burdenski/v. Maydell/Schellhorn,
§ 40 SGB-AT, Anm. 1
vgl. Bley, in: SGB-Soz.-Vers.-GesKomm., § 40 SGB-AT,
Anm. 4c

Vorliegensder materiell-rechtlichen Voraussetzungen einer Leistung einen ablehnenden Bescheid erläßt, dann bedeutet dies, daß eine Zahlung des Leistungsträgers unterbleibt. Dies hat aber nicht zur Folge, daß keine Einzelansprüche entstehen, sondern die zur Ausbildung kommenden Einzelansprüche können wegen des ablehnenden Verwaltungsakts nicht realisiert werden. Der "versagende" Bescheid hemmt somit nicht das Entstehen von Einzelansprüchen, wohl aber deren Verwirklichung.

Zweiter Fall: materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzungen sind nicht gegeben, Versicherungsträger erläßt jedoch in Verkennung der wirklichen Verhältnisse positiven Bescheid

Konsequenterweise müßte man in diesem Fall annehmen, daß es infolge Fehlens der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen nicht zum Entstehen des Stammrechts kommen kann. Da es beim Stammrecht ausschließlich auf die tatsächlichen Verhältnisse ankommt, dürfte auch der positive Verwaltungsakt auf das Entstehen des Stammrechts keinen Einfluß haben. Ohne das Bestehen eines Stammrechts können jedoch auch keine Einzelansprüche zum Entstehen kommen. Voraussetzung für das Hervortreten eines Einzelanspruchs ist das Vorhandensein eines Stammrechts. Diese Betrachtungsweise steht jedoch in Widerspruch zu der Tatsache, daß der Leistungsträger trotz Fehlens der gesetzlichen Voraussetzungen aufgrund des positiven Bescheids Zahlungen an den in Wirklichkeit nicht berechtigten Empfänger leistet.

Im Gesamtkommentar wird die Auffassung vertreten, wenn der Leistungsträger eine Anspruchsleistung im positiven

Sinne feststelle, ohne daß die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorlägen, müsse § 40 Abs. 2 SGB-AT entsprechend angewendet werden. Nach dieser Bestimmung ist für das Entstehen von Ermessensleistungen der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Entscheidung über die Leistung bekanntgegeben wird, es sei denn, daß in der Entscheidung ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist. In der amtlichen Begründung zu § 40 Abs. 2 SGB-AT¹ wird ausgeführt, daß die Ausübung des Ermessens oft schwierige Ermittlungen und Bewertungen nötig mache, so daß vielfach nicht feststellbar sei, zu welchem Zeitpunkt die Voraussetzungen vorgelegen hätten. Diese Begründung ist jedoch nicht überzeugend, da derartige Ermittlungen und Bewertungen ebenso häufig auch bei Anspruchsleistungen erforderlich sind, ohne daß dies etwas an der Entstehungsregel des § 40 Abs. 1 SGB-AT ändert². Vielmehr können Ansprüche auf Ermessensleistungen nicht schon dann entstehen, wenn im Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes bestimmte Voraussetzungen vorliegen, weil das Gesetz in derartigen Fällen nur die Voraussetzungen für die Ermessensbetätigung, nicht für die Leistungen selbst regelt und derjenige, der die Voraussetzungen für die Ermessensbetätigung erfüllt, dementsprechend gegen den Leistungsträger nur einen Anspruch auf pflichtmäßige Ermessensausübung (§ 39 Abs. 1 S. 2 SGB-AT), aber nicht einen Anspruch auf eine Sozialleistung hat. Einen Anspruch auf Sozialleistungen kann der Versicherte - abgesehen vom Fall der Ermessensschrumpfung - vor Ausübung des Verwaltungsermessens daher nicht haben, weil einem solchen Anspruch der Ermessensspielraum des Leistungsträgers entgegensteht³.

1 vgl. BT-Drucks. 7/868, S. 29

2 vgl. Burdinski in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn, Anm. 13 zu § 40 SGB-AT

3 Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 40 SGB-AT, Anm. 5 a

Zur entsprechenden Anwendung des § 40 Abs. 2 SGB-AT auf die vorliegende Fallkonstellation wird im Gesamtkommentar angeführt, ein solcher fehlerhafter positiver Verwaltungsakt, an den der Leistungsträger häufig nach § 77 SGG gebunden sein werde, sei nicht, wie die Verwaltungsentscheidungen über Leistungen nach § 40 Abs. 1 SGB-AT, deklaratorisch, sondern konstitutiv, denn er begründe einen - gesetzlich nicht begründeten - Anspruch. Da es in diesen Fällen an den gesetzlichen Voraussetzungen für den Anspruch fehle, könne § 40 Abs. 1 SGB-AT nicht anwendbar sein. Es bleibe daher nur die entsprechende Anwendung des Abs. 2, die auch deshalb geboten sei, weil sowohl in dem in Abs. 2 geregelten Fall der Entstehung des Anspruchs auf Ermessensleistungen als auch bei der rechtswidrigen Bewilligung von Rechtsanspruchsleistungen kein der konstitutiven Verwaltungsentscheidung zeitlich vorausgehender Anknüpfungspunkt für die Entstehung der Sozialleistung bestehe.

Dieser Auffassung ist im Ergebnis zuzustimmen. Sicherlich hat der Bewilligungsbescheid in diesem Fall keine bloße feststellende Bedeutung, es ist ja - da die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen - kein Anspruch vorhanden, der festgestellt werden könnte. Der Verwaltungsakt hat daher rechtsgestaltende Wirkung. Allerdings kommt diesem Bescheid keine dahingehende rechtsschaffende Bedeutung zu, daß durch ihn ein Stammrecht und Einzelansprüche begründet werden, obwohl die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Es bleibt dabei, daß Stammrecht und Einzelansprüche erst mit Vorliegen sämtlicher Anspruchsvoraussetzungen entstehen können. Wenn jedoch in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse ein fehlerhafter Bewilligungsbescheid von einem Leistungsträger erlassen wird, dann wird mit diesem Verwaltungsakt fingiert, daß ein in Wirklichkeit nicht zur Ausbildung

gekommenes Stammrecht und damit auch im Grunde nicht vorhandene Einzelansprüche zum Entstehen gelangen. Nur in Bezug auf diese Fiktion ist der rechtswidrige Bewilligungsbescheid konstitutiv; nur insoweit nimmt er Einfluß auf "Entstehen" von Stammrecht und Einzelansprüchen.

§ 6 Die Fälligkeit von Sozialleistungen

Auch bei der Fälligkeit von wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts ist zu unterscheiden zwischen dem Stammrecht und den Ansprüchen auf die periodischen Einzelleistungen.

Fällig ist nach allgemeinen Grundsätzen ein Anspruch im Sozialrecht, wenn der Sozialleistungsberechtigte, im bürgerlichen Recht der Gläubiger, berechtigt ist, die sofortige Leistung zu verlangen und der Leistungsträger, im bürgerlichen Recht der Schuldner, verpflichtet ist, die Leistung sofort zu bewirken¹. Die Fälligkeit bezeichnet also eine Eigenschaft des Anspruchs und der ihm korrespondierenden Verpflichtung, die sich auf die Leistungszeit bezieht².

Im bürgerlichen Recht besteht für die Fälligkeit von Ansprüchen die Vorschrift des § 271 BGB. Danach kann der Gläubiger die Leistung sofort verlangen und der Schuldner sie sofort bewirken, wenn eine Zeit für die Leistung weder bestimmt noch aus den Umständen zu entnehmen ist. Die Zeit der Leistung, d.h. die Zeit, zu der geleistet werden soll und kann, fällt nach der Regel des § 271 BGB mit der Entstehung des Schuldverhältnisses zusammen³. Der Leistungszeitpunkt braucht aber keineswegs immer mit der Entstehung des Schuldverhältnisses zusammenzufallen, insbesondere fällt er mit der Entstehungszeit nicht zusammen bei betagten und aufschiebend bedingten Schuldverhältnissen. § 271 BGB besagt jedoch, daß jede Leistung grundsätz-

1 vgl. Schmidinger, Soz.Vers. 1969, 203 (207)

2 Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 41 SGB-AT, Anm. 4 a

3 Staudinger/Werner § 271 Anm. 2; Larenz, Schuldrecht I, S. 164

lich sofort bei Entstehung des Schuldverhältnisses fällig ist. Niemals hängt die Fälligkeit von der gerichtlichen Feststellung der Forderung ab, auch Schadensersatzansprüche sind grundsätzlich sofort, d.h. mit ihrer Entstehung fällig¹.

Der Zeitpunkt der Fälligkeit von Sozialleistungsansprüchen ist nunmehr geregelt in § 41 SGB-AT. Nach dieser Bestimmung werden Ansprüche auf Sozialleistungen mit ihrem Entstehen fällig, soweit die besonderen Teile des SGB keine Regelung enthalten. Die im § 41 SGB-AT getroffene Regelung, wonach eine Koinzidenz von Entstehen und Fälligkeit von Ansprüchen angeordnet wird, ist in enger Anlehnung an § 271 BGB geschaffen worden. Mit Schaffung des § 41 SGB-AT wurde die alte Streitfrage, wann Fälligkeit eines Sozialleistungsanspruchs eintritt, beseitigt. Vor Einführung des § 41 wurde u.a. die Auffassung vertreten, die Fälligkeit eines Anspruchs trete erst mit Bescheiderteilung durch den Versicherungsträger ein². Das BSG war zunächst in ständiger Rechtsprechung der Meinung, die Fälligkeit bestimme sich nach dem Zeitpunkt, in dem die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen vorlägen und der Anspruch vom Berechtigten gegenüber dem Versicherungsträger geltend gemacht, d.h. der Antrag auf Leistung gestellt worden sei³. In der Entscheidung des Großen Senats des BSG vom 21.12.1971 zur Frage des Beginns der Verjährungsfrist nach § 29 Abs. 3 RVO a.F. wurde jedoch ausgesprochen, daß bei denjenigen Leistungen, für die der Antrag keine materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung ist, die Entstehung und die Fälligkeit von Leistungsan-

1 vgl. RG in LZ 1916, 1185; Staudinger/Werner, Vorbem. 83 vor § 249, § 271 Anm. 2

2 vgl. Barth, Soz.Vers. 62, 289; Buchwitz, Arb.Vers. 63, 174; Schwankhart, SGB 62, 193; Krüger, SGB 67, 167

3 BSGE 19, 88; 21, 162; 23, 62; 28, 102 ebenso Malkewitz, a.a.O. S. 14, 15; Haueisen, DOK 65, 201 ff

sprüchen zusammenfallen, der Antrag also keine Voraussetzung für den Eintritt der Fälligkeit sei¹. Das BSG hat in dieser Entscheidung die alte Rechtsprechung modifiziert. § 41 SGB-AT macht diese im Wege richterlicher Normenkonkretisierung gewonnene Erkenntnis nunmehr zu gesetztem Recht.

I) Die Fälligkeit des Stammrechts

Bei der Prüfung der Fälligkeit des Stammrechts stellt sich generell die Frage, ob man von einer Fälligkeit des Gesamtanspruchs sprechen kann. Nach Ansicht von Barnewitz² kann von einer Fälligkeit des Gesamtanspruchs keine Rede sein. Da der Gesamtanspruch auf eine Vielzahl von Leistungen gehe, die in bestimmten Zeitabständen nacheinander zu erbringen seien, komme eine Fälligkeit des Gesamtanspruchs nicht in Betracht. Fällig würden nur, nacheinander, die einzelnen Leistungen, auf die der Gesamtanspruch gehe.

In die gleiche Richtung tendieren Überlegungen von Burdinski³: "Der Verjährung unterworfen ist nicht das Stammrecht, sondern nur der Anspruch auf die einzelnen Sozialleistungen. Daher ist es nicht korrekt, von einer Fälligkeit des Stammrechts zu sprechen; dieses ist - einmal entstanden - unverjährbar und kann nur unter besonderen Umständen entfallen. Fällig werden die erste mit der Entstehung des Anspruchs (Stammrecht) zusammenfallende Einzelleistung und alle weiteren Einzelleistungen."

1 BSGE 34, 1 (18, 19)

2 Barnewitz, a.a.O. S. 301 (304, 305)

3 Burdinski in Burdinski/von Maydell/Schellhorn, Anm. 5 zu § 41 SGB-AT

Diese beiden Ansichten vermögen jedoch nicht zu überzeugen. Wenn man von der Definition der Fälligkeit ausgeht, wonach Voraussetzung ist, daß der Berechtigte die sofortige Leistung verlangen kann und der Verpflichtete die Leistung sofort bewirken muß und von einem Stammrecht als Grundlage der Einzelansprüche, dann läßt sich auch eine Fälligkeit des Gesamtanspruchs begründen. Zwar kann nicht die sofortige Bewirkung des Stammrechts verlangt werden. Das Stammrecht als Grundlage der Einzelansprüche wird jedoch realisiert durch die Einzelansprüche. Das Stammrecht als Gesamtheit der Einzelansprüche entsteht spätestens mit dem ersten Einzelanspruch auf eine bestimmte Leistung. Es ist regelmäßig im selben Zeitpunkt auch fällig, jedoch nur *t e i l w e i s e*, nämlich soweit der erste Einzelanspruch fällig wird. Seine Fälligkeit tritt auch danach nur nach Maßgabe der Fälligkeit der weiteren Einzelansprüche ein, denn nur insoweit kann der Sozialleistungsberechtigte sein Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung realisieren, nur insoweit ist er berechtigt, die Leistung zu fordern und ist der Leistungsträger verpflichtet, sie zu bewirken¹. Die Fälligkeit des Gesamtanspruchs beschränkt sich somit auf eine "Teilfälligkeit", die jeweils mit Fälligkeit der Einzelansprüche eintritt. So gesehen ist es nicht unkorrekt, von einer Fälligkeit des Stammrechts zu sprechen.

II) Die Fälligkeit der Einzelansprüche

Bei der Fälligkeit der Einzelansprüche muß differenziert werden zwischen Leistungen, die monatlich im voraus gezahlt werden (Leistungen der Rentenversicherung, Unfall-

¹ Bley, in: SGB-Soz Vers-Ges Komm, § 41 SGB-AT, Anm. 4 d

renten, Renten der Kriegsopferversorgung) und Sozialleistungen, die erst nach Ablauf des Bezugszeitraumes ausbezahlt werden (z.B. Krankengeld, Übergangsgeld, Leistungen des AFG).

Für die Einzelansprüche auf Sozialleistungen, die monatlich im voraus zu zahlen sind, gilt, daß alle Einzelansprüche mit ihrem Entstehen fällig werden. Wie bereits festgestellt, richtet sich das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf eine monatlich im voraus zu zahlende Leistung nach bestimmten "Beginnvorschriften" (z.B. §§ 1290 Abs. 1 S. 1 RVO, 60 Abs. 1 BVG, 15 Abs. 1 BAföG). Danach entsteht der erste Einzelanspruch zu Beginn des ersten Bezugsmonats. Zum gleichen Zeitpunkt werden diese ersten Einzelansprüche auch fällig, da sog. "Zahlungsvorschriften" wie z.B. §§ 1297, 619 Abs. 1 S. 1 RVO, 66 BVG, 51 BAföG bestimmen, daß diese Leistungen in monatlichen Beträgen im voraus gezahlt werden müssen. Auch bei den dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Einzelansprüchen monatlich im voraus zu zahlender Leistungen besteht eine Koinzidenz von Entstehen und Fälligkeit. Die Entstehungszeitpunkte dieser Ansprüche ergeben sich - wie schon erörtert - aus den sog. "Zahlungsvorschriften". Gleichzeitig regeln die "Zahlungsvorschriften" aber auch die Fälligkeit der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche. Insoweit kommt den "Zahlungsvorschriften" eine doppelte Funktion zu: Sie sind Fälligkeitsbestimmungen für alle Einzelansprüche (einschließlich des ersten); darüber hinaus legen sie die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche fest.

Bei Leistungen, die erst mit Ablauf des Bezugszeitraumes ausbezahlt werden, ist festzustellen, daß beim ersten Ein-

zelanspruch auf eine solche Leistung Entstehungs- und Fälligkeitszeitpunkt auseinanderfallen. Die Entstehungszeitpunkte folgen aus den "Beginnvorschriften" (z.B. §§ 182 Abs. 3, 560 Abs. 1 S. 2 RVO). Die Fälligkeit des ersten Einzelanspruchs richtet sich aber nach "Zahlungsvorschriften" wie z.B. §§ 210, 619 Abs. 1 S. 2 RVO, 122 AFG. Sofern daher der Entstehungszeitpunkt eines ersten Einzelanspruchs nicht zufällig mit dem Ende eines Bezugszeitraumes identisch ist, kommt es zu keiner Koinzidenz von Entstehen und Fälligkeit des ersten Einzelanspruchs. Für die dem ersten Einzelanspruch folgenden Einzelansprüche gilt wieder der Grundsatz der Koinzidenz von Entstehen und Fälligkeit, da sowohl die Entstehungs- als auch die Fälligkeitszeitpunkte dieser Ansprüche von den sog. "Zahlungsvorschriften" (§§ 210, 619 Abs. 1 S. 2 RVO, 122 AFG) bestimmt werden. Auch hier kommt den "Zahlungsvorschriften" doppelte Bedeutung zu: Sie regeln die Fälligkeit aller Einzelansprüche (einschließlich des ersten); außerdem legen sie die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch folgenden Einzelansprüche fest.

Als Ergebnis bleibt somit festzuhalten, daß grundsätzlich alle Einzelansprüche auf bestimmte Sozialleistungen mit ihrem Entstehen fällig werden. Dieser Grundsatz wird nur durchbrochen beim ersten Einzelanspruch auf eine nach Ablauf des Bezugszeitraumes zu zahlende Leistung.

Nur für das Stammrecht trifft i.d.R. das Zusammenfallen von Entstehen und Fälligkeit nicht zu. Wie bereits festgestellt, tritt die Fälligkeit des Stammrechts nur teilweise nach Maßgabe der Fälligkeit der Einzelansprüche

ein. Daß es beim Stammrecht auf eine wiederkehrende Leistung nicht zu einer Koinzidenz zwischen Fälligkeit und Entstehen kommt, liegt darin begründet, daß es eine "selbständige", eine "eigene" Fälligkeit des Stammrechts nicht gibt, sondern der Gesamtanspruch nur per Einzelansprüche fällig werden kann. Die jeweils erfolgende "Teilfälligkeit" des Stammrechts tritt daher i.d.R. nach Entstehen des Stammrechts ein. Nur dann kann es zu einem Zusammentreffen zwischen Entstehen und einer "Teilfälligkeit" des Stammrechts kommen, wenn Stammrecht und erster Einzelanspruch gleichzeitig entstehen. Da in diesem Fall der erste Einzelanspruch mit seinem Entstehen fällig wird und es damit auch zu einer "Teilfälligkeit" des Stammrechts kommt, fällt diese "Teilfälligkeit" des Stammrechts mit seinem Entstehen zusammen.

§ 7 Die Verjährung von Sozialleistungsansprüchen

Interessante Aufschlüsse für die Unterscheidung Gesamtanspruch - Einzelanspruch ergibt eine Untersuchung unter dem Gesichtspunkt der Verjährung. Ansprüche auf Sozialleistungen verjähren gem. § 45 SGB-AT in 4 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden sind.

1) Der Meinungsstand

In der sozialrechtlichen Rechtsprechung und Literatur besteht volle Übereinstimmung, daß für die Verjährung immer nur der Anspruch auf eine einzelne Leistung (der Auszahlungsanspruch) in Betracht kommt, nicht aber das Stammrecht¹. Der Gesamtanspruch, der Anspruch auf Versicherungsleistungen schlechthin, wird für unverjährbar gehalten. Eine Begründung für diese These findet sich jedoch weder in den Ausführungen der BSG-Urteile noch bei den angeführten Literaturstellen. Lediglich in einer Entscheidung des Bayerischen Landesversicherungsamtes vom 27.3.1914² wird entwickelt, daß Gegenstand der Verjährung nach § 29 Abs. 3 RVO a.F. nicht der Rentenanspruch als solcher sein kann, sondern nur das Recht auf die einzelne fällige Rentenleistung.

Als ersten Gesichtspunkt führt das LVA die Parallele zu § 197 BGB an. Das Vorbild des § 29 Abs. 3 RVO a.F., § 197 BGB, sehe grundsätzlich die vierjährige Verjährung für Rückstände an regelmäßig wiederkehrenden Leistungen vor,

1 BSGE 21, 162; BSG in SozR Nr. 5 zu § 29 RVO a.F.; BSGE 34, 1 (4) Gesamtkomm. § 29 a.F. Anm. 7, Peters § 29 a.F. Anm. 6, Dersch, S. 174; Haueisen, DOK 65, 201; Malkewitz, a.a.O. S. 18; Burdinski in Burdinski/von Maydell/Schellhorn § 45 SGB-AT, Anm. 8; Brackmann, S. 742 f I, 446 c

2 Bayerisches LVA in EuM Bd 4, S. 9 ff

seien sie "festgestellt" (wie es bei der Beratung des § 29 Abs. 3 RVO a.F. noch geheißen hätte) oder nicht. Sowohl hiermit als auch durch das Wort "Fälligkeit" in § 29 Abs. 1 und 3 RVO a.F. sei ausgedrückt, daß den Gegenstand der kurzen Verjährung nicht das Recht als solches - der Rentenanspruch schlechthin - sondern nur das Recht auf die einzelne fällige Leistung, der "Rückstand" bilde. Auch die Entstehungsgeschichte des § 29 RVO a.F. ergebe, daß die Schaffung einer Verjährung des Rechts auf Rente an sich nicht beabsichtigt gewesen sei. § 26 Abs. 3 RVO Entwurf (Vorläufer von § 29 Abs. 3 RVO a.F.) sei erst gelegentlich der Kommissionsberatungen hinzugefügt worden. Es sei beabsichtigt gewesen, den Anspruch auf Leistungen der Versicherungsträger in zwei Jahren nach Fälligkeit verjähren zu lassen. Man hatte Bedenken gegen diese kurze Frist insbesondere wegen der Invalidenversicherung. Es wurde darauf hingewiesen, daß hiermit der Anspruch auf Rente in dieser kurzen Frist auch für den erlösche, der aus irgend einem Grunde absichtlich den Anspruch noch nicht habe geltend machen wollen.

Demgegenüber sei nun aber ausdrücklich und ohne Geltendmachung eines Widerspruchs hervorgehoben worden, daß man bei der Geltendmachung von Ansprüchen zwischen der Ausschußfrist, d.h. der Frist, durch welche die Möglichkeit der Stellung von Rentenansträgen ausgeschlossen werde, und der Verjährung des Anspruchs auf eine bereits festgestellte und fällig gewordene Rente unterscheiden müsse. Nur für letztere Ansprüche sollte eine Frist eingeführt werden.

Demgemäß sei für den angedeuteten Gedanken die Fassung gewählt worden, daß der Anspruch auf "festgestellte" Leistungen in vier Jahren verjähren solle, das Wort "festge-

stellt" sei in der 2. Lesung ohne ersichtlichen Grund entfallen¹.

Eine Verjährung des Rechtes auf Rente an sich sollte demnach nicht eintreten².

Zu dieser Annahme führe weiterhin auch die Betrachtung des § 1553 RVO a.F.³. Im Anschluß an den § 41 Abs. 3 IVG von 1899 habe nämlich die RVO im § 1253 RVO eine Bestimmung getroffen, die einerseits, strenger als das bürgerliche Recht, durch Setzung einer einjährigen Ausschußfrist für Rentennachzahlungen auf die rechtzeitige Stellung der Rentenansprüche dringe, andererseits durch die Anerkennung des Grundsatzes, das Recht auf Rentenzahlung formell von der Antragstellung abhängig zu machen, die Rückbeziehung auf die Vergangenheit knapp begrenze. Indem die RVO nämlich den Ausschuß nur nach rückwärts eintreten lasse, erkenne sie mittelbar an, daß das Recht auf Rente an sich, der Rentenanspruch für die Zukunft, zeitlich unbeschränkt, einer Verjährung überhaupt und vollends einer kurzen Verjährung ganz und gar entzogen sein solle.

Mit den drei Argumenten: Parallele zu § 197 BGB, Entstehungsgeschichte des § 29 Abs. 3 RVO a.F. sowie mit § 1253 RVO a.F. begründet somit die Bayerische LVA die

1 Zur Entstehungsgeschichte von § 29 Abs. 3 RVO a.F. vgl. auch Liebe, Soz.Vers. 63, 353 (354); BSGE 34, 1 (5)

2 Kommissionsbericht zur RVO, Reichstags-Drucks. Nr. 340, Bd I, S. 28, 29

3 § 1253 RVO a.F. lautete:

"Länger als auf ein Jahr rückwärts, vom Eingang des Antrags gerechnet, wird keine Rente gezahlt, sofern nicht der Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen. Der Antrag ist in diesem Falle binnen drei Monaten zu stellen, nachdem das Hindernis weggefallen ist."

Unverjährbarkeit des Stammrechts. Diese Rechtsprechung bedarf einer kritischen Betrachtung, da sie in Widerspruch zur zivilrechtlichen Rechtsprechung steht. Im bürgerlichen Recht ist es einhellige Auffassung, daß auch das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung der Verjährung unterliegt¹.

II) Würdigung der Rechtsprechung des BSG und der h.M.
zur Verjährbarkeit des Stammrechts im Sozialrecht

Wenn man die unterschiedlichen Auffassungen in Bezug auf die Verjährung des Gesamtanspruchs zwischen BSG und zivilrechtlicher Rechtsprechung miteinander vergleicht, dann erscheint es inkonsequent, daß das BSG von einer Unverjährbarkeit des Gesamtanspruchs ausgeht. Zweck der Verjährung ist es, die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden zu bewahren. Sie soll verhindern, daß der Schuldner wegen des Zeitablaufs in Beweisschwierigkeiten kommt. Hinzu tritt die Vermutung, daß ein Anspruch, der aus weit zurückliegendem Entstehungsgrund erhoben wird, möglicherweise nie entstanden oder bereits erloschen ist; sollte er aber doch bestehen, so hat der Berechtigte den Nachteil der Verjährung durch seine Nachlässigkeit selbst verschuldet². Die Verjährung dient somit auch dazu, einen erzieherischen Druck zur ordnungsgemäßen Rechthandhabung auszuüben³. Es fragt sich, ob Sinn und Zweck des Rechtsinstituts der Verjährung die rechtliche Möglichkeit der Verjährung auch des Gesamtanspruchs auf eine wiederkehrende Geldleistung des Sozialrechts fordern.

¹ vgl. S. 31 ff

² vgl. Soergel/Siebert/Augustin, Vorbem. 5 vor § 194 BGB
Staudinger/Coing, Vorbem. 2 vor § 194 BGB
BSGE 24, 66 (68)

³ Peters, Anm. 2 a zu § 223 RVO a.F.

Das BSG liefert für seine Auffassung von der Unverjährbarkeit des Stammrechts keine Begründung, man kann jedoch annehmen, daß vor allem soziale Erwägungen für diese Meinung ausschlaggebend sind. Es läßt sich nicht verkennen, daß im Sozialrecht dem Zweck der Verjährung, Rechtsfrieden zu schaffen und die Sozialleistungsträger vor umfangreichen Zahlungen zu bewahren, das gesteigerte Schutzbedürfnis des Sozialleistungsberechtigten gegenübersteht. Das BSG hat dieses Spannungsverhältnis mit der Auffassung von der Unverjährbarkeit des Stammrechts zugunsten des Sozialleistungsberechtigten gelöst. In Anbetracht der Tatsache, daß die Bedarfssituation des Berechtigten trotz Verjährung fortbesteht, bringt das BSG durch die Annahme der Unverjährbarkeit die Schutzfunktion des Stammrechts und damit des Sozialleistungsanspruchs zum Ausdruck. Der bloße Zeitablauf soll keine Auswirkungen haben auf das Stammrecht. Es wird damit verhindert, daß vor allem die zukünftige Verwirklichung der Einzelansprüche ausgeschlossen ist. Mögen Einzelansprüche in der Vergangenheit verjährt sein, ein unverjährbarer Gesamtanspruch bildet weiterhin die Grundlage für das Hervorbringen von Einzelansprüchen. Dies bedeutet für den Sozialleistungsberechtigten Schutz und Absicherung.

Neben diesen allgemeinen sozialen Gesichtspunkten läßt sich möglicherweise aus § 1546 RVO ein Argument für die Unverjährbarkeit des Stammrechts entnehmen. Nach dieser Vorschrift ist - wenn die Unfallentschädigung nicht von Amts wegen festgestellt wird - der Anspruch spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger anzumelden; wird der Anspruch später angemeldet, so beginnen die Leistungen mit dem Ersten des Antragsmonats, es sei denn, daß die verspätete Anmeldung durch Verhältnisse begründet ist, die außerhalb des Willens des An-

tragstellers lagen. In § 1546 wird infolge Zeitablaufs die zukünftige Verwirklichung von Einzelansprüchen ebenfalls nicht gehindert. Als schärfste Sanktion wird nur angeordnet, daß Einzelansprüche erst mit dem Ersten des Antragsmonats entstehen. Die in § 1546 RVO getroffene Regelung könnte man daher für die Unverjährbarkeit des Stammrechts anführen.

Barnewitz¹, der für die Verjährung des Gesamtanspruchs auf Rente in der gesetzlichen Rentenversicherung eintritt, führt als Argument die besondere Schutzbedürftigkeit der Rentenversicherungsträger als Organisation der Versichertengemeinschaft an. Der Rentenversicherungsträger könne sich niemals auf eine Beweislast des Anspruchstellers berufen, er sei vielmehr aufgrund der Offizialmaxime gezwungen, jeder in sich schlüssigen Rechtsbehauptung nachzugehen und eventuell sehr schwierige, umfangreiche und kostspielige Ermittlungen anzustellen. Daher erfordere der Zweck der Verjährung (Verhinderung von Beweisschwierigkeiten) die Verjährung des Gesamtanspruchs auf Rente.

Dieser Hinweis ist nicht überzeugend, da Einzelansprüche der Verjährung unterliegen, so daß die Anspruchsberechtigung nur für die nicht verjährte Zeit zu prüfen ist.

Ein entscheidender dogmatischer Gesichtspunkt ist jedoch gegen die von der h.M. vertretene Auffassung von der Unverjährbarkeit des Gesamtanspruchs anzuführen. Es bestehen insofern Bedenken gegen die bereits angedeutete Tendenz zur Verabsolutierung des Gesamtanspruchs². Das

¹ Barnewitz, a.a.O. S. 301 (306)

² vgl. Bauer DRV 65, 86 (90)

BSG rückt mit seiner Ansicht das Stammrecht in die Nähe der unverjährbaren absoluten Rechte des bürgerlichen Rechts. Absolute Rechte des BGB werden nicht als Ansprüche i.S.v. § 194 BGB betrachtet und sind daher unverjährbar¹. Nur die Ansprüche aus den absoluten Rechten, die z.B. entstehen bei Verletzung des Rechts, können verjähren. Die Verjährung eines Anspruchs hat jedoch auf das ihm zugrundeliegende Recht keinen Einfluß. Der Gesamtanspruch auf eine wiederkehrende Geldleistung - dies zeigt schon die Verwendung des Begriffs **A n s p r u c h** - hat aber keine Gemeinsamkeit mit den absoluten Rechten des BGB. Unter dem Stammrecht ist nichts anderes zu verstehen als ein Anspruch i.S.v. § 194 BGB, der auf eine Vielheit von gleichartigen und gleichmäßigen Einzelleistungen gerichtet ist². Nichtabsolute Rechte sind nur kraft ausdrücklicher Bestimmung von der Verjährung ausgenommen (vgl. z.B. §§ 194 Abs. 2, 758, 2042 Abs. 2 BGB). Eine solche ausdrückliche Bestimmung fehlt in der RVO.

Die h.M. im Sozialrecht in Bezug auf die Unverjährbarkeit des Gesamtanspruchs ist daher abzulehnen. Es ist vielmehr - ebenso wie bei den Dauerschuldverhältnissen des bürgerlichen Rechts - eine Verjährbarkeit des Stammrechts anzunehmen. Wenn das BSG für das Stammrecht den synonymen Ausdruck **Gesamt a n s p r u c h** gebraucht, dann sollte auch die Konsequenz der Verjährbarkeit gezogen werden. Diese im Gegensatz zur h.M. stehende Ansicht ist dogmatisch nicht angreifbar und führt auch in der Praxis nicht zu unsozialen Ergebnissen. Wenn man von einer Verjährungsfrist von 30 Jahren ausgeht, dann ergibt sich, daß im Sozialrecht praktisch kaum Verjäh-

1 Soergel/Siebert/Augustin, Anm. 16 zu § 194 BGB
BGB/RGRK/Johannsen, Anm. 2 zu § 194 BGB

2 vgl. S. 28 ff

rung des Stammrechts eintreten kann, nicht einmal in der Rentenversicherung. Höchstens in der Unfallversicherung könnte es in wirklich krassen Ausnahmesituationen zu einer Verjährung des Gesamtanspruchs kommen. Soziale Erwägungen können somit der hier vertretenen Auffassung nicht entgegengehalten werden.

Diese Auffassung steht auch nicht in Widerspruch zu § 45 SGB-AT. Der Wortlaut der Bestimmung sagt nichts aus über die Problematik der Verjährbarkeit des Stammrechts. Zwar könnte man der Ansicht sein, daß der Gesetzgeber mit der Neuregelung des § 45 SGB-AT die Rechtsprechung des BSG zur Unverjährbarkeit des Stammrechts stillschweigend gebilligt habe. Es kann aber auch vertreten werden, daß in Bezug auf die Verjährbarkeit des Stammrechts eine "planwidrige Lücke" gegeben ist, die durch analoge Anwendung zivilrechtlicher Grundsätze geschlossen werden muß.

§ 8 Die Verwirkung von Sozialleistungsansprüchen

Ein der Verjährung ähnliches Rechtsinstitut ist die Verwirkung. Auch bei der Verwirkung erhebt sich die Frage, ob der Gesamtanspruch oder nur die Einzelansprüche verwirkbar sind. Vor der Klärung dieser Frage soll jedoch auf Begriff und Anwendbarkeit der Verwirkung eingegangen werden.

I) Der Begriff der Verwirkung

Die Verwirkung ist ein Rechtsinstitut des bürgerlichen Schuldrechts. Es findet als allgemeiner Rechtsgrundsatz des § 242 BGB auf das gesamte bürgerliche Recht unmittelbar Anwendung¹. Als Rechtsinstitut ist die Verwirkung ein Sonderfall der unzulässigen Rechtsausübung i.S. des § 242 BGB. Seine Berechtigung ergibt sich aus der Notwendigkeit der Beseitigung der Folgen eines widerspruchsvollen oder gegensätzlichen Verhaltens - *venire contra proprium* - und aus dem unserer Rechtsordnung immanenten allgemeinen Vertrauensschutz². Die Wurzel der Verwirkung bildet hauptsächlich der deutsch-rechtliche Gedanke, daß man eines Rechts durch Verschweigen verlustig gehen kann³. Hieraus hat einst das Reichsoberhandelsgericht die Rechtsprechung über die illoyale Verspätung entwickelt⁴. Das Reichsgericht hat später diese Rechtsprechung fortgeführt und in zahlreichen Entscheidungen zum bürgerlichen Recht - zunächst zu Spezialgebieten⁵ und nachfolgend für das gesamte

1 RGZ 155, 152; Staudinger/Weber Anm. D 634, D 702 zu § 242 BGB; Erman/Sirp § 242 Anm. III 3 c

2 Lehmann, JW 1936, 2193, 2196; Stich, DVBl 56, 325 ff

3 Staudinger/Weber, D 573 zu § 242 BGB

4 Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts Bd 23, 83

5 RGZ 110, 133; 134, 38

Privatrecht - den Grundsatz herausgearbeitet, daß ein Recht verwirkt ist, wenn der Berechtigte während einer längeren Zeitspanne und unter Verhältnissen und Umständen untätig geblieben ist, unter denen vernünftigerweise etwas zur Wahrung des Rechts unternommen zu werden pflegt, und der Verpflichtete im Vertrauen auf diese Lage Maßnahmen für seine Lebensführung getroffen oder sonst disponiert hat. Dies ist auch heute noch unbestritten¹.

II) Die Verwirkung im Sozialrecht

Die Verwirkung ist zwar ein Rechtsinstitut des bürgerlichen Rechts, sie beinhaltet jedoch darüber hinaus einen allgemeinen Rechtsgedanken, der die gesamte Rechtsordnung beherrscht². Das Rechtsinstitut der Verwirkung muß daher, wie seit den Veröffentlichungen von Stich und Böhmer absolut herrschende Auffassung ist, auch für das öffentliche Recht³ und damit auch für das Sozialrecht als Teilgebiet des öffentlichen Rechts Geltung haben⁴. In der wohl als grundsätzlich anzusehenden Entscheidung des 2. Senats des BSG werden die zivilrechtlichen Grundsätze der Verwirkung ausdrücklich auch für das Recht der Sozialversicherung angewendet⁵.

Gegen die Anwendung der Verwirkung in der RV sind von Liebe⁶ Bedenken erhoben worden. Er meint, daß vielfach

1 BGHZ 21, 78; 25, 51

2 Erman/Sirp § 242 Anm. III 3 c; Schwankhart, BABl 1965, 287 (289)

3 Stich, DVBl 1956, 325; 1959, 238; Böhmer, Bay. VBl 1956, 173; BVerwG, DVBl 66, 600; Eyermann/Fröhler, Anm. 18 zu § 40 VwGO

4 BSGE 2, 288; 7, 199; BSGE 16, 79 (83); 23, 62 (65); 35, 91 (94); NJW 73, 871; Wannagat Bd I, S. 186; Lohmann, Soz.Vers. 68, 167 (168)

5 BSGE 7, 199

6 Liebe, Soz.Sich. 68, 200

Rentenbeträge in erheblicher Höhe nachzuzahlen seien und daß bei diesen Beträgen und der finanziellen Situation der Rentenversicherungsträger nach Wegen gesucht werde, diesen Belastungen durch Leistungen an einzelne Versicherte entgegenzuwirken. Zwar biete sich wohl hier das Rechtsinstitut der Verwirkung an, aber es fehle in der Praxis meist an den Voraussetzungen der Verwirkung. Ein Grund für die verspätete Antragstellung, der als illoyal, treuwidrig oder gar als dolos zu bezeichnen wäre, liege bei dem in der sozialen RV betreuten Personenkreis nie vor; hier handele es sich immer wieder - und das würde jeder Praktiker bestätigen können - um verspätete Antragstellungen aus Rechtsunkenntnis. Außer Rechtsunkenntnis gebe es in der sozialen RV keine Erklärung für eine verspätete Rentenantragstellung. Schließlich habe der Versicherungsträger auch Zinsgewinne für die verspätet auszuführenden Leistungen.

Diese Bedenken Liebes sind zum Teil berechtigt. Aber es muß jedoch auch festgestellt werden, daß das BSG bei der Anwendung der Verwirkung gerade in der RV große Zurückhaltung übt¹. Wenn im Einzelfall die Voraussetzungen der Verwirkung vorliegen, dann bestehen keine Bedenken, dieses Rechtsinstitut auch in der RV anzuwenden.

III) Die Reichweite der Verwirkung im Sozialrecht

Mit Bejahung der Anwendung der Verwirkung im Sozialrecht stellt sich die Frage nach der Reichweite dieses Rechtsinstituts, d.h. ob bei den wiederkehrenden Geldleistungen nur die Einzelansprüche oder auch das Stammrecht verwirkt werden können. Eine Verwirkung des Stammrechts würde auch die zukünftige Verwirklichung der Einzelansprüche

¹ BSGE 7, 199 (201)

schlechthin ausschließen.

In der Literatur wird teilweise die Meinung vertreten, daß bei der materiell-rechtlichen Institution der Verwirkung nicht der Gesamtanspruch oder das Stammrecht zerstört werde, sondern nur der Einzelanspruch auf Zahlung der monatlichen Einzelbeträge unterliege der Verwirkung¹. Hanisch² ist derselben Auffassung; Eine Verwirkung des Stammrechts würde auch die zukünftige Verwirklichung der Einzelansprüche ausschließen - eine Wirkung, die mit dem sozialen Charakter des Rechts der gesetzlichen RV nicht vereinbar wäre.

Nach anderer Ansicht von Rauch³ ergibt sich gerade aus den wesentlichen Unterschieden zwischen den Rechtsinstituten der Verjährung und der Verwirkung die Selbstverständlichkeit, daß auch die Rechtsposition des Stammrechts verwirkt werden kann. (Rauch geht dabei, wie das BSG, von der Unverjährbarkeit des Stammrechts aus.)

Das BSG nimmt zu dieser Problematik nur in einem obiter dictum Stellung⁴. Wer seine Ansprüche nicht oder nicht rechtzeitig betreibe, könne jedenfalls Ansprüche auf Einzelleistungen für zurückliegende Zeiten, m ö g l i - c h e r w e i s e sogar das Stammrecht verwirken. Immerhin wird damit aber andeutungsweise auf die Verwirkbarkeit auch des Gesamtanspruchs hingewiesen.

Die Stellungnahmen des BSG zur Verwirkung von Sozialleistungsansprüchen müssen in engem Zusammenhang mit der alten Rechtsprechung des BSG zur Verjährung (§ 29 Abs. 3

1 Lohmann, Soz.Vers. 68, 167 (169)

2 Hanisch, DRV 67, 23 (24)

3 Rauch, SGB 68, 518 (520)

4 BSGE 23, 62 (65)

RVO a.F.) gesehen werden. In seinen Entscheidungen vom 25.6.1964¹ und vor allem vom 4.5.65² hatte das BSG in kontinuierlicher Rechtsprechung festgestellt, daß die Verjährung von Rentenansprüchen gegen die Sozialversicherungsträger unabhängig davon, daß und seit welchem Zeitpunkt die grundlegenden materiell-rechtlichen Voraussetzungen des Anspruchs im Einzelfall bereits vorliegen, nach § 29 Abs. 3 RVO a.F. erst mit der Stellung des Antrags auf die Leistung eintreten könne, weil der Rentenanspruch erst zu diesem Zeitpunkt fällig werde. Seine Fälligkeit sei aber nach dem Gesetz Voraussetzung für das Inlaufen der Verjährungsfrist. Die Geltendmachung von Rentenleistungen für die Vergangenheit sei daher rückwirkend bis zum Zeitpunkt des Eintritts der materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen möglich. Mit Recht hatte Tannen³ darauf hingewiesen, daß bislang nicht beantragte Rentenleistungen noch Jahre oder sogar Jahrzehnte nach ihrer Anspruchsentstehung beansprucht werden könnten, ohne daß die Möglichkeit bestünde, diesen Ansprüchen gegenüber die Verjährungseinrede zu erheben. Es besteht daher der Eindruck, daß das BSG das Rechtsinstitut der Verwirkung anwandte, um die praktischen Auswirkungen seiner Rechtsprechung zu § 29 Abs. 3 RVO a.F. zugunsten der Versicherungsträger etwas abzumildern⁴. Ansprüchen, die für einen längeren zurückliegenden Zeitraum von einem Versicherten geltend gemacht wurden, sollte in einer Reihe von Fällen als "Riegel" die Verwirkung vorgeschoben werden. Wenn man die Ausführungen des BSG zur Verwirkung in diesem Zusammenhang sieht, wird nicht recht deutlich,

1 BSGE 21, 162

2 BSGE 23, 62

3 Tannen, DRV 65, 45

4 vgl. auch Liebe, Soz.Sich. 68, 200 (201); Lohmann, Soz.Vers. 68, 167; Tannen, DRV 65, 260

warum das BSG auch die Verwirkbarkeit des Stammrechts andeutet. Denn durch die Verwirkung des Stammrechts wird die zukünftige Verwirklichung der Einzelansprüche ausgeschlossen. Die Intention des BSG ging aber - wie gerade festgestellt - dahin, durch Anwendung der Verwirkung Ansprüche für längere Zeiträume in der Vergangenheit auszuschließen. Dazu hätte es ausgereicht, die Verwirkung auf Einzelansprüche in der Vergangenheit zu erstrecken. Dennoch ist im Ergebnis der angedeuteten Ansicht des BSG, wonach auch das Stammrecht möglicherweise der Verwirkung unterliegen kann, zuzustimmen. Die sozialen Gesichtspunkte, die gegen die Verwirkbarkeit des Gesamtanspruchs angeführt werden¹, vermögen weniger zu überzeugen als bei der Verjährbarkeit des Gesamtanspruchs. Spezifisches Tatbestandsmerkmal der Verwirkung (bei der Verjährung fehlt dieses Merkmal, hier kommt es allein auf den Ablauf einer bestimmten Zeit an) ist ein "illoyales" Verhalten des Berechtigten. Die Verwirkung ist Rechtsmißbrauch durch illoyal verspätete Rechtsausübung und läßt sich als Hauptanwendungsfall selbstwidersprüchlichen Verhaltens kennzeichnen: Wenn der Rechtsinhaber jetzt sein Recht ausüben will, so setzt er sich in einen unerträglichen Widerspruch zu seinem eigenen früheren untätigen Verhalten, wenn und weil der Verpflichtete angesichts der Umstände nicht mehr mit der Geltendmachung des Rechts zu rechnen brauchte². Wegen dieses "illoyalen" Verhaltens des Sozialleistungsberechtigten treten dessen Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den Interessen der Sozialleistungsträger (Schutz vor erheblichen Nachzahlungen) stärker in den Hintergrund als etwa bei der Verjährung. Wenn die tatbestandlichen Voraussetzungen

¹ vgl. Hanisch, a.a.O.

² vgl. Soergel/Siebert/Knopp, Anm. 281 zu § 242 BGB

der Verwirkung in einem Einzelfall wirklich vorliegen, wobei nach Aussage des BSG¹ bei der Anwendung der Verwirkung Vorsicht und Zurückhaltung geboten ist, dann ist nicht einzusehen, warum nur Einzelansprüche für die Vergangenheit verwirken sollen, nicht jedoch das Stammrecht und damit auch alle zukünftigen Einzelansprüche.

1 BSGE 7, 199 (201)

§ 9 Rechtsnachfolge in sozialrechtliche Ansprüche

I) Formen der Rechtsnachfolge

Das Institut der Rechtsnachfolge ist im Privatrecht entwickelt und bedeutet die Übertragung eines Rechts, im Regelfall eines Anspruchs, auf einen neuen Rechtsinhaber. Ob es eine Rechtsnachfolge im öffentlichen und speziell im Sozialrecht gibt, war bislang nicht ganz unbestritten¹. Diese Frage, die theoretisch immer wieder erörtert worden ist, ist zweifellos zu bejahen, wenn man sich das Vorhandensein verschiedener Nachfolgeregelungen im geltenden Sozialrecht vergegenwärtigt. Die Schwierigkeiten beginnen jedoch dort, wo es um die Voraussetzungen für die Rechtsnachfolge und um die Form, in der sie sich vollziehen kann, geht. Man unterscheidet herkömmlicher Weise eine Rechtsnachfolge unter Lebenden und eine solche von Todes wegen. Bei der Rechtsnachfolge unter Lebenden geht es um Formen einer rechtsgeschäftlichen Übertragung, also der Abtretung und der Verpfändung. Ferner gibt es eine Rechtsnachfolge kraft staatlichen Hoheitsaktes. Dazu zählt, wie im Zivilrecht, zunächst die Pfändung. Es kommen jedoch noch Sonderformen der Rechtsnachfolge im öffentlichen Recht hinzu, die ebenfalls einen vollen oder teilweisen Anspruchsübergang kraft Gesetzes oder besonderen Hoheitsaktes bewirken. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Fälle einer *cessio legis* sowie die Fälle der Überleitung von Ansprüchen kraft besonderer Anzeige. Ein ähnlich vielschichtiges Bild bietet sich bei der Rechtsnachfolge

¹ vgl. Bültmann, Rechtsnachfolge in sozialrechtliche Ansprüche; Schnorr v. Carolsfeld, Zur Rechtsnachfolge in Rentenberechtigungen der Sozialversicherung, Gedächtnisschrift für Rudolf Schmidt, 1966, 279 ff
Sieg, Die Vererblichkeit von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen, Festschrift für Ernst E. Hirsch, S. 187 ff

von Todes wegen. Die Rechtsnachfolge kann sich nach allgemeinem Erbrecht vollziehen, sie kann aber auch für den Bereich des Sozialrechts durch die Anordnung einer Sonderrechtsnachfolge geregelt werden.

Diese wenigen Hinweise auf die verschiedenen Formen der Rechtsnachfolge im Sozialrecht zeigen einen im Vergleich zum Zivilrecht beachtlichen Formenreichtum. Es geht demnach nicht um das Ob einer Rechtsnachfolge, sondern um die besondere Form und die besonderen Modalitäten, in denen sich diese Rechtsnachfolge vollziehen kann. Dabei stellt sich die Frage, ob das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung des Sozialrechts oder nur Einzelansprüche auf einen Rechtsnachfolger übergehen können.

II) Rechtsnachfolge unter Lebenden

1) Übertragung und Verpfändung von wiederkehrenden Geldleistungen

Für diese beiden Formen der rechtsgeschäftlichen Rechtsnachfolge, die im Gesetz gleich behandelt werden, bestimmt § 53 Abs. 2 SGB-AT: Ansprüche auf einmalige und laufende Geldleistungen können übertragen und verpfändet werden

1. zur Erfüllung oder zur Sicherung von Ansprüchen auf Rückzahlung von Darlehen und auf Erstattung von Aufwendungen, die im Vorgriff auf fällig gewordene Sozialleistungen zu einer angemessenen Lebensführung gegeben oder gemacht worden sind oder,
2. wenn der zuständige Leistungsträger feststellt, daß die Übertragung oder Verpfändung im wohlverstandenen Interesse des Berechtigten liegt.

Nach § 53 Abs. 3 SGB-AT können Ansprüche auf laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, in anderen Fällen übertragen und verpfändet werden, soweit sie den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigen.

Unter Übertragung i.S. des § 53 SGB-AT ist eine Abtretung gemeint, d.h. der Fall, daß eine Forderung - im Gesetzeswortlaut: der "Anspruch auf Geldleistung" - von dem bisherigen Gläubiger, dem Zedenten, auf einen neuen Gläubiger, den Zessionar, übertragen wird (§ 398 BGB)¹. Das bedeutet, daß auf die Übertragung i.S. des § 53 SGB-AT die §§ 398 ff BGB entsprechend anzuwenden sind².

Die Verpfändung, d.h. die vertragliche Bestellung eines Pfandrechts an einem Recht, kommt bisher in der Praxis der Sozialversicherung äußerst selten vor. Die Bestellung richtet sich nach den für die Übertragung des Rechts geltenden Vorschriften (§§ 1273 ff BGB).

Bei der Beantwortung der Frage, ob Stammrecht oder nur Einzelansprüche übertragen bzw. verpfändet werden können, ergeben sich zunächst aus dem Wortlaut des § 53 SGB-AT Anhaltspunkte. § 53 Abs. 3 SGB-AT spricht von "laufenden Geldleistungen". Laufende Geldleistungen (Gegensatz einmalige Geldleistungen) kehren regelmäßig wieder und werden für bestimmte Zeitabschnitte gezahlt³. Begrifflich sind damit die Einzelansprüche auf wiederkehrende Leistungen gemeint. Die Einzelansprüche entstehen in glei-

¹ vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 53 SGB-AT, Anm. 5 v. Maydell in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn, Vorbem. 4 vor §§ 53 bis 55 SGB-AT

Casselman in Koch/Hartmann, Anm. 5 zu § 53 SGB-AT

² vgl. BSGE 10, 160; 11, 60

³ Bley, in: SGB-Soz.Vers.-Ges.Komm, § 48 SGB-AT, Anm. 2

chen Zeitabschnitten jeweils neu (in der Regel zu Beginn des Zeitraumes, für den sie bestimmt sind) und stellen daher "laufende Leistungen" i.S.d. § 53 Abs. 3 SGB-AT dar.

§ 53 Abs. 3 SGB-AT sieht eine Übertragung und Verpfändung von Ansprüchen auf laufende Geldleistungen vor, "soweit sie den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigen". Anknüpfungspunkt ist also die Höhe des jeweiligen Einzelanspruchs. Nur soweit der laufende Einzelanspruch den für Arbeitseinkommen geltenden unpfändbaren Betrag übersteigt, kann er übertragen oder verpfändet werden. Zur Disposition stehen somit lediglich Beträge von Einzelansprüchen, die eine bestimmte Grenze überschreiten.

Ein anderes Indiz dafür, daß nur Einzelansprüche übertragen oder verpfändet werden können, läßt sich aus § 53 Abs. 2 Nr. 1 SGB-AT gewinnen. Danach muß die Leistung des Dritten im Vorgriff auf fällig gewordene Sozialleistungen gewährt worden sein, d.h. für einen Zeitraum, für den dem Berechtigten die Sozialleistung zusteht. Dieses Erfordernis der zeitlichen Kongruenz bedeutet, daß der Berechtigte seinen Anspruch auch nur insoweit abtreten kann, als der Dritte im Vorgriff geleistet hat. Eine Abtretung in größerem Umfang, als sie der Leistung des Dritten für den jeweiligen Zeitraum entspricht, kann nicht damit gerechtfertigt werden, daß der Dritte in einem anderen Zeitraum Leistungen erbracht habe¹. Das Erfordernis der zeitlichen Kongruenz zwischen dem Zeitraum, für den der abgetretene Leistungsanspruch zusteht

1 vgl. Burdinski in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn, Anm. 15 zu § 53 SGB-AT
Casselman in Koch/Hartmann, Anm. 17 zu § 53 SGB-AT

und dem Zeitraum, für den die Vorleistung gewährt wird, deutet ebenfalls darauf hin, daß nicht das Stammrecht, sondern nur die für den jeweiligen Abschnitt zu zahlende Leistung (ein Einzelanspruch) abgetreten werden kann.

Schließlich läßt sich ein weiterer Gesichtspunkt gegen die Übertragung bzw. Verpfändung des Stammrechts anführen. Grundlegende Voraussetzung für eine Rechtsnachfolge ist ein inhaltlich verselbständigtes und damit vom Träger lösbares Recht. Eine Sukzession setzt die nach und nach eingetretene Verselbständigung des Rechts von der Sache, vom Rechtsverhältnis und damit die Lösbarkeit von dessen Träger voraus. Infolge seiner inhaltlichen Konkretisierung darf es nicht mehr notwendig personenbezogen sein. Ein auf einen Rechtsnachfolger übergehendes Recht ist sachlich wie persönlich abstrahiert¹. Diese allgemeinen Erwägungen finden zum Teil in § 399, 1. Alternative BGB ihren gesetzlichen Niederschlag. Danach kann eine Forderung nicht abgetreten werden, wenn die Leistung an einen anderen als den ursprünglichen Gläubiger nicht ohne Veränderung ihres Inhalts erfolgen kann. Eine Änderung des Inhalts der Leistung ist einmal dann gegeben, wenn die dem Schuldner obliegende Leistungshandlung durch einen Gläubigerwechsel verändert werden würde und insbesondere zu seinen Lasten erschwert werden könnte². In zivilrechtlicher Literatur und Rechtsprechung sind darüber hinaus aber auch solche Forderungen als unabtretbar angesehen worden, bei denen sich die dem Schuldner obliegende Leistungshandlung durch eine Abtretung nicht verändert, der dem Gläubiger gebührende Leistungserfolg

1 Bültnann, a.a.O. S. 16

2 vgl. RGZ 64, 120, (122)

aber derart mit dessen Person verbunden ist, daß die Leistung an eine andere Person auch inhaltlich als eine andere Leistung erscheinen würde, so insbesondere bei den mit Rücksicht auf ihren Entstehungsgrund höchstpersönlichen Forderungen sowie bei zweckgebundenen Forderungen¹.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ergibt sich, daß eine Abtretung bzw. Verpfändung des Gesamtanspruchs nicht möglich ist. Das Stammrecht ist als höchstpersönliches Recht nur für seinen Inhaber, nicht für seine Rechtsnachfolger bestimmt. Die Gründe hierfür liegen in der Ausgleichsfunktion der Sozialleistungen, im Bezogensein dieser Leistungen auf einen höchstpersönlichen Ausgleichstatbestand. Daß der Ausgleichstatbestand die Kleinfamilie mittelbar mitbetreffen kann, ändert nichts an der grundsätzlich höchstpersönlichen Natur des Stammrechts. Die in den Tatbeständen der anspruchsbegründenden Normen genannten Entstehungsvoraussetzungen des Stammrechts sind mit der Person des Berechtigten untrennbar verbunden, was eine Übertragung des Gesamtanspruchs auf Rechtsnachfolger ausschließt. § 399, 1. Alternative steht somit ebenfalls einer Abtretung bzw. Verpfändung des Stammrechts entgegen².

2) Pfändung von wiederkehrenden Geldleistungen

Nach § 54 Abs. 3 SGB-AT können Ansprüche auf laufende Geldleistungen wie Arbeitseinkommen gepfändet werden

1 vgl. BGH NJW 72, 2036; BGB/RGRK/Weber, Anm. 19 zu § 399 BGB;

Palandt/Heinrichs, Anm. 2 a, b zu § 399 BGB
2 vgl. Hanisch, DRV 67, 23 (24)

1. wegen gesetzlicher Unterhaltsansprüche
2. wegen anderer Ansprüche nur, soweit die in Absatz 2 genannten Voraussetzungen (nach den Umständen des Falles muß die Pfändung der Billigkeit entsprechen) vorliegen und der Leistungsberechtigte dadurch nicht hilfsbedürftig im Sinne der Vorschriften des BSHG über die Hilfe zum Lebensunterhalt wird.

Auch hier spricht der gesetzliche Wortlaut gegen eine Pfändung des Stammrechts. Nur "laufende Geldleistungen" können wie Arbeitseinkommen gepfändet werden. Unter laufenden Leistungen sind die jeweils entstehenden Einzelansprüche zu verstehen. Mit der Verweisung auf die Pfändung der Arbeitseinkommen wird wie bei § 53 SGB-AT an die Höhe des jeweiligen Einzelanspruchs angeknüpft. Das Maß der Pfändung laufender Geldleistungen wegen Unterhalts (§ 54 Abs. 3 Nr. 1 SGB-AT) bestimmt sich nach § 850 d ZPO¹. Danach sind die in Betracht kommenden Sozialleistungen ohne die in § 850 c ZPO bezeichneten Beschränkungen pfändbar. Dem Schuldner ist jedoch so viel zu belassen, als er für seinen notwendigen Unterhalt und zur Erfüllung seiner laufenden gesetzlichen Unterhaltspflichten gegenüber den dem Gläubiger vorangehenden Berechtigten oder zur gleichmäßigen Befriedigung der dem Gläubiger gleichstehenden Berechtigten bedarf.

Soweit es um die Pfändung wegen sonstiger Ansprüche des Gläubigers geht (§ 54 Abs. 3 Nr. 2), führt die Verweisung in § 54 Abs. 3 auf das Arbeitseinkommen zu einer entsprechenden Anwendung des § 850 c ZPO². Im Gegensatz

¹ vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 54 SGB-AT, Anm.8
Casselmann in Koch/Hartmann, Anm. 7 b zu § 54 SGB-AT

² vgl. Burdinski in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn,
Anm. 27 zu § 54 SGB-AT

zu § 850 d ZPO sieht § 850 c ZPO generelle Pfändungsfreigrenzen vor, die nach der Höhe des Arbeitseinkommens und den bestehenden Unterhaltspflichten des Schuldners gestaffelt sind. Die jeweils pfändbaren Teile des Arbeitseinkommens lassen sich aus der amtlichen Tabelle zu § 850 c ZPO entnehmen.

Darüber hinaus sprechen Motive in Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte des § 54 SGB-AT gegen eine Pfändung des Stammrechts. Im Sozialrecht galt bisher der Grundsatz, daß Leistungen unpfändbar sind. Nur einige im Gesetz ausdrücklich aufgeführte Leistungen waren zum Teil noch unter besonderen Bedingungen oder nur wegen bestimmter Ansprüche pfändbar¹. Die enge Begrenzung der Pfändbarkeit durch die bisherigen Vorschriften (§§ 119, 619 RVO) ist in der Vergangenheit wiederholt kritisiert worden, ganz besonders, nachdem die Rentenreform 1957 die Lohnersatzfunktion der Rentenleistungen betont und durch die jährliche Anpassung deutlich gemacht hat. Für den privaten Gläubiger wären die Sozialleistungen gleichwohl unpfändbar geblieben. In Anbetracht dieser Entwicklung ist der bisherige Rechtszustand auch für verfassungsrechtlich problematisch erachtet worden. In der Entscheidung vom 25.7.1960² äußerte sich das BVerfG dahin, es lasse sich noch kein sicherer Zeitpunkt angeben, zu dem das generelle Pfändungsverbot infolge des fortschreitenden Ausbaues der sozialen Sicherheit als verfassungswidrig anzusehen sei. Mit Beschluß vom 30.5.72³ hat das BVerfG diese Entscheidung ohne nähere Begründung bestätigt. Die Neuregelung in § 54 SGB-AT

¹ vgl. Casselmann in Koch/Hartmann, Anm. 1, 2 zu § 54 SGB-AT

Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 54 SGB-AT, Anm. 2

² BVerfGE 11, 263

³ BVerfGE 33, 203

ist gegenüber dem bisherigen Recht dadurch gekennzeichnet, daß Ansprüche auf Sozialleistungen in erweitertem Umfang dem Rechtsverkehr und dem Zugriff der Gläubiger überlassen werden. Diese gesteigerte Zulässigkeit der Pfändung bezieht sich jedoch nur auf Einzelansprüche. Nach bisherigem Recht waren ebenfalls nur Einzelansprüche in allerdings eingeschränktem Maß pfändbar¹; das nunmehr geltende Recht dehnt die Pfändung in größerem Umfang auf Einzelansprüche aus. Eine Pfändung des Stammrechts ist jedoch auch nach neuem Recht nicht möglich. Der soziale Schutz des Leistungsberechtigten besitzt trotz der Anhebung der Verhältnisse von Arbeitern und Angestellten und der allgemeinen Erhöhung der Löhne und Renten weiterhin einen hohen Stellenwert und steht einer Pfändung des Stammrechts entgegen. Es ist auch gar nicht erforderlich, das Stammrecht einer Pfändung zu unterziehen. Den Belangen eines möglichst freien Rechtsverkehrs, an dem insbesondere die Gläubiger interessiert sind, kann durch erweiterte Zulassung der Pfändung von Einzelansprüchen in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden. Die in § 54 SGB-AT vorgenommene sozial- und rechtspolitische Abwägung zwischen Schuldner- und Gläubigerinteressen verlangt keine Pfändung des Stammrechts.

3) Überleitung von Ansprüchen kraft Anzeige

Die Überleitung als besondere Form der Rechtsnachfolge ist ein erst in neuerer Zeit im Sozialrecht geschaffenes Institut, für das es weder im Zivilrecht noch im öffentlichen Recht Ansätze gab². Im geltenden Recht sieht § 50 Abs. 1 SGB-AT eine Überleitung von Ansprüchen kraft

¹ vgl. Hanisch, DRV 67, 23 (24)

² vgl. Bültmann, a.a.O., S. 70 ff

schriftlicher Anzeige vor: Ist der Leistungsberechtigte untergebracht (§ 49 Abs. 1 SGB-AT), kann die Stelle, der die Kosten der Unterbringung zur Last fallen, seine Ansprüche auf laufende Geldleistungen, die der Sicherung des Lebensunterhalts zu dienen bestimmt sind, durch schriftliche Anzeige an den zuständigen Leistungsträger auf sich überleiten.

Die Regelung des § 50 SGB-AT ist der Vorschrift des § 119 a RVO a.F. nachgebildet und ergänzt § 49 SGB-AT. Sie vereinheitlicht und vereinfacht die schon bisher in vielen Sozialleistungsbereichen geltenden Regelungen zur Überleitung laufender Geldleistungen auf die Stelle, der die Kosten der Unterbringung zur Last fallen (vgl. die bisher geltenden §§ 119 a RVO, 71 a BVG, 123 Abs. 2 AFG). Aus dem bisherigen Recht hatte § 119 a RVO insofern besondere Bedeutung, als durch diese Vorschrift in der Fassung des Kostenermächtigungsänderungsgesetzes vom 23.6.70 die Überleitungsanzeige anstelle einer cessio legis eingeführt wurde. In der Begründung zum Regierungsentwurf¹ wurde dazu ausgeführt:

"Dies hat den Vorteil, daß Überzahlungen an den Unterbrachten und damit verbundene Rechtsstreitigkeiten zwischen diesem, dem Versicherungsträger und der Stelle, der die Kosten der Unterbringung zur Last fallen, vermieden werden. Solche Überzahlungen könnten bei einer cessio legis dann entstehen, wenn der Versicherungsträger nicht rechtzeitig von der Unterbringung des Berechtigten erfährt. Durch die Überleitungsanzeige ist er dagegen stets rechtzeitig informiert. Die neue Fassung soll damit dem Gebot der Rechtsklarheit, der Rechtssicherheit und der Verwaltungsvereinfachung dienen."

1 BT-Drucks. VI/329

Nicht nur aus dem Wortlaut ("Ansprüche auf laufende Geldleistungen"), sondern auch aus § 50 Abs. 2 SGB-AT ergibt sich, daß nur Einzelansprüche und nicht das Stammrecht übergeleitet werden können. Der Überleitungsanzeige kommt die Wirkung einer Abtretung zu¹. Die Wirkung der Überleitungsanzeige tritt jedoch nur mit den sich aus § 50 Abs. 2 SGB-AT ergebenden Einschränkungen ein. Unterhaltsansprüche und Leistungen für nicht unterhaltsberechtigte Kinder sind vorab zu erfüllen. Weiter ist die Überleitung auf die Höhe des Erstattungsanspruchs beschränkt. Schließlich müssen beide Ansprüche zeitlich übereinstimmen. Dies bedeutet, daß die Überleitungsanzeige sich nur auf die Sozialleistungen erstreckt, die zeitlich mit dem Erstattungsanspruch deckungsgleich sind. Es können also durch die Überleitung weder Erstattungszahlungen für einen zurückliegenden noch für einen zukünftigen Zeitraum bewirkt werden. Vielmehr müssen sich der Bezugszeitraum der Sozialleistung und der Zeitraum des Entstehens der Unterbringungskosten decken. Besteht nur für einen Teil des Monats Zeitgleichheit, so sind die auf diesen Teil entfallenden Sozialleistungsansprüche zu ermitteln². Unschädlich ist, wenn Nachzahlungen erfolgen; hier ist allein entscheidend, für welchen Zeitraum sie bestimmt sind³. Insbesondere die zeitliche Einschränkung des § 50 Abs. 2 SGB-AT macht deutlich, daß nicht das Stammrecht, sondern nur die für den jeweiligen Abschnitt zu zahlende Leistung (also ein Einzelanspruch) übergeht⁴.

1 vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm., § 50 SGB-AT, Anm. 4

2 Casselmann in Koch/Hartmann, Anm. 8 zu § 50 SGB-AT

3 Schellhorn in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn, Anm. 23 zu § 50 SGB-AT

4 vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers.-GesKomm., § 50 SGB-AT, Anm. 5

4) Cessio legis

Neben den bisher behandelten Nachfolgeformen kennt das Sozialrecht ferner Fälle der cessio legis, in denen der Rechtsträgerwechsel unmittelbar durch das Gesetz bewirkt wird. Auf den Übergang gerichteter Handlungen, wie bei der Überleitung, bedarf es nicht¹. Beispiele hierfür sind §§ 183 Abs. 3 oder 5 RVO, 8 Abs. 3 BKGG, 103 Abs. 2 AFG, 71 b BVG. Die Fälle der cessio legis weisen beim Übergang von Ansprüchen keine Besonderheiten auf. Auch hier können nur Einzelansprüche auf einen Rechtsnachfolger übergehen, nicht jedoch das Stammrecht. Teilweise ergibt sich dies schon aus dem Wortlaut der Vorschriften (183 Abs. 5 RVO). Des weiteren ist in allen Bestimmungen das Erfordernis der zeitlichen Kongruenz enthalten, ein Tatbestandsmerkmal, das - wie bei §§ 53 und 50 SGB-AT festgestellt - zum Ausdruck bringt, daß nur die für den jeweiligen Abschnitt zu zahlende Leistung und nicht das Stammrecht übergeht. Gem. § 8 Abs. 3 S. 1 BKGG ist Kindergeld zu gewähren, solange die Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder die Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen noch nicht zuerkannt sind. Nach § 8 Abs. 3 S. 2 BKGG geht der Anspruch auf Kinderzulagen aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder Kinderzuschüsse aus den gesetzlichen Rentenversicherungen bis zur Höhe des nach S. 1 für die gleiche Zeit gewährten Kindergeldes auf den Bund über. Der übergehende Anspruch (Anspruch auf Kinderzulagen oder Kinderzuschüsse) muß sich also mit dem Kindergeldanspruch zeitlich decken. Entsprechende Regelungen finden sich bei allen anderen Fällen der cessio legis.

¹ vgl. Bültmann, a.a.O., S. 88 ff

III) Rechtsnachfolge von Todes wegen

Die einschlägigen Vorschriften, die in Bezug auf die Vererbung von Sozialleistungsansprüchen für alle Sozialleistungsbereiche gelten, finden sich in den §§ 56 - 59 SGB-AT. Durch diese Bestimmungen wurden die bisherigen Regelungen in §§ 630, 1288 RVO; § 2 Abs. 2 und 28 Abs. 1 S. 3 WoGG abgelöst. Soweit eine Rechtsnachfolge von Todes wegen möglich ist, hat der Gesetzgeber zwei Formen dafür vorgesehen, nämlich die Sonderrechtsnachfolge gemäß § 56 SGB-AT und die allgemeine Erbfolge gemäß § 1922 BGB (§ 58 SGB-AT)¹. Die Sonderrechtsnachfolge bedeutet, daß beim Tode bereits fällige, aber noch nicht ausgezahlte Geldleistungen nicht zum Nachlaß gehören und daher nicht an den nach den Vorschriften des BGB infrage kommenden Erbberechtigten übergehen können². Die Sonderrechtsnachfolge geht somit der erbrechtlichen Universalnachfolge (§ 1922 ff BGB) vor und ist von ihr unabhängig³. Die Erbfolge gem. § 1922 BGB kommt nur in Betracht bei fälligen Ansprüchen auf laufende Geldleistungen, soweit keine Sonderrechtsnachfolge gem. § 56 SGB-AT stattfindet und der Anspruch nicht gem. § 59 SGB-AT erloschen ist.

Es bleibt zu untersuchen, was bei der Rechtsnachfolge von Todes wegen auf die Rechtsnachfolger übergehen kann, der Gesamtanspruch auf eine wiederkehrende Geldleistung oder nur bestimmte Einzelansprüche. Dabei können nicht die Ansprüche Gegenstand der Prüfung sein, die infolge des Todes des Berechtigten erst in der Person des oder der

¹ vgl. v. Maydell in Burdenski/v. Maydell/Schellhorn Vorbem. 9 vor § 56 SGB-AT

² Bley, in: SGB-Soz. Vers-Ges.Komm., § 56 SGB-AT, Anm. 3

³ Brackmann, S. 734; Sieg, S. 187 (199); Martens, WzS 68, 170;

Schnorr v. Carolsfeld, ZfS 68, 97 (99)

Hinterbliebenen aus dem Versicherungsverhältnis des Verstorbenen als eigene Hinterbliebenenansprüche auf Witwen-, Witwer-, Waisen- oder Elternrente entstehen. Hier kann in keinem Fall von einer Sukzession gesprochen werden. Es findet kein derivativer Erwerb statt, da die Ansprüche dem Verstorbenen selbst noch nicht zugestanden haben. Sie kommen vielmehr erst in der Person der Witwe oder der Waisen originär nach dem Tode des Ehemannes oder Vaters zum Entstehen. Diese eigenen Ansprüche der Hinterbliebenen sind völlig unabhängig von dem Anspruch des Versicherten¹.

Die Untersuchung erstreckt sich daher nur auf die Sozialleistungsansprüche, die in der Person des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes schon entstanden waren.

Die Beantwortung der Frage, ob Stammrecht oder Einzelansprüche beim Tod des Berechtigten auf Dritte übergehen können, ergibt sich schon aus dem Wortlaut des § 56 SGB-AT. Nach dieser Bestimmung stehen beim Tode des Berechtigten "fällige Ansprüche auf laufende Geldleistungen" nacheinander dem Ehegatten, den Kindern, Eltern, dem Haushaltsführer zu, wenn diese mit dem Berechtigten zur Zeit seines Todes in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben oder von ihm wesentlich unterhalten worden sind. Mit "fälligen Ansprüchen auf laufende Geldleistungen" können nur Einzelansprüche gemeint sein. Daß das Stammrecht unvererblich ist, ergibt sich neben dem Wortlautargument aus § 56 SGB-AT auch aus folgender dogmatischer Erwägung: Mit dem Tode des Gesamtanspruchsinhabers erlischt auch automatisch der Gesamtanspruch. Was Hinterbliebene nach dem Tode des Berechtigten als Hinterbliebenenrenten erhalten, erhalten sie aufgrund eines eigenen,

¹ vgl. Hastler, WzS 53, 65; Bültmann, S. 136, 137

in ihrer Person entstandenen Stammrechts. Der Gesamtanspruch ist also nur für seinen Inhaber, nicht für seine Rechtsnachfolger bestimmt, das Stammrecht besitzt einen höchstpersönlichen Charakter¹. Die Gründe hierfür wurden bereits bei der Übertragung bzw. Verpfändung von Ansprüchen (§ 53 SGB-AT) erörtert. Insoweit kann darauf Bezug genommen werden.

Nach Ansicht von Malkewitz² hindert diese Eigenschaft des Gesamtanspruchs zwar nicht grundsätzlich, daß die bereits zu Lebzeiten des Gesamtanspruchsinhabers entstandenen Einzelansprüche auf dessen Rechtsnachfolger übergehen würden, der Gesetzgeber betone aber die höchstpersönliche Natur des Gesamtanspruchs dadurch, daß er zur Vererblichkeit der entstandenen Einzelansprüche auch noch den in einem Antrag zum Ausdruck kommenden Willen des später Verstorbenen verlange, den Gesamtanspruch geltend zu machen. Durch diesen bekundeten Entschluß seien die entstandenen Einzelansprüche zu vererblichen Vermögensrechten geworden. Habe der später Verstorbene keinen Antrag gestellt, so sei der Gesamtanspruch mit dem Zeitpunkt des Todes nicht nur erloschen (das wäre er auch, wenn ein Antrag vorher gestellt wäre), sondern der Gesamtanspruch habe zusätzlich seine Kraft verloren, die bereits entstandenen Einzelansprüche vererblich zu machen. Ohne Stellung eines Antrages seitens des Verstorbenen bringe der Gesamtanspruch durch seinen Untergang auch die bereits entstandenen Einzelansprüche zum Erlöschen. Nach Malkewitz kommt also die höchstpersönliche Natur des Stammrechts besonders in der Antragsstellung zu Lebzeiten des Gesamtanspruchsinhabers als Voraussetzung für den

¹ vgl. Verbandskommentar Anm. 1 zu § 1288 RVO a.F.

² Malkewitz, a.a.O. S. 19

Übergang von Einzelansprüchen, die zu Lebzeiten des Berechtigten noch nicht festgestellt sind, zum Ausdruck. Diese Argumentation bedarf einer näheren Prüfung.

1) Mindermeinung in der Literatur

Eine Mindermeinung in der Literatur¹ lehnt die unterschiedslose Forderung eines Antrags des Verstorbenen als Voraussetzung für eine Vererbung von Einzelansprüchen, die noch nicht zu Lebzeiten des Berechtigten festgestellt wurden, ab. Insbesondere Sieg² ist der Auffassung, daß die Frage, ob der Übergang der Ansprüche abhängig ist von der vorherigen Antragstellung des später Verstorbenen, nicht von der Sukzessionsnorm ausgehend gelöst werden müsse, sondern die Bedeutung des Antrags sei entscheidend. Sieg unterscheidet zwei Arten von Anträgen: schlichte und qualifizierte. Unter schlichten Anträgen werden solche verstanden, durch die lediglich das Verfahren eingeleitet werden soll, die keine Bedeutung für die Entstehung des Stammrechts besitzen (z.B. Anträge für Renten wegen Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsrente, §§ 1246, 1247 RVO). Der Antrag bilde hier den Anstoß, damit der Versicherungsträger das ohnehin bestehende Stammrecht aktualisiere. Mit qualifizierten Anträgen sind diejenigen gemeint, die in den anspruchsbegründenden Normen ausdrücklich genannt sind. Der Eindruck, daß diesen qualifizierten Anträgen eine über das verfahrensrechtliche Gebiet hinausgehende Bedeutung zukomme, verfestigte sich zur Gewißheit, wenn man die Struktur derjenigen Leistungen betrachte, die an den qualifizierten Antrag geknüpft seien:

1 Sieg, Festschrift für Ernst E. Hirsch 1968, S. 187 (189); Bültmann, S. 104, 105; Schnorr v. Carolsfeld, ZfS 68, 97 (98)

2 Sieg, a.a.O. S. 190, 191

Dieser sei hier Ausdruck einer persönlichen Entscheidung des Versicherten.

Mit der gewonnenen Einteilung in schlichte und qualifizierte Anträge ist für Sieg auch der Schlüssel für die Vererblichkeit gewonnen. Überall, wo ein qualifizierter Antrag nötig sei, sei die vor seiner Stellung bestehende Anwartschaft höchstpersönlich. Ein "Anspruch" könne nur übergehen, sofern der Verstorbene bereits den Antrag gestellt habe. Mit dessen Entscheidung verwandele sich die höchstpersönliche Anwartschaft in ein vererbliches Recht. Wo hingegen der schlichte Antrag genüge, sukzediere der Nachfolger auch dann in den "Anspruch", wenn sein Vormann den Antrag noch nicht gestellt habe.

Bültmann¹ schließt sich ausdrücklich der Auffassung von Sieg an. Schnorr v. Carolsfeld geht noch einen Schritt weiter und lehnt generell das Antragserfordernis als Voraussetzung für eine Vererbung von Ansprüchen ab².

Wenn man dieser Mindermeinung folgen würde, dann müßte man auch die Argumentation von Malkewitz, wonach gerade durch den Antrag die Höchstpersönlichkeit und damit Unvererblichkeit des Stammrechts zum Ausdruck kommt, ablehnen, zumindest stark einschränken, denn nach Ansicht der Mindermeinung kommt dem Antrag als Voraussetzung für die Vererbung eben nur eine beschränkte bzw. gar keine Bedeutung zu. Aber auch von der Mindermeinung wird nicht die durchaus erwartbare Konsequenz der Vererblichkeit des Stammrechts gezogen. Man will anscheinend nur den Antrag als ein Argument für die Unvererblichkeit des Stammrechts modifizieren (Sieg) bzw. ganz entkräften (Schnorr v. Carolsfeld).

1 Bültmann, a.a.O. S. 105

2 Schnorr v. Carolsfeld, a.a.O. S. 97, 98

2) Herrschende Meinung in Rechtsprechung und Literatur

Von der Rechtsprechung¹ und ganz überwiegenden Literatur² wird vertreten, daß es den Erben versagt sein soll, einen eigenen Antrag zu stellen, ein Anspruch daher nur dann auf die Rechtsnachfolger übergehen kann, wenn der Verstorbene noch zu Lebzeiten einen Antrag gestellt hatte. So hat das BSG³ die Vererblichkeit des Anspruchs auf Witwenrentenabfindung abgelehnt, wenn die Erblasserin, die vor ihrer Wiederheirat bereits fortlaufend Rente bezogen hatte, noch keinen entsprechenden Antrag gestellt hatte. "Ohne die rechtsvermehrnde oder rechtsstärkende Wirkung des Antrags besteht eine begründete Aussicht, ein Anrecht, aber noch nicht ein vererbbares Vollrecht."

Begründet wird diese Ansicht der h.M. also damit, daß vor Antragstellung nur eine Anwartschaft oder Aussicht auf die Leistung bestehe, dagegen noch kein Rechtsverhältnis, das der Vererbung zugänglich sei. Außerdem wird ein Umkehrschluß aus § 1537 RVO angeführt. Dort sei - was sonst überflüssig gewesen wäre - das Gegenteil der Regel (Vererbbarkeit nur, wenn der Verstorbene noch Antrag stellte) zugunsten der Gemeinden und Fürsorgeträger ausdrücklich angeordnet.

Der Auffassung der h.M., wonach unterschiedslos der Verstorbene noch einen Antrag gestellt haben mußte, damit Einzelansprüche auf Rechtsnachfolger übergehen können und der darauf basierenden Argumentation von Malkewitz ist zuzustimmen. Die h.M. wird bestätigt durch die neue

1 RVA, AN 1898, 372; AN 1914, 697; AN 1916, 425; EuM 46, 425

2 Brackmann, S. 734 a; Jerosch, ZfS 53, 288; Gesamtkomm. Anm. 1 zu § 1288 RVO a.F.; Jantz/Zweng Anm. 1 zu § 1288 RVO a.F.

3 BSGE 15, 157

Regelung in § 59 S. 2 SGB-AT. Danach erlöschen Ansprüche auf Geldleistungen, wenn sie im Zeitpunkt des Todes des Berechtigten weder festgestellt sind noch ein Verwaltungsverfahren über sie anhängig ist. Damit kommt eindeutig zum Ausdruck, daß auch nach der Neuregelung (ausgenommen Unfallversicherung) am Antragserfordernis als Voraussetzung für die Vererbung für die Ansprüche, die im Zeitpunkt des Todes des Berechtigten noch nicht festgestellt sind, festgehalten werden soll¹.

Die Auffassung der h.M., die in § 59 S. 2 SGB-AT ihren Niederschlag gefunden hat, wurde vom BVerfG ausdrücklich gebilligt². Das BVerfG stellte fest, daß die Unvererblichkeit von Ansprüchen aus der RV, die der Versicherte selbst bei Lebzeiten nicht geltend gemacht habe, nicht gegen Art. 14 GG verstoße. Das Eigentum könne nicht verletzt sein, denn es fehle, wenn der Versicherte untätig bleibe, an einem Vermögensgegenstand, der Eigentum des Beschwerdeführers geworden sein könnte. Diese Regelung verstoße ferner auch nicht gegen das Erbrecht, denn durch die Beschränkung der Vererblichkeit werde das Erbrecht weder als Rechtsinstitut noch als Individualrecht in bezug auf die Ansprüche aus der RV in seinem Wesen endgültig beseitigt. Vielmehr werde es aufrechterhalten und nur von der Bedingung abhängig gemacht, daß der Versicherte selbst zu seinen Lebzeiten den Anspruch erhoben hätte. Diese Bedingung halte sich in dem Rahmen der dem Gesetzgeber in Art. 14 I S. 2 GG erteilten Befugnis zur näheren Ausgestaltung des Erbrechts.

¹ vgl. Hauck/Haines Anm. 5 zu § 59 SGB-AT
² BVerfG, NJW 66, 195

Ein Antrag als Voraussetzung für die Vererblichkeit von noch nicht zu Lebzeiten des Verstorbenen festgestellten Ansprüchen ist nur erforderlich bei Leistungen, für die das Antragsprinzip gilt. Bei Leistungsansprüchen, die von Amts wegen festgestellt werden (UV), ist es nicht erforderlich, daß der Berechtigte den Anspruch vor seinem Tode geltend gemacht hat¹. Hier ist die Rechtsnachfolge davon abhängig, daß der Leistungsträger noch zu Lebzeiten des Berechtigten mit dem Verfahren zur Feststellung des Anspruchs begonnen hat².

Als Ergebnis bleibt somit festzuhalten, daß vererblich nur Einzelansprüche sind (Wortlaut des § 56 SGB-AT), das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung wegen seiner höchstpersönlichen Natur nicht auf Rechtsnachfolger übergehen kann. Der höchstpersönliche Charakter des Stammrechts kommt bei Sozialleistungen mit Antragsprinzip dadurch zum Ausdruck, daß zur Vererblichkeit der bereits entstandenen Einzelansprüche der in einem Antrag hervortretende Wille des später Verstorbenen verlangt wird, den Gesamtanspruch geltend zu machen.

1 vgl. BSGE 31, 146; Brackmann S. 734 b

2 Hauck/Haines, Anm. 6 zu § 59 SGB-AT

§ 10 Der Verzicht auf Sozialleistungsansprüche

Der Verzicht auf Sozialleistungsansprüche ist geregelt in § 46 SGB-AT. Das bisher geltende Recht enthielt keine entsprechende Vorschrift.

Gemäß § 46 Abs. 1 SGB-AT kann auf Ansprüche auf Sozialleistungen durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Leistungsträger verzichtet werden; der Verzicht kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Der Verzicht ist unwirksam, soweit durch ihn andere Personen oder Leistungsträger belastet oder Rechtsvorschriften umgangen werden (§ 46 Abs. 2 SGB-AT).

Wie bei der Verjährung, der Verwirkung und der Rechtsnachfolge stellt sich auch beim Verzicht auf Sozialleistungsansprüche die Frage, ob Stammrecht oder Einzelansprüche einem Verzicht zugänglich sind. Zur Klärung dieser Problematik ist es notwendig zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen ein Verzicht auf Ansprüche im öffentlichen Recht zulässig ist.

I) Die Zulässigkeit des Verzichts im öffentlichen Recht

Sucht man im öffentlichen Recht über Einzelfälle hinaus nach allgemeinen Regeln, so findet man, vorbehaltlich

anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen, folgendes:
Unverzichtbar sind die Rechte, zu deren Ausübung der Berechtigte verpflichtet ist¹. Dasselbe gilt, wenn diese Rechte zwar nicht geltend gemacht werden müssen, aber in ihrem Entstehen und Weiterbestehen der Einwirkung des Berechtigten schlechthin oder weitgehend entzogen sind. Auf eine Berechtigung kann dagegen verzichtet werden, soweit nicht ein öffentliches Interesse an ihrer Geltendmachung oder ihrem Bestand einen Verzicht ausschließt. Ein solches öffentliches Interesse ist i.d.R. nicht vorhanden bei den Berechtigungen, zu deren Entstehung eine Mitwirkung der Zivilperson erforderlich war². Forsthoff³ faßt diese Erwägungen in dem Grundsatz zusammen, daß alle diejenigen Rechte und Rechtspositionen verzichtbar sind, die zur Verfügung des einzelnen stehen.

II) Folgerungen für die Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche im Sozialrecht

In einer Revisionsentscheidung des RVA vom 17.8.1932⁴ war die Wirksamkeit der Erklärung des Adoptivvaters eines im Jahre 1922 adoptierten Waisenkindes zu prüfen, in der die LVA gebeten wurde, die dem Adoptivkinde zustehende Waisenrente "aus reinen Gefühlsgründen heraus" aufzuheben oder den jeweils fälligen Betrag einer wohltätigen Stiftung zukommen zu lassen. Die LVA hatte daraufhin die Rentenzahlungen durch formlosen Bescheid eingestellt. Im Jahre 1926, als der Adoptivvater inzwischen sein Vermögen verloren hatte und mittellos dastand, beantragte er, die auf seinen Antrag eingestellte Rentenzahlung wieder aufzunehmen und die nicht zur Auszahlung gelangten Renten nach-

1 vgl. Jellinek, S. 214 f

2 Wolff I, S. 333

3 Forsthoff, S. 287 f; vgl. auch Bültmann, DOK 1934, 353

4 vgl. teilweise Wiedergabe bei Fuisting, Arb.Vers. 1932, 433 (435)

träglich wieder anzuweisen. Erst im Jahre 1930 auf erneuten Antrag fand sich die LVA bereit, die Rentenzahlungen ab 1.4.1930 wieder aufzunehmen, und zwar nur aus Billigkeitsgründen. Den Antrag auf Nachzahlung lehnte sie durch berufungsfähigen Bescheid ab, das OVA bestätigte diesen Bescheid. Das RVA hat die Erklärung des Adoptivvaters nicht als Verzicht auf den Anspruch überhaupt, sondern als solchen auf die jeweils fällig werdenden Rentebeträge angesehen. Als solcher wurde er für zulässig angesehen. Ein Verzicht auf den Anspruch überhaupt wurde für nichtig erachtet.

An der Entscheidung des RVA fällt auf, daß bei der Frage der Zulässigkeit des Verzichts zwischen dem Gesamtanspruch und den Einzelansprüchen differenziert wurde; man hatte nur eine andere Terminologie gewählt. Anstelle von Stammrecht oder Gesamtanspruch spricht das RVA von "Anspruch überhaupt", die Einzelansprüche werden als "jeweils fällig werdende Rentebeträge" bezeichnet. Leider liefert das RVA für die im Ergebnis zutreffende Feststellung, daß verzichtet werden kann nur auf Einzelansprüche, nicht jedoch auf das Stammrecht, keine Begründung.

Ausgangspunkt zur Beantwortung der Frage, ob Stammrecht oder Einzelansprüche verzichtbar sind, bildet der im öffentlichen Recht allgemein geltende Grundsatz, daß alle diejenigen Rechte und Rechtsstellungen verzichtbar sind, die zur Verfügung des einzelnen stehen. Das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung des Sozialrechts wäre somit einem Verzicht zugänglich, wenn es der rechtlichen Verfügungsgewalt des Verzichtenden unterliegen würde.

Bereits bei der Untersuchung des Entstehens des Stammrechts wurde festgestellt, daß es in der Regel aufgrund objektiver Gegebenheiten entsteht, ohne daß es dazu einer

Mitwirkung des Berechtigten bedarf. Das Stammrecht entsteht grundsätzlich unabhängig vom Willen des Berechtigten (automatisches Entstehen, sobald der Versicherungsfall eingetreten ist und eventuell noch eine Wartezeit erfüllt ist), der Berechtigte hat oft vom Entstehen des Stammrechts keine Kenntnis. Auch in seinem Fortbestand ist es weitestgehend dem Willen des Berechtigten entzogen. Der Gesamtanspruch ist weder übertragbar noch pfändbar oder verpfändbar. Die in §§ 53, 54 SGB-AT normierte beschränkte Zulassung dieser Verfügungen bezieht sich nicht auf das Stammrecht, sondern auf die Einzelansprüche. Da das Stammrecht nicht gewährleistet, daß der Berechtigte auch konkrete Zahlungsansprüche hat (entgegenstehen könnten Beginnsvorschriften oder Ruhensvorschriften) und da andererseits §§ 53, 54 SGB-AT dem Zweck dienen, bestimmte vom Gesetzgeber bevorzugte **Z a h l u n g s - a n s p r ü c h e** oder tatsächlich erfolgte **Z a h l u n g e n** Dritter auszugleichen¹, wird nur diese Auslegung dem Sinn der §§ 53, 54 SGB-AT gerecht. Zwar geben §§ 53, 54 SGB-AT dem Berechtigten wegen der zunehmenden Bedeutung der sozialen Geldleistungen als Lohnersatzleistungen die Befugnis, in größerem Umfang als bisher über Geldleistungen rechtsgeschäftlich zu verfügen. Diese gesteigerte Verfügungsbefugnis betrifft jedoch nur die Einzelansprüche, nicht das Stammrecht². Der Berechtigte hat also grundsätzlich auf Entstehen und Fortbestehen des Gesamtanspruchs keinen Einfluß, daher kann auf das Stammrecht nicht verzichtet werden.

Etwas anderes könnte jedoch für die Leistungen gelten, bei denen der Antrag materiell-rechtliche Anspruchsvoraussetzung ist. Gehört der Antrag zu den materiell-recht-

¹ vgl. Peters Anm. 1 zu § 119 RVO a.F.

² vgl. S. 170 ff

lichen Voraussetzungen (z.B. bei allen vor Vollendung des 65. Lebensjahres beginnenden Altersruhegeldern des § 1248 RVO), dann muß er für das Entstehen des Stammrechts vorliegen. Da der Antrag ein Mitwirkungsakt des Berechtigten darstellt, könnte man wegen dieser Einwirkungsmöglichkeit des Berechtigten auf das Stammrecht folgern, daß bei diesen wiederkehrenden Geldleistungen das Stammrecht verzichtbar ist.

Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß im Zusammenhang mit der Bedeutung des Antrags darauf hingewiesen werden muß, daß der Gesetzgeber bei Einführung des Antragsprinzips weniger an die Dispositionsbefugnis als vielmehr an die Tatsache gedacht hat, daß dem Versicherungsträger ohne einen Antrag der Versicherungsfall im allgemeinen nicht bekannt wird¹. Der Antrag ist somit nicht primär Ausfluß der Dispositionsbefugnis des Berechtigten, sondern er soll in erster Linie dem Versicherungsträger Kenntnis vom Eintritt des Versicherungsfalls verschaffen. Der Antrag kann daher auch bei denjenigen Leistungen, bei denen er zu den Entstehensvoraussetzungen des Gesamtanspruchs zählt, nicht unbedingt als stichhaltiger Beweis für die Verzichtbarkeit des Stammrechts angeführt werden. Hinzu kommt, daß der Antrag bei den Leistungen des Sozialrechts nur ausnahmsweise materiell-rechtlichen Charakter hat² (bei vorgezogenen Altersruhegeldern des § 1248 RVO, Leistungen des BVG, Wohngeld). Es erscheint gewagt, aufgrund dieser Ausnahmefälle von dem allgemeinen Grundsatz der Unverzichtbarkeit des Stammrechts abzugehen.

¹ vgl. Bosse/von Woedtke Anm. 1 zu § 75 I. u. AVG

² BSGE 16, 202 (203)

Zwei weitere Gesichtspunkte könnten jedoch für einen Verzicht auf das Rentenstammrecht des § 1248 RVO sprechen¹. Als Bezieher eines Altersruhegeldes können die Versicherten selbst die Wirkungen des Versicherungsfalls und damit den Gesamtanspruch auf Rente jedenfalls für die Zukunft beseitigen, indem sie eine Beschäftigung oder Tätigkeit aufnehmen, die den Rahmen des § 1248 Abs. 4 S. 1, 2 RVO überschreitet. Außerdem bietet § 1248 Abs. 6 RVO die Möglichkeit, den Zeitpunkt des das Stammrecht auslösenden Versicherungsfalls selbst zu bestimmen. Diese Bestimmung bezweckt, dem Versicherten auch dann einen Rentenanspruch zukommen zu lassen, wenn in den Absätzen 1 bis 3 und 5 genannten Zeitpunkten des Versicherungsfalles die Wartezeit noch nicht erfüllt ist. Sie soll außerdem dem Versicherten die Möglichkeit geben, die Höhe des Altersruhegeldes durch weitere Beiträge zu verbessern². Aufgrund dieser beiden Einwirkungsmöglichkeiten steht das Stammrecht auf Rente in seiner Entstehung und - jedenfalls zum Teil - auch in seinem Fortbestand eindeutig zur Verfügung des Versicherten.

Zur Entkräftung dieser beiden einen Verzicht des Rentenstammrechts indizierenden Argumente läßt sich anführen, daß sich auch beim Altersruhegeld die in §§ 53, 54/ genannten Verfügungsmöglichkeiten nicht auf das Stammrecht erstrecken. Hanisch³ legt die Möglichkeit des Rentenberechtigten, das Stammrecht für die Zukunft zu beseitigen (§ 1248 Abs. 4 RVO), dahingehend aus, daß damit die e i n z i g e Möglichkeit zu einer solchen Beseitigung aufgezeigt sei. Als unzweifelhaftes Argument für die Zulässigkeit eines Verzichts auf das Stammrecht des § 1248

1 vgl. Hanisch a.a.O.

2 Begründung der Regierungsvorlage, BT-Drucks. IV 2572, S. 24 zu Nr. 6

3 Hanisch a.a.O., S. 24

RVO bleibe danach allein die Vorschrift des § 1248 Abs. 6 RVO. Nach Ansicht von Hanisch kann der Versicherte seinen Willen, die Rente durch weitere Beitragsentrichtung zu steigern, ohne Schwierigkeiten auch über eine Rücknahme des Rentenanspruchs bis zum Eintritt der Bindungswirkung des Rentenbescheides verwirklichen, der Versicherte sei auf Verzicht also nicht angewiesen. Aus dieser anderen dem Versicherten zur Verfügung stehenden Möglichkeit sei zu folgern, daß § 1248 Abs. 6 RVO es weder erfordere noch rechtfertige, für den Bereich der Altersruhegelder von dem allgemeinen Grundsatz abzurücken, daß ein Verzicht auf das Rentenstammrecht nicht zulässig sei.

Den Ausführungen von Hanisch ist zuzustimmen. Die Möglichkeit einer Rücknahme des Rentenanspruchs bis zum Eintritt der Bindungswirkung des Rentenbescheides wird - soweit ersichtlich - nur von Söchting¹ bestritten. Sei der Rentenanspruch bereits festgestellt, d.h. ein Bescheid erteilt, dann könne der nunmehr Berechtigte den Antrag nicht mehr zurücknehmen. Dieser habe ja nur den Zweck, das Verwaltungsverfahren in Gang zu setzen, also die Rentenfeststellung zu betreiben. Damit sei die Wirkung des Antrages verbraucht. Möchte der Berechtigte die Leistung nicht haben, dann könne er nur auf sie verzichten.

Für diese Begrenzung des Rücknahmerechts des Versicherten besteht jedoch kein dogmatischer oder praktischer Grund². Vor dem Inkrafttreten des SGG vom 3.9.1953 hatten die Rentenbescheide der Rentenversicherungsträger die Qualität von erstinstanzlichen Urteilen. Nach § 102 SGG ist eine Klagerücknahme bis zum Schluß

¹ Söchting, SozVers. 61, 137

² vgl. Röss, SozVers. 66, 6 (9)

der mündlichen Verhandlung möglich. Da dieser Satz auch in der Berufungs- u. Revisionsinstanz gilt¹, kann die Klage bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung in der Revisionsinstanz zurückgenommen werden. Dasselbe gilt für den Rentenanspruch². Wenn auch heute der Rentenbescheid nur noch ein Verwaltungsakt ist, so hat durch die Änderung des Verfahrensrechts der RVO § 1545 Abs. 1 Nr. 2 RVO den Charakter als Verfahrensvorschrift nicht verloren. Der Rentenbescheid ist ein mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt; die Mitwirkung des Rentenbewerbers erfolgt durch die Antragstellung. Durch den Antrag wird ein Verwaltungsverfahren in Gang gesetzt, das mit einem Bescheid endet. Während des Verfahrens und nach Beendigung des Verfahrens bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der Rentenbescheid bindend geworden ist, muß der Antragsteller die Befugnis haben, den Antrag zurückzunehmen. Es ist nicht einzusehen, warum der Versicherte sich von einem unerwünschten Bescheid nur durch einen Verzicht befreien soll.

Nun ließe sich wieder einwenden, daß aus der Möglichkeit, den Antrag zurückzunehmen und damit eine Anspruchsvoraussetzung für vorzeitige Altersruhegelder wegfallen zu lassen, gerade die Dispositionsfreiheit hinsichtlich des Stammrechts folgt, was die Zulässigkeit des Verzichts auf das Stammrecht indiziert. Es ist jedoch zu beachten, daß in § 46 SGB-AT eine klare gesetzliche Regelung geschaffen wurde, aus deren Wortlaut sich eindeutig ergibt, daß ein Verzicht auf das Stammrecht nicht möglich ist. Nach Ansicht von Maier³ ist die Bestimmung des § 46 SGB-AT in sich logisch; sie unterscheide strikt, wieweit der Leistungsanspruch zur Verfügung des einzelnen stehe und damit einem Verzicht zugänglich sei; die Vorschrift

1 vgl. Peters/Sautter/Wolff, Anm. 3 zu § 102 SGG;
LSG Baden-Württemberg, Breithaupt 1957, S. 1151

2 vgl. Röss, SozVers. 66, 6 (9)

3 Maier, DAng.Vers. 75, 373 (386)

differenziere zwischen dem Stammrecht, dem Gesamtanspruch auf eine Sozialleistung einerseits und dem in der Regel monatlich entstehenden Einzelanspruch auf Leistungsgewährung andererseits. Die in Literatur¹ und Rechtsprechung² entwickelten Rechtsgrundsätze (danach ist einhellige Auffassung, daß auf das Stammrecht nicht verzichtet werden kann) seien hiermit positiviert worden. Nach Burdenski³ ist das Stammrecht in § 46 SGB-AT nicht angesprochen; dies ergebe sich schon aus einem Vergleich mit den Formulierungen in §§ 40, 41, 44, 45 SGB-AT.

Insbesondere § 46 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. läßt sich entnehmen, daß der Verzicht sich auf Einzelansprüche beschränkt und das Stammrecht ausnimmt. Danach kann der Verzicht jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Sinn dieser Regelung ist es, den Verzicht auf die jeweils fällig werdenden Raten von wiederkehrenden Leistungen für die Zukunft rückgängig zu machen⁴. Der Leistungsberechtigte soll vor den Folgen übereilten Handelns geschützt werden. Wesentliche Änderungen in seinen Vermögensverhältnissen können einen ausgesprochenen Verzicht fragwürdig machen. § 46 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. ist somit ausschließlich in Zusammenhang mit Einzelansprüchen zu sehen. Als Ergebnis folgt daher, daß sich § 46 SGB-AT nur auf Einzelansprüche bezieht; das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung des Sozialrechts ist einem Verzicht nicht zugänglich.

Der Wortlaut des § 46 SGB-AT bringt nicht unmittelbar zum Ausdruck, ob auch auf rückständige Einzelansprüche verzichtet werden kann. Die Auffassung des RVA⁵, daß ein solcher Verzicht nur für die Zukunft zulässig sei, ist

1 Malkewitz, a.a.O., S. 10 ff; Hanisch, a.a.O., S. 23 ff

2 BSGE 18, 62 ff; BSG SozR Nr. 36 zu § 1291 RVO

3 Burdenski in Burdenski/v. Maydell/Schellhorn, Anm. 9 zu § 46 SGB-AT

4 vgl. Casselmann in Koch/Hartmann, Anm. 4 zu § 46 SGB-AT; Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 46 SGB-AT, Anm. 5

5 RVA in AN 1928, 152; ebenso Fuisting, a.a.O. S. 433 ff (435 f)

abzulehnen. Aus welchen Gründen sollte ein Renten- oder Versorgungsberechtigter gehindert sein, auf Rentennachzahlungen für die Vergangenheit zu verzichten, insbesondere da der Verzicht nicht das Stammrecht betrifft? Dem Rentenberechtigten sollen die Zahlungen nicht "aufge-drängt" werden¹. Von § 46 SGB-AT werden daher auch in der Vergangenheit fällige Einzelansprüche umfaßt. Ob sie im konkreten Fall einem Verzicht unterfallen, ist Auslegungsfrage; maßgebend ist der Wortlaut der Verzichts-erklärung². Auch auf zukünftige Einzelansprüche kann ver-zichtet werden. Dies folgt schon daraus, daß der jeder-zeitige Widerruf für die Zukunft bei wiederkehrenden Leistungen gem. § 46 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. SGB-AT aus-drücklich zugelassen ist³.

1 vgl. Burdinski in Burdinski/v. Maydell/Schellhorn, Anm. 4 zu § 46 SGB-AT

2 Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 46 SGB-AT, Anm. 4

3 Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm, § 46 SGB-AT, Anm. 2

§ 11 Das Ende von Ansprüchen auf wiederkehrende
Geldleistungen des Sozialrechts

Aufschlüsse über das Verhältnis zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen lassen sich ferner gewinnen bei einer Untersuchung der wiederkehrenden Geldleistungen unter dem Gesichtspunkt "Ende des Leistungsanspruchs". Durch eine Analyse der einschlägigen Normen soll versucht werden, weitere Erkenntnisse über das Stammrecht und die Einzelansprüche zu erlangen.

1) Der "Wegfall" von Ansprüchen auf wiederkehrende
Geldleistungen

Einen wesentlichen Tatbestand der Beendigung von wiederkehrenden Geldleistungen bildet das gesetzliche Institut des "Wegfalls".

1) Der "Wegfall" von Ansprüchen auf wiederkehrende
Geldleistungen in der Rentenversicherung

a) In der Rentenversicherung bestehen folgende "Wegfallsvorschriften", wobei vorab darauf hingewiesen werden muß, daß der Tod des Berechtigten nur mit Einschränkung den "Wegfallgründen" zugezählt werden kann.

- aa) Vorgezogene Altersruhegelder nach § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO fallen nach § 1248 Abs. 4 RVO mit dem Beginn des Monats weg, in dem die Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit den in dieser Vorschrift festgelegten Rahmen überschreitet.
- ab) Die Renten wegen BU, EU und die Altersruhegelder fallen weg mit dem Ende des Monats, in dem der Berechtigte stirbt (§ 1294 RVO).
- ac) Renten wegen BU oder EU, die gem. § 1276 Abs. 1 RVO auf Zeit gewährt werden, fallen mit dem Ablauf des im Rentenfeststellungsbescheid bestimmten Zeitraumes weg (§ 1276 Abs. 2, S. 1 RVO).

ad) Der Kinderzuschuß ist Bestandteil der Versichertenrente, er teilt also ihr Schicksal und fällt auch zusammen mit ihr weg.

ae) Renten an Witwen und Witwer fallen weg, wenn der Rentenberechtigte stirbt (vgl. § 1294 RVO).

Alle Witwen- u. Witwerrenten fallen außerdem weg mit dem Ablauf des Monats, in dem der Berechtigte wieder heiratet (§ 1291 Abs. 1 RVO).

af) Wie alle anderen Rentenarten fallen auch die Waisenrenten mit dem Tode der berechtigten Waise weg (§ 1294 RVO). Die Waisenrente fällt ferner mit dem Ablauf des Monats weg, in dem die Voraussetzungen für ihre Gewährung weggefallen sind (§ 1292 RVO).

ag) Die Erziehungsrente fällt mit Ablauf des Monats weg, in dem ihre Voraussetzungen entfallen (vgl. §§ 1265 a Abs. 3 i.V.m. 1265 a Abs. 1 RVO).

In den ersten Reichsversicherungsgesetzen des vorigen Jahrhunderts war der "Wegfall" einer Leistung überhaupt nicht gesetzlich geregelt. Erst in der ab 1.1.1912 geltenden Fassung der RVO wurde unter dem Unterabschnitt X "Wegfall der Leistungen" im 2. Abschnitt des 4. Buches der RVO durch § 1298 der Wegfall von Hinterbliebenenrenten nach Wiederheirat, durch § 1299 der Wegfall von Waisenrenten nach vollendetem 15. Lebensjahr und durch § 1301 der Wegfall der Rente nach dem Tod des Versicherten in das Gesetz aufgenommen, ohne allerdings die Wirkungen und Verfahrensmodalitäten des Wegfalls zu regeln¹. Diese Nichtregelung der Wirkungen des Wegfalls war aber nicht praxisschädlich, weil das ehemalige RVA entschieden hatte, daß es der Einleitung eines formalen Wegfallverfahrens nicht bedürfe, da die Aufhebung der Leistung vielmehr durch bloße formlose Wegfallmitteilungen in den Fällen erfolgen könne, in denen lediglich nachgewiesene Personenstandsveränderungen den Leistungsbezug beeinflussen².

1 vgl. Tannen, SGb 74, 403 (404)

2 RVA, AN 1894, 283

b) Begriffliche Klärung des Instituts "Wegfall" von
Rentenleistungen

Eine eindeutige Klärung des Begriffs "Wegfall" - etwa durch besonders genaue Formulierungen - führen die aufgeführten Vorschriften allerdings nicht herbei. Es fragt sich, welcher rechtliche Charakter dem Begriff Wegfall zukommt, insbesondere welche Auswirkungen sich auf die Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch ergeben.

Nach Ansicht von Heinze¹ läßt sich bei einem Vergleich der Wegfallvorschriften erkennen, daß der Wegfall die Wirkungen des bereits eingetretenen Versicherungsfalles nicht völlig beseitige, denn bei der Wiedergewährung trete kein neuer selbständiger Versicherungsfall ein. Der Rentenanspruch erlösche nicht schlechthin, sonst könnte ein alter Anspruch nicht wiederaufleben, sondern es würde ein neuer Anspruch entstehen. Während des Wegfallzeitraumes könne der Anspruch nur nicht geltend gemacht werden. Der Wegfall stehe der Rentengewährung leistungshindernd entgegen. Die Leistungshinderung weise eine rechtliche Besonderheit auf, die als Charakteristikum des Rentenwegfalls zu werten sein dürfte: sie sei als auflösend bedingt anzusehen. Während der Zeit des Wegfalls werde zwar die Rente zufolge der Leistungshinderung nicht gewährt, der Rentenberechtigte behalte aber eine besonders geschützte Rechtsstellung, ähnlich einer zivilrechtlichen Anwartschaft. Der Anspruch bleibe während dieser Zeit hinsichtlich seiner Rechtswirkungen in der Schwebe. Die auflösende Bedingung, die die Leistungshinderung beseitigen könne, sei normiert in den jeweiligen Voraussetzungen der Wiedergewährung. Trete die Bedingung ein, d.h. würden die Wiedergewährungsvoraussetzungen erfüllt, dann hörten die Wirkungen des Wegfalls

¹ Heinze, SGB 58, 237 (241)

auf und der frühere Rechtszustand, d.h. die Wirksamkeit des Rentenanspruchs, trete von selbst wieder ein. Falle die Bedingung aus, dann bleibe der Wegfall endgültig von Bestand und der Rentenanspruch erlösche. Fasse man den Rentenwegfall derart auf, so zeige sich, daß gewisse rechtliche Ähnlichkeiten mit dem Ruhen der Rente bestünden, weil auch das Ruhen "eine den Anspruch selbst nicht berührende Rechtsfolge gewisser gesetzlicher Tatbestände darstelle, deren Wirkung allein in der Nichtauszahlung bestehe".

Nach Ansicht von Malkewitz¹ ist den genannten Vorschriften gemeinsam, daß die Rente "wegfalle", d.h. daß der Gesamtanspruch automatisch erlösche, und zwar, wie die angeführten Vorschriften zeigten, i.d.R. mit Ablauf des Monats, in dem der jeweilige Wegfalltatbestand (Tod, Heirat, usw.) eingetreten sei. Der Gesamtanspruch werde also noch bis zum Monatsende am Leben erhalten. Ein Bescheid des Versicherungsträgers über den Wegfall, wenn er überhaupt ergehe, sei ein lediglich deklaratorischer Verwaltungsakt.

Diese Ausführungen von Heinze und Malkewitz bedürfen der Richtigstellung. Der Ansicht von Heinze ist anzukreiden, daß keine dogmatisch saubere Trennung zwischen Einzelanspruch und Stammrecht erfolgt, ferner der "Wegfall" in die Nähe des "Ruhens" gerückt wird. Diese Auffassung paßt außerdem nicht für alle Wegfalltatbestände, vor allem nicht für den des Todes. Der Meinung von Malkewitz muß man eine Verkennung der Bedeutung der Wegfallvorschriften entgegenhalten.

¹ Malkewitz, a.a.O. S. 10 (17)

c) Der Wegfall des Gesamtanspruchs

Um zu einem dogmatisch richtigen Ergebnis zu kommen, muß zunächst geklärt werden, wann der Gesamtanspruch wegfällt. Das Vierte Buch der RVO normiert zwar (z.B. in § 1246 Abs. 1 RVO) Rentenansprüche dem Grunde nach und an anderer Stelle (z.B. in § 1290 Abs. 1 S. 1 bzw. Abs. 2 RVO) die ihnen folgenden Einzelansprüche, ohne daß diese jedenfalls hinsichtlich ihres Beginns zeitgleich sein müssen¹, spricht sich aber nirgends darüber aus, wann ein Gesamtanspruch erlischt. Im § 1292 RVO, der den Wegfall der Waisenrente betrifft, klingt allenfalls in einem Nebensatz der Wegfall des Gesamtanspruchs an: Wenn die Voraussetzungen für die Gewährung einer Leistung, deren Erfüllung also eben diesen Gesamtanspruch entstehen ließen, nicht mehr bestehen, erlischt dieser Gesamtanspruch automatisch. Bis zu welchem Zeitpunkt dann die Rente trotz des Nichtmehrbestehens des Gesamtanspruchs noch zu zahlen ist, ist eine andere Frage.

Ebenso wie das Stammrecht auf eine wiederkehrende Geldleistung der Rentenversicherung entsteht, sobald die materiellen Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, die in den jeweiligen gesetzlichen Tatbeständen genannt werden, erlischt auch das Stammrecht infolge eines Wegfalltatbestandes automatisch wieder, sobald eine materielle Anspruchsvoraussetzung nicht mehr gegeben ist (Heirat von Witwen und Witvern, Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Bezugszeit für Waisenrenten) oder der Tod des Berechtigten eingetreten ist.

¹ vgl. "Entstehen von Ansprüchen auf wiederkehrende Geldleistungen in der RV", S. 69 ff

d) Der Wegfall der Einzelansprüche

Die aufgeführten Wegfallvorschriften, nach denen i.d.R. der Rentenwegfall mit dem Ende des Monats eintritt, in dem die Voraussetzungen hierfür eingetreten sind, d.h. die Renten bis zum Ablauf des Monats gezahlt werden, in dem der Wegfalltatbestand eintrat, sind lediglich Auszahlungsvorschriften, die die Einzelansprüche betreffen. Diese Vorschriften setzen zwar voraus, daß aufgrund des Eintritts eines Wegfalltatbestandes das Stammrecht bereits erloschen ist, beziehen sich jedoch ausschließlich - dies ergibt sich schon aus ihrem Wortlaut - auf die einzelnen Auszahlungsansprüche. Die Ansicht von Malke-witz, der diese Vorschriften auf das Stammrecht bezieht, ist unzutreffend. Mit Ablauf des Monats, in dem der Wegfalltatbestand eintritt, fällt nicht das Stammrecht weg, sondern nur der Einzelanspruch. Das Stammrecht ist schon zu einem früheren Zeitpunkt erloschen, nämlich zum Zeitpunkt des Todes des Berechtigten, der Heirat von Witwern bzw. Witwen usw.

Es läßt sich somit an den Wegfallvorschriften feststellen, daß die Rente i.d.R. bis zum Ende des Monats gezahlt werden muß, in dessen Verlauf der Gesamtanspruch erloschen ist. Hier wird also bewußt ein Einzelanspruch normiert für eine Zeit, in der der Gesamtanspruch nicht mehr besteht. Der Einzelanspruch besteht jedenfalls bis zum Ende des Monats, in dem der Gesamtanspruch erloschen ist, weiter. Als Begründung dafür läßt sich anführen, daß Renten grundsätzlich nur in vollen Monatsraten ausgezahlt werden. Die Einzelansprüche sind so gestaltet, daß als kleinste Einheit der Monatsbezug angesehen wird. Würde beim Wegfall einer Leistung der Einzelanspruch nicht bis zum Ende des Monats Bestand haben, in dem die

Anspruchsvoraussetzung nicht mehr gegeben ist, so müßten Teilbeträge einer Monatsrente berechnet und wieder eingezogen werden¹. Ein solches Verfahren liegt nicht im Sinne des Gesetzes und wäre mit Rücksicht darauf, daß die volle Monatsrente mit dem Beginn des Monats von dem Berechtigten erworben wird, nicht unbedenklich. Es würde zudem einen unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit und Arbeit bei den beteiligten Stellen erfordern, die Kosten eines Einziehungsversuches wären oft höher als die wieder einzuziehenden Beträge.

e) Die mangelnde Kongruenz von Stammrecht und Einzelansprüchen

Bei der Untersuchung des Entstehens von Rentenansprüchen wurde festgestellt, daß grundsätzlich eine mangelnde Kongruenz zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen der Einzelansprüche bestand, d.h. daß zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs i.d.R. eine zeitliche Lücke klaffte. Der erste Einzelanspruch entstand gewöhnlich erst nach dem Entstehen des Gesamtanspruchs (vgl. § 1290 I S. 1 RVO). Genau diese mangelnde Kongruenz, allerdings im umgekehrten Sinne, wird deutlich auch beim "Wegfall" der Rentenansprüche². Hier erlischt zuerst das Stammrecht. Die Einzelansprüche überdauern das Stammrecht, erlöschen zu einem späteren Zeitpunkt, erst mit Ablauf des Monats, in dem das Stammrecht sein Ende fand.

Dieser dogmatischen Konstruktion, insbesondere der Feststellung, daß ein Einzelanspruch bewußt normiert wird für eine Zeit, in der der Gesamtanspruch nicht mehr besteht, der Einzelanspruch also das Stammrecht

1 vgl. Verbandskommentar, Anm. 3 zu § 1294 RVO

2 vgl. Bley, in: SGB-Soz.Vers-Ges.Komm., § 40 SGB-AT, Anm. 4 d

überdauert, könnte man entgegenhalten, daß ein Einzelanspruch ohne Vorhandensein des Stammrechts nicht existieren kann. Wie sollte ein Einzelanspruch ohne Existenz des Stammrechts zum Entstehen kommen? Es ist jedoch zu beachten, daß auch beim Wegfall des Rentenanspruchs der Grundsatz bestehen bleibt, daß ohne das Stammrecht keine Einzelansprüche entstehen können. Der letzte Einzelanspruch, der das Stammrecht überdauert, weil er erst mit Ablauf des Monats erlischt, in dem das Stammrecht endet, entsteht nicht aus "luftleerem Raum" heraus, ist nicht ohne Bindung zum Gesamtanspruch, sondern wird, wie alle anderen Einzelansprüche auch, vom Stammrecht "hervorgebracht". Denn zu dem Zeitpunkt, in dem das Stammrecht infolge eines Wegfalltatbestandes erlischt, ist der letzte Einzelanspruch, der das Stammrecht überlebt, bereits "erzeugt", da die dem ersten Einzelanspruch folgenden Ansprüche jeweils am Monatsanfang neu entstehen. Wenn also z.B. das Stammrecht am 15. eines Monats erlischt, der letzte Einzelanspruch erst mit Ablauf dieses Monats endet, dann hat zum Entstehungszeitpunkt des das Stammrecht überdauernden letzten Einzelanspruchs, also anfang des Monats, das Stammrecht noch bestanden und konnte diesen letzten Einzelanspruch noch "hervorbringen". Trotz der Tatsache, daß somit der letzte Einzelanspruch erst nach dem Ende des Stammrechts erlischt, bleibt dennoch der Grundsatz bestehen, daß ohne die Existenz des Gesamtanspruchs kein Einzelanspruch zur Ausbildung kommen kann.

Nun könnte man jedoch den Einwand erheben, aus dem Erwerb des (letzten) Einzelanspruchs auf die (letzte) Monatsrente zu Beginn des Wegfallmonats folge, daß auch das Stammrecht auf den gesamten Monat erstreckt werde. Diese Auffassung läßt sich aber weder mit den gesetzlichen Bestimmungen noch mit allgemeinen dogmatischen

Erwägungen begründen. Die vorhandenen Vorschriften sagen lediglich etwas aus über den Wegfall von Einzelansprüchen. Man kann nicht Vorschriften, die eindeutig nur den Wegfall von Einzelansprüchen regeln, auch auf das Stammrecht beziehen. Da keine gesetzlichen Bestimmungen auf den Wegfall des Gesamtanspruchs Bezug nehmen, muß auf allgemeine Grundsätze zurückgegriffen werden. Dabei erscheint es einleuchtend, einen Wegfall des Stammrechts dann eintreten zu lassen, wenn die Anspruchsvoraussetzungen, deren Erfüllung eben dieses Stammrecht entstehen ließen, nicht mehr gegeben sind. Insofern korrespondieren Entstehen und Wegfall des Gesamtanspruchs. Wie gerade festgestellt, entsteht der letzte das Stammrecht überdauernde Einzelanspruch zu einem Zeitpunkt, zu dem der Gesamtanspruch noch bestanden hat. Daß ein vom Stammrecht noch hervorgebrachter Einzelanspruch dieses "überlebt", steht nicht im Widerspruch zu den bisher gefundenen Ergebnissen. Daher ist die Auffassung, wonach auch das Stammrecht auf den gesamten letzten Monat erstreckt wird, abzulehnen.

Wenn somit vom "Wegfall" einer Rente der RV gesprochen wird, dann bedeutet dies, daß das Stammrecht auf eine Rente infolge eines Wegfalltatbestandes untergegangen ist. Dem Untergang des Stammrechts i.d.R. zeitlich nachfolgend, erlischt auch der letzte Einzelanspruch. Die Vorschriften, die einen Wegfall anordnen, beziehen sich nicht auf den Gesamtanspruch, sondern sagen etwas aus, wann die Auszahlungsansprüche enden. "Wegfall" einer Rente heißt daher sowohl Untergang des Stammrechts als auch der Einzelansprüche, wobei letztere erst zu einem späteren Zeitpunkt als das Stammrecht erlöschen¹.

¹ vgl. Verbandskommentar, Vorbem. zu §§ 1291-1294 RVO

2) Der "Wegfall" von Ansprüchen auf Leistungen in der Unfallversicherung

In der UV kommen folgende Bestimmungen, die einen Wegfall einer wiederkehrenden Leistung vorsehen, in Betracht:

- a) Übergangsgeld wird gezahlt "solange" der Verletzte infolge des Arbeitsunfalls arbeitsunfähig ist (§ 560 I S. 1 RVO). Das Übergangsgeld fällt aber nicht nur mit dem Ende der Arbeitsunfähigkeit, sondern auch nach § 562 Abs. 1 RVO mit dem Tage weg, an dem erstmalig Verletztenrente gezahlt wird.
- b) Verletztenrente fällt mit dem Tod des Verletzten weg. Sinkt die MdE dagegen nur unter den rentenberechtigenden Grad, so fällt die Rente nicht weg, sie ist vielmehr zu entziehen¹. Der Anspruch auf die Rente oder einen Teil der Rente entfällt vom Tag der Aufnahme in ein Alters- oder Pflegeheim an auf ein Vierteljahr, und, wenn der Verletzte nicht einen Monat vor Ablauf dieser Zeit widerspricht, jedesmal auf ein weiteres Vierteljahr, wenn nicht ein wichtiger Grund dem Verbleiben entgegensteht (§ 586 Abs. 2 RVO).
- c) Renten an Witwen und Witwer fallen weg, wenn der Rentenberechtigte stirbt (§§ 590 Abs. 1, 593 RVO).
Witwen- u. Witwerrenten fallen weg mit dem Ablauf des Monats, in dem der Berechtigte wieder heiratet (§ 590 Abs. 1 RVO).
- d) Hinterbliebenenrenten, die gem. § 597 RVO gewährt werden, fallen weg, wenn festgestellt wird, daß ein Versicherter, der als verschollen galt, noch lebt. Die Rente endet mit Ablauf des Monats, in dem die Feststellung getroffen wird (§ 597 Abs. 4 RVO).
- e) Renten an frühere Ehegatten fallen weg, sobald der frühere Ehegatte ohne den Arbeitsunfall nicht mehr unterhaltsberechtig gewesen wäre (§§ 590, 592 Abs. 1, 593 Abs. 1, 2 RVO).
- f) Wie alle anderen Rentenarten fallen auch die Waisenrenten mit dem Tod der berechtigten Waise weg.
Die Waisenrente fällt ferner mit dem Ablauf des Monats weg, in dem die Voraussetzungen für ihre Gewährung weggefallen sind.

¹ Brackmann, S. 602 h

- g) Die Elternrente gem. § 596 RVO fällt mit dem Tod der Berechtigten weg. Ferner tritt Wegfall der Aszendentenrente ein nach § 596 Abs. 1, letzter Halbsatz¹.

Das Ende des Stammrechts und der Einzelansprüche

Ein Vergleich der Wegfallvorschriften der UV mit denen der RV ergibt, daß große Ähnlichkeiten bestehen in Bezug auf die Systematik zwischen Stammrecht und Einzelanspruch. Auch in der UV gilt der Grundsatz, daß das Stammrecht in dem Augenblick erlischt, in dem eine materielle Anspruchsvoraussetzung fehlt (also die Witwe oder der Witwer wieder heiratet, die Waise das zum Bezuge berechtigende Lebensalter überschreitet).

Gem. § 631 RVO wird die Rente bis zum Ende des Monats gewährt, in dem die Voraussetzungen für ihren Wegfall eintreten. Die Vorschrift gilt sowohl für Verletztenrente (§§ 580 ff RVO) als auch für Hinterbliebenenrenten (§§ 590, 592, 593, 595, 596 RVO)². § 631 RVO ist als eine Parallelvorschrift zu § 1294 RVO anzusehen und bezieht sich wie diese auf die Einzelansprüche und nicht auf das Stammrecht. § 631 und § 597 Abs. 4 RVO setzen ebenso wie die §§ 1291 - 1294 RVO voraus, daß aufgrund eines Wegfalltatbestandes das Stammrecht bereits erloschen ist. Sowohl § 631 als auch § 597 Abs. 4 RVO machen deutlich, daß grundsätzlich auch in der UV eine mangelnde Koinzidenz zwischen Erlöschen des Stammrechts und der Einzelansprüche besteht. Auch hier bestehen Einzelansprüche zu einem Zeitpunkt fort, in dem der Gesamtanspruch bereits erloschen ist. Es bleibt aber auch wie bei der RV bei dem Grundsatz, daß ohne die Existenz des Stammrechts kein Einzelanspruch zum Entstehen gelangt. Der letzte, das Stammrecht überlebende Einzelanspruch

¹ Lauterbach, Anm. 4 zu § 631 RVO

² Lauterbach, Anm. 2b zu § 631 RVO

wird immer noch vom Stammrecht "erzeugt". Eine Ausnahme von der Feststellung, daß in der UV die Einzelansprüche i.d.R. das Stammrecht überdauern, bildet das Übergangsgeld. Für das Übergangsgeld gilt die Regelung des § 631 RVO nicht. Der Anspruch auf Übergangsgeld fällt weg mit der Beendigung der Arbeitsunfähigkeit oder mit dem Beginn der Verletztenrente (§§ 560 Abs. 1, 562 Abs. 1 RVO). Mit Ablauf des Tages, an dem die unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit nicht mehr vorhanden ist, als auch mit dem Tag, für den erstmalig Verletztenrente gewährt wird, endet das Stammrecht, da die Arbeitsunfähigkeit materielle Anspruchsvoraussetzung des Übergangsgeldes ist bzw. durch § 562 Abs. 1 RVO ein allgemeiner Ausschluß des Übergangsgeldes eintreten soll, sofern Verletztenrente gewährt wird. Zum gleichen Zeitpunkt, in dem das Stammrecht erlischt, findet auch der letzte Einzelanspruch ein Ende. Für das Übergangsgeld besteht keine § 631 RVO entsprechende Regelung, der man entnehmen könnte, daß ein Einzelanspruch das bereits untergegangene Stammrecht "überlebt". Stammrecht und Einzelanspruch finden ohne zeitliche Verschiebung beim Übergangsgeld ein Ende. Als Grund hierfür läßt sich anführen, daß das Übergangsgeld keine monatliche Leistung ist.

3) Der "Wegfall" von Ansprüchen auf Leistungen der Krankenversicherung

Für den Bereich der KV soll am Beispiel des Krankengeldes die Beendigung einer wiederkehrenden Geldleistung durch das Institut "Wegfall" erörtert werden. Als einschlägige Bestimmungen kommen § 182 Abs. 1 Nr. 2 RVO und die verschiedenen Absätze des § 183 RVO in Betracht.

a) Der Wegfall des Krankengeldes gem. § 182 Abs. 1

Das Krankengeld fällt weg, sobald keine Arbeitsunfähigkeit mehr besteht. Dies folgt aus § 182 Abs. 1 Nr. 2 RVO, wonach Krankengeld gewährt wird, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht.

Sobald die Arbeitsunfähigkeit nicht mehr besteht, endet das Stammrecht auf Krankengeld, da die Arbeitsunfähigkeit eine materielle Anspruchsvoraussetzung für das Entstehen des Stammrechts ist. Zum gleichen Zeitpunkt erlischt auch der letzte Einzelanspruch. Wie beim Übergangsgeld finden Gesamtanspruch und letzter Einzelanspruch ohne zeitliche Differenz ein Ende. Auch hier ist der Grund darin zu sehen, daß das Krankengeld keine Monatsleistung ist, sondern gem. § 210 RVO mit Ablauf jeder Woche ausgezahlt wird.

Fraglich könnte das gemeinsame Untergehen von Stammrecht und letztem Einzelanspruch nur sein, wenn der Erkrankte von der Wiedererlangung seiner Arbeitsfähigkeit keine Kenntnis hat. Nach Ansicht von Literatur und Rechtsprechung endet wie nach früherem Recht die Verpflichtung der Krankenkasse zur Zahlung nicht ohne weiteres mit dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit, sondern es muß hierzu noch ein subjektives Moment, nämlich die Kenntnis des Erkrankten von der Wiedererlangung seiner Arbeitsfähigkeit hinzutreten¹. Das RVA² hatte zum ersten Mal entschieden, daß, solange das erkrankte Kassenmitglied nicht wisse, ob wieder Arbeitsfähigkeit bestehe, ihm die Aufnahme einer Beschäftigung durch die Krankenordnung regelmäßig untersagt sei. Sei aber der Versicherte, solange er ohne sein Verschulden keine Kenntnis davon habe, daß er wieder arbeitsfähig sei, zur Aufnahme der Arbeit nicht berechtigt,

¹ Brackmann, S. 396 g; RVA, AN 23, 20; RVA, EuM 48, 30
² RVA, AN 23, 20

so bestehe andererseits auch die Verpflichtung der Kasse zur Zahlung des Krankengeldes bis zur Beseitigung der Unkenntnis fort, bis der Versicherte wisse, daß er vom Arzt für arbeitsfähig erklärt worden sei. Daß das im Einzelfalle Unzuträglichkeiten für die Kasse mit sich bringen könne, sei zuzugeben. Dem werde die Kasse aber regelmäßig vorbeugen können, wenn sie ihren Ärzten zur Pflicht mache, den Kassenmitgliedern von dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit alsbald Mitteilung zu machen. Unterbleibe eine solche Mitteilung, so könne der Erkrankte sich weiterhin für arbeitsunfähig halten, und die Verpflichtung zur Zahlung des Krankengeldes bestehe für die Kasse so lange fort, als nicht die Kasse ihrerseits dem Erkrankten den Wegfall der Arbeitsunfähigkeit mitgeteilt hat.

Für das Ende der Einzelansprüche bedeutet dies, daß sie erst dann erlöschen, sobald das Mitglied von dem Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit Kenntnis erhält. Zwar geht das Stammrecht schon mit Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit unter, da es nunmehr objektiv an einer materiellen Anspruchsvoraussetzung des Krankengeldes fehlt. Wenn der Versicherte davon keine Kenntnis besitzt, dann wird jedoch zugunsten des Versicherten fingiert, daß bis zu dessen Kenntnis von der Mitteilung der Krankenkasse die Arbeitsunfähigkeit fortbesteht und damit auch das Stammrecht. In diesem Fall ist der Versicherte einem Arbeitsunfähigen gleichzustellen. Daher bleibt es auch bei dieser Sondersituation dabei, daß beim Wegfall des Krankengeldes gem. § 182 Abs. 1 Nr. 2 RVO Stammrecht und letzter Einzelanspruch zum gleichen Zeitpunkt erlöschen, wobei das Stammrecht bis zum Zeitpunkt der Kenntnis vom Wiedereintritt der Arbeitsfähigkeit mittels einer Fiktion bestehen bleibt.

b) Der "Wegfall" des Krankengeldes gem. § 183 Abs. 2 RVO

Gem. § 183 Abs. 2 RVO wird Krankengeld ohne zeitliche Begrenzung gewährt, für den Fall der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit jedoch für höchstens 78 Wochen innerhalb von je drei Jahren, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an.

Diese - am 1.8.1961 in Kraft getretene - Vorschrift hat die bisherige Regelung ersetzt, die eine Gewährung von Krankengeld im allgemeinen nur für 26 Wochen vorsah. Seither ist also die Gewährung von Krankengeld grundsätzlich nicht mehr zeitlich beschränkt. Eine Ausnahme gilt jedoch weiterhin für Versicherte, die an langdauernden Krankheiten leiden: Sie sollen wegen derselben Krankheit Krankengeld nur für höchstens 78 Wochen innerhalb von je drei Jahren erhalten. Nach Erschöpfung dieser Bezugszeit wird mithin die Zahlung des Krankengeldes eingestellt.

Es stellt sich die Frage, was nach Ablauf der 78-Wochenfrist endet, der Einzelanspruch, das Stammrecht oder gar beide. Diese Problematik wurde in einer Entscheidung des BSG¹ zunächst offengelassen: Ob der Anspruch auf das bisher gewährte Krankengeld nach Erschöpfung der Bezugszeit von 78 Wochen erlösche oder, wenn der Versicherte weiterhin arbeitsunfähig bleibe, bis zum Beginn einer neuen dreijährigen Rahmenfrist nur ruhe, könne dahinstehen. Auch wenn der Anspruch zunächst erlöschen sollte, würde er - bei Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit - mit dem Beginn einer neuen Dreijahresfrist wieder aufleben oder neu entstehen.

¹ BSGE 26, 243 (245)

Eine Klärung dieser Frage versucht eine Entscheidung des LSG Baden-Württemberg¹. In dieser Entscheidung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Regelung des § 183 Abs. 2 S. 1, Halbsatz 2 RVO keine Aussteuerung oder Erschöpfung des Krankengeldanspruches bedeute. Bei der Beschränkung der Bezugsdauer auf 78 Wochen für je 3 Jahre handele es sich nicht um eine Beendigung des Krankengeldanspruches nach Ablauf der 78 Wochen während der ersten 3 Jahre. Der Anspruch für die Folgezeit entfalle bei Fortdauer der Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit über die 78. Woche hinaus nicht. Vielmehr werde durch den 2. Halbsatz des § 183 Abs. 2 S. 1 RVO lediglich eine Unterbrechung des Zahlungsanspruches bewirkt, die "Verwirklichung" des Krankengeldanspruches für den Rest der Dreijahresfrist, gerechnet vom Beginn der Arbeitsunfähigkeit, bis zum Beginn des folgenden Dreijahreszeitraumes "gehemmt". Dies gelte nicht nur, wenn die Arbeitsunfähigkeit über einen Zeitraum von 3 Jahren hinaus ununterbrochen andauere, sondern auch dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit während des Dreijahreszeitraumes vom Beginn der Arbeitsunfähigkeit an gerechnet nicht dauernd fortbestehe, sondern durch eine Zeit der Arbeitsfähigkeit unterbrochen werde.

Diese Entscheidung des LSG Baden-Württemberg ist ausdrücklich bestätigt worden durch das BSG². Es bleibt so nach hervorzuheben, daß nach Ende der Bezugsdauer von 78 Wochen innerhalb einer Dreijahresfrist nach Ansicht von BSG und LSG Bad.-Württ. das Stammrecht auf Krankengeld überhaupt nicht berührt wird. Der Gesamtanspruch bleibt weiterhin bestehen. Betroffen wird nur der Einzelanspruch, der unterbrochen bzw. gehemmt wird. Dieser Ansicht ist zuzustimmen. Insbesondere wird die Richtigkeit dieser Auffassung bestätigt durch die Entstehungsgeschichte des § 183 Abs. 2 RVO.

1 LSG Bad.-Württ., Breithaupt 56. Jg. 1967, S. 541

2 BSG, WzS 69, 241

Die Neuregelung des Leistungsrechtes durch das Leistungsverbesserungsgesetz vom 21.7.61 brachte nicht, wie anfangs von manchen Stellen angenommen worden ist¹, lediglich eine Ausdehnung der Leistungsdauer für Krankengeld und Krankenhauspflege von 26 auf 78 Wochen, sondern im Gegensatz zu der bisherigen, "Aussteuerung" genannten, zeitlichen Begrenzung der Leistungsdauer wurde der Grundsatz der zeitlich unbegrenzten Leistungsgewährung eingeführt, der nur für den Sonderfall des § 183 Abs. 1 S. 1, 2. Halbs. RVO - Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit - eine gewisse Einschränkung erfuhr. Es ist damit jedoch eine Änderung im System eingetreten. Der Bericht des Abgeordneten Stingl in der 2. Lesung des Gesetzentwurfes in der 161. Sitzung des Bundestages² brachte dies

zwar noch nicht so deutlich zum Ausdruck, da er von einer wesentlichen Verlängerung der Frist von 26 Wochen auf 78 Wochen in einem Zeitraum von je drei Jahren bei gleicher Krankheit sprach. Demgegenüber hat jedoch Minister Hemsath, der Berichterstatter im Bundesrat³, eine klare Formulierung gefunden, indem er sagte, daß im Gegensatz zur bisherigen Aussteuerung nach 26 Wochen künftig nur noch eine Unterbrechung des Zahlungsanspruchs nach 78 Wochen bis zum Ablauf der drei Jahre, aber keine Aussteuerung mehr erfolgen könne.

Aus der Entstehungsgeschichte des § 182 Abs. 2 RVO geht daher hervor, daß nach Ende der 78 Wochenfrist das Stammrecht auf Krankengeld weiter bestehen bleibt und nur die Einzelansprüche unterbrochen werden.

1 Kögler DOK 62, 410; Flohr, SozVers. 63, 309

Speet/Zies, WzS 1961, 261 (264)

2 Sten. Berichte, S. 9297 B

3 Sten. Berichte über die 234. Sitzung des Bundesrates, S. 156 B

c) Der "Wegfall" des Krankengeldes gem. § 183 Abs. 3 RVO

Nach § 183 Abs. 3 RVO endet der Anspruch auf Krankengeld mit dem Tage, von dem an Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersruhegeld von einem Träger der Rentenversicherung zugebilligt wird.

Es kommt nach dem Wortlaut und Sinn der Vorschrift des § 183 Abs. 3 S. 1 RVO auf den Anspruch auf Krankengeld an, ohne Rücksicht darauf, ob das Krankengeld schon bewilligt war und gezahlt wurde¹. Grundsätzlich muß der Krankengeldanspruch nach § 183 Abs. 3 S. 1 RVO schon vor dem Beginn der Rente bestanden haben, also früher als der Rentenanspruch entstanden sein².

Dem Versicherten muß ferner eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersruhegeld von einem Träger der RV z u g e b i l l i g t sein. Es ist zweifelhaft, wie der Begriff der Zubilligung auszulegen ist. Die sprachliche Formulierung ist insoweit nicht eindeutig. Die ganz h.M.³ legt den Begriff so aus, daß es nicht auf den Zeitpunkt der Antragstellung, der Auszahlung oder des Rentenbescheides ankommt, sondern auf die Zeit, die von der Rentengewährung erfaßt wird, wie es durch § 1290 RVO ausgewiesen ist. Unter Zubilligung ist somit der Beginn der Rente, d.h. der Zeitpunkt zu verstehen, von dem an die Rente zu zahlen ist.

Sind diese Voraussetzungen gegeben, so endet der Krankengeldanspruch mit dem Ablauf des Tages, von dem an Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersruhegeld von einem

1 Brackmann, S. 396 k; Peters Anm. 5 c zu § 183 RVO

2 BSG in Breithaupt, 56. Jg. 1967, S. 187

3 BSGE 19, 28 (29); 20, 135 (136); Peters Anm. 5 zu § 183 Albrecht, WzS 68, 289; Allinger, Arb.Vers. 63, 42 (43) Schmatz/Fischwasser S. 205

a.A. Frank, SozVers. 62, 15; Baierl, WzS 63, 140

Träger der RV zugebilligt ist. Zweifelhaft ist jedoch, was unter "Beendigung" des Anspruchs auf Krankengeld zu verstehen ist, welche Wirkung eintreten soll: Es könnte der beim Rentenbeginn laufende Krankengeldzahlungsanspruch oder aber der Gesamtanspruch, der "Anspruch schlechthin" beendet sein. Zur Beantwortung dieser Frage muß die Entstehungsgeschichte des § 183 Abs. 3 RVO herangezogen werden.

§ 183 Abs. 3 S. 1 RVO hat seinen Vorläufer in § 200 des vom BT in der 3. Wahlperiode nicht mehr verabschiedeten Entwurfs des Krankenversicherungsneuregelungsgesetzes (KVNG). Nach der amtlichen Begründung zu § 200 des Entwurfes des KVNG¹ sollte durch § 200 Abs. 1 S. 1 dieses Entwurfes - diese Vorschrift entspricht § 183 Abs. 3 S. 1 RVO - sichergestellt werden, daß nicht aus beiden Versicherungszweigen Leistungen nebeneinander gewährt werden, die Lohnersatzfunktion haben. Diese Regelung beruht hiernach darauf, daß wegen der verlängerten Bezugsdauer des Krankengeldes Doppelleistungen im Grundsatz verhindert werden sollen². Desgleichen ist in der amtlichen Begründung zu § 200 Abs. 4 dieses Entwurfes zum Ausdruck gebracht, es läge kein Risiko vor, für dessen Absicherung die Krankenversicherung zuständig sei, wenn die Voraussetzungen für den Bezug einer Erwerbsunfähigkeitsrente oder des Altersruhegeldes erfüllt seien. So hat auch der Ausschuß für Sozialpolitik des Bundestages bei der Beratung des Entwurfes des 2. Lohnfortzahlungsgesetzes die in diesem Gesetzentwurf übernommene Vorschrift des § 183 Abs. 3 S. 1 RVO aufgefaßt: In dem schriftlichen Bericht dieses Ausschusses³ ist ausgeführt, dem Ausschuß

1 BT-Drucks. III/1540, S. 77

2 vgl. BSGE 19, 28 (30)

3 Bericht des Abg. Meyer, BT-Drucks. III/2748, S. 3

sei die Regelung des Entwurfes, den Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner vom Krankengeldbezug generell auszuschließen, zu weitgehend erschienen. Deshalb ist auf Vorschlag dieses Ausschusses der Abs. 4 des § 183 RVO eingefügt worden, nach dem beschäftigte Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner vom Tage der Arbeitsunfähigkeit an für höchstens 6 Wochen noch Anspruch auf Krankengeld haben.

Es sollte also bei einem **a l l g e m e i n e n**

A u s s c h l u ß der Krankengeldgewährung bleiben, wie sich aus der Übernahme des - § 200 Abs. 1 S. 1 des Entwurfes des KVNG entsprechenden - § 183 Abs. 3 S. 1 RVO ergibt, und dies nicht gelten, wenn jemand, der bereits Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente bezieht, eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt und dann arbeitsunfähig erkrankt¹ (denn dieser Versicherte hat Lohnausfall infolge Arbeitsunfähigkeit). Für einen allgemeinen Ausschluß und damit für ein Ende des Stammrechts auf Krankengeld spricht auch der Vergleich mit dem anders gefaßten Abs. 5 des § 183 RVO. Der allgemeine Ausschluß des Krankengeldes entspricht auch dem Grundgedanken des § 183 Abs. 3 S. 1 RVO, daß jemand, der eine Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente in Anspruch nimmt, eine ausreichende Sicherung erhält und deswegen nicht mehr des Krankengeldes bedarf². Daß dies im Einzelfall nicht zutreffend zu sein braucht, wenn die Rente niedriger als das Krankengeld ist, ändert nichts an diesem Grundgedanken. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ein Bezieher von Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente, der keine versicherungspflichtige Beschäftigung ausübt, keinen Lohnausfall infolge Arbeitsunfähigkeit hat. Weiterhin kann man die Vermutung anführen, daß jemand, der erwerbsunfähig ist bzw. die Altersgrenze erreicht hat, nicht mehr "arbeitsunfähig" sein kann.

1 BSGE 19, 28 (30)

2 Schmatz/Fischwasser, S. 204

Es ist einzuräumen, daß das Ziel der Verhinderung von Doppelleistungen mit Lohnersatzfunktion auch etwa durch ein "Ruhen" von Ansprüchen erreicht werden könnte. "Ruhen" eines Anspruchs bedeutet - dies wird noch erörtert -, daß nur Einzelansprüche "gehemmt" sind, das Stammrecht aber unberührt bleibt. Bei § 183 Abs. 3 S. 1 RVO sollte jedoch - und dies folgt sowohl aus der Entstehungsgeschichte, Sinn und Zweck der Vorschrift als auch aus einem Vergleich mit Abs. 5 des § 183 RVO - mit dem Tage, von dem an Rente wegen Erwerbsunfähigkeit oder Altersruhegeld zugebilligt wird, ein allgemeiner Ausschluß des Krankengeldes und damit das Ende des Stammrechts eintreten.

Ist über den aufgezeigten Zeitpunkt (Zubilligung der Rente) hinaus Krankengeld gezahlt worden, dann kommt zum Ausdruck, daß auch in diesem Falle Einzelansprüche das Stammrecht überdauern. Das Stammrecht auf Krankengeld ist mit dem Tag, von dem an Rente zugebilligt wurde, untergegangen. Nach richtiger Ansicht¹ ist die Krankenkasse verpflichtet, bis zur tatsächlichen Auszahlung der Rente Krankengeld weiter zu zahlen. Ansonsten würde eine Versorgungslücke eintreten, die nach der ganzen Anlage des Gesetzes vermieden werden sollte. Auch der Begründung des dem § 183 Abs. 3 RVO entsprechenden § 200 des Reformentwurfes ist zu entnehmen, daß die Krankenkasse das Krankengeld so lange weiterzahlen muß, bis der Versicherte die festgestellte Rente tatsächlich ausgezahlt erhält. Wird also über den Zeitpunkt der Zubilligung der Rente hinaus Krankengeld gezahlt, dann handelt es sich um Einzelansprüche, die das bereits erloschene Stammrecht "überleben".

Im Unterschied zur Rentenversicherung und Unfallversicherung, wo beim zeitlichen Verhältnis zwischen Wegfall

1 vgl. Peters, Anm. 5 f zu § 183 RVO

des Stammrechts und der Einzelansprüche festgestellt wurde, daß nur ein Einzelanspruch das Stammrecht überdauert und dieser letzte Einzelanspruch immer zu einem Zeitpunkt entsteht, zu dem das Stammrecht noch Bestand hat, kann beim Wegfall des Krankengeldanspruchs nach § 183 Abs. 3 RVO die Konstellation eintreten, daß mehrere Einzelansprüche das Stammrecht "überleben". Liegt z.B. zwischen Zubilligung der Rente und der tatsächlichen Auszahlung ein mehrwöchiger Zeitraum, dann wird deutlich, daß nicht nur ein Einzelanspruch das zum Zeitpunkt der Zubilligung der Rente untergegangene Stammrecht überdauert. Diese Erscheinung, daß mehrere Einzelansprüche anscheinend ohne Verbindung zum Stammrecht existieren können, ist typisch für das noch zu behandelnde Institut der "Entziehung" von Leistungen und soll im Rahmen der Untersuchung des "Wegfalls" von Leistungen nur festgestellt werden. Eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik erfolgt bei der Erörterung der "Entziehung" von Sozialleistungen.

d) Der Wegfall des Krankengeldes gem. § 183 Abs. 4 RVO

Gem. § 183 Abs. 4 RVO besteht Anspruch auf Krankengeld für höchstens sechs Wochen, gerechnet vom Tage des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an, wenn während des Bezuges von Erwerbsunfähigkeitsrente oder Altersruhegeld Krankengeld gewährt wird.

Wie bereits erwähnt, ist es dem Ausschuß für Sozialpolitik zu weitgehend erschienen, den Alters- und Erwerbsunfähigkeitsrentner vom Krankengeld generell auszuschließen. Der Empfänger von Altersruhegeld oder Erwerbsunfähigkeitsrente, der weiterarbeitet, sollte nach dem Vorschlag des Ausschusses neben seiner Rente bis zu sechs Wochen Anspruch auf Krankengeld haben. Mit dieser Be-

gründung wurde in den Entwurf der Novelle zum Leistungsverbesserungsgesetz bei der vorgesehenen Neufassung des § 183 der Abs. 3a eingefügt, wonach in Fällen, in denen "während des Bezugs von Erwerbsunfähigkeitsrente oder Altersruhegeld Krankengeld gewährt wird", Anspruch auf Krankengeld für höchstens 6 Wochen, gerechnet vom Tag des Beginns der Arbeitsunfähigkeit an, besteht. Dieser Vorschlag des Ausschusses für Sozialpolitik ist dann als § 183 Abs. 4 RVO Gesetz geworden. Wie sich aus der Entstehungsgeschichte des § 183 Abs. 4 RVO ergibt, sollte durch diese Vorschrift in erster Linie vermieden werden, daß weiterarbeitende Rentner über Gebühr benachteiligt werden.

Für die Frage, was nach der sechswöchigen Frist des § 183 Abs. 4 RVO endet, geben ebenfalls Entstehungsgeschichte und Zweck der Bestimmung Anhaltspunkte. Die Privilegierung des Empfängers von Altersruhegeld oder Erwerbsunfähigkeitsrente bei Fortsetzung der Arbeit, die darin besteht, daß neben der Gewährung von Altersruhegeld oder Erwerbsunfähigkeitsrente noch Krankengeld gezahlt wird, soll nach der Konzeption des § 183 Abs. 4 RVO nur sechs Wochen lang andauern. Danach soll es bei dem **a l l g e m e i n e n A u s s c h l u ß** des Krankengeldanspruchs verbleiben, d.h. nach der sechswöchigen Frist endet das Stammrecht auf Krankengeld. In diesem Fall ist also die bei § 183 Abs. 3 RVO geäußerte Vermutung fehlender Arbeitsfähigkeit mit der Konsequenz, daß auch Arbeitsunfähigkeit bei Beziehern von Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrente unmöglich ist, durch die Erwerbstätigkeit des Versicherten widerlegt. Es besteht das Stammrecht auf Krankengeld, aber nur zeitlich begrenzt, obgleich die Voraussetzungen der Anspruchsnorm weiter vorliegen.

Da bei § 183 Abs. 4 RVO nicht ersichtlich ist, daß Einzelansprüche noch nach Untergang des Stammrechts weiter Bestand haben, erlischt zu diesen Zeitpunkt auch der letzte Einzelanspruch.

e) Der "Wegfall" (Kürzung) des Krankengeldes gem.

§ 183 Abs. 5 S. 1 RVO

Wird dem Versicherten während des Bezuges von Krankengeld Rente wegen Berufsunfähigkeit oder Bergmannsrente nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes von einem Träger der Rentenversicherung zugebilligt, so wird das Krankengeld gem. § 183 Abs. 5 S. 1 RVO um den Betrag der für den gleichen Zeitraum gewährten Rente gekürzt.

Die Vorschrift des § 183 Abs. 5 S. 1 ist im wesentlichen unverändert aus § 200 Abs. 2 des vom Bundestag in der 3. Wahlperiode nicht mehr verabschiedeten Entwurfs des KVNG¹ übernommen. In der amtlichen Begründung hierzu ist ausgeführt, daß ein Versicherter, dem während des Bezuges von Krankengeld eine Rente wegen Berufsunfähigkeit bewilligt werde, meist nach dem Ende der Arbeitsunfähigkeit wieder eine Beschäftigung gegen Entgelt aufnehmen werde. Dieser Versicherte scheide also nicht endgültig aus dem Erwerbsleben aus, seine Rente stelle keinen vollen, sondern nur einen teilweisen Lohnersatz dar. Das Krankengeld müsse in diesen Fällen weitergezahlt, aber so weit gekürzt werden, als die Berufsunfähigkeitsrente die Funktion des Lohnersatzes übernehme. Entsprechendes müsse gelten, wenn Bergmannsrente aus der knappschaftlichen Versicherung gezahlt werde².

Aus der amtlichen Begründung zu § 200 Abs. 2 des Entwurfes des KVNG, der Vorläufervorschrift des § 185 Abs. 5 RVO folgt, daß im Rahmen des § 183 Abs. 5 RVO nicht zwei Leistungen mit vollem Lohnersatz gewährt werden, sondern

1 BT-Drucks. III/1540, S. 13

2 BT-Drucks. III/1540, S. 77

daß die Rente nur einen teilweisen Lohnersatz darstellt. Dies führt zu einer bloßen Kürzung des Krankengeldes, was eine Reduzierung des Zahlungsanspruches bedeutet. Das Stammrecht auf Krankengeld bleibt bei der nach § 183 Abs. 5 RVO vorgesehenen Kürzung unberührt, es besteht weiter. § 185 Abs. 5 RVO sieht eine bloße Herabsetzung des Einzelanspruches vor, sofern während des Bezuges von Krankengeld Rente wegen BU oder Bergmannsrente nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 des RKG gewährt wird.

f) Der "Wegfall" des Krankengeldes gem. § 183 Abs. 7 und 8 RVO

Ist der Versicherte nach ärztlichem Gutachten als erwerbsunfähig anzusehen, so kann ihm die Kasse eine Frist von zehn Wochen setzen, innerhalb deren er einen Antrag auf Maßnahmen zur Rehabilitation bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung zu stellen hat. Stellt der Versicherte innerhalb der Frist den Antrag nicht, so e n t f ä l l t der Anspruch auf Krankengeld mit Ablauf der Frist (§ 183 Abs. 7 RVO). Das gleiche tritt gem. § 183 Abs. 8 RVO ein (d.h. der Anspruch auf Krankengeld entfällt mit Ablauf der 10-wöchigen Frist), wenn der Versicherte die Voraussetzungen für den Bezug des Altersruhegeldes erfüllt und er das 65. Lebensjahr vollendet hat, die Kasse ihm eine Frist von zehn Wochen setzt, innerhalb deren er den Antrag auf Rente zu stellen hat und der Versicherte den Rentenantrag innerhalb der Frist nicht stellt.

Es erhebt sich auch hier die Frage, was unter "Entfallen" des Anspruchs auf Krankengeld zu verstehen ist. Vergleicht man die Regelung in § 183 Abs. 7 und 8 RVO mit der Vorschrift des § 1287 RVO a.F.¹ als auch mit der Bestimmung des § 66 SGB-AT - in allen Fällen handelt es sich um Beugemaßnahmen - so fällt auf, daß im Falle des § 183 Abs. 7 und 8 RVO die Forderung der Kasse nicht durch ganze oder teilweise Versagung des Krankengeldes bis zur tatsäch-

¹ § 1287 Abs. 1 RVO a.F. lautete: Entzieht sich ein Berechtigter ohne triftigen Grund einer Nachuntersuchung oder Beobachtung, so kann ihm die Rente wegen Berufsunfähigkeit ganz oder teilweise auf Zeit versagt werden, wenn er auf diese Folge vorher schriftlich hingewiesen worden ist.

lichen Rentenantragstellung, sondern durch den drohenden Wegfall des Krankengeldes unterstrichen wird¹. Diese im Verhältnis zu den genannten Vorschriften abweichende Rechtsfolge erscheint wegen der gleichen Motivation des Gesetzgebers (alle Bestimmungen bezwecken eine Verhaltenssteuerung des Versicherten) zunächst überraschend. Als Begründung für die in § 183 Abs. 7 und 8 RVO angeordnete Rechtsfolge läßt sich jedoch anführen - bei Behandlung des § 183 Abs. 3 RVO wurde schon darauf hingewiesen -, daß mit Eintritt der Erwerbsunfähigkeit (gleichstehend Erreichen der Altersgrenze) der Wegfall der Arbeitsunfähigkeit als Anspruchsvoraussetzung des Krankengeldes (wegen unmöglichen Wiedereintritts der Arbeitsfähigkeit) unterstellt wird. Das "Entfallen" des Anspruchs auf Krankengeld i.S. von § 183 Abs. 7 und 8 RVO ist daher dahingehend auszu-legen, daß nach Ablauf der zehnwöchigen Frist bei Unterlassen der Rentenantragstellung das Stammrecht auf Krankengeld erlischt und gleichzeitig mit dem Stammrecht auch der letzte Zahlungsanspruch.

Die Analyse der Wegfallvorschrift des Krankengeldes, § 183 RVO, hat ergeben, daß sich in ein und derselben Vorschrift völlig verschiedene Ergebnisse im Hinblick auf die Unterscheidung Stammrecht - Einzelansprüche feststellen lassen. Entstehungsgeschichte der einzelnen Absätze des § 183 RVO sowie deren unterschiedliche Zweckrichtungen sind der Grund dafür, daß bei einem "Wegfall" des Krankengeldes das Stammrecht überhaupt nicht betroffen und nur Einzelansprüche unterbrochen werden (§ 183 Abs. 2 und 5 RVO), das Stammrecht endet, Einzelansprüche jedoch das untergegangene Stammrecht überdauern (§ 183 Abs. 3 RVO) sowie Stammrecht und Einzelansprüche gleichzeitig erlöschen (§ 183 Abs. 4, 7 und 8 RVO). Beim "Weg-

¹ vgl. Ludwig, DVZ 62, 299 (300)

fall" des Krankengeldanspruchs muß daher zwischen Untergang des Stammrechts und der Einzelansprüche genau differenziert werden.

4) Der "Wegfall" von Ansprüchen auf Leistungen in anderen Bereichen des Sozialrechts

a) Anspruch auf Leistungen der Kriegsopferversorgung

Beim "Wegfall" eines Anspruchs auf Leistungen der KOV bestehen im Verhältnis zum "Wegfall" von wiederkehrenden Leistungen der UV und RV keine Besonderheiten. Erreicht z.B. die Waise das 18. Lebensjahr, geht die Witwe eine neue Ehe ein, dann fallen Waisen- bzw. Witwenrente weg. Das Stammrecht endet mit Vollendung des 18. Lebensjahres, im Zeitpunkt der Wiederverheiratung. Da gem. § 66 Abs. 1 BSG die Versorgungsbezüge grundsätzlich in Monatsbeträgen zuerkannt und im voraus gezahlt werden, haben die Einzelansprüche bis zum Ende des Monats Bestand, in dem das Stammrecht untergegangen ist. Der letzte Einzelanspruch überlebt das Stammrecht, sofern dieses nicht zufällig am letzten Tag eines Monats infolge eines Wegfalltatbestandes erlischt.

b) Anspruch auf Ausbildungsförderung

Ausbildungsförderung wird gem. § 15 Abs. 2 BAföG für die Dauer der Ausbildung - einschließlich der unterrichts- und vorlesungsfreien Zeit - geleistet, bei dem Besuch von Höheren Fachschulen und Akademien, Hochschulen oder diesen nach § 2 Abs. 3 BAföG als gleichwertig bestimmten Ausbildungsstätten jedoch nicht über die Förderungshöchstdauer hinaus.

In der Verordnung (vgl. § 15 Abs. 4 BAföG) über die Förderungshöchstdauer für den Besuch von Höheren Fachschulen,

Akademien und Hochschulen (Förderungshöchstdauerverordnung) vom 9.11.72¹ hat die Bundesregierung unter besonderer Berücksichtigung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für jede Ausbildung an diesen Ausbildungsstätten die Förderungshöchstdauer bestimmt. So beträgt gemäß § 5 dieser VO die Förderungshöchstdauer für das Studienfach Rechtswissenschaft 9 Semester. Nur in Ausnahmefällen darf die Förderungshöchstdauer für die einzelnen Studienfächer überschritten werden (§ 15 Abs. 3 BAföG).

Die Förderungsdauer außerhalb des Geltungsbereichs des BAföG ist geregelt in § 16. Die Ausbildungsförderung kann danach für 1 Jahr geleistet werden (Abs. 1) bzw. kann die Einjahresfrist verlängert werden (Abs. 2). Diese in Abs. 1 und 2 genannten zeitlichen Begrenzungen gelten bei bestimmten Förderungsarten überhaupt nicht (Abs. 3).

Die Ausbildung endet nach § 15 Abs. 3 BAföG mit dem Bestehen der Abschlußprüfung des Ausbildungsabschnitts oder, wenn eine solche nicht vorgesehen ist, mit der tatsächlichen planmäßigen Beendigung des Ausbildungsabschnitts. Die Ausbildung ist ferner beendet, wenn der Auszubildende das Ziel des förderungsfähigen Ausbildungsabschnitts endgültig nicht mehr anstrebt (Abbruch der Ausbildung) und die Ausbildung nicht an einer Ausbildungsstätte anderer Art im Sinne von § 2 Abs. 1 BAföG weiterführt.

Für das Ende des Stammrechts auf Ausbildungsförderung läßt sich feststellen, daß dieses mit Bestehen der Abschlußprüfung des Ausbildungsabschnitts bzw. mit der tatsächlichen planmäßigen Beendigung des Ausbildungsabschnitts, mit Abbruch der Ausbildung oder sobald die

1 BGBl I, S. 2076

Förderungshöchstdauer erreicht ist, endet. Auch bei den Leistungen des BAföG kann der Fall eintreten, daß Einzelansprüche noch zu einem Zeitpunkt bestehen, in dem das Stammrecht nicht mehr existiert. Erfolgt die Abschlußprüfung z.B. am 15. März, dann endet zu diesem Zeitpunkt das Stammrecht. Ausbildungsförderung wird jedoch für den ganzen Monat März gezahlt, d.h. der letzte Einzelanspruch erlischt erst mit Ende des Monats März. Stammrecht und letzter Einzelanspruch können zum gleichen Zeitpunkt erlöschen, wenn die Ausbildung mit dem Ende eines Monats abgeschlossen ist.

c) Anspruch auf Kindergeld

Für das Ende des Anspruchs auf Kindergeld gilt die Vorschrift des § 9 Abs. 1, Halbs. 2 BKGG. Danach wird das Kindergeld bis zum Ende des Monats gewährt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen. Seiner dogmatischen Natur nach ist § 9 Abs. 1, Halbs. 2 eine reine "Auszahlungsvorschrift". Sie regelt nur den Wegfall des Einzelanspruchs (Parallelvorschrift zu §§ 631, 1292, 1294 RVO) und bezieht sich nicht auf das Stammrecht.

Aus § 9 Abs. 1, Halbs. 2 läßt sich entnehmen, daß auch beim Wegfall des Kindergeldanspruchs eine mangelnde Kongruenz zwischen Stammrecht und Einzelanspruch besteht. Der letzte Einzelanspruch auf Kindergeld überdauert das Stammrecht, da er bis zum Ende des Monats währt, in dem das Stammrecht untergegangen ist. Das Stammrecht existierte jedoch noch, als der es überdauernde Einzelanspruch entstand, konnte diesen Einzelanspruch also noch "hervorbringen". Beim Wegfall des Kindergeldanspruchs besteht also zwischen Stammrecht und Einzelanspruch das gleiche Verhältnis wie grundsätzlich beim Wegfall der Leistungen in der UV, RV und KOV.

d) Anspruch auf Wohngeld

Gem. § 27 Abs. 1 WoGG wird das Wohngeld in der Regel für zwölf Monate bewilligt. Nach Ablauf dieses Bewilligungszeitraumes ist der Antrag und damit eine materielle Anspruchsvoraussetzung "verbraucht"¹. Nach zwölf Monaten endet daher das Stammrecht auf Wohngeld. Da im Wohngeldrecht keine Anhaltspunkte vorhanden sind, daß Einzelansprüche einen längeren Bestand haben als das Stammrecht, geht der letzte Einzelanspruch zum gleichen Zeitpunkt wie das Stammrecht unter, also ebenfalls nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes von 12 Monaten. Stammrecht und Einzelanspruch finden zeitlich gemeinsam ein Ende.

Fällt vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes eine Anspruchsvoraussetzung weg, gilt § 30 WoGG, eine Vorschrift, die systematisch den "Entziehungsbestimmungen" zuzuordnen ist. Erhält die zuständige Stelle davon Kenntnis,

1. daß der Wohnraum, für den Wohngeld bewilligt ist, vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes von allen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern nicht mehr benutzt wird oder
2. daß das Wohngeld nicht zur Bezahlung der Miete oder zur Aufbringung der Belastung verwendet wird,

so hat sie gem. § 30 Abs. 1 WoGG den Bewilligungsbescheid von dem auf den Eintritt der Widerrufsvoraussetzung folgenden Zahlungsabschnitt an zu widerrufen.

Ist das Wohngeld vorläufig bewilligt (§ 26 Abs. 2 S. 2 WoGG), so hat die zuständige Stelle den Bewilligungsbescheid aufzuheben (§ 30 Abs. 3 WoGG), wenn sich ergibt, daß die Voraussetzungen für die Bewilligung nicht er-

¹ vgl. Bley, S. 290

füllt sind. Aus anderen Gründen (hinzu kommt nur noch Rücknahme des Bescheids gem. § 30 Abs. 2 WoGG wegen Täuschung, Drohung, usw.) kann der Bewilligungsbescheid nicht aufgehoben werden (vgl. § 30 Abs. 4 WoGG); § 30 Abs. 1 - 3 WoGG enthalten insoweit eine abschließende Regelung. Da eine vorläufige Wohngeldbewilligung mit dem Vorbehalt einer Aufhebung des Bewilligungsbescheids aufgrund der endgültigen Prüfung des Antrags nur in den Fällen des § 26 Abs. 2 S. 2 WoGG zulässig ist, darf in allen anderen Fällen Wohngeld nur endgültig und ohne Auflagen und Vorbehalte bewilligt werden. Unsicherheiten über künftige Veränderungen der persönlichen Verhältnisse des Antragstellers und seiner Familie (z.B. Einkommensentwicklung) kann die Bewilligungsbehörde nur mit der - in ihrem pflichtgemäßen Ermessen stehenden - Festsetzung eines kürzeren als zwölfmonatigen Bewilligungszeitraums begegnen¹.

e) Anspruch auf Leistungen des AFG

ea) Arbeitslosengeld

§ 106 Abs. 1 AFG teilt die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes in fünf Staffeln ein. Die Dauer des Bezuges des Arbeitslosengeldes hängt dabei ab von der Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigung innerhalb der dreijährigen Rahmenfrist des § 104 Abs. 2 und 3 AFG. Die fünf Stufen sehen eine Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld von 13, 20, 26, 39 oder 52 Wochen vor (Minderung der Anspruchsdauer kann gem. § 110 AFG erfolgen). Nach Ablauf der jeweiligen Bezugsfrist des Arbeitslosengeldes enden

¹ vgl. Stadler/Gutekunst, Anm. 4 zu § 30 WoGG

Stammrecht und letzter Einzelanspruch gemeinsam, ohne daß es zu einer zeitlichen Verschiebung kommt.

Wenn seit der Entstehung des vorherigen Anspruchs noch keine 3 Jahre vergangen sind, so ist die Dauer des neuen Anspruchs mindestens so lang wie die restliche Dauer des vorherigen Anspruchs (§ 106 Abs. 2 AFG). Ist also die Anspruchsdauer aus einer vorherigen Anwartschaftszeit noch nicht verbraucht, so verbleibt ein nicht ausgeschöpfter Rest des als Anwartschaft gegebenen, aber nicht mehr entstandenen Stammrechts auf die Dauer von 3 Jahren bestehen. Denn der Anspruch (das Stammrecht) endete mit Wegfall einer Anspruchsvoraussetzung (z.B. der Arbeitslosigkeit). Wird innerhalb dieser Frist eine neue Anwartschaftszeit nach § 104 AFG erfüllt und ist die nunmehr nach § 106 AFG gegebene Anspruchsdauer weniger als der unverbrachte Rest aus der letzten Anwartschaftszeit, so orientiert sich die Dauer des neuen Anspruchs am unverbrauchten Rest des vorherigen Anspruchs. Diese Regelung bedeutet nicht die Verlängerung des vorherigen Anspruchs, sondern nur die Übernahme eines einzelnen Leistungsmerkmals (Anspruchsdauer) in den neuen Anspruch zugunsten des Arbeitslosen (Grundsatz der Meistbegünstigung). Der alte Anspruch ist untergegangen, er wird nur "wirtschaftlich" in den neuen eingebracht.

Ebenfalls zu einem gemeinsamen Ende von Stammrecht und letztem Einzelanspruch kommt es gem. § 119 Abs. 3 AFG. Wenn der Arbeitslose nach der Entstehung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld ein zweites Mal Anlaß für den Eintritt einer Sperrzeit von 4 Wochen gibt, so erlischt der noch zustehende Anspruch auf Arbeitslosengeld aus der zuletzt erworbenen Anwartschaftszeit nach § 119 Abs. 3 und zwar am Tage nach dem Ereignis, das die zweite Sperrzeit begründet¹.

¹ vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, Anm. 25 zu § 119 AFG

Gem. § 125 Abs. 1 AFG erlischt der Anspruch auf Arbeitslosengeld mit der Entstehung eines neuen Anspruchs. Sind die Voraussetzungen erfüllt, an die § 100 AFG den Anspruch auf Arbeitslosengeld knüpft, entsteht dieser (das Stammrecht und der erste Einzelanspruch gleichzeitig)¹. Fällt innerhalb der Bezugsdauer eine Anspruchsvoraussetzung des Arbeitslosengeldes weg, dann erlöschen auch Stammrecht und letzter Einzelanspruch gleichzeitig. Stellt sich bei einer Unterbrechung des Arbeitslosengeldbezuges heraus, daß ein neuer Anspruch erworben wurde (ein neuer Anspruch ist entstanden, wenn die materiell-rechtlichen Voraussetzungen des § 100 AFG erneut erfüllt sind, was insbesondere auch die erneute Erfüllung der Anwartschaftszeit einschließt), dann kommt § 125 Abs. 1 AFG zum Zuge. Diese Vorschrift kann nun nicht so verstanden werden, daß mit Entstehen des neuen Stammrechts der alte Gesamtanspruch zum Erlöschen gebracht wird. Denn das alte Stammrecht ist schon untergegangen, als eine materielle Anspruchsvoraussetzung nicht mehr vorhanden war. Die Bestimmung des § 125 Abs. 1 AFG ist vielmehr im Zusammenhang mit § 106 Abs. 2 AFG zu sehen und dahingehend zu interpretieren, daß das neue Stammrecht nicht kürzer sein soll als das wegen Wegfalls einer Anspruchsvoraussetzung nicht mehr entstandene alte Reststammrecht. Was somit gem. § 125 Abs. 1 AFG erlischt, kann nur der "unverbrauchte Rest des nicht mehr entstandenen Stammrechts" sein.

Der gleichzeitige Wegfall von Stammrecht und Einzelanspruch beim Arbeitslosengeld hat seine Ursache darin, daß das Arbeitslosengeld *n a c h A b l a u f* des Zahlungszeitraumes gezahlt wird (§ 122 AFG) und ggf. teilweise berechnet wird. Steht dem Arbeitslosen nur für Teile einer Woche Arbeitslosengeld zu, z.B. wegen Arbeits-

¹ vgl. Seite 109 ff

aufnahme, so erhält er für jeden Wochentag, für den er Anspruch hat, ein Sechstel des Wochenbetrages. Es kann also nicht dazu kommen, daß ein Einzelanspruch bei Wegfall des Stammrechts noch weiterhin Bestand hat, daß Einzelansprüche das Stammrecht überdauern wie beim "Wegfall" vieler anderer wiederkehrender Geldleistungen des Sozialrechts. Diese anderen Leistungen werden grundsätzlich monatlich (in Monatsbeträgen) im v o r a u s ausgezahlt, so daß ein Einzelanspruch dem Berechtigten auch dann für den ganzen Monat verbleibt, wenn das Stammrecht infolge eines Wegfalltatbestandes z.B. mitten im Monat erlischt.

eb) Ansprüche auf sonstige Leistungen des AFG

Die beim "Wegfall" des Arbeitslosengeldanspruchs sich ergebende Konstellation, daß Stammrecht und Einzelanspruch gleichzeitig untergehen, gilt auch beim "Wegfall" der übrigen wiederkehrenden Geldleistungen des AFG: So finden Stammrecht und Einzelanspruch ohne zeitliche Verschiebung ein Ende beim Unterhaltsgeld, wenn die Maßnahme der beruflichen Fortbildung beendet ist, beim Kurzarbeitergeld, sobald die Bezugsfrist des § 67 AFG erschöpft ist (wobei die in § 67 festgelegte Dauer, 6 Monate bzw. Verlängerung auf bis zu 24 Monate, sich nur auf den Betrieb als solchen bezieht; der einzelne Arbeitnehmer hat keinen unbedingten Anspruch auf die in § 67 AFG genannte Höchstdauer, vielmehr nur solange, als in seiner Person die Voraussetzungen des § 65 erfüllt sind¹).), beim Wintergeld, wenn die Förderungszeit endet, beim Schlechtwettergeld, sobald der witterungsbedingte Arbeitsausfall nicht mehr vorhanden ist, schließlich bei der Arbeitslosenhilfe unter den Voraussetzungen des § 135 AFG.

¹ vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka Anm. 7 zu § 67 AFG

Auch diese Leistungen werden nach Ablauf des Zahlungszeitraumes ausgezahlt und ggf. tageweise berechnet. Einzelansprüche haben keinen längeren Bestand als das Stammrecht.

II) Das "Wiederaufleben" von Ansprüchen

Mit dem "Wegfall" einer wiederkehrenden Geldleistung hängt eng zusammen die Problematik des "Wiederauflebens" eines Anspruchs. Die Bedeutung des Wegfalls erschöpft sich nicht im Ende der Gewährung einer Leistung, sondern er wirkt auch in der Zukunft fort¹. An den "Wegfall" einer Leistung kann sich ein "Wiederaufleben" anschließen. Daher soll das Institut "Wiederaufleben" im Hinblick auf die dogmatische Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch untersucht werden, und zwar anhand der wohl bedeutsamsten Wiederauflebenvorschrift des § 1291 Abs. 2 RVO.

Hat eine Witwe oder ein Witwer sich wieder verheiratet und wird diese Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt, so lebt der Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente vom Ablauf des Monats, in dem die Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt ist, wieder auf, wenn der Antrag spätestens zwölf Monate nach der Auflösung oder der Nichtigkeitserklärung der Ehe gestellt ist (§ 1291 Abs. 2 RVO). Dieser für die RV geltenden Vorschrift entsprechen in der UV § 615 Abs. 2 RVO und im Versorgungsrecht § 44 Abs. 2 und 4 BVG. Außerdem sehen §§ 562 Abs. 2, 183 Abs. 7 S. 3, 183 Abs. 8 sowie der ab 1.7.77 geltende § 1265a Abs. 3 S. 2 RVO ein "Wiederaufleben" von Leistungen vor. Im Hinblick darauf, was sich für die Unterscheidung Stamm-

¹ vgl. Heinze, SGB 58, 237 (238)

recht - Einzelanspruch gewinnen läßt, bestehen zwischen den genannten Vorschriften (insbesondere zwischen § 1291 Abs. 2 RVO und § 615 Abs. 2 RVO, § 44 Abs. 2, 4 BVG) keine Unterschiede. Die Erörterungen können daher exemplarisch auf § 1291 Abs. 2 RVO beschränkt werden.

1) Die Voraussetzung für ein "Wiederaufleben"

Es muß zunächst ein "Anspruch" auf Witwen- oder Witwenrente bestanden haben, der durch die Wiederverheiratung weggefallen ist. Von einem Wiederaufleben der Witwenrente kann nur dann gesprochen werden, wenn bereits früher - vor Eingehung der zweiten Ehe - ein Anspruch auf Witwenrente bestanden hat¹. Überzeugend folgert dies das BSG aus der Aufeinanderfolge der Absätze 1 und 2 des § 1291 RVO, die darauf schließen lasse, daß es sich um korrespondierende Ansprüche handle, der Witwenrentenanspruch also nur nach vorherigem Wegfall wiederaufleben könne. Ein Wiederaufleben kommt daher nicht in Betracht, wenn die Witwe (Witwer) im Zeitpunkt der Wiederverheiratung lediglich eine Aussicht auf Witwenrente (Witwenrente) gehabt hat. Nach Ansicht des BSG ergibt sich in den Fällen, in denen zum Zeitpunkt der Wiederverheiratung eine bloße Aussicht auf Rente bestand und deswegen kein Wiederaufleben i.S. von § 1291 Abs. 2 RVO möglich ist, kein Verstoß gegen Art. 3 GG, da dieser Ausschluß des Wiederauflebens nicht willkürlich sei. Als sachlicher Grund dafür lasse sich vor allem der Umstand anführen, daß diese Witwen (Witwer) sich in ihrer Lebensweise noch nicht auf einen Rentenbezug eingestellt und durch ihre Wiederverheiratung keine wirtschaftlichen Werte

¹ BSGE 14, 238; Trolldenier, Soz.Vers. 72, 145 (147)

aufgegeben hätten, daß also noch kein "Besitzstand" vorhanden gewesen sei, der es hätte angezeigt erscheinen lassen, ihn nach Auflösung der neuen Ehe wieder zu begründen und zu festigen.

Es stellt sich die Frage, was unter dem "Anspruch", der durch die Wiederverheiratung weggefallen ist, zu verstehen ist. Die früher in der Literatur¹ insoweit vorhandenen Zweifel, ob etwa nur eine tatsächlich gezahlte Witwenrente, nicht aber ein "bloßer Anspruch" wiederaufleben könne, sind nunmehr beseitigt. Nach heute h.M.² genügt, daß vor der Wiederheirat wenigstens der Gesamtanspruch (das Stammrecht) bestand. Es kommt nicht darauf an, ob vor der Wiederverheiratung auch Einzelansprüche entstanden waren. Diese Auffassung hat zur Konsequenz, daß - da bei der Witwenrente der Rentenanspruch keine materiell-rechtliche Bedeutung besitzt - es unerheblich ist, ob die Rente wegen fehlenden Antrages nicht gezahlt worden ist³.

Nach Ansicht des BSG spricht für die Auffassung, daß vor der Wiederverheiratung nur das Stammrecht entstanden sein muß und nicht auch noch Einzelansprüche, die Verwendung des durchaus ungewöhnlichen Wortes "wiederaufleben" an Stelle des sonst gebrauchten "wiedergewährens" für eine vom Gesetzgeber bewußt auf den Anspruch als solchen und nicht auf die tatsächliche Leistung abgestellte Vorschrift⁴.

1 Rossmann, SGB 59, 2 ff; Barth, Soz.Vers. 60, 137; Engel, Soz.Vers. 60, 281; Klink, Soz.Vers. 61, 67 ff

2 BSGE 16, 202; Verbandskomm. Anm. 7 zu § 1291 RVO; Brackmann, S. 720g, 720h; Mösch, Soz.Vers. 69, 36 (38,39)

3 vgl. BSGE 16, 202

4 mit ähnlicher Begründung: Trollidenier, Soz.Vers. 72, 145 (147)

Diese Auslegung des Begriffes "Anspruch" i.S. von § 1291 Abs. 2 RVO steht im Gegensatz zur Regelung in § 1302 RVO. Der Wortlaut des § 1302 RVO ("der bisher bezogenen Rente") stellt gegenüber dem Wortlaut des § 1287 S. 2 RVO a.F. ("die Witwe wird mit dem Betrage ihrer Jahresrente abgefunden") klar, daß eine Abfindung i.S. des § 1302 RVO nur zulässig ist, wenn vor der Wiederheirat nicht nur das Stammrecht, sondern auch Zahlungsansprüche entstanden waren. Vor Entstehen von Einzelansprüchen, die allein zur Gewährung von Rentenraten führen, läßt sich das Stammrecht nicht bewerten, d.h. höhenmäßig beziffern. Eine solche Bewertung (vor der Heirat) ist aber für die Errechnung der Abfindungssumme unerlässlich. Demgegenüber ist eine Bewertung des Stammrechts vor der Wiederheirat für sein Wiederaufleben nach § 1291 Abs. 2 RVO nicht notwendig: Es genügt die Bewertung nach Auflösung der Ehe und dem durch die Auflösung herbeigeführten Wiederaufleben des Stammrechts nach Maßgabe der dann entstehenden Einzelansprüche.

Es ist also genau dieses Stammrecht, welches mit der Heirat weggefallen ist, das bei Auflösung oder Nichtigerklärung der erneut geschlossenen Ehe wiederauflebt. "Der" Anspruch auf Rente, der wiederauflebt, ist "der" weggefallene Anspruch. Dies ist gemeint, wenn das BSG¹ zum Ausdruck bringt, daß es sich bei dem Wegfall und dem Wiederaufleben der Rente um korrespondierende Ansprüche handelt, der Anspruch auf Rente nur nach vorherigem Wegfall wiederaufleben kann.

1 BSGE 14, 238

2) Der Zeitpunkt des Wiederauflebens von Stammrecht und Einzelanspruch

Auch beim Zeitpunkt des Wiederauflebens muß strikt getrennt werden zwischen dem Wiederaufleben des Stammrechts und den aus dem Stammrecht sich ergebenden Einzelansprüchen. Für die Ermittlung des Wiederauflebenszeitpunktes des Stammrechts muß zurückgegriffen werden auf den schon oft angeführten Grundsatz, daß das Stammrecht entsteht, sobald alle materiell-rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Was für das Entstehen des Stammrechts gilt, muß in entsprechender Weise auch für das Wiederaufleben Anwendung finden. Danach ergibt sich, daß das Stammrecht auf Witwenrente im Zeitpunkt der Eheauflösung bzw. der Nichtigkeitserklärung der Ehe wiederauflebt¹. Zu diesem Zeitpunkt sind wieder alle materiellen Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Witwenrente vorhanden, der Wegfallgrund "Heirat" i.S.v. § 1291 Abs. 1 RVO besteht nicht mehr.

Für den Zeitpunkt des Wiederauflebens des ersten aus dem Stammrecht folgenden Zahlungsanspruchs, ist die Vorschrift des § 1291 Abs. 2 RVO maßgebend. § 1291 Abs. 2 RVO, wonach der Anspruch vom Ablauf des Monats, in dem die Ehe aufgelöst wird, wiederauflebt, vorausgesetzt, daß der Antrag spätestens zwölf Monate nach der Auflösung der Ehe gestellt ist, ist ebenfalls eine "Auszahlungsvorschrift", bezieht sich auf den Einzelanspruch und nicht auf das Stammrecht. Diese Auslegung der Bestimmung des § 1291 Abs. 2 wird bestätigt durch die Entstehungsgeschichte dieser Regelung und durch eine Entscheidung des BSG.

Nach dem Vorschlag des Regierungsentwurfs sollte die Vorschrift zunächst heißen: "Hat eine Witwe oder ein

¹ vgl. Schlachta, SGB 74, 5 (7)

Witwer sich wiederverheiratet und wird diese Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt, so lebt der Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente wieder auf." Erst auf Beschluß des Bundestages in der zweiten Beratung des ArVNG wurde in den angefügten Satz die Klausel der Zwölfmonatsfrist eingefügt. Diese Ergänzung wurde damit begründet, daß bei dem ursprünglich vorgesehenen Text Zweifel über den Beginn der Leistung aufkommen könnten, ob nämlich beim Wiederaufleben des Anspruchs die Rente vom Ablauf des Monats, in dem die Ehe aufgelöst wird, zu zahlen ist, oder ob sich das Wiederaufleben nach der Vorschrift des heutigen § 1290 Abs. 3 RVO richtet (Beginn der Rente mit dem Antragsmonat¹). Während der Gesetzesberatungen erhob sich kein Widerspruch dagegen, daß mit diesem Zusatz zum Regierungsentwurf lediglich eine den **B e g i n n** der Rente regelnde Zeitbestimmung getroffen werden sollte.

Das BSG hatte zu entscheiden², ob man die zwölfmonatige Antragsfrist des § 1291 Abs. 2 RVO als Ausschlußfrist aufzufassen hat mit der Konsequenz, daß ein Wiederaufleben des Anspruchs auf Witwenrente ausgeschlossen ist, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist gestellt wurde oder ob man die Regelung des § 1291 Abs. 2 dahingehend auslegen muß, daß ein Wiederaufleben auch dann noch möglich ist, wenn der Antrag später als innerhalb der Zwölfmonatsfrist nach Auflösung der Ehe gestellt wurde. Das BSG brachte zum Ausdruck, es sei zuzugeben, daß die Zwölfmonatsfrist nach dem ersten Eindruck als eine Grundvoraussetzung für die Geltendmachung des wiederaufgelebten Anspruchs aufgefaßt werden könne. Dahin weise der letzte Satzteil des ersten Halbsatzes in § 1291 Abs. 2,

1 vgl. Sitzungsbericht des 2. Deutschen BT vom 18.1.57, S. 10 407 C D

2 vgl. BSGE 18, 62

der mit einem "wenn" eingeleitet werde. Man sei versucht, aus diesem Konditionalsatz abzulesen, unter welcher Bedingung allein das Recht auf Hinterbliebenenrente aufs neue entstehe. Die Wirkung der Zwölfmonatsfrist wäre dann, daß nach ihrem Ablauf die Leistung schlechterdings nicht mehr begehrt werden könne, gleichviel aus welchem Grunde der Forderungsberechtigte an der Wahrung der Frist verhindert gewesen sei. Jedoch passe eine so einengende, die Rechtsstellung der Witwen und Witwer einschränkende Auslegung nicht zu dem rechts- und sozialpolitischen Ziel, welches der Gesetzgeber mit dem Institut des Wiederauflebens der Witwenrente verfolgt, nämlich den unerwünschten Rentenkonkubinaten entgegenzuwirken. Weiterhin weist das BSG darauf hin, daß man zwei Dinge voneinander zu trennen habe: den Teil des Rechtssatzes, der die Anspruchsberechtigung als solche enthalte und denjenigen Teil der Bestimmung, der sich mit einer Frage des Leistungsanfangs befasse. Beides sei gedanklich voneinander zu scheiden. In dieser Hinsicht sei es bedeutsam, das Augenmerk auf den Zusammenhang des § 1291 Abs. 2 RVO mit § 1290 RVO, der über den Beginn der Rente handle, hinzu- lenken. Im § 1290 Abs. 3 sei allgemein bestimmt, daß eine Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente nur vom Beginn des Antragsmonats verlangt werden könne. Dem stehe als Ausnahme der Sondertatbestand gegenüber, daß der Antrag innerhalb der Zwölfmonatsfrist nach Auflösung der zweiten Ehe angebracht werde; die Vorschrift über den fristgebundenen Antrag, also § 1291 Abs. 2 RVO, setze mithin logisch den generellen Tatbestand des § 1290 Abs. 3 S. 1 über den Leistungsbeginn im allgemeinen voraus. Wie man sich zur Tragweite der Zwölfmonatsfrist auch immer stellen möge, es sei nicht daran vorbeizukommen, daß § 1291 Abs. 2 auf jeden Fall eine Bestimmung über den B e g i n n der Leistung darstelle.

Aus der Entstehungsgeschichte des § 1291 Abs. 2 RVO und aus den Ausführungen des BSG (§ 1291 Abs. 2 wird als Sondervorschrift zu § 1290 Abs. 3 aufgefaßt) folgt, daß sich der in § 1291 Abs. 2 genannte Zeitpunkt des Wiederauflebens auf den ersten aus dem Stammrecht "fließenden" Einzelanspruch bezieht (den Beginn der Leistung betrifft). Dann ist es nur konsequent, das Stammrecht in dem Augenblick wiederaufleben zu sehen, in dem die neue Ehe unter den im Gesetz geforderten Prämissen aufgelöst wird. Das entspricht auch der gesamten Konzeption des Gesetzes, nach der der Witwenrentenanspruch (als Stammrecht) mit der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen entsteht, ohne Rücksicht darauf, ob und wann der Antrag gestellt wird. Hier lebt dieser "alte" Witwenrentenanspruch wieder auf. Wegfall und Wiederaufleben stehen also nicht nur in einem Ursachenzusammenhang derart, daß dieselbe Ehe ("diese" Ehe i.S.d. Abs. 2 S. 1 Halbs. 1 im § 1291 RVO) durch ihren Beginn den Untergang des Stammrechts und durch ihr Ende das Wiederaufleben des Stammrechts begründet, beide Rechtsinstitute sind auch unabhängig von Auszahlungsvorschriften, die die Witwenrente noch für den Rest des Kalendermonats der Wiederverheiratung zusprechen oder die wiederaufgelebte Witwenrente, etwa wegen verspäteter Antragstellung, erst geraume Zeit nach Entstehung des Stammrechts durch Auflösung der neuen Ehe auszahlen lassen¹.

Durch § 1291 Abs. 2 werden die Untersuchungen beim "Entstehen" von Rentenstammrecht und Einzelanspruch bestätigt. Wie bereits festgestellt, lebt das Stammrecht auf Witwenrente im Zeitpunkt der Auflösung bzw. Nichtigerklärung der Ehe wieder auf. Der erste aus dem Stammrecht "fließende" Einzelanspruch lebt gem. § 1291 Abs. 2 erst mit Ab-

¹ vgl. Verbandskomm. Anm. 3 zu § 1291 RVO

lauf des Monats, in dem die Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt ist und wenn der Antrag nach Ablauf der Zwölfmonatsfrist gestellt wurde, mit Beginn des Antragsmonats wieder auf (§ 1290 Abs. 3 S. 1). Es ist also auch beim Wiederaufleben die bereits beim Entstehen des Rentenanspruchs grundsätzlich bestehende "Lücke" zwischen Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Auszahlungsanspruchs vorhanden. Der zeitliche Unterschied wird besonders deutlich, wenn der Antrag nicht innerhalb der Zwölfmonatsfrist gestellt wird und der erste Einzelanspruch infolgedessen erst vom Beginn des Antragsmonats wiederaufleben kann. Dieses Auseinanderklaffen beim Wiederaufleben kommt auch durch die Regelungen in § 615 Abs. 2 RVO und § 44 Abs. 4 BVG zum Ausdruck.

3) Die Anrechnung von Ansprüchen, die durch die Auflösung der neuen Ehe erworben wurden

Der 2. Halbs. im § 1291 Abs. 2 S. 1 RVO enthält eine "Anrechnungsvorschrift" (ebenso § 615 Abs. 2 S. 2 RVO, § 44 Abs. 5 BVG). Auf die wiederaufgelebte Witwenrente ist ein durch die Auflösung dieser neuen Ehe erworbener Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruch anzurechnen. Es fragt sich, ob diese Vorschrift eine Begrenzung des Stammrechts darstellt oder ob hierdurch lediglich der Auszahlungsanspruch berührt wird. Zweck dieser Anrechnungsbestimmung ist es, einen wirtschaftlichen Vorteil durch Entstehen eines neuen Anspruchs neben dem wiederaufgelebten Witwenrentenanspruch zu verhindern: Die Auflösung der neuen Ehe soll nicht zu einem wirtschaftlich begrüßenswerten Ereignis werden¹. Zwar hat der Gesetzgeber bei der Anrechnungsvorschrift des § 1291 Abs. 2 den Begriff

¹ vgl. Brackmann, S. 720 I; Heinze, SGB 62, 359 f;
Barth, Soz.Vers. 60, 139; Mösch, Soz.Vers. 69, 36 (39)

des "Ruhens" vermieden, aber ein Vergleich mit den noch zu behandelnden Ruhestatbeständen zeigt, daß zwischen der Anrechnung i.S. von § 1291 Abs. 2 und den Ruhestatbeständen Parallelen bestehen. Es ist daher davon auszugehen, daß der infolge der Auflösung der Ehe neu erworbene Versorgungs-, Unterhalts- oder Rentenanspruch lediglich den Einzelanspruch der Witwenrente beschneidet und das zugrunde liegende Stammrecht nicht berührt¹. Daraus folgt: Selbst wenn die anzurechnenden Beträge die wieder-auflebende Rente übersteigen, wird das Stammrecht auf Witwenrente, das wiederauflebte, davon nicht betroffen.

III) Die "Entziehung" von Leistungen

Die Gewährung einer Sozialleistung ist stets an das Vorliegen bestimmter gesetzlicher Voraussetzungen geknüpft. Fällt eine dieser Voraussetzungen nach Gewährung der Leistung weg, so geht das Gesetz verschiedene Wege, um die nunmehr sachlich nicht mehr gerechtfertigte Leistung zu beseitigen: In einer Reihe von Fällen läßt es die Leistung infolge eines Wegfalltatbestandes enden. In anderen Fällen erfolgt eine Entziehung von Sozialleistungen. Neben den Vorschriften über den "Wegfall" sind daher die Bestimmungen über die Entziehung von Leistungen von besonderer Wichtigkeit. Die Voraussetzungen, unter denen eine Leistung wegfällt, sind im allgemeinen tatbestands- und kalendermäßig unstreitig und in ihrer Wirkung auf den Leistungsanspruch vielfach auch im allgemeinen Rechtsbewußtsein selbstverständlich (z.B. Tod des Rentners, Erreichung des Lebensalters von Waisen). Demgegenüber sind die Gründe, die den Versicherungsträger zu einer Entziehung einer Leistung berechtigen, für den Versicherten nicht stets sub-

¹ vgl. Malkewitz, a.a.O. S. 21, 22; Ludwig, DVZ 59, 64 (66)

ektiv einleuchtend. Die Entziehung greift daher in der Regel viel stärker als der Wegfall in die Lebensgewohnheiten und wirtschaftliche Planung des Berechtigten ein¹.

1) Folgende Bestimmungen, die eine Entziehung einer Leistung vorsehen, sind anzuführen:

- a) In der UV kommt die Entziehung der Leistung gem. § 622 RVO in Betracht. Hier ist der Entzug eine Form der Neufeststellung der Renten wegen Änderung der für die Rentenfeststellung wesentlichen Verhältnisse.
- b) In der RV gilt die Vorschrift des § 1286 Abs. 1 S. 1 RVO: Ist der Empfänger einer Rente wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit infolge einer Änderung in seinen Verhältnissen nicht mehr berufsunfähig, so wird die Rente entzogen.

§ 622 und § 1286 S. 1 RVO verfolgen die gleiche Zielsetzung; beide Vorschriften geben die Möglichkeit zur Durchbrechung der durch die Feststellung des Versicherungsträgers geschaffenen Bestandskraft². Dabei ist in beiden Fällen auszugehen von der Vorschrift des § 77 SGG, nach der - unter bestimmten, hier nicht zu erörternden Voraussetzungen - die Bescheide für die Beteiligten bindend werden, "soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist". Sowohl für die RV als auch für die UV ist nun durch § 622 und 1286 I S. 1 RVO "etwas anderes bestimmt".

- c) Ein Entzug einer Leistung kann gem. § 66 SGB-AT erfolgen, wenn derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 65 nicht nachkommt und hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert wird. Das gleiche gilt, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- d) Im Versorgungsrecht kommt eine Entziehung von Leistungen bei Besserung des Gesundheitszustandes in Betracht (vgl. § 60 Abs. 4 BVG).

¹ vgl. Gesamtkommentar, Anm. 1 zu § 1286 RVO

² vgl. Pickel, SGB 73, 81; Hauelsen, WzS 65, 97
Brackmann, S. 720

- e) Systematisch gehört zu den Bestimmungen über die Entziehung einer Leistung auch § 30 WoGG¹.

2) Das Ende des Stammrechts beim Entzug einer Leistung

Bei den Wegfalltatbeständen wurde festgestellt, daß das Stammrecht automatisch - sobald es an einer materiellen Anspruchsvoraussetzung fehlt - erlischt. Das Stammrecht fällt weg, ohne daß es einer Beseitigung des bindenden Bewilligungsbescheides oder rechtskräftigen Urteils bedarf². Es stellt sich die Frage, ob beim Entzug einer Leistung für das Ende des Stammrechts etwas anderes gilt. Es ist bereits angedeutet worden, daß aus psychologischen und wirtschaftlichen Gründen Unterschiede bestehen zwischen dem "Wegfall" und dem "Entzug" einer Leistung. Der Eintritt z.B. des Versicherungsfalls der BU und der EU mit Rentenfolge bedeutet im Leben des Versicherten eine bedeutsame Wende. Die Entziehung der Rente wird vom Versicherten fast immer als soziale Härte, wenn nicht als Unrecht, empfunden. Dem hat das Gesetz Rechnung getragen, wenn es die Entziehung einer Rente nur unter besonderen Voraussetzungen in einem förmlichen Verfahren zuläßt, das mit allen Möglichkeiten rechtlicher Kontrolle versehen ist. Diese genannten Unterschiede zwischen "Wegfall" und "Entziehen" haben auch Auswirkungen auf die Qualität der Wegfall- bzw. Entziehungsbescheide. Bei den Wegfalltatbeständen hat ein Bescheid deklaratorische Funktion, einem Entziehungsbescheid kommt konstitutive Bedeutung zu³.

Für das Ende des Stammrechts infolge eines Entziehungstatbestandes kann jedoch nichts anderes gelten als für

¹ vgl. Seite 229

² Gesamtkomm. Anm. 1 zu § 1286 RVO

³ Verbandskomm., Vorbem. zu § 1286 RVO; Anm. 2 zu § 1286 RVO; Lauterbach, Anm. e zu § 66 SGB-AT; Gesamtkomm., Anm. 1 zu § 1286 RVO; Brackmann, S. 724b; Malkewitz, a.a.O. S. 17

das Erlöschen des Stammrechts durch einen vom Gesetz angeordneten "Wegfall" einer Leistung. Auch beim Entzug geht das Stammrecht in dem Augenblick unter, in dem es an einer materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzung fehlt. Der Entziehungsbescheid hat auf den Untergang des Stammrechts keinen Einfluß, maßgebend für das Ende des Gesamtanspruchs sind die tatsächlichen Verhältnisse, d.h. ob die Anspruchsvoraussetzungen gegeben sind oder nicht.

Die Rente wegen Berufsunfähigkeit z.B. wird entzogen, wenn der Berechtigte nicht mehr in dem gesetzlich geforderten Umfang erwerbsgemindert ist. Bei der Besserung des Zustandes und der damit verbundenen Hebung der Erwerbsfähigkeit wird deren Grenzwert rückläufig zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt überschritten. Damit sind die in § 1246 RVO gestellten Bedingungen für das Stammrecht auf Berufsunfähigkeitsrente nicht mehr erfüllt, so daß es endet. In der Praxis wird sich der Zeitpunkt des auch dem Versicherten unbewußten Überganges von der Berufsunfähigkeit zur Berufsfähigkeit nicht so präzise ermitteln lassen. Erst bei einer Nachuntersuchung oder einer sonstigen Überprüfung wird sich feststellen lassen, daß dieser Übergang inzwischen eingetreten ist. Der Zeitpunkt dieser Feststellung hängt also vielfach von dem zufälligen Datum der Nachuntersuchung oder der sonstigen Überprüfung ab. Er ist nicht identisch mit dem des Untergangs des Stammrechts, dessen Zeitpunkt sich im Gegensatz zum Rentenwegfall keineswegs unmißverständlich klar feststellen läßt. Insbesondere der Berechtigte kann diese Beendigung des Stammrechts nicht erkennen, infolgedessen auch nicht ersehen, wann der Einzelanspruch enden wird. Aus diesem Grunde mußte der Gesetzgeber das Rechtsinstitut der Entziehung schaffen. Die rechtsgestaltende Bedeutung des Entziehungsbescheides liegt allein in der Herbeiführung

der Beendigung von Einzelansprüchen. Gleichzeitig hat der Entziehungsbescheid eine rechtsfeststellende Bedeutung: Er stellt fest, daß das Stammrecht inzwischen sein Ende gefunden hat.

Beim Entzug einer Leistung besteht also die Besonderheit, daß das Erlöschen des Stammrechts oft erst nachträglich durch besondere Ermittlungen festgestellt werden kann. Diese Tatsache ändert jedoch nichts daran, daß das Stammrecht in dem Augenblick endet, in dem die für seine Entstehung erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr vollständig erfüllt sind. Wie der Berechtigte nicht zu wissen braucht, daß ein Gesamtanspruch auf eine wiederkehrende Leistung entstanden ist (bei Leistungen, bei denen dem Antrag keine materiell-rechtliche Bedeutung zukommt), braucht er auch im umgekehrten Fall vom Ende des Stammrechts keine Kenntnis zu haben. Bis zu welchem Zeitpunkt die Rente trotz des Nichtmehrbestehens des Gesamtanspruchs noch zu zahlen ist, ist eine die Einzelansprüche betreffende Frage.

3) Ende der Einzelansprüche

Diese Problematik, d.h. die Frage, wie lange die Rente trotz Untergangs des Stammrechts noch zu zahlen ist, hängt zusammen mit dem Zeitpunkt des Erlöschens der Einzelansprüche aufgrund einer Entziehung. Gem. § 1286 Abs. 2 RVO wird die Rente in ihrer bisherigen Höhe bis zum Ablauf des Monats gewährt, der auf den Monat folgt, in dem der Bescheid über die Entziehung zugestellt wird, jedoch nach Durchführung von Maßnahmen zur Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit (§§ 1236 bis 1244 RVO) mindestens bis zum Ablauf des dritten Kalendermonats nach Beendigung der Maßnahmen. Auch nach § 623 Abs. 2 RVO und § 60 Abs. 4 S. 2 BVG wird eine Entziehung erst mit Ablauf

des auf die Zustellung des Bescheides folgenden Monats wirksam. Diese Vorschriften sind Auszahlungsvorschriften, geben Antwort auf die Frage, wie lange noch Einzelansprüche trotz Untergangs des Stammrechts bestehen¹. Daher ist die Auffassung von Malkewitz², der § 1286 Abs. 2 RVO auf das Stammrecht bezieht, dogmatisch nicht zutreffend. Nach Ansicht von Malkewitz geht das Stammrecht erst mit Ablauf des Folgemonats der Zustellung unter. Dies bedeutet jedoch eine Verkenntung der Vorschrift des § 1286 Abs. 2 RVO. Vielmehr besteht auch bei der Entziehung einer Leistung wiederum ein zeitliches Auseinanderklaffen, eine mangelnde Kongruenz zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen. Das Stammrecht erlischt, sobald eine materielle Anspruchsvoraussetzung nicht mehr vorhanden ist, der letzte Einzelanspruch erst mit Ablauf des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Bescheid über die Entziehung zugestellt wurde. Der Gesamtanspruch auf die Rente wegen Berufsunfähigkeit war mit der Erfüllung der im § 1246 Abs. 1 und 3 RVO genannten Voraussetzungen entstanden. Stellt nun der Versicherungsträger fest, daß BU infolge einer Änderung in den Verhältnissen des Versicherten weggefallen ist, daß also die anspruchsbegründenden Voraussetzungen nicht mehr im vollen Umfang erfüllt sind, dann kann er in dem Bescheid feststellen, daß und seit wann das Stammrecht nicht mehr besteht, die Rente muß er trotzdem aber noch weiterzahlen bis zum Ende des Kalendermonats, der auf die Zustellung des Entziehungsbescheides folgt. Hier werden also ebenfalls bewußt Einzelansprüche für eine Zeit normiert, in der der Gesamtanspruch nicht mehr besteht.

¹ vgl. BSGE 29, 73 (75 f), wo zum Ausdruck kommt, daß es sich bei den Leistungen, die gem. § 623 Abs. 2 RVO gewährt werden, um Einzelleistungen handelt, welche das Stammrecht selbst unberührt lassen. Dieses führe ihnen gegenüber vielmehr ein selbständiges rechtliches Dasein.

² Malkewitz, a.a.O., S. 17

Es stellt sich beim "Entzug" wie beim "Wegfall" die Frage, wie denn ohne das Vorhandensein des Stammrechts Einzelansprüche zum Entstehen gelangen können. Beim Wegfall einer Leistung wurde herausgefunden, daß der letzte Einzelanspruch, der das Stammrecht überdauert, zu einem Zeitpunkt hervorgebracht wird, zu dem das Stammrecht noch nicht erloschen ist (Ausnahme: Wegfall des Krankengeldes gem. § 183 Abs. 3 RVO)¹. Der letzte Einzelanspruch war somit nicht ohne "Bindung" zum Stammrecht, sondern wurde von diesem noch "erzeugt", nur hatte dieser letzte vom Stammrecht noch hervorgebrachte Einzelanspruch einen längeren Bestand als der Gesamtanspruch. Im Gegensatz hierzu besteht beim Entzug die Konstellation, daß nicht nur ein Einzelanspruch, der vom Stammrecht noch "erzeugt" wurde, das Stammrecht überlebt, sondern mehrere Einzelansprüche können zu einem Zeitpunkt Bestand haben, zu dem das Stammrecht bereits untergegangen ist. Denn der Zeitraum zwischen Fehlen einer Anspruchsvoraussetzung (Erlöschenzeitpunkt des Stammrechts) und dem Ablauf des Folgemonats der Zustellung des Entziehungsbescheides (Untergangszeitpunkt des letzten Einzelanspruchs) kann u.U. mehrere Monate umfassen. In jedem Fall überdauert somit nicht nur ein Einzelanspruch das Stammrecht. Zweck der Vorschrift der §§ 623 Abs. 2, 1286 RVO und § 60 Abs. 4 S. 2 BVG, die die Leistungsgewährung und damit das Ende der Einzelansprüche hinausschieben, ist es, den Berechtigten auf den Entzug, der ja besonders einschneidende Auswirkungen nach sich zieht, einzustellen. Dadurch, daß die Rentengewährung noch etwas ausgedehnt wird, soll der durch die Entziehung hervorgerufene Einschnitt abgemildert werden².

¹ vgl. S. 220, 221

² vgl. Brackmann, S. 584

Das BSG hat in einer Entscheidung¹ zu § 48 BVG ausgesprochen, der Anspruch auf eine wiederkehrende Leistung setzte sich zusammen aus dem Stammrecht - dem Rentenanspruch an sich - und dem Recht auf die jeweils fälligen Einzelleistungen. Dabei bestünden im Regelfall das Stammrecht und das Recht auf die jeweils fälligen Einzelleistungen nebeneinander, d.h. letzteres setze regelmäßig den Rentenanspruch voraus. Dies brauche jedoch nicht immer der Fall zu sein. Ein Recht auf eine fällige Einzelleistung könne vielmehr ausnahmsweise auch noch dann bestehen, wenn das Stammrecht wegen Fehlens der für einen Versorgungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen durch einen rechtswirksamen Bescheid schon weggefallen sei.

Zwar wird durch diese Entscheidung bestätigt, daß Einzelansprüche auch nach Untergang des Stammrechts noch Bestand haben können, eine dogmatische Begründung dafür gibt das BSG jedoch nicht.

Überlegungen, wonach das Stammrecht bis zum Ablauf des Folgemonats der Zustellung künstlich am Leben erhalten wird, wirken konstruiert und sind auch dogmatisch nicht haltbar. Die Ansicht von Malkewitz, der das Stammrecht erst mit Ablauf des Folgemonats der Zustellung untergehen läßt, § 1286 Abs. 2 RVO also auf den Gesamtanspruch bezieht, ist abzulehnen, weil § 1286 Abs. 2 wie §§ 1291 Abs. 1, 1294, 1293 RVO nur eine Auszahlungsvorschrift ist und nichts darüber aussagt, wann beim Entzug das Stammrecht untergeht. Auch Versuche, die Einzelansprüche, die anscheinend ohne "Bindung" zum Gesamtanspruch entstehen und diesen überdauern, als "Reflexe" des schon untergegangenen Stammrechts zu erfassen, haben eher eine

¹ BSGE 20, 209 (214)

"feuilletonistische" als juristisch-dogmatische Grundlage. Es ist zu beachten, daß auch diese Einzelansprüche in Beziehung zum Stammrecht stehen und der Gesamtanspruch, wie für alle anderen Einzelansprüche auch, die Grundlage für ihr Entstehen bildet. Jeder Einzelanspruch setzt für seine Entstehung ein Stammrecht voraus. Der Einzelanspruch ist "sekundär", er "fließt" aus dem Gesamtanspruch und ist somit von ihm abhängig. Bei den Einzelansprüchen, die beim Entzug einer Leistung auf den ersten Blick in scheinbar keiner Verbindung zum Stammrecht stehen, handelt es sich um sog. betagte Ansprüche. Betagte Ansprüche sind Ansprüche, die zwar bereits entstanden sind, deren Durchführung aber erst bei Eintritt eines zukünftigen, gewissen Ereignisses erfolgen kann, d.h. die Fälligkeitszeitpunkte sind hinausgeschoben¹. Unter betagten Ansprüchen versteht man also entstandene, aber noch nicht fällige Ansprüche.

In der zivilrechtlichen Literatur besteht bei der Begriffsbestimmung von betagten Ansprüchen, insbesondere im Hinblick auf deren Abgrenzung zu befristeten Ansprüchen zum Teil keine Übereinstimmung. Die h.M.² trennt zwischen betragten und befristeten Ansprüchen. Betagte Ansprüche werden im dargelegten Sinne aufgefaßt. Unter einem befristeten Anspruch wird ein künftiger Anspruch verstanden, dessen Entstehung auf ein zukünftiges, gewisses Ereignis gestellt ist. Nach der h.M. ist somit in bezug auf Ansprüche von der Befristung, bei der vom Ein-

¹ vgl. Langheineken, a.a.O. S. 51; Erman/Hefermehl, Anm. 5 zu § 163 BGB; Palandt/Heinrichs, Vorbem. 5 vor § 158 BGB; Soergel/Siebert/Knopp, Anm. 5 zu § 163 BGB

² Larenz, BGB-AT, § 25 V, S. 435, 436; Enneccerus/Lehmann, Schuldrecht, § 223 I, S. 894; Lehmann/Hübner, BGB-AT, § 35 B I 2, S. 297; Staudinger/Seufert, Anm. 10 zu § 813 BGB; Palandt/Heinrichs, Vorbem. 5 vor § 158 BGB; Soergel/Siebert/Knopp, Anm. 5 zu § 163 BGB

tritt des Termins das Entstehen des Anspruchs abhängt, die bloße Betagung zu unterscheiden, bei der vom Eintritt des Termins lediglich das Fälligwerden des schon entstandenen Anspruchs abhängt.

Von einer Mindermeinung¹ wird angenommen, daß diese Unterscheidung keine oder nur theoretische Bedeutung habe und terminierte Ansprüche stets als betagte anzusehen seien. Zwischen dem betagten und dem befristeten Anspruch bestünde kein Unterschied. Die Unterscheidung sei zwar gedanklich möglich, aber für die Rechtsanwendung ohne Sinn.

Die h.M. verdient jedoch Zustimmung. Nach § 813 Abs. 2 BGB ist die Rückforderung ausgeschlossen, wenn eine "betagte Verbindlichkeit" vorzeitig erfüllt wird. Die Erstattung von Zwischenzinsen kann in diesem Fall nicht verlangt werden. Diese Bestimmung geht offenbar davon aus, daß die Verbindlichkeit schon besteht, wenn auch als eine solche, die erst in einem späteren Zeitpunkt zu erfüllen ist. Entnimmt man aus der in § 163 BGB ausgesprochenen Verweisung auf § 158 Abs. 1 BGB, daß im Falle aufschiebender Befristung eines Verpflichtungsgeschäfts der Anspruch und damit die Verbindlichkeit erst im Zeitpunkt des Anfangstermins entsteht, so wäre das Gesetz, was sehr unwahrscheinlich ist, in sich widersprüchlich, wenn der "betagte Anspruch" im Sinne des § 813 Abs. 2 BGB identisch wäre mit einem aufschiebend befristeten. Daher ist anzunehmen, daß beide nicht dasselbe sind. § 163 BGB gilt also nicht für einen Anspruch, dessen Fälligkeit lediglich hinausgeschoben ist, andererseits ist § 813 Abs. 2 BGB nicht auf befristete Ansprüche anzuwenden².

1 Enneccerus/Nipperdey, BGB-AT, § 199 II, S. 858; Flume, BGB-AT, § 41, S. 730; Staudinger/Coing, Anm. 4 zu § 163 BGB

2 vgl. Larenz, a.a.O. S. 435, 436; Staudinger/Seufert, Anm. 10 zu § 813 BGB; Soergel/Siebert/Knopp, Anm. 5 zu § 163 BGB

Geht somit das Stammrecht auf eine wiederkehrende Leistung infolge Fehlens einer Anspruchsvoraussetzung unter, dann werden die das Stammrecht überdauernden Ansprüche (mit Ausnahme des ersten das Stammrecht überlebenden Einzelanspruchs) vom Gesamtanspruch als betagte Ansprüche hervorgebracht. Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Am 15. März z.B. erlischt das Stammrecht auf Berufsunfähigkeitsrente, weil keine Berufsunfähigkeit mehr gegeben ist. Dies wird am 15. April aufgrund einer ärztlichen Untersuchung festgestellt. Wenn nun am 20. April an den Versicherten ein Entziehungsbescheid erlassen wird und dieser Bescheid am 22. April zugestellt wird, dann ergibt sich in bezug auf die das Stammrecht überdauernden Einzelansprüche: Der erste das Stammrecht überlebende Einzelanspruch (der Anspruch für den Bestimmungsmonat März) entsteht am 1. März. In diesem Augenblick hat das Stammrecht noch Bestand. Zum gleichen Zeitpunkt (am 1. März) werden auch die Einzelansprüche für den Monat April und Mai (gem. § 1286 Abs. 2 RVO bestehen Einzelansprüche bis zum Ablauf des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Bescheid über Entziehung zugestellt wird - also bis Ende Mai) als betagte Ansprüche hervorgebracht. Dies bedeutet, daß sie zwar entstanden, aber noch nicht fällig sind. Der Einzelanspruch für den Monat März wird mit seiner Entstehung fällig (am 1. März). Die Ansprüche für die Monate April und Mai entstehen auch am 1. März, werden jedoch erst am 1. April bzw. am 1. Mai fällig. Alle das Stammrecht überlebenden Einzelansprüche entstehen somit zum gleichen Zeitpunkt und werden vom noch bestehenden Gesamtanspruch hervorgebracht. Damit bleibt es bei dem Grundsatz, daß Einzelansprüche zwar einen längeren Bestand haben können als das Stammrecht, aber kein Anspruch zu einem Zeitpunkt entstehen kann, zu dem der Gesamtanspruch bereits erloschen ist.

4) Leistungsanspruch und Verwaltungsakt beim Leistungsentzug

Im Rahmen der Erörterungen der Entzugsbestimmungen soll abschließend anhand von zwei Fallkonstellationen auf das Verhältnis von Leistungsanspruch und Verwaltungsakt eingegangen werden. Dieser Problembereich wurde schon beim Entstehen von Ansprüchen untersucht¹. Es bietet sich an, diese Problematik auch beim Entzug von Sozialleistungen zu behandeln. Dabei kann angeknüpft werden an die bereits getroffenen Feststellungen beim Entstehen von Ansprüchen. Es stellt sich somit die Frage, welche Auswirkungen sich für Stammrecht und Einzelansprüche ergeben, wenn die Voraussetzungen für einen Entzug vorliegen (z.B. im Falle des § 1286 Abs. 1 S. 1 keine Berufsunfähigkeit mehr besteht), jedoch kein Entziehungsbescheid erlassen wird und der Versicherte weiterhin die ihm in Wirklichkeit nicht mehr zustehende Leistung erhält. Im umgekehrten Fall bleibt zu prüfen, welche Konsequenzen für Stammrecht und Einzelansprüche auftreten, wenn die Voraussetzungen für einen Entzug nicht bestehen, aber trotzdem ein fehlerhafter Entziehungsbescheid ergeht.

Im ersten Fall (Voraussetzungen für Entzug gegeben, jedoch kein Entziehungsbescheid) müßte man annehmen, daß Stammrecht und Einzelansprüche untergegangen sind. Wenn keine Berufsunfähigkeit mehr besteht, dann fehlt es an einer materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzung und folglich dürfte das Stammrecht keinen Bestand mehr haben. Ein bereits erloschenes Stammrecht kann auch keine Einzelansprüche mehr hervorbringen. Wenn jedoch ein Entziehungsbescheid unterbleibt, dann wird fingiert, daß das an sich nicht mehr bestehende Stammrecht und die

¹ vgl. S. 136 ff

Einzelansprüche weiterhin existieren. Insofern entspricht diese Situation im Ergebnis der beim Entstehen von Ansprüchen untersuchten Fallgestaltung, daß die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt sind, jedoch in Verkennung der Verhältnisse ein positiver Bewilligungsbescheid ergeht.

Liegen die Voraussetzungen für den Entzug einer Leistung nicht vor (d.h. besteht z.B. weiterhin Berufsunfähigkeit), wird vom Versicherungsträger aber ein fehlerhafter Entziehungsbescheid erlassen, so ergibt sich in Bezug auf das Stammrecht: Der Entziehungsbescheid, obwohl ihm konstitutive Bedeutung zugesprochen wird, kann nicht bewirken, daß das Stammrecht endet. Sind die materiellrechtlichen Anspruchsvoraussetzungen weiterhin erfüllt, bleibt das Stammrecht bestehen, unabhängig davon, ob ein Bescheid erfolgt. Ausschließlich die tatsächlichen Verhältnisse sind maßgebend für Bestehen oder Nichtbestehen des Stammrechts. Der unrichtige Entziehungsbescheid hat jedoch zur Folge - darin liegt seine konstitutive Wirkung -, daß von dem in den Entzugsbestimmungen genannten Zeitpunkt ab (vom Ablauf des Folgemonats der Zustellung des Bescheids) die Einzelansprüche erlöschen. Denn von diesem Zeitpunkt erhält der Versicherte keine Leistungen mehr. In der vergleichbaren Situation beim Entstehen von Ansprüchen (Anspruchsvoraussetzungen gegeben, jedoch fehlerhafter ablehnender Bescheid) wurde festgestellt, daß der ablehnende Bescheid weder auf Entstehen des Stammrechts noch der Einzelansprüche Einfluß nehmen konnte. Auch die Einzelansprüche kamen zum Entstehen (vgl. § 40 Abs. 1 SGB-AT), nur deren Realisierung wurde verhindert. Wegen der rein feststellenden Natur des Bescheides konnten Stammrecht und Einzelansprüche unabhängig vom ablehnenden Verwaltungsakt entstehen. Bei der vorliegenden Fallgestaltung des Entzugs hat der rechtswidrige Bescheid

zwar auch keine Einwirkung auf das Stammrecht, jedoch auf das Ende der Einzelansprüche. Der Grund hierfür liegt in der insoweit konstitutiven Bedeutung des Entziehungsbescheids. Die beiden sich entsprechenden Situationen unterscheiden sich daher dadurch, daß im einen Fall der Ablehnungsbescheid keinen Einfluß hat auf Entstehen der Einzelansprüche, im Falle des Entzugs der fehlerhafte Entziehungsbescheid wegen seiner rechtsgestaltenden Funktion jedoch das Ende der Einzelansprüche herbeiführt. In Bezug auf das Stammrecht bestehen keine Unterschiede.

IV) Die Umwandlung von Rentenansprüchen

Durch die Gesetze zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherungen ist der Begriff der Umwandlung in das Rentenversicherungsrecht eingeführt worden. Dem früheren Recht war der Begriff der Rentenumwandlung unbekannt¹.

Folgende Vorschriften sehen eine Umwandlung von Renten vor:

- 1) Wird der Empfänger einer Rente wegen Berufsunfähigkeit erwerbsunfähig, so ist gem. § 1253 Abs. 2 S. 2 RVO die bisherige Rente in eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit umzuwandeln.
- 2) § 1254 Abs. 2 RVO bestimmt: Erfüllt der Empfänger einer Rente wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit die Voraussetzungen für ein Altersruhegeld, so ist die Rente im Falle des § 1248 Abs. 5 RVO, sofern der Versicherte nicht etwas anderes bestimmt, von Amts wegen, in den Fällen des § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO auf Antrag in das Altersruhegeld umzuwandeln.
- 3) Ist der zum Bezug einer Hinterbliebenenrente nach § 1268 Abs. 2 Nr. 2 RVO Berechtigte nicht mehr be-

1 Pickel, SGB 1966, 494

rufsunfähig, so wird die Rente gem. § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO in eine Rente nach § 1268 Abs. 1 RVO umgewandelt.

- 4) Die Rente wegen Erwerbsunfähigkeit wird gem. § 1286 Abs. 1 S. 3 RVO in eine Rente wegen Berufsunfähigkeit nach § 1253 Abs. 1 RVO umgewandelt, wenn der Berechtigte infolge einer Änderung in seinen Verhältnissen nicht mehr erwerbsunfähig, aber noch berufsunfähig ist.
- 5) Liegen die Voraussetzungen für eine als Rente wegen Erwerbsunfähigkeit berechnete Erziehungsrente (§ 1265 a RVO) nicht mehr vor, wohl aber die Voraussetzungen für eine als Rente wegen Berufsunfähigkeit zu berechnende Erziehungsrente, so bestimmt § 1265 Abs. 3 S. 3 RVO, daß die nach § 1253 Abs. 2 RVO berechnete Rente in eine nach § 1253 Abs. 1 RVO zu berechnende Rente umzuwandeln ist.

1) Die Rentenumwandlung als Folge der Systematik der Versicherungsfälle

Um den Begriff Umwandlung dogmatisch zu erfassen, insbesondere im Hinblick auf die zu behandelnde Differenzierung zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen, muß zunächst geklärt werden, welche Gründe die Einführung dieses Begriffs notwendig machten.

Durch die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze ist das System der verschiedenen Versicherungsfälle erheblich verändert worden. Neben der Rente wegen BU nach § 1246 RVO, die an die Stelle der früheren Invalidenrente getreten ist, wurde durch die Neuregelungsgesetze der Anspruch nach § 1247 RVO auf Rente wegen EU eingeführt. Daneben wurden durch das ARVNG zwei neue Alternativvoraussetzungen (§ 1248 Abs. 2 und 3 RVO) für den Versicherungsfall des Alters geschaffen und durch das Rentenreformgesetz von 1972 die sog. flexible Altersgrenze (§ 1248 Abs. 1 RVO) eingeführt.

Neben der V e r m e h r u n g der Versicherungsfälle ist das entscheidend Neue die A b g r e n z u n g der genannten Versicherungsfälle gegeneinander. Nach dem vor dem 1. Januar 1957 geltenden Recht änderte sich eine Invalidenrente, die bis zum Tode bezogen wurde, auch dann nicht, wenn der Rentenempfänger während des Rentenbezuges das 65. Lebensjahr vollendete. Der Versicherungsfall der Invalidität und der des Alters flossen ineinander¹. Diese Rechtslage hat sich geändert. Die Abgrenzung, die das ArVNG bringt, betrifft zunächst die Versicherungsfälle wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit gegenüber dem Versicherungsfall des Alters, sodann die der Fälle wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit gegeneinander (Abgrenzung des Versicherungsfalles der BU gegen den der EU). Nach der sozialpolitischen Konzeption des ArVNG fordert der vorzeitige Abbruch eines Arbeitslebens durch Eintritt der BU oder EU in erster Linie das Ergreifen von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit seitens des Versicherungsträgers und erst in zweiter Linie eine Rentengewährung (so heute insbesondere auch die Grundkonzeption des RehaG), während der bei jedem älteren Menschen notwendig eintretende Ruhestand nach erfülltem Arbeitsleben im wesentlichen allein der wirtschaftlichen Sicherung bedarf². Deswegen ist der Steigerungssatz für das Altersruhegeld - gegenüber dem für die BU-Rente - erhöht (1,5 % der subjektiven Bemessungsgrundlage gegenüber 1 %). Darüber hinaus ist zur weiteren Erhöhung des Altersruhegeldes und ggf. zur schnelleren Erfüllung der Wartezeit für diesen Versfall und den des Todes die nach bisherigem Recht unzulässige Entrichtung von Pflicht- und freiwilligen Beiträgen (§§ 1236, 1443 RVO a.F.) auch während einer berenteten oder

1 vgl. auch BSGE 4, 36 ff

2 vgl. Bogs, SGB 57, 65

unberenteten BU oder EU zugelassen (Umkehrschluß aus § 1229 I Nr. 1 RVO sowie für die Entrichtung freiwilliger Beiträge die ausdrückliche Regelung des § 1233 Abs. 1, 2 RVO).

Die Versicherungsfälle des Alters (§ 1248 Abs. 1 - 3, 5 RVO) und des Todes sind also gegenüber den beiden Versicherungsfällen wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit (wegen BU oder EU) höherwertig¹.

Von den beiden Versfällen wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit ist der der EU gegenüber dem der BU höherwertig, weil der Steigerungssatz für die Rente wegen EU 1,5 % gegenüber 1 % bei der BU-Rente beträgt und weil während einer - berenteten oder unberenteten - BU entrichtete Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge für die Wartezeit der Rente wegen EU und auf deren Höhe anrechenbar sind².

Die Versfälle neuen Rechts sind also - im Gegensatz zum früheren Recht - in einer Stufenfolge angeordnet, und zwar in der theoretischen Reihenfolge:

1) Berufsunfähigkeit; 2) Erwerbsunfähigkeit; 3) Alter oder Tod³.

Die Einführung des Begriffes Umwandlung wurde somit dadurch bedingt, daß die verschiedenen Rentenarten nicht mehr gleichwertig sind, vielmehr eine Rangfolge erkennen lassen, die bei den Versichertenrenten von der BU - über die EU - Rente zum Altersruhegeld geht. Da jeder Versicherte Anspruch auf die Leistung hat, deren Voraussetzun-

1 vgl. Verbandskomm. Vorbem. 1 vor §§ 1245 ff RVO

2 vgl. Heinze, Soz.Vers. 61, 39

3 Kübler, Soz.Vers., 58, 305 (306)

Heinze, Soz.Vers. 61, 39

gen er erfüllt, mußte das Gesetz ein Rechtsinstitut schaffen, das den Übergang eines Rentenbeziehers von seiner bisher bezogenen Rente auf eine andere Rentenart ermöglicht, sofern er die Voraussetzungen jener erfüllt¹.

2) Begriffliche Klärung des Instituts Umwandlung

Aus dem Entstehungsgrund der Umwandlung ist ihr rechtlicher Charakter abzuleiten. Das BSG² war in zwei Entscheidungen zunächst der Auffassung, die Umwandlung habe die Besonderheit - und dies gehe schon aus der Bezeichnung hervor - daß die alte Rente nicht etwa, wie bei der originären Rentengewährung, weg falle und eine andere Rente an ihre Stelle trete, sondern daß die alte Rente in ihren Bestandteilen erhalten bleibe und nur durch zusätzliche Berücksichtigung der inzwischen zurückgelegten Versicherungszeiten gewissermaßen "aufgestockt" werde. Diese Ansicht wurde lediglich von dem Begriff der Umwandlung hergeleitet, im übrigen aber nicht näher begründet und hat auch die in dem Rechtsstreit getroffene Entscheidung (daß nämlich nach damaligem Recht BU-Rente in vorzeitiges Altersruhegeld nicht umgewandelt werden konnte) nicht getragen, sondern ist nur beiläufig dargelegt worden.

Dieser in den beiden genannten Entscheidungen vertretenen Meinung ist der 11. Senat des BSG³ nicht gefolgt. Der 11. Senat ist vielmehr der Auffassung, daß die Bezeichnung Umwandlung nicht ganz eindeutig sei; sie deute jedenfalls nicht schon begrifflich auf eine Regelung hin, bei der die alte Rente mit den früher festgestellten Berechnungsfak-

1 Heinze, Soz.Vers. 61, 39

2 BSGE 19, 188 (190)
25, 139 (140)

3 BSGE 26, 206; zustimmend SG Düsseldorf, BKK 62, Sp. 631 (632)

toren bestehen bleibe und nur aufgestockt werde; so könne die Bezeichnung "Umwandlung" nicht gemeint sein. Das "Aufstocken" der umzuwandelnden Rente sei der Umwandlung nicht wesenseigen. Die Bezeichnung "Umwandlung" bedeutet nach Ansicht des Senats - dem üblichen Sprachgebrauch entsprechend - nichts anderes, als daß nunmehr ein neuer, auf einem anderen Versfall beruhender Leistungsanspruch besteht und damit der Anspruch auf die alte Rente nicht mehr besteht.

In einer weiteren Entscheidung des 12. Senats des BSG¹ wurde der Begriff Umwandlung dahingehend definiert, daß ein neuer, auf einem anderen Versicherungsfall beruhender Leistungsanspruch entstanden und festzustellen sei, wobei der alte Anspruch nach bindender Feststellung in dem neuen aufgehe. Nach Aussage des BSG ist für die Feststellung der neuen Leistung grundsätzlich der Zeitpunkt des neuen Versicherungsfalls maßgebend. Weiterhin wird betont, daß die neue Rente auf der Grundlage der für den Zeitpunkt des neuen Versicherungsfalls maßgebenden allgemeinen Bemessungsgrundlage zu berechnen sei. Diese Begriffsbestimmung steht nicht in Widerspruch zur Auffassung des 11. Senats. Entscheidend ist - und daran wird vom BSG festgehalten -, daß durch die Umwandlung ein neuer, auf einem anderen Versicherungsfall beruhender Leistungsanspruch entsteht und nicht nur eine "Aufstockung" der alten Rente erfolgt.

Für die Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch ergibt sich aus einem so verstandenen Begriff der Umwandlung, dem auch die Literatur folgt², daß bei der Um-

1 BSGE 27, 167 (168)

2 Jantz/Zweng, Einführung, S. 11, 12; Pickel, SGb 66, 494 (496); Eicher/Haase/Rauschenbach, Anm. 6 zu § 1253 RVO; Finke, DAng.Vers. 67, 196, Anmerkung zu BSGE 26, 206

wandlung einer Rente in eine andere Rentenart auch das Stammrecht tangiert wird. Wird eine BU-Rente in eine EU-Rente umgewandelt, dann erfolgt auch eine Änderung des Stammrechts der BU-Rente in ein Stammrecht einer EU-Rente. Beim Übergang von einer Rentenart zu einer anderen Rentenart entsteht aufgrund eines neuen Versicherungsfalles ein völlig neuer Leistungsanspruch. Dies muß zur Umwandlung auch des Rentenstammrechts führen. Daraus folgt, daß die Rentenumwandlung nicht identisch ist mit der R e n t e n e r h ö h u n g . Bei dieser bleibt das Stammrecht gleich, nur die Höhe der Einzelansprüche ändert sich¹. Mit der Umwandlung kann zwar eine Erhöhung der Rente einhergehen, sofern es sich um den Übergang zu einer höherwertigen Rentenart handelt, doch ist das kein notwendiges Erfordernis. Die Umwandlung nach § 1286 Abs. 1 S. 2 und 3 RVO wird regelmäßig zu einer Herabsetzung der Rente führen². Umwandlung und Rentenerhöhung unterscheiden sich also dadurch, daß bei der Umwandlung das Rentenstammrecht sich ändert, während bei der Rentenerhöhung das Stammrecht dasselbe bleibt und nur die Höhe der Einzelansprüche variiert wird.

3) Das Entstehen des umgewandelten Stammrechts und des ersten Einzelanspruchs

Aufschlußreich ist es, auch bei der Umwandlung zu untersuchen, wann das Stammrecht und der erste Einzelanspruch der umgewandelten, neuen Rente entstehen. Hierzu müssen die einzelnen Umwandlungsvorschriften klar voneinander getrennt werden.

1 Etmer, Anm. 4 zu § 1290 RVO

2 vgl. Heinze, Soz.Vers. 61, 39

Bei der Rentenumwandlung nach § 1253 Abs. 2 S. 1 RVO entsteht das Stammrecht auf EU-Rente automatisch, sobald die materiellen Voraussetzungen der EU-Rente vorliegen.

Für das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf EU-Rente ist ein Antrag erforderlich¹. Ohne Antrag wird dem Versicherungsträger der Eintritt des Versfalles der EU nicht bekannt. Für den Beginn der höheren Rente, d.h. das Entstehen des ersten Einzelanspruchs gilt § 1290 Abs. 3 S. 1². Danach entsteht der erste Einzelanspruch mit dem Ersten des Antragsmonats.

Bei der Umwandlung einer Rente wegen BU oder EU (gem. § 1254 Abs. 2 S. 1 RVO) in ein Altersruhegeld ist beim Entstehen des Stammrechts zu unterscheiden zwischen den vorzeitigen Altersruhegeldern (§ 1248 Abs. 1 - 3 RVO, hier ist der Antrag materiell-rechtliche Voraussetzung) und dem Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 5 RVO (hier hat der Antrag keine materiell-rechtliche Bedeutung). Sobald die jeweiligen Anspruchsvoraussetzungen des betreffenden Altersruhegeldes vorliegen, entsteht das Stammrecht.

Für die Ermittlung des Zeitpunktes des Entstehens des ersten Einzelanspruchs muß ebenfalls unter den verschiedenen Altersruhegeldern differenziert werden. In ein Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 5 RVO ist eine Rente wegen BU oder EU gem. § 1254 Abs. 2 RVO von Amts wegen umzuwandeln. Der erste Einzelanspruch auf ein Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 5 RVO entsteht daher - unabhängig vom Zeitpunkt der Antragstellung - mit dem Ablauf des Monats,

1 Kübler, Soz.Vers. 58, 305 (306); Eicher/Haase/Rauschenbach Anm. 6 zu § 1253 RVO; Brackmann, S. 704 n, 704 o
2 vgl. Verbandskomm. Anm. 8 a zu § 1290 RVO, jedoch ist dies str., weil u.U. Erstgewährung und Umwandlung zu einem verschiedenen Rentenbeginn führen.

in dessen Verlauf der Erhöhungstatbestand (d.h. die Voraussetzung des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 5 RVO) erfüllt ist. Für die Entstehung dieses Einzelanspruchs gilt somit die Vorschrift des § 1290 Abs. 1 S. 1 RVO¹.

Gem. § 1254 Abs. 2 S. 1 RVO ist die BU- oder EU-Rente in ein Altersruhegeld des § 1248 Abs. 1 bis 3 RVO auf Antrag umzuwandeln. Für die Entstehung der ersten Einzelansprüche dieser Altersruhegelder gilt wieder die Vorschrift des § 1290 Abs. 3 RVO; diese Einzelansprüche entstehen somit erst am Ersten des Antragsmonats².

Das Stammrecht auf BU-Rente entsteht im Rahmen einer Umwandlung nach § 1286 Abs. 1 S. 3 RVO in dem Augenblick, in dem nur noch die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen der BU-Rente (§ 1246 RVO) vorliegen.

Die Umwandlung nach § 1286 Abs. 1 S. 3 RVO erfolgt von Amts wegen, wenn festgestellt wird, daß der Berechtigte infolge Änderung in seinen Verhältnissen nicht mehr erwerbsunfähig, aber noch berufsunfähig ist³. Für den Beginn der niedrigeren Rente, d.h. das Entstehen des ersten Einzelanspruchs auf BU-Rente, ist § 1286 Abs. 2 RVO maßgebend. Danach entsteht der erste Einzelanspruch auf BU-Rente am Ersten des Monats, der dem Folgemonat der Zustellung folgt. Mit Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem der Bescheid über die Umwandlung zugestellt wird, erlischt der letzte Einzelanspruch der EU-Rente. Unmittelbar am Ersten des darauffolgenden Monats entsteht der erste Einzelanspruch der BU-Rente.

¹ vgl. Verbandskomm. Anm. 8 b und 10 zu § 1290 RVO

² Verbandskomm. Anm. 8 a Nr. 2 zu § 1290 RVO

³ Kübler, Soz.Vers. 58, 305 (306); Eicher/Haase/Rauschenbach, Anm. 8 zu § 1286 RVO

Die systematische Geschlossenheit der Umwandlungsvorschriften wird durch § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO und § 1265 a Abs. 3 S. 3 RVO gestört. Gem. § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO wird eine nach § 1268 Abs. 2 RVO berechnete Witwen (Witwer) -rente bzw. eine Rente an den früheren Ehegatten (diese Renten betragen sechs Zehntel der nach § 1253 Abs. 2 RVO berechneten Erwerbsunfähigkeitsrente ohne Kinderzuschuß, sog. "große Witwenrente") in eine nach § 1268 Abs. 1 RVO zu berechnende Rente (hier beträgt die Rente sechs Zehntel der nach § 1253 Abs. 1 RVO ohne Berücksichtigung einer Zurechnungszeit berechneten Berufsunfähigkeitsrente ohne Kinderzuschuß, sog. "kleine Witwenrente") "umgewandelt". Es stellt sich die Frage, ob es sich hierbei um eine echte Umwandlung in dem bisher dargelegten Sinne handelt. Für den Begriff Umwandlung ist charakteristisch, daß ein Übergang von einer Rentenart zu einer anderen Rentenart erfolgt. Eine Rentenumwandlung ist jedoch dann nicht anzunehmen, wenn zwar beim Rentenbezieher Veränderungen eintreten, jedoch die gleiche Rentenart erhalten bleibt. Ist man der Auffassung, daß es sich bei § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO um eine echte Umwandlung handelt, so müßte man annehmen, daß die Leistungen nach Abs. 1 und Abs. 2 verschiedene Rentenarten sind. Das trifft jedoch nicht zu, denn das Gesetz kennt für Witwen, Witwer und frühere Ehegatten nur eine einheitliche Rentenart, wie sich aus den Bestimmungen der §§ 1263 ff RVO ergibt. Bei der "Umwandlung" des § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO tritt kein neuer Versicherungsfall ein, denn Versicherungsfall ist der Tod des Versicherten und nicht die BU oder EU des Hinterbliebenen¹. Es ist deshalb mit Heinze² davon auszugehen, daß der Unterschied zwischen Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 des § 1268 RVO nicht die Rentenart betrifft, sondern, wie

¹ vgl. Verbandskomm. Anm. 8 a zu § 1286 RVO

² Heinze, Soz.Vers. 61, 39 (40)

schon durch die Überschrift der Vorschrift deutlich wird, nur die Berechnung der Rente.

Für die Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch bedeutet dies, daß bei § 1286 Abs. 1 S. 2 RVO das Stammrecht auf Hinterbliebenenrente durch den Wegfall der BU nicht geändert wird. Das Stammrecht bleibt weiterhin gleich, nur die Einzelansprüche werden herabgesetzt. Das Entstehen des ersten ermäßigten Einzelanspruchs richtet sich wiederum nach § 1286 Abs. 2 RVO. Es kann dabei auf die Ausführungen bei der "echten" Umwandlung nach § 1286 Abs. 1 S. 3 RVO verwiesen werden.

Auch bei der Erziehungsrente ist festzustellen, daß keine "echte" Umwandlung angeordnet wird. Der Begriff "Umwandlung" findet sich im § 1265 a Abs. 3 S. 3 RVO im Zusammenhang damit, daß die Voraussetzungen für eine als Rente wegen Erwerbsunfähigkeit berechnete Erziehungsrente nicht mehr vorliegen, wohl aber die Voraussetzungen für eine als Rente wegen Berufsunfähigkeit zu berechnende Erziehungsrente. Wenn dort die "Umwandlung" in absteigender Linie vorgesehen ist, muß es auch eine "Umwandlung" in aufsteigender Linie - zunächst nur Erfüllung der Voraussetzungen für eine als Rente wegen Berufsunfähigkeit zu berechnende Erziehungsrente, später Erfüllung der Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit zu berechnende Erziehungsrente - geben¹. Dabei ist aber zu beachten, daß sich die Rente in beiden Fällen von demselben Versicherungsfall herleitet, dessen Voraussetzungen im Absatz 1 Satz 1 des § 1265 a RVO niedergelegt sind, während Satz 2 - vergleichbar der großen und der kleinen Witwenrente - lediglich die Berechnung und Einstufung dieser Rente betrifft. Es entsteht also auch bei der Erziehungsrente

¹ vgl. Ludwig, a.a.O., S. 26; Maier, a.a.O., S. 16

kein neuer, auf einem anderen Versicherungsfall beruhender Leistungsanspruch. Das Stammrecht auf Erziehungsrente bleibt dasselbe, nur die Höhe der Einzelansprüche ändert sich. Bei "Umwandlung" einer nach den Grundlagen der Rente wegen Berufsunfähigkeit berechneten Rente in eine Erziehungsrente nach den Maßstäben der Erwerbsunfähigkeitsrente gilt § 1290 Abs. 3 RVO: Der erste Einzelanspruch entsteht mit Beginn des Antragsmonats. Entfallen umgekehrt die Anspruchsvoraussetzungen für eine nach § 1253 Abs. 2 RVO berechnete Erziehungsrente, so ist § 1265 a Abs. 3 S. 3 RVO einschlägig: Der erste Einzelanspruch der nach den Maßstäben der Berufsunfähigkeit berechneten Erziehungsrente entsteht am Ersten des Monats, der dem Monat nachfolgt, in dem die Voraussetzungen für die erhöhte Rente entfallen sind¹.

Wenn man bei der Umwandlung die Entstehungszeitpunkte von Stammrecht und Einzelansprüchen verfolgt, dann wird auch hier, wie ganz allgemein beim Entstehen von Ansprüchen, bestätigt, daß grundsätzlich zwischen Entstehen des Gesamtanspruchs und Entstehen des ersten Einzelanspruchs eine Zeitverschiebung besteht. Auch bei der Umwandlung entsteht zuerst das Stammrecht der umgewandelten Rente, danach in einem zeitlichen Abstand der erste Einzelanspruch.

V) Das "Ruhen" von Sozialleistungen

1) Die Entwicklung der Ruhensbestimmungen

Das "Ruhen" von Versicherungsleistungen ist ein alter Grundbegriff des Sozialrechts. Schon das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22.6.1889 handelt in

¹ vgl. Maier, a.a.O., S. 16

seinem § 34 vom Ruhen des "erworbenen Anspruchs" auf Rente. In der Unfallversicherung wird erstmalig in dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz vom 30.6.1900 der Begriff des Ruhens der Rente ausdrücklich genannt (§ 94). Das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884 enthielt noch keine Ruhensbestimmungen, auch das Bau-Unfallversicherungsgesetz vom 11.7.1887 und das See-Unfallversicherungsgesetz vom 13.7.1887 bestimmten lediglich, daß die Berufsgenossenschaft berechtigt ist, in bestimmten Fällen die Zahlung der Entschädigungsrenten einzustellen. In der Krankenversicherung sind Ruhensvorschriften erst durch die Reichsversicherungsordnung eingeführt worden. In der Arbeitslosenversicherung ist der Begriff "ruhen" erst durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 21.12.1956 (in Kraft seit 1.4.57) eingeführt worden (§§ 77, 87, 95, 96, 97 AVAVG) und im Versorgungsrecht durch das RVG vom 12.5.1920 (§ 61 RVG). Die ersten eigentlichen Ruhensbestimmungen im Sinne des heutigen Begriffs finden sich also im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1889. Der Begriff des Ruhens ist daher im wesentlichen in der Rentenversicherung entwickelt worden, und die Rechtsprechung des RVA hatte schon wichtige Grundsätze über das Wesen des Ruhens und seine Auswirkungen aufgestellt¹.

Wenn man die insgesamt sehr starken Schwankungen unterworfenen Rechtsentwicklung der Ruhensvorschriften (vor allem in der RV) in ihrem chronologischen Verlauf betrachtet, ist man geneigt, das Maß und den Umfang dieser Leistungskürzungen geradezu als einen "Barograph" unserer jeweiligen sozialen und auch sozialpolitischen

¹ vgl. RVA in AN 11, S. 518; 14, 552; 27, 375; 39, 11; 42, 582

Verhältnisse anzusehen¹. Es kristallisiert sich un-
schwer heraus, daß die Zeiten wirtschaftlicher Depres-
sionen, z.B. zu Beginn der 30-iger Jahre, sich auch in
den Ruhensvorschriften der RV deutlich widerspiegelt
haben, wie dies in den Notverordnungen zum Ausdruck kam².

Zweck der meisten Ruhensvorschriften ist es, Leistungs-
häufungen zu vermeiden³. So sind beispielsweise die
Ruhensbestimmungen bei dem Zusammentreffen von Renten
aus der UV und RV deshalb notwendig, weil beide Bezüge
ohne Kürzung zu einem Renteneinkommen führen können, das
wesentlich über dem Erwerbseinkommen des Versicherten
liegt. Das BVerfG hat im Beschluß vom 19. Januar 1968⁴
ausdrücklich die Verfassungsmäßigkeit der Begrenzung der
Rentenansprüche auf den Betrag des Erwerbseinkommens des
Versicherten mit Rücksicht auf die Lohnersatzfunktion so-
wohl der Rente aus der RV wie der UV-Rente bestätigt.

Im geltenden Recht sind folgende Ruhensvorschriften
normiert:

- a) In der KV : §§ 183 Abs. 6, 189, 200 c, 209 a Abs. 1
S. 2, 216, 480 Abs. 1 RVO
- b) In der UV : §§ 625, 847 RVO
- c) In der RV : §§ 1239, 1278, 1279, 1280, 1283, 1315,
1317 RVO

1 vgl. Vollmar, Soz.Vers. 52, 262

2 vgl. 4. Notverordnung vom 8.12.1931 (RGBl 31, 699);
Verordnung vom 17.5.1934 (RGBl 1934, 419)
zur geschichtlichen Entwicklung der Ruhensbestimmungen:
Hoffmann, Soz.Vers. 62, 144 ff
Tietz, BABl 52, 526; Stein, Soz.Vers. 60, 156; Zewe,
Soz.Sich. 57, 258

3 Gesamtkomm. Anm. 1 a zu § 1278 RVO; Brackmann S. 714 a;
Beck, Soz.Vers. 63, 173

4 BVerfG, SozR Nr. 69 zu Art. 3 GG

- d) Im BVG : §§ 64 Abs. 2, 65
- e) Im AFG : §§ 116, 117 (wobei darauf hinzuweisen ist, daß das BVerfG § 117 Abs. 2 wegen Verstoßes gegen Art. 3 GG und gegen das Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG, für verfassungswidrig erklärt hat¹), 118, 119 Abs. 1

2) Die dogmatische Bedeutung des Ruhensbegriffs

Die Ruhensvorschriften nehmen rechtsdogmatisch im Rahmen des sozialen Leistungsrechts eine Sonderstellung ein. Sie sind von den Vorschriften über die Voraussetzungen der Leistungen, also über den Leistungsanspruch selbst, ebenso zu unterscheiden wie von den Vorschriften über die Leistungsberechnung, den Leistungsbeginn und das Leistungsende².

Dogmatisch bereitet der Begriff des Ruhens nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Die rechtmäßige Nichtgewährung kann einmal darauf beruhen, daß der Anspruch auf die Leistung nicht entstanden oder wieder untergegangen ist. Sie kann aber auch darin ihren Grund finden, daß zwar der Anspruch "an sich" besteht und nur die Auszahlung, d.h. die Erfüllung des Versicherungsanspruchs unterbleibt, weil nämlich "der Anspruch ruht". Zur Verdeutlichung dieser eigenartigen Rechtsgestaltung hat das RVA in einer älteren Entscheidung³ von der "Gleichartigkeit des Rechtsbildes" bei der Nichtzahlung einer Rente infolge Ruhens und der Nichterfüllung eines Anspruchs infolge Aufrechnung gesprochen: Der Anspruch als solcher bleibe trotz

¹ vgl. BVerfG, NJW 76, 2117

² Brackmann, S. 714 a

³ RVA, AN 1912, 1185

des Ruhens bestehen; seiner Erfüllung stehe aber ein besonderer Tatbestand entgegen, der das aus dem Versicherungsanspruch fließende Recht des Versicherten auf Auszahlung der Rente - im allgemeinen vorübergehend - beseitige. In einer weiteren Entscheidung¹ brachte das RVA zum Ausdruck, daß das Ruhen eine den Anspruch selbst nicht berührende Rechtsfolge gewisser gesetzlicher Tatbestände darstelle, deren Wirkung allein in der Nichtauszahlung bestehe².

Nach Ansicht von Peters³ ist unter dem Ruhen eines Anspruchs das zeitweilige Nichtwirksamwerden eines bestehenden Anspruchs zu verstehen. Ruhen eines Anspruchs bedeute demnach, daß der Anspruch bestehe, jedoch zeitweilig wegen Vorliegens eines bestimmten Sachverhalts nicht zu erfüllen sei. Wenn ein Anspruch ruhe, so sei er nicht erloschen. Herkömmlicherweise verstehe man unter dem Ruhen, daß das an sich begründete Recht auf bestimmte Zeit nicht ausgeübt werden könne, der Rechtsstand als solcher aber erhalten bleibe⁴.

Wenn man diese Begriffserklärungen kritisch würdigt, dann entstehen erhebliche Zweifel, was denn nun ruht. Um den Begriff des Ruhens dogmatisch sauber zu erfassen, ist eine klare Trennung von Stammrecht und Einzelansprüchen notwendig. Gemeint ist nach dem Wortlaut der gesetzlichen Vorschriften - darüber besteht Einigkeit -, daß für die Zeit des Ruhens nicht gezahlt wird. Demgemäß ist mit dem Ruhen einer Leistung das Ruhen von Einzelansprüchen gemeint. Der Gesamtanspruch, der "Anspruch

1 RVA, AN 1939, 116 (117)

2 vgl. auch RVA, AN 1927, 375

3 Peters, Anm. 2 b zu § 189 RVO

4 ebenso Krebs, Anm. 8 zu § 116 APG; Anm. 2 zu § 118 APG
Wilke/Wunderlich, Verwaltungsvorschriften zu § 65 BVG

selbst", der "Anspruch an sich" - so wird man die angeführten Stellen deuten müssen - bleibt unberührt. Der Begriff Ruhen bedeutet daher, daß nur das Recht auf Auszahlung der jeweils fälligen Beträge ganz oder teilweise, zeitlich beschränkt oder unbeschränkt, aufgehoben wird; es entstehen während der Dauer des Ruhens keine Ansprüche auf Einzelleistungen. Das Stammrecht wird jedoch durch einen Ruhenstatbestand nicht tangiert¹.

Die zutreffende Feststellung, daß das Ruhen einer Leistung nur die Einzelansprüche betrifft, begegnet nur deswegen Bedenken, weil man mit dem Wort "ruhen" die Vorstellung verbindet, daß der Anspruch nur "schläft", nach dem Erwachen aber wiederersteht. Nach Ansicht von Dersch², der auf diese Bedenken aufmerksam gemacht hatte, bedeutet "ruhen" nicht nur, daß in den Ruhensfällen der Anspruch sich während der Ruhenszeit nicht auswirkt, sondern daß die einzelnen Raten, soweit sie vom Ruhen betroffen werden, endgültig verloren gehen. Das Wort "ruhen" sei also im Grunde genommen hier ein schiefer Ausdruck. Denn unter ruhenden Rechten pflege man nach allgemeinem Sprachgebrauch Rechte zu verstehen, die für eine gewisse Zeit schlummerten und dann wiederauflebten, die also nicht verlorengingen. Aber die einzelne Rentenrate, soweit sie vom Ruhen betroffen werde, lebe nicht etwa nach Beendigung des Ruhens wieder auf, sondern sei endgültig verloren.

¹ vgl. BSGE 7, 187 (191); 20, 161 (163); 29, 73 (76); 29, 271 (274); Brackmann, S. 434 a, 592 b; Gesamtkomm. Anm. 1 a zu § 1278 RVO; Verbandskomm. Anm. 5 zu § 1278; Lauterbach Anm. 4 zu § 625 RVO; Bley, S. 52

² Dersch, S. 174

Malkewitz¹, der sich der Gedankenführung von Dersch anschließt, geht sogar soweit zu sagen, was "ruhe", sei das Stammrecht, das für die Zeit des Ruhens die Kraft verloren habe, Einzelansprüche hervorzubringen. Insoweit werde der Gesamtanspruch also doch berührt.

In dieselbe Richtung tendieren die Ausführungen von Barnewitz². Auch er weist darauf hin, daß ein Versicherter nach Wegfall des Ruhenstatbestandes nicht berechtigt sein soll, eine entsprechende Nachzahlung zu verlangen. Es sei eine unbestrittene Tatsache, daß der Berechtigte der Ruhensbeträge endgültig verlustig gehe. Wenn nach Erfüllung der Wartezeit der Versicherungsfall zu einem Zeitpunkt eintrete, in dem der Ruhenstatbestand bereits bestehe, so hindere dies die Entstehung des Gesamtanspruchs auf den Ruhensbetrag, jedoch nicht unwiderruflich und endgültig. Beispielsweise könne der sich freiwillig gewöhnlich im Ausland aufhaltende "Berechtigte" seinen Wohnsitz jeden Tag ins Bundesgebiet verlegen. Mit dem Eintritt dieser zukünftigen, ungewissen Ereignisse falle der rechtshindernde Umstand weg, und der Gesamtanspruch auf den Ruhensbetrag entstehe. Mit dem Eintritt des Versicherungsfalles sei demnach zwar noch kein Gesamtanspruch auf den Ruhensbetrag entstanden (mit dem "Gesamtanspruch auf den Ruhensbetrag" meint Barnewitz anscheinend das Stammrecht auf die vom "Ruhens" betroffenen Einzelansprüche), wohl aber ein Anwartschaftsrecht auf einen solchen Anspruch. Entstehe der Ruhenstatbestand erst nach Eintritt des Versicherungsfalles, so werde dadurch zwar der Gesamtanspruch auf den Ruhensbetrag vernichtet. Der Berechtigte verliere aber nicht jedes Recht. Da die Wiederentstehung eines Gesamtanspruchs auf den Ruhensbetrag

1 Malkewitz, a.a.O. S. 17, 18

2 Barnewitz, a.a.O. S. 307

nur von dem zukünftigen, ungewissen Ereignis des Wegfalls des Ruhensstatbestandes abhängen, behalte er ein entsprechendes Anwartschaftsrecht.

Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet nach Ansicht von Barnewitz "ruhen" also: Es besteht zwar kein Gesamtanspruch auf den Ruhensbetrag, wohl aber besteht eine Anwartschaft auf die Entstehung eines solchen Anspruchs, d.h. der Anspruch ist für die Zukunft nicht endgültig und unwiderruflich ausgeschlossen, sondern kann jeden Tag entstehen bzw. wiederentstehen. Bildlich ausgedrückt: Die Rente "ruht" eine Zeitlang und beginnt dann, erstmalig oder wieder, zu "laufen". Es werden, erstmalig oder wieder, "laufend" Leistungen gewährt, weil der Gesamtanspruch auf solche Leistungen entstanden bzw. wiederentstanden ist.

Es ist Dersch und Barnewitz darin zuzustimmen, daß die vom Ruhen betroffenen Einzelansprüche endgültig verloren sind, denn diese für die Zeit des Ruhens nicht ausgezahlten Beträge werden nicht nachgezahlt. Insofern sind die sprachlichen Bedenken, die Dersch gegen den Begriff "ruhen" geltend macht, durchaus berechtigt. Die dogmatische Konsequenz, die Wirkungen des Ruhensbegriffes auch auf den Gesamtanspruch auszudehnen, erscheinen jedoch als zu weitgehend. Dadurch besteht die Gefahr, daß der Ruhensbegriff in eine bedenkliche Nähe zu den Begriffen "Wegfall - Wiederaufleben" gerückt wird, zumindest ist die Grenze zu diesen Begriffen etwas verschwommen. Es wird nicht recht deutlich, wodurch sich "Ruhen" und "Wegfall" einer Leistung unterscheiden, wenn in beiden Fällen das Stammrecht tangiert sein soll. Soll die Abgrenzung darin bestehen, daß beim Ruhen das Stammrecht doch nicht total vernichtet wird, weil nach der Konstruktion von Barnewitz noch ein Anwartschaftsrecht verbleibt? In diesem Zusammenhang wäre es jedoch nicht abwegig, auch beim Institut des "Wegfalls" nicht einen totalen Untergang des Stammrechts

anzunehmen, denn das Wiederaufleben des Stammrechts hängt auch hier nur von einem zukünftigen, ungewissen Ereignis ab (z.B. der Auflösung der Ehe i.S. von § 1291 Abs. 2 RVO).

Der Versuch, die Wirkungen des Ruhensbegriffs auch auf das Stammrecht übergreifen zu lassen, trägt nur zur Verwirrung bei. Es ist vielmehr mit der ganz h.M. daran festzuhalten, daß trotz des etwas mißverständlichen Ausdrucks der Begriff "Ruhen" bedeutet, daß für die Zeit des Ruhens keine Zahlungsansprüche entstehen, das Stammrecht von einem Ruhenstatbestand aber unberührt bleibt.

Im übrigen besteht in der Wirkung kein Unterschied, ob man sagt, das Stammrecht ruht, weil Umstände ausschließen, daß aus ihm zur Zeit keine Einzelansprüche erwachsen oder ob man zum Ausdruck bringt: Nicht das Stammrecht, sondern die Einzelansprüche ruhen, weil sie "nicht erwachsen". Die Formulierung hängt davon ab, wo man die durch das "Ruhen" gehinderte "Aktivität" plaziert, beim Stammrecht oder beim Einzelanspruch, was wieder davon abhängt, ob das Stammrecht den Einzelanspruch "erzeugt" oder ob dieser "aus eigener Kraft" aus ihm erwächst. In der Wirkung selbst macht dies jedoch keinen Unterschied.

3) Konsequenzen für Bindungswirkung eines Bescheides bzw. für die Rechtskraft einer Entscheidung

Aus der dogmatischen Klärung des Begriffes "Ruhen" ergeben sich Folgerungen für die Frage der Bindungswirkung eines Bescheides bzw. für die Rechtskraft einer Entscheidung. Nach einer grundlegenden Entscheidung des RVA¹

¹ RVA, AN 1899, S. 590

schließt die rechtskräftige Feststellung einer Rente nicht aus, daß sie bereits zur Zeit der Feststellung (wegen Bezuges eines Ruhegehalts) ruhte, und daß dies nachträglich im Wege eines neuen Bescheides geltend gemacht wird: denn - so heißt es in der Begründung - "es kann allgemein nicht angenommen werden, daß ein Bescheid, der ausschließlich die Rentenfestsetzung behandelt, notwendig und insbesondere dann, wenn der festsetzenden Stelle von dem Bezug eines Ruhegehalts nichts bekannt war, auch die Entscheidung, daß ein Ruhen nicht eingetreten ist, enthält".

Da das Ruhen - dies wird in dieser Entscheidung nicht ausgesprochen, aber sachlich gemeint - nicht das Stammrecht berührt (den Leistungsanspruch selbst), kann die Bindungswirkung eines Bescheides oder die Rechtskraft einer Entscheidung, die nur das Bestehen des Rentenanspruchs, nicht aber sein Ruhen betrifft, den Eintritt des Ruhens nicht ausschließen¹. Nur soweit ein Bescheid oder eine Entscheidung nicht (allein) über den Leistungsanspruch als solchen (das Stammrecht), sondern auch über einen bestimmten Ruhenstatbestand entschieden hat, kann sich die Bindungswirkung dieses Bescheides oder die Rechtskraft der Entscheidung auch auf die positive oder negative Feststellung der Ruhenswirkung erstrecken und damit das Ruhen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden².

1 vgl. RVA, AN 1912, 1185; 1930, 248; LSG Rheinland-Pfalz, Soz.Sich. 62, Rechtspr. Nr. 1448

2 vgl. Gesamtkomm. Anm. 1 a zu § 1278 RVO;
Lauterbach Anm. 4 zu § 625 RVO

4) Der Beginn des Ruhens

Das Ruhen von Einzelsprüchen tritt in dem Augenblick ein, in dem der Ruhenstatbestand erfüllt ist. Soweit durch Ruhensvorschriften Doppelleistungen vermieden werden sollen, gilt der Grundsatz, daß das Ruhen mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem beide Leistungen vergleichbar nebeneinander getreten sind¹. Das Ruhen tritt kraft Gesetzes ein und ist daher nicht von der Zustellung eines Bescheides abhängig. Der über das Ruhen zu erteilende Bescheid stellt lediglich fest, daß und in welcher Zeit die Leistung ruht, hat also nur deklaratorische Bedeutung².

In bestimmten Fällen soll sich jedoch das Ruhen aus praktischen Gründen (Vermeidung von Rückzahlungen) erst später auswirken. Gem. § 631 RVO wird die UV-Rente bis zum Ende des Monats gewährt, in dem ihr Ruhen eintritt. Gem. § 65 Abs. 4 S. 2 BVG wird die Zahlung von Versorgungsbezügen mit Ablauf des Monats eingestellt oder gemindert, in dem das Ruhen wirksam wird. § 1294 RVO bestimmt, daß für den Monat, in dem das Ruhen der Rente eintritt, die Rente für den ganzen Monat gezahlt wird. Auch nach § 1278 Abs. 4 RVO wird die Rente wegen BU oder wegen EU oder das Altersruhegeld unverkürzt bis zum Ende des Monats gewährt, in dem die Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung zum ersten Male oder die Abfindung ausbezahlt wird³.

1 vgl. Drong, SGB 71, 82

2 vgl. BSGE 26, 98; Gesamtkomm. Anm. 1 a zu § 1278 RVO; Brackmann, S. 714 b, 592 c; Lauterbach Anm. 4 zu § 625 RVO

3 zum hier nicht zu erörternden Verhältnis zwischen § 1294 und § 1278 Abs. 4 RVO vgl. Beck, SozVers. 63, 173 f; Drong, SGB 71, 82 ff; Scheerer, SozVers. 72, 171 ff

Tritt somit ein Ruhenstatbestand während eines Monats ein, so ergibt sich aus den angeführten Vorschriften, daß dadurch der für diesen Monat bestimmte Einzelanspruch noch nicht betroffen wird. In Unterbrechung der periodischen Wiederkehr der Anspruchsentstehung entsteht erst mit dem Ersten des Folgemonats kein Einzelanspruch mehr.

5) Das Ende des Ruhens

Das Ruhen endet, sobald seine Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Wie der Beginn des Ruhens von einem Bescheid unabhängig ist, tritt auch das Ende des Ruhens ein, sobald die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Die Wiederanweisung der Leistung erfolgt von Amts wegen. Die Wiederzahlbarkeit ist nicht von einem Antrag oder Zustellung eines Bescheides abhängig, so daß etwa die Vorschrift des § 1290 RVO nicht anwendbar ist¹.

Ist der Ruhenstatbestand nicht mehr gegeben und trifft sein Wegfall mit dem Ablauf eines Monats zusammen, so entsteht wieder ein Einzelanspruch mit dem Beginn des neuen Monats. Tritt der Wegfall eines Ruhenstatbestandes im Laufe eines Monats ein, wie das z.B. bei der Einreise eines Ausländers ins Bundesgebiet (vgl. § 1315 Abs. 1 RVO) möglich ist, so entsteht der Einzelanspruch mit dem Einreisetag, also vor dem Monatsersten. Hier handelt es sich im Bereich der RV insofern um einen Ausnahmefall, als ein Einzelanspruch nicht - wie i.d.R. - am Monatsersten entsteht.

VI) Die "Versagung" von Leistungen des Sozialrechts

Eine weitere Form der Beendigung von wiederkehrenden

¹ vgl. RVA, AN 39, 116

Geldleistungen stellt die "Versagung" dar. Die Vorschriften über die Versagung sind keine Strafvorschriften, sondern nur Ordnungsvorschriften, durch die der Berechtigte angehalten werden soll, sich in einer dem Zweck der Versicherung und dem Interesse der Versichertengemeinschaft entsprechenden Weise zu verhalten¹. Art. 103 Abs. 3 GG, wonach niemand wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden darf, wird daher durch die Bestimmungen über die Leistungsver-sagung nicht verletzt.

1) Folgende Vorschriften bestehen:

- a) Gem. § 66 Abs. 1 und 2 SGB-AT kommt eine Versagung einer Sozialleistung in Betracht, wenn derjenige, der diese Leistungen beantragt hat oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 65 SGB-AT nicht nachkommt.
- b) In der KV gilt § 192 RVO. Danach kann die Satzung Mitgliedern das Krankengeld ganz oder teilweise für die Dauer einer Krankheit versagen, die sie sich vorsätzlich zugezogen haben.
- c) In der RV bestimmt § 1277 Abs. 2 RVO: Hat sich der Versicherte oder ein Hinterbliebener die BU oder die EU beim Begehen einer Handlung, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist, zugezogen, so kann die Rente ganz oder teilweise versagt werden.
Gem. § 1277 Abs. 3 RVO kann die Rente auch versagt werden, wenn wegen des Todes, der Abwesenheit oder eines anderen in der Person des Antragstellers liegenden Grundes kein strafgerichtliches Urteil ergeht.
- d) In der UV können die Leistungen ganz oder teilweise versagt werden, wenn der Verletzte den Arbeitsunfall beim Begehen einer Handlung, die nach rechtskräftigem strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist, erlitten hat (§ 554 Abs. 1 RVO).

¹ vgl. RVA, AN 14, S. 632; 27, 337

- e) Schließlich ist das Arbeitslosengeld gem. § 120 AFG für 6 Wochentage zu versagen, wenn der Arbeitslose einer Aufforderung des Arbeitsamtes, sich beim Arbeitsamt zu melden, trotz Belehrung über die Rechtsfolgen ohne wichtigen Grund nicht nachkommt.

2) Die Begriffsbestimmung

Begrifflich wird die "Versagung" zum Teil von der Literatur bei den "anspruchsvernichtenden" Tatsachen eingeordnet¹. Versagung bedeute die teilweise oder gänzliche Nichtgewährung der Leistung. Sie erfasse nur die aus dem Anspruch fließende Leistung. Nach Ansicht von Peters² ist bei der Versagung die Ausgangslage die, daß ein Anspruch an sich besteht und dieser nur aus ganz bestimmten Gründen ausnahmsweise nicht erfüllt zu werden braucht. Nach Brackmann³ ist kennzeichnend für die Tatbestände, die zu einer Versagung führen können, daß sie nicht die Grundlagen des Anspruchs selbst berühren, daß es sich vielmehr nur um Nebenwirkungen handele.

Wie beim dogmatischen Erfassen des Ruhensbegriffs lassen sich auch bei der Versagung am ehesten Mißverständnisse ausräumen, wenn man diesen Begriff im Hinblick auf die Unterscheidung Stammrecht - Einzelanspruch klärt. In einer Entscheidung zu § 78 AVAVG hat der Große Senat des BSG ausgesprochen⁴, daß - ähnlich wie in den Fällen, in denen Ansprüche auf öffentlich-rechtliche Leistungen wiederkehrender Art kürzere oder längere Zeit ruhen - auch beim Versagen das Stammrecht unberührt bleibe; es würden nur für die Dauer der Versagung die jeweils fälligen Einzelansprüche unterbrochen. Diese zutreffende

1 vgl. Schönefelder/Kranz/Wanka, Anm. 10 zu § 100 AFG

2 Peters, Anm. 2 zu § 192 RVO

3 Brackmann, S. 726 b

4 BSGE 18, 266 (268, 269)

Auffassung wird von der ganz überwiegenden Meinung in der Literatur geteilt¹. Wird eine bestimmte Leistung versagt, so bedeutet dies also, daß für die Dauer der Zeit, in der die Gründe dafür gegeben sind, in regelmäßiger Wiederholung keine Einzelansprüche entstehen. Das den Auszahlungsansprüchen zugrunde liegende Stammrecht wird von einem Versagungsstatbestand jedoch nicht betroffen. Das Stammrecht bleibt sogar dann bestehen, wenn die Leistung auf Dauer versagt wird.

Es wird somit deutlich, daß zwischen den Begriffen "Versagen" und "Ruhen" große Ähnlichkeiten bestehen. In beiden Fällen werden nur der oder die Einzelansprüche berührt, nicht aber der Gesamtanspruch.

Dagegen muß die Versagung vom Institut der Entziehung unterschieden werden. Eine Entziehung einer Leistung kommt i.d.R. dann in Betracht, wenn eine notwendige Anspruchsvoraussetzung später weggefallen ist. Bei der Versagung ist nicht der Wegfall einer Anspruchsvoraussetzung maßgebend, sondern eine bestimmte, vom Gesetz nicht gebilligte Verhaltensweise des Berechtigten begründet ein vorübergehendes Leistungsverweigerungsrecht, ohne daß sich an den für die Bewilligung der Leistung maßgebenden Verhältnissen etwas geändert hat. Der oder die Einzelansprüche entstehen nicht wegen des Hinzutretens weiterer in der Person des Berechtigten liegender Umstände, die mit den Anspruchsvoraussetzungen selbst in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Hinzu kommt, daß bei einer Entziehung, im Gegensatz zur Versagung, auch das Stammrecht erlischt.

1 Verbandskomm. Anm. 6 zu § 1243 RVO a.F.; Brackmann, S. 398 g; 726 b
Gesamtkomm. Anm. 1 zu § 1287 a.F.; Kreye, Soz.Vers. 63, 175

3) Beginn und Ende der Versagung

Die Versagung tritt nicht - wie der Wegfall oder das Ruhen - kraft Gesetzes ein. Es bedarf vielmehr einer besonderen Willenserklärung des Versicherungsträgers, die in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zu erteilen und dann dem Berechtigten zuzustellen ist. Dem Versagungsbescheid kommt konstitutive Bedeutung zu¹.

Ist eine bereits förmlich festgestellte Leistung nur auf Zeit versagt worden, so ist nach Ablauf dieses Zeitraumes die Zahlung wieder aufzunehmen, ohne daß eine neue förmliche Feststellung der Leistung erforderlich wäre². Nach Ablauf des Zeitraumes, für den der oder die Einzelansprüche versagt sind, entsteht automatisch wieder ein Einzelanspruch als erstes Glied einer neuen periodischen Kette.

Bei einem im dargelegten Sinne verstandenen Begriff der Versagung wird deutlich, daß die §§ 18 - 22 WoGG nicht als "echte" Versagungsvorschriften aufgefaßt werden dürfen, obwohl diese Bestimmungen ein "Versagen" des Wohngeldes anordnen. Die §§ 18 - 22 WoGG führen nicht zu einer Versagung im dargelegten Sinn, sondern zu einem Ausschluß des Wohngeldes³. Liegt einer der in diesen Vorschriften aufgeführten Gründe vor, dann ist Wohngeld ausgeschlossen, d.h. es entsteht von vornherein überhaupt kein Stammrecht auf Wohngeld. Dogmatisch haben diese Wohngeldbestimmungen also nichts gemein mit den oben genannten Bestimmungen der KV, RV, des AFG und SGB-AT.

1 Schönefelder/Kranz/Wanka, Anm. 10 zu § 100 AFG
Malkewitz a.a.O., S. 18, 19

2 vgl. RVA, AN 27, 378

3 Stadler/Gutekunst, Anm. 4 zu § 2 WoGG

§ 12 Schlußbetrachtung

Abschließend soll versucht werden, die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchungen im Rahmen einer Schlußbetrachtung herauszustellen und zu würdigen.

Es ist aufgezeigt worden, daß die Unterscheidung bei wiederkehrenden Geldleistungen des Sozialrechts zwischen dem Stammrecht und den Einzelansprüchen ihren Ursprung bei den Dauerschuldverhältnissen des bürgerlichen Rechts hat. Neben den Kriterien der besonderen Bindung und der Dauer ist die Differenzierung zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen das dritte charakteristische Merkmal dauernder Schuldverhältnisse des Zivilrechts. Ansatzpunkte finden sich schon im römischen Recht. Zwar wurde hier nicht begrifflich klar getrennt zwischen einem Gesamtanspruch und Einzelansprüchen, jedoch wurde eine dauernde Obligation (z.B. stipulatio in annos singulos) im Prinzip als einheitliches Recht und nicht als eine Mehrheit aufschiebend bedingter Forderungen aufgefaßt. Eine genaue Unterscheidung zwischen Stammrecht und Einzelansprüchen wurde von der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch die Begriffsbestimmung der Leibrente (§ 759 BGB) vorgenommen. Auch die gesetzlichen Rentenverpflichtungen des Zivilrechts (Renten gemäß §§ 528, 843, 844, 845, 1361 Abs. 4, 1585 Abs. 1, 1612, 1615 a BGB) weisen dieselben konstruktionalen Merkmale auf wie die Leibrente: einheitliches Stammrecht, das aus sich heraus die einzelnen Rentenleistungen hervorbringt. Generell läßt sich feststellen, daß die zivilrechtlichen Ausgangsuntersuchungen durch die Analyse und Auswertung der einschlägigen sozialrechtlichen Normen grundsätzlich bestätigt wurden. Dies kommt auch im Hinblick auf die Rechtsnatur des Stammrechts zum Ausdruck: Für bürgerliches Recht und Sozialrecht gilt gleicher-

maßen, daß unter dem Stammrecht nichts anderes zu verstehen ist als ein Anspruch i.S. von § 194 BGB. Der Stammrechtsinhaber kann Erfüllung der Einzelansprüche verlangen. Mit der Erfüllung eines jeden Einzelanspruchs verhält sich der Verpflichtete "stammrechtsgemäß". Trotz Erfüllung der Einzelansprüche bleibt das Stammrecht seinem Inhalt nach unverändert. Die Dauerleistung wird nicht ihrem Gegenstand nach, sondern nur im Hinblick auf ihre zeitliche Dimension geteilt, so daß sie qualitativ stets die gleiche bleibt. Der Gesamtanspruch ist nicht auf eine einzige Leistung gerichtet, sondern auf eine Vielheit von gleichartigen und gleichmäßigen Einzelleistungen, die zu verschiedenen, in ungefähr gleichen Abständen aufeinanderfolgenden Terminen fällig werden. Der Gesamtanspruch geht auf sämtliche Leistungen, ist das Umfassende. Im Gesamtanspruch muß man also mehr sehen als nur eine zusammenfassende Bezeichnung für eine unbestimmte Vielheit von Einzelansprüchen. Der Gesamtanspruch ist keine künstliche Fiktion, ist mehr als die bloße Summe, die konstruktive Zusammenfassung der einzelnen Rentenansprüche. Ihm kommt eine eigene, selbständige Anspruchsqualität zu. Interpretationsversuche, das Stammrecht als eine unverjährende Anwartschaft oder Erwerbsberechtigung dergestalt aufzufassen, daß der Berechtigte mit dem Eintritt der einzelnen Termine die jeweiligen Forderungen erwirbt, ähnlich wie etwa ein Nießbraucher an einer Forderung ein Recht (eine Anwartschaft) darauf hat, daß die einzelnen bei seinen Lebzeiten fällig werdenden Zinsforderungen in seiner Person zur Entstehung gelangen, werden dem Stammrecht nicht gerecht. Das Verständnis des Stammrechts als dingliches Recht ist unzutreffend. Als einziger Unterschied zwischen zivilrechtlichen und sozialrechtlichen Untersuchungen ergab sich, daß im bürgerlichen Recht beim Entstehen der Einzelansprüche von der h.M. angenommen

wird, alle Einzelansprüche entstünden bereits zusammen mit dem Stammrecht, während im Sozialrecht aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen ein sukzessives Entstehen der Einzelansprüche festgestellt wurde. Als Folge des sukzessiven Entstehens zu Beginn (bzw. am Ende) des Zeitraums, für den der betreffende Einzelanspruch bestimmt ist, läßt sich für den Inhalt des Stammrechts ableiten, daß der Gesamtanspruch nicht gleich der Summe der Einzelansprüche ist.

Im Rahmen der Erörterung des Entstehens von Ansprüchen auf wiederkehrende Geldleistungen des Sozialrechts ist folgende Systematik herausgefunden worden: Das Stammrecht entsteht in dem Augenblick, in dem alle materiell-rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Ein am Ende eines Feststellungsverfahrens ergehender Verwaltungsakt hat keinen Einfluß auf das Entstehen des Stammrechts; es kommt ausschließlich auf die tatsächlichen Verhältnisse an, d.h. auf das Vorliegen der materiellen Anspruchsvoraussetzungen. Der Antrag gehört nur ausnahmsweise zu den Entstehensvoraussetzungen des Stammrechts. Kommt dem Antrag materiell-rechtliche Bedeutung zu, dann ist er in der Regel Ausdruck eines gesteigerten Selbstbestimmungsrechts des Versicherten. Bei bloßer formell-rechtlicher Wirkung des Antrags entsteht das Stammrecht ohne Mitwirkung des Berechtigten, der Berechtigte braucht nicht einmal davon Kenntnis zu haben.

Beim Entstehen der Einzelansprüche muß systematisch getrennt werden zwischen dem Entstehen des ersten Einzelanspruchs und dem Entstehen der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Ansprüche. Die Entstehungszeitpunkte der ersten Einzelansprüche richten sich nach bestimmten "Beginnvorschriften", in denen normiert ist, wann eine bestimmte Leistung zu gewähren ist. Solche "Beginnvor-

schriften" sind z.B. §§ 1290, 182 Abs. 3, 580 Abs. 2 bis 4 RVO, 60 Abs. 1 BVG, 9 Abs. 1 BKG. Diese Bestimmungen, die Aufschluß darüber geben, wann der erste Einzelanspruch entsteht, folgen in der Regel den Vorschriften, die die materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzungen enthalten, nach. Aus dem Zusammenwirken von materiell-rechtlicher Anspruchsvorschrift und Leistungsbeginnvorschrift läßt sich ermitteln, daß grundsätzlich zwischen dem Entstehen des Stammrechts und Entstehen des ersten Einzelanspruchs eine zeitliche Lücke besteht. Zuerst entsteht das Stammrecht, nach einer gewissen zeitlichen Verzögerung der erste Einzelanspruch. Es ist also beim Entstehen von Stammrecht und erstem Einzelanspruch eine mangelnde Koinzidenz hervorzuheben. Dieses zeitliche Auseinanderklaffen wird bestätigt beim "Wiederaufleben" von Ansprüchen und der "Umwandlung" von Rentenansprüchen. Als Gründe für diese mangelnde Koinzidenz läßt sich einmal anführen, daß die Erfüllung der Voraussetzungen für das Entstehen des Stammrechts noch nicht bedeutet, daß auch eine Leistungsgewährung erfolgt. Zum anderen ist darauf hinzuweisen, daß bei allen monatlich auszuführenden Leistungen des Sozialrechts die Tendenz zum Zahlungsbeginn am Monatsanfang besteht. Weiterhin spielen sozialpolitische Erwägungen eine Rolle: Um Leistungen einzusparen, hat man den Leistungsbeginn um einen Monat hinausgeschoben. Dies wurde vor allem durch die Änderung des § 1290 Abs. 1 RVO durch das Finanzänderungsgesetz vom 21.12.1967 deutlich.

Ausnahmsweise entstehen Stammrecht und erster Einzelanspruch gleichzeitig, vor allem bei Leistungen, die nicht monatlich ausgezahlt werden (Krankengeld, Übergangsgeld, Leistungen des AFG). Nie kann jedoch der Fall eintreten, daß der erste Einzelanspruch vor dem Stammrecht entsteht. Frühestens kann ein Einzelanspruch zusammen mit dem Stamm-

recht entstehen. Auch in der Kriegsoferversorgung, Ausbildungsförderung, beim Kindergeld und Wohngeld bleibt dieser Grundsatz bestehen. Trotz des Wortlautes der in diesen Sozialbereichen vorhandenen "Beginnvorschriften", entstehen die ersten Einzelansprüche nicht vor dem Stammrecht. Bei diesen Einzelansprüchen besteht nur insofern eine Besonderheit, als sie bereits am ersten des Bestimmungsmonats ihre Wirkungen entfalten, d.h. sie entstehen rückwirkend für einen Bestimmungszeitraum, der vor dem Entstehenszeitpunkt liegt. Im Unterschied zu den übrigen Einzelansprüchen, die in der Regel zu Beginn des Zeitraumes, für den sie bestimmt sind, entstehen, können die ersten Einzelansprüche in den genannten Gebieten z.B. mitten im Bestimmungszeitraum entstehen.

Die Entstehungszeitpunkte der dem ersten Einzelanspruch periodisch folgenden Ansprüche bestimmen sich nach Vorschriften, die die "Auszahlung" der einzelnen Leistungen regeln (z.B. §§ 1297, 619 RVO, 66 BVG, 51 BAföG, 20 BKGG). Danach entstehen diese Einzelansprüche grundsätzlich zu Beginn des Zeitraumes, für den sie bestimmt sind (Ausnahme: z.B. Leistungen des AFG, die erst nach Ablauf des Bestimmungszeitraumes entstehen).

Sucht man bei den Tatbeständen, die das Stammrecht entstehen lassen, nach übergreifenden Gemeinsamkeiten, so ist festzustellen, daß bei allen Leistungen der Eintritt eines sozialrechtlichen Ausgleichstatbestandes Voraussetzung für das Entstehen des Stammrechts ist. Der Ausgleichstatbestand ist ein durch Normierung typisierter Lebenssachverhalt, der in einer typischerweise gegebenen (im Einzelfall möglicherweise auch fehlenden) ausgleichsbedürftigen, individuellen Bedarfssituation besteht. Sein charakteristisches Merkmal ist das (tatsächlich vorhandene oder als typisch unterstellte) Defizit an Gütern,

denn erst ein solches Defizit läßt den auszugleichenden Bedarf entstehen¹. An anderer Stelle² wird anstatt des Begriffes Ausgleichstatbestand, der als Oberbegriff für die gebräuchlichen Termini Versicherungsfall in der Sozialversicherung, Versorgungsfall im Recht der Kriegsopferversorgung sowie der entsprechenden Begriffsbildungen in anderen Sozialleistungsbereichen verstanden wird, von schutzwürdigen Lebenslagen gesprochen und diese unterteilt in Versicherungsrisiken (der Sozialversicherung) und Schutztatbestände (der anderen Sozialleistungsbereiche). Welche Terminologie man auch gebraucht, auf jeden Fall muß für das Entstehen des Stammrechts eine individuelle Bedarfssituation des Versicherten gegeben sein, die in irgendeiner Form auszugleichen ist. Es muß jedoch beachtet werden, daß der Eintritt des sozialen Ausgleichstatbestandes noch nicht unbedingt zum Entstehen des Gesamtanspruchs auf eine Leistung des Sozialrechts führen muß. Zusätzlich ist die Erfüllung bestimmter versicherungstechnischer Voraussetzungen erforderlich (z.B. die Erfüllung der Wartezeit in der Rentenversicherung). Weiterhin muß in den Fällen, in denen dem Antrag materiellrechtliche Bedeutung zukommt, auch dieser Antrag des Versicherten vorliegen, damit das Stammrecht entsteht.

Das Gemeinsame der Tatbestände, nach denen sich das Entstehen der Einzelansprüche richtet ("Beginn"- und "Zahlungsvorschriften") besteht darin, daß sie die das Stammrecht betreffenden Normen ergänzen und konkretisieren. Wenn lediglich ein Anspruch dem Grunde nach feststeht (also das Stammrecht), dann bleibt immer noch ungeklärt, wann die Leistungsgewährung beginnen soll, wie lange der

¹ vgl. Bley, S. 47

² vgl. W. Bogs, Sozialenquôte, Überschrift vor Nr. 149

Abschnitt ist, für den die laufende Leistung gewährt wird (Monat, Woche), ob am Anfang oder am Ende des Bestimmungszeitraums die konkrete Leistung ausgezahlt wird. Diese Fragen werden von den "Beginn"- bzw. "Zahlungsbestimmungen" beantwortet. Insoweit kommt diesen Vorschriften eine Transparenzfunktion zu: Sie bedeuten für den Versicherten eine Hilfestellung, da dieser aufgrund des konkretisierenden Effekts der Bestimmungen disponieren kann. Der Versicherte weiß, daß er von einem bestimmten Zeitpunkt ab, an jedem Ersten eines Monats oder zu Beginn bzw. am Ende einer Zweiwochenfrist oder am Anfang (Ende) jeder Woche seine ihm zustehende Sozialleistung ausgezahlt bekommt. Andererseits erfahren auch die Versicherungsträger, zu welchen Zeitpunkten sie ihren Verpflichtungen gegenüber den Sozialleistungsberechtigten nachkommen müssen.

Vergleicht man die Ergebnisse, die beim Entstehen von Ansprüchen gewonnen wurden, mit den beim Ende von Ansprüchen gefundenen Besonderheiten, so ergibt sich, daß die in beiden Bereichen getroffenen Feststellungen zum großen Teil miteinander korrespondieren. Das Stammrecht endet, sobald es an einer materiell-rechtlichen Anspruchsvoraussetzung fehlt, wenn also Anspruchsvoraussetzungen, deren Erfüllung eben dieses Stammrecht entstehen ließen, nicht mehr vorhanden sind. Auch auf das Erlöschen des Stammrechts hat ein Verwaltungsakt des Versicherungsträgers keinen Einfluß, sondern es kommt ebenfalls ausschließlich auf die tatsächlichen Verhältnisse an. Die beim Entstehen von Ansprüchen vorhandene Sondersituation, daß ein Einzelanspruch schon vor dem Stammrecht Wirkungen entfaltet, findet sich - allerdings in umgekehrtem Sinne - auch beim Ende von Ansprüchen. Hier wurde vor allem aufgrund der Erörterungen der Institute des "Wegfalls" und

des "Entzugs" von Leistungen herausgefunden, daß Einzelansprüche einen längeren Bestand haben können als das Stammrecht. Jedoch bleibt auch hier der Grundsatz bestehen, daß in keinem Falle Einzelansprüche zu einem Zeitpunkt entstehen können, zu dem das Stammrecht bereits untergegangen ist. Die das Stammrecht überdauernden Einzelansprüche werden alle noch vom Stammrecht hervorgebracht, mit Ausnahme des ersten das Stammrecht überlebenden Einzelanspruchs als betagte Ansprüche. Sämtliche Einzelansprüche, die vor bzw. nach Entstehen des Stammrechts wirken, werden somit von einem schon oder noch bestehenden Gesamtanspruch erzeugt. Als Begründung dafür, daß Einzelansprüche das Stammrecht überdauern, läßt sich das für Sozialleistungen häufig geltende Monatsprinzip anführen, d.h. viele Leistungen werden nur in vollen Monatsraten ausgezahlt. Die Einzelansprüche sind so gestaltet, daß als kleinste Einheit der Monatsbezug angesehen wird. Würde z.B. beim Wegfall einer Leistung der Einzelanspruch nicht bis zum Ende des Monats Bestand haben, in dem die Anspruchsvoraussetzung nicht mehr gegeben ist, so müßten Teilbeträge einer Monatsrente berechnet und wieder eingezogen werden. Die Kosten eines Einziehungsversuches wären außerdem oft höher als die wieder einzuziehenden Beträge. Ferner sind wiederum sozialpolitische Gründe zu nennen, vor allem beim "Entzug" von Leistungen: Um den Eingriff in die Lebensgewohnheiten und wirtschaftliche Planung des Versicherten etwas abzumildern, wird der Bezug der Sozialleistungen über den Zeitpunkt des Untergangs des Stammrechts ausgedehnt. Schließlich bestätigt die Tatsache, daß Einzelansprüche auch zusammen mit dem Stammrecht erlöschen können, die Parallelität der Erscheinungsformen beim Entstehen und Ende von Sozialleistungsansprüchen. Es bleibt zum Schluß auf die besondere Funktion der Einzelansprüche und des Stammrechts hinzuweisen. Die Einzel-

ansprüche dienen vor allem dem Zweck der konkreten Bedarfsbefriedigung. Durch sie wird das Stammrecht "umgesetzt", realisiert in Bezug auf die dem Versicherten konkret zustehenden monatlichen, wöchentlichen Zahlungen. Erst mit Entstehen der Einzelansprüche besteht die Gewähr, daß der Versicherte auch tatsächlich in den Genuß einer bestimmten Sozialleistung gelangt.

Im Hinblick auf das Stammrecht hat sich im Laufe der Untersuchungen ergeben, daß der Gesamtanspruch in erster Linie eine soziale Schutzfunktion erfüllt. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß ein Verzicht auf das Stammrecht nicht möglich ist, nach h.M. eine Verjährung ausgeschlossen ist und eine Verwirkbarkeit nur in ganz seltenen Ausnahmefällen angenommen wird. Ferner muß in diesem Zusammenhang die Höchstpersönlichkeit des Stammrechts genannt werden (eine Übertragung unter Lebenden und von Todes wegen kann nicht erfolgen). Die Höchstpersönlichkeit hat ihren Grund darin, daß der Gesamtanspruch auf einen höchstpersönlichen Ausgleichstatbestand bezogen ist. Weiterhin hat das Ruhen und die Versagung von Leistungen keinerlei Auswirkungen auf das Stammrecht. Dieses bleibt also, sofern die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, praktisch immer dem Versicherten erhalten und stellt sich als "feste, unabänderliche Größe" dar. Nur die Einzelansprüche sind "verfügbar", den genannten Instituten unterworfen. Das Stammrecht kann auch jederzeit reaktiviert werden zu Einzelansprüchen. Der Gesamtanspruch verwirklicht somit den sozialen Schutzgedanken im Rahmen des Anspruchsbegriffs. Daher erscheint es notwendig und sinnvoll, zwischen dem Stammrecht und Einzelansprüchen zu differenzieren. Denn diese Unterscheidung dient der Verdeutlichung der sozialen Schutzfunktion des Sozialleistungsanspruchs schlechthin. Angesichts der Be-

deutung der Sozialleistungen wegen ihrer Lohnersatzfunktion, Langfristigkeit und der daraus resultierenden Abhängigkeit des Versicherten, kann diese Schutzfunktion nicht hoch genug bewertet werden.

Lebenslauf

Ich wurde am 22. 4. 1951 in Kottweiler-Schwanden, Landkreis Kaiserslautern, als Sohn von Ilse Weber, geb. Scheuermann und Karl Weber, Verbandsdirektor, geboren.

In meinem Geburtsort Kottweiler-Schwanden und meinem späteren Wohnort Kaiserslautern besuchte ich jeweils zwei Jahre die Volksschule und anschließend von 1962 bis 1970 das Neusprachliche Gymnasium am Rittersberg in Kaiserslautern bis zur Ablegung der Reifeprüfung.

Im Wintersemester 1970/71 nahm ich an der Universität des Saarlandes das Studium der Rechtswissenschaft auf. Nach drei Semestern wechselte ich zur Albert-Ludwigs-Universität nach Freiburg, wo ich im Herbst 1975 die Erste juristische Staatsprüfung ablegte.

Seit dem 1. 3. 1977 befinde ich mich im juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Baden-Württemberg.

